Schleswig-Holsteinischer Landtag
14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/93
99-09-15

Plenarprotokoll

93. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 15. September 1999

Politische Fairneß

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2391

Wolfgang Kubicki [F.D.P.] 6957
Holger Astrup [SPD] 6957
Wolfgang Kubicki [F.D.P.], zur Geschäftsordnung 6957
Anke Spoorendonk [SSW], zur Geschäftsordnung 6958

Beschluß: Dringlichkeit bejaht und als Punkt 20 a in die Tagesordnung eingereiht 6958

Liberalisierung des Strommarktes

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.
Drucksache 14/2394

Reinhard Sager [CDU] 6958
Holger Astrup [SPD] 6958

Beschluß: Dringlichkeit bejaht und als Punkt 20 b in die Tagesordnung eingereiht 6959

Politische Fairneß

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2391

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2395

Wolfgang Kubicki [F.D.P.] 6959, 6971
Lothar Hay [SPD] 6961
Martin Kayenburg [CDU] 6963, 6972
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 6965, 6974
Anke Spoorendonk [SSW] 6967
Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos] 6968
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister 6969
Thorsten Geißler [CDU] 6970
Klaus-Peter Puls [SPD] 6973
Heide Simonis, Ministerpräsidentin 6974

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/2395 6976

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2320

b) Keine neuen Steuern beziehungsweise Steuererhöhungen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2366

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2392

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)
Drucksache 14/2397

c) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1999 bis 2003

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2342

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie 6976, 7037
Martin Kayenburg [CDU] 6983, 7023, 7023
Lothar Hay [SPD] 6990, 6991
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] 7004, 7025, 7026, 7035, 7039
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 6997
Anke Spoorendonk [SSW] 7011
Heide Simonis, Ministerpräsidentin 7017, 7023, 7025, 7039
Hermann Benker [SPD] 7024
Thomas Stritzl [CDU] 7026, 7036
Günter Neugebauer [SPD] 7028, 7038
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 7031

Beschluß: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/2320 und des Berichts Drucksache 14/2342 an den Finanzausschuß und alle übrigen Ausschüsse 7040

Beschluß: 2. Annahme des Antrages Drucksache 14/2397 7040

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2368

Jürgen Weber [SPD] 7040
Jost de Jager [CDU] 7041
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 7043
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] 7044
Anke Spoorendonk [SSW] 7045
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur 7045
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister 7047

Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß 7047

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 37. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlußfähig.

Erkrankt sind Herr Abgeordneter Gerckens und Frau Abgeordnete Hars; ich wünsche beiden im Namen des Hauses gute Genesung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Fraktion der F.D.P. hat einen Dringlichkeitsantrag eingereicht:

Politische Fairneß

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2391

Zur Begründung der Dringlichkeit erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem mir von allen Fraktionen des Hauses signalisiert worden ist, daß der Dringlichkeit zugestimmt werden soll, kann ich mir lange Ausführungen sparen.

Wir haben es im Hinblick auf einen Vorgang, der erst nach Redaktionsschluß für die heutige Tagung öffentlich bekannt wurde, für notwendig erachtet, daß die Debatten darüber nicht nur in den Fraktionen, zwischen den Fraktionen und in der Öffentlichkeit geführt werden, sondern auch hier im Hohen Hause, damit wir - so hoffen wir es als F.D.P.-Fraktion - heute zu einer abschließenden gemeinsamen Haltung finden können, die weitere Erörterungen in der Öffentlichkeit vermeidet.

Deshalb bitte ich alle Beteiligten, zunächst der Dringlichkeit des Antrages zuzustimmen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weiter hat Herr Abgeordneter Astrup das Wort zur Begründung der Dringlichkeit.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kubicki, die SPD-Fraktion wird der Dringlichkeit, die in der Tat gegeben ist, selbstverständlich zustimmen.

Darüber hinaus möchte ich einen Verfahrensvorschlag einbringen, der da heißt: Wir bitten darum, diesen Dringlichkeitsantrag sofort - das heißt zu Beginn der Debatten dieser Tagung - zu diskutieren. Wenn wir den Inhalt dessen, was wir in diesem Rahmen zu diskutieren haben, ernst nehmen werden, wird sich dies auch auf den Verlauf der gesamten Debatte in den nächsten Tagen auswirken.

Wenn wir uns ein bißchen Mühe geben, wird man dann den Inhalt des Antrags auch wiedererkennen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zunächst beraten und beschließen wir ja über die Dringlichkeit des Antrags. Darüber hinaus ist ein Vorschlag zum Verfahren gemacht worden, den ich gern anschließend aufrufen möchte.

Weiter wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit nicht gewünscht. Dann möchte ich vor der Abstimmung gern noch auf § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung hinweisen, nach dem die Dringlichkeit mit Zweidrittelmehrheit bejaht werden muß.

Wer der Dringlichkeit des Antrages Drucksache 14/2391 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Dringlichkeit einstimmig bejaht worden.

Jetzt komme ich zu dem Verfahrensvorschlag. Wir könnten diesen Antrag als Punkt 20 b in die Tagesordnung einreihen. Nun ist aber vorgeschlagen worden, diesen Antrag bereits zu Beginn der Verhandlungen aufzurufen.

Der Antragsteller, Herr Abgeordneter Kubicki, wünscht dazu noch einmal das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht, daß ich meinem Erstaunen darüber Ausdruck verleihen möchte, daß die SPD-Fraktion das Thema für so gravierend hält,

(Holger Astrup [SPD]: Natürlich!)

daß sie es an den Anfang der Plenardebatte setzt. Es geht dabei ja doch mehr um Vergangenheitsbewältigung, und ich denke, der erste Tag der heutigen Tagung sollte den Zukunftsfragen des Landes gewidmet sein, die sich in dem Haushaltsentwurf manifestieren, der zur Beratung ansteht.

Für uns ist ja ständige Übung, bei Haushaltsberatungen weder Aktuelle Stunden noch Fragestunden zu veranstalten. Bei aller Bedeutung, die das Thema hat, sollten wir deshalb jetzt nicht in hektische Aktivitäten verfallen und die Geschäftsführer darum - -

(Konrad Nabel [SPD]: Eier, Eier!)

(Wolfgang Kubicki)

- Nun, ich habe nichts dagegen, das sofort zu machen, Herr Kollege Nabel! Ich habe nichts dagegen.

(Beifall bei der SPD - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erst die Vergangenheit und dann die Zukunft!)

Wenn Sie glauben, daß Vergangenheitsbewältigung wichtiger ist als Zukunftsgestaltung, dann lassen Sie uns so verfahren.

(Konrad Nabel [SPD]: Ihre Interpretation ist unmöglich! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war aber ein toller Schwenk!)

Dann machen wir das eben so; ich habe keine Probleme damit.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ebenfalls zur Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich unterstütze den Beitrag des Kollegen Kubicki. Ich denke, es gehört zu den Gepflogenheiten dieses Hauses, sich darüber zu unterhalten, wann ein Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung eingereiht werden soll.

(Holger Astrup [SPD]: Dazu haben wir gerade einen Vorschlag gemacht! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir können darüber abstimmen! Ich persönlich habe keine Bedenken! Ich bin darauf vorbereitet!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Im Hause ist keine Einstimmigkeit zu erzielen; das steht fest. Deshalb muß ich nach der Geschäftsordnung darüber abstimmen lassen, ob über diesen Antrag jetzt oder später verhandelt werden soll. Sie hatten keine Bedenken, Herr Kubicki?

(Holger Astrup [SPD]: Das hat er ja gesagt!)

- Gut, dann können wir das abkürzen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Es muß doch vorher untereinander abgestimmt werden, wie verfahren werden soll!)

- Ich habe keine andere Möglichkeit; Herr Abgeordneter Füllner! Dies ist ein Vorschlag zur Geschäftsordnung, der hier gemacht worden ist.

Wer also dem Verfahren zustimmen möchte, daß wir diesen Antrag jetzt aufrufen, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen werden wir so verfahren.

Mir liegt nun noch ein weiterer Dringlichkeitsantrag vor:

Liberalisierung des Strommarktes

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.
Drucksache 14/2394

Ich würde jetzt gern jemandem das Wort zur Begründung der Dringlichkeit geben. - Herr Abgeordneter Sager!

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit vorgestern abend - und insbesondere seit gestern - ist bekannt, daß die rot-grüne Bundesregierung plant, den gerade freigegebenen Strommarkt wieder einzuschränken. Es liegt auf der Hand, Herr Präsident, daß wir aufgrund der Aktualität dazu keinen ordnungsgemäßen Antrag für diese Tagung einreichen konnten. Deshalb liegt Ihnen jetzt der Dringlichkeitsantrag von CDU und F.D.P. für die heutige Sitzung vor.

Diese Absicht hat auch bei uns im Land gravierende Bedeutung für die Stadtwerke, die sich längst den Herausforderungen des Wettbewerbs stellen, was offenbar insbesondere der SPD-Bundestagsfraktion ein Dorn im Auge ist. Wir sollten hier im Landtag in dieser Tagung darüber die Debatte führen, um zu erreichen, daß die Liberalisierung des Strommarktes und der Wettbewerb in vollem Umfange erhalten bleiben.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ebenfalls zur Begründung der Dringlichkeit erteile ich Herrn Abgeordneten Astrup das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch bei diesem Antrag stimmen wir der Dringlichkeit zu, Herr Kollege Sager! Wir schätzen die Entwicklung, die sich in den letzten Tagen dramatisch zeigt, die zumindest kurz korrigiert worden ist, ähnlich ein, kündigen aber an, zu Ihrem Antrag einen Änderungsantrag einzubringen, der den Versuch machen wird, die vielen Facetten dieses schwierigen Themas etwas genauer zu beleuchten.

Der Dringlichkeit stimmen wir selbstverständlich zu.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen zur Begründung der Dringlichkeit liegen nicht vor. Dann lasse ich - ebenfalls mit dem Hinweis auf § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung - über die Dringlichkeit abstimmen. Wer der Dringlichkeit des Antrags Drucksache 14/2394 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag als Punkt 20 a in die Tagesordnung einzureihen; die Fraktionen bitte ich, sich darüber zu verständigen, welche Redezeiten für die Debatte in Anspruch genommen werden sollen, und mir zu gegebener Zeit einen Vorschlag zu machen. - Widerspruch höre ich nicht; dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich dahin verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln.

Zu den Tagesordnungspunkten 4, 5, 10, 14, 24, 27, 29, 33, 37 und 38 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Punkte 30 und 39. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 6, 16 und 32 - Haushaltsgesetz 2000, keine neuen Steuern beziehungsweise Steuererhöhungen und Finanzplan - sowie die Punkte 25 und 26 - Bericht über die 8. Ostseeparlamentarierkonferenz und Ostseebericht der Landesregierung.

Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor. Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen der 37. Tagung.

Wir werden unter Einschluß einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18:00 Uhr tagen. Auch hier höre ich keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich wende mich jetzt unseren Besuchern zu. Wir haben heute morgen Besucher auf der Tribüne: Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer der Ernst-Barlach-Schule, Wedel. Herzlich Willkommen.

(Beifall)

Dann habe ich als erstes die Behandlung des Tagesordnungspunktes 20 a aufzurufen:

Politische Fairneß

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2391

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2395

Der Änderungsantrag müßte inzwischen auf den Tischen angelangt sein.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Redezeiten auf 10 Minuten pro Fraktion festzulegen. Wir werden so verfahren.

Zunächst erteile ich das Wort dem Antragsteller, Herrn Abgeordneten Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den Tag genau zwölf Jahre nach den ersten Veröffentlichungen über eine gesteuerte Kampagne aus der Staatskanzlei gegen den damaligen Oppositionsführer Björn Engholm mußten sich alle, bei denen die Erinnerung an die Vorkommnisses des Jahres 1987 noch nicht zu sehr verblaßt waren, die Augen reiben.

In den Zeitungen war am 8. September 1999 zu lesen, daß sich SPD-Wahlkämpfer „hintenherum" die Examensarbeit des Spitzenkandidaten der CDU besorgen wollten, um, wie der staunenden Öffentlichkeit weisgemacht werden sollte, aus deren Umfang Rückschlüsse ziehen zu können.

Ich möchte am Anfang meines Beitrags die Führung der **SPD-Landtagsfraktion** ausdrücklich dafür loben, daß sie dem Spuk, der Erinnerungen an die unsäglichen Aktivitäten des Herrn Pfeiffer in Schleswig-Holstein wachgerufen hat, unverzüglich ein Ende gemacht hat und den extra für Wahlkampfzwecke eingestellten „Mann fürs etwas Gröbere" zum Rohrkrepierer erklärte und aus dem Verkehr zog.

Gleichwohl sind ungeachtet der Tatsache, daß die SPD-Landtagsfraktion die Sache damit schlicht für beendet erklärte, Fragen offengeblieben, deren Beantwortung auch nach meiner Hoffnung zu einer erhöhten Sensibilität im Umgang miteinander führt, als dies in den letzten Wochen der Fall war.

Ich habe von Lothar Hay gelesen, der Mann sei übereifrig gewesen, wobei seine eifrige Auftragserledigung bei den Gutwilligen Stirnrunzeln und Unverständnis, bei den Böswilligen den Verdacht erzeugte, hier solle eine Schmutzkampagne vorbereitet werden.

Warum glaubt die SPD eigentlich, sich neben der bisher professionellen Pressearbeit ihres Pressesprechers - und ich hoffe, ich schade damit Herrn Schröder nicht - eines weiteren Aktivisten bedienen zu müssen? Ist die Furcht vor einem Machtverlust, der in der Demokratie doch zum Normalen gehört, so groß, daß eine besondere Form der Auseinandersetzung mit dem politischen Mitkonkurrenten gefunden werden

(Wolfgang Kubicki)

muß? Hat Herr Röhr tatsächlich allein und ohne Rükkendeckung gehandelt, die Grenzlinien nicht nur des guten Geschmacks, sondern der gemeinsamen Vereinbarung überschreitend, die nach den Erfahrungen der Pfeiffer-Affäre das politische Miteinander in Schleswig-Holstein doch prägen sollten? In welcher Atmosphäre konnte die Pressearbeit des Herrn Röhr eigentlich gestaltet werden? Wie konnte er überhaupt auf die Idee kommen, sich mit dem Privatleben und der Vergangenheit der politischen Mitkonkurrenten in der nunmehr öffentlich gewordenen Weise zu beschäftigen?

Uns allen war doch aufgefallen, daß sich die Öffentlichkeitsarbeit seit Beschäftigung dieses Mannes verändert hatte. Der Anruf bei der Hamburger Schulbehörde war doch nur das I-Tüpfelchen einer Reihe von Fehlgriffen, die in Erinnerung zu rufen mir wichtig ist, um zur gemeinsamen Linie der gegenseitigen Achtung zurückzukehren.

War es nicht Herr Röhr, der den peinlichen Auftritt von SPD-Abgeordneten vor dem Parteitagslokal der CDU am 8. Mai organisierte, wo dazu noch dilettantisch suggeriert werden sollte, Volker Rühe sei nur auf der Durchreise? War es nicht der „Mann fürs etwas Gröbere", der unter das Volk streute, der Spitzenkandidat der CDU benutze Schleswig-Holstein nur als Sprungbrett für eine mögliche Kanzlerkandidatur? War es nicht der neu angeworbene **Medienreferent von SPD und SPD-Landtagsfraktion**, der zwar in der Form einer Frage, dennoch mit der falschen Behauptung die Öffentlichkeit traktierte, die CDU habe die Demonstration von Krabbenfischern vor dem Landeshaus in Kiel gesponsert? Und war es nicht der Mann für die neue politische Kultur, der der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", nachzulesen in deren Ausgabe vom 18. August 1999, mitteilte:

> „Über das Ansehen und die Verläßlichkeit der Freien Demokraten wollen die Sozialdemokraten aber noch reden. Verwiesen wird auf Wolfgang Kubicki, den starken Mann der F.D.P. und seine Rolle in der Affäre um die Sondermülldeponie Schönberg Anfang der 90er Jahre. Von Unehrenhaftigkeiten war die Rede, an denen auch die Partei nicht unbeteiligt gewesen sei."

Haben wir bei all diesen Äußerungen jemals gehört, daß Herr Röhr hier in die Schranken gewiesen wurde? Haben wir vernommen, daß eine Regierungspartei, die von sich behauptet, erfolgreiche Politik für das Land Schleswig-Holstein geleistet zu haben, auf derartige Methoden eigentlich gar nicht angewiesen ist?

Ich glaube, wir können froh sein, daß am Beginn des Wahlkampfes mit dieser vergleichsweise harmlosen Grenzüberschreitung, die aufgedeckt wurde, Schlimmeres für die SPD und das Ansehen der parlamentarischen Demokratie insgesamt verhindert worden ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Deshalb fordere ich alle Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses auf, auf den Boden der gemeinsamen Entschließung zurückzukehren, die als Ergebnis der Pfeiffer-Affäre 1988 vom Landtag gezogen wurde und die in unserem Antrag wörtlich wiederholt wird.

Wir hatten uns damals alle versichert, daß nie wieder aus dem Regierungsapparat Schleswig-Holsteins beziehungsweise aus den Fraktionen oder Parteizentralen heraus eine Wahlkampfführung organisiert und betrieben werden darf, an deren Ergebnis die moralische oder existentielle Vernichtung des politischen Konkurrenten steht, der sich auch, wie jeder von uns, für das Gemeinwesen einsetzt.

Wir haben vernommen, daß Herr Röhr gegen seine fristlose Kündigung beziehungsweise die Aufhebung seines Vertrages Klage erheben will. Wir sind gespannt, wie dies begründet wird.

Zu deren Schlüssigkeit würde die Behauptung gehören, er habe seine Tätigkeiten nur und ausschließlich im Rahmen seines Auftrags ausgeübt, der ihm von seinem Auftraggeber erteilt worden sei. Kollege Puls, dem sollten die Juristen der SPD entgegenhalten, daß auf sittenwidrige Vereinbarungen keine Forderungen gegründet werden können.

Instinktlos ist auch der Vorgang, der der am selben Tag verbreiteten Meldung zugrunde liegt, der **Chef der Staatskanzlei** habe in der **Wahlkampfrunde** der SPD Platz und gelegentlich auch das Wort genommen. Dies ist kein Skandal, wohl aber nach meiner Einschätzung eine Grenzüberschreitung angesichts der Erfahrungen des Jahres 1987. Im Hinblick auf die Person des Rainer Pfeiffer wurde im Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses festgestellt, daß es nie wieder dazu kommen darf, daß ein Mitarbeiter der Pressestelle der Landesregierung zugleich Mitarbeiter der Wahlkampfzeitung einer politischen Partei sein darf. Im Hinblick auf den damaligen Staatssekretär Hebbeln wurde festgehalten, daß dessen Teilnahme an Wahlkampfaktivitäten der CDU mit dessen beamtenrechtlicher Funktion nicht zu vereinbaren sei.

Ich appelliere dringend an alle Beteiligten, noch einmal in sich zu gehen und die Frage für sich zu beantworten, ob die intellektuelle und funktionale Trennung jeweils eingehalten wurde und in Zukunft eingehalten werden kann.

(Wolfgang Kubicki)

Da der Chef der Staatskanzlei sich öffentlich dahin gehend geäußert hat, er habe nur seinen Job gemacht und in der Runde einige Hinweise gegeben - jetzt folgt das wörtliche Zitat aus dem „Hamburger Abendblatt", das bei mir nahezu Begeisterungsstürme ausgelöst hat -, „damit der Regierung kein Schaden entsteht", haben wir lange darüber gerätselt, welcher Schaden der Regierung von den Herren Thönnes und Hay drohen kann. Wenn man denn nicht der Auffassung ist, die Beteiligung der SPD an der Regierung sei ein Schaden an sich, findet sich keine vernünftige Erklärung für diese Aussage.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vielleicht ist die Ministerpräsidentin ja bereit, nach Konsultation ihres persönlichen Beraters Klaus Gärtner auf die nach wie vor ungeklärt im Raum stehende Frage eine Antwort zu geben, womit denn die SPD der Regierung schaden kann.

Die von Frau Ministerpräsidentin Simonis nachgeschobene Erklärung, der Chef der Staatskanzlei habe als Privater unter Vernachlässigung seiner Verpflichtungen als Tennisspieler an den Beratungen teilgenommen - sozusagen als „One-Dollar-Man" von Heide Simonis - und dies sei doch ein ganz normaler Vorgang, läßt die Frage offen, warum Heide Simonis des privaten Beraters Klaus Gärtner bedarf und was Inhalt dieser Beratung ist. Das Ausfüllen des Einkaufszettels kann es ja nicht sein, ebensowenig wie eine Terminkoordination. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Staatskanzlei mit fast 150 Mitarbeitern ausgerechnet den Chef der Staatskanzlei um seine wohlverdiente Freizeit bringt, damit Termine abgesprochen werden können.

Was also ist Inhalt der Beratungsleistungen des Chefs der Staatskanzlei an die Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein in einer Wahlkampfrunde der SPD?

Und warum kann diese - private - Beratung nicht auch im privaten Bereich - und das heißt eben auch außerhalb der Wahlkampfrunde der SPD - geleistet werden? Sei es drum, ich hatte die Ministerpräsidentin bisher immer für beratungsresistent gehalten und bin sehr froh, nunmehr darüber ins Bild gesetzt worden zu sein, daß sie ihre Entscheidung auf breiter Grundlage vorbereitet und nach Beratung durch Klaus Gärtner trifft. - Dies spricht nicht gegen die Ministerpräsidentin, sondern für die Qualität des Chefs der Staatskanzlei.

Wir sollten - dies ist mein dringender Appell - die Ansätze einer Affäre - ein Skandal ist es beileibe nicht - in die Schublade der Geschichte zurücklegen. Wir sollten uns - und dies erneut - auf die Grundsätze verständigen, die der Landtag 1987 beschlossen hat und die im Antrag der F.D.P. lediglich wiederholt werden.

Wir sollten damit gleichzeitig dokumentieren, daß es uns allen im sachlichen Ringen nicht um uns selbst und um den Kampf untereinander geht, sondern um das Wohl des Landes Schleswig-Holstein und seiner Bürgerinnen und Bürger.

Ich bitte deshalb alle Kolleginnen und Kollegen, dem vorliegenden Antrag der F.D.P.-Fraktion, der ja auch so etwas wie eine Selbstverpflichtung enthält, zuzustimmen.

Ich finde es übrigens interessant, Kollege Hay, daß die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag eingebracht hat, der in einigen wesentlichen Passagen die gemeinsame Entschließung des Jahres 1988 wortwörtlich gerade nicht wiederholt. Ich werde darauf später eingehen, nachdem ich erfahren habe, worin das Begründungselement dafür liegt. Vielleicht ist es ja die Tatsache, daß die SPD wieder einmal auf Entschließungen des politischen Mitkonkurrenten setzen will. Die Passagen, die fehlen, sind das eigentlich Interessante an dem SPD-Antrag,

(Holger Astrup [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

und darüber werden wir noch zu debattieren haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben der Dringlichkeit des F.D.P.-Antrages und seiner Behandlung an so prominenter Stelle zugestimmt, weil politische Fairneß für uns ein hohes Gut ist und weil wir alles daran setzen werden, wie es der Antrag formuliert: „eine politische Auseinandersetzung zu pflegen, die von gegenseitiger Achtung und Toleranz sowie Fairneß und Sachlichkeit geprägt ist". - Und das wollen wir auch in Zukunft tun.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben trotzdem einen Änderungsantrag eingebracht, um die von der F.D.P. vorgeschlagenen Formulierungen gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu ergänzen beziehungsweise zu spezifizieren.

(Widerspruch bei der CDU)

(Lothar Hay)

Lassen Sie mich zunächst - weil meine Fraktion hiervon direkt betroffen ist - auf die Anfrage des ehemaligen Pressesprechers, Herrn Röhr, eingehen.

Meine Fraktion hat in dieser Angelegenheit in vollster inhaltlicher Übereinstimmung mit der Spitze des Landesverbandes unverzüglich innerhalb von 24 Stunden die Konsequenzen aus dem dummerhaften, nichtsdestoweniger politisch unverantwortlichen **Handeln des Pressesprechers** gezogen und den Vertrag fristlos gekündigt. Wer hier davon spricht, wie Wolfgang Kubicki, daß es dort eine Klage gäbe, spricht nicht von Tatsachen. Eine Klage gegen die fristlose Kündigung liegt zur Zeit nicht vor.

Ein solches Verhalten - und ich betone dies ausdrücklich - entspricht weder dem Selbstverständnis noch dem Politikstil meiner Fraktion und Partei.

(Beifall bei der SPD)

Aber lassen Sie mich hier auch ein Wort zur Einordnung dieses Vorgangs sagen: Sicherlich ist es verständlich, wenn sich der eine oder andere spontan an die Ereignisse der Barschel-Zeit erinnert fühlt, aber zum Verständnis, insbesondere zum politischen Verständnis gehört auch, die Dinge entsprechend gewichten zu können und nicht, über unzulässige Vergleiche das eine - das Heutige - zu dramatisieren beziehungsweise das andere - das Gestrige - zu relativieren.

(Beifall bei der SPD)

Schon der Versuch, den eigenmächtigen Aktionismus eines mit den Landessitten nicht gänzlich vertrauten Pressesprechers mit einer systematisch geplanten Bespitzelung und im Auftrag und mit Rückendeckung der Staatskanzlei beziehungsweise des damaligen Ministerpräsidenten auf eine Ebene zu stellen, ist - ich kann kein anderes Wort dafür finden - absurd.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen und mir eine Aufzählung der über Monate hinweg erfolgten privaten Bespitzelung, öffentlichen Verleumdungen et cetera ersparen.

Lassen Sie mich aus einem Kommentar der „Landeszeitung" vom 9. September zitieren:

> „Wer die heutigen Fehltritte mit den damaligen Vorgängen gleichsetzt, vergreift sich nicht nur in der Größenordnung, sondern könnte auch das mittlerweile gesunde Klima zwischen Regierung und Opposition wieder vergiften."

Lassen Sie mich deshalb einmal das Ergebnis der gemeinsamen Sitzung von Fraktion und geschäftsführenden Landesvorstand am 9. September darstellen:

Erstens: Die Anfrage von Herrn Röhr war in keiner Weise durch Arbeitsaufträge der Fraktion beziehungsweise des geschäftsführenden Landesvorstandes gedeckt.

Zweitens war die Anfrage, die nach unserem Kenntnisstand Herr Röhr am 25. August bei der Hamburger Schulbehörde durchführen ließ, keinem Mitglied der SPD-Landtagsfraktion beziehungsweise des geschäftsführenden Landesvorstandes im Vorwege bekannt.

Deshalb verwahre ich mich entschieden gegen die Unterstellung, die SPD habe bewußt ein Klima des politischen Mißtrauens geschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Die in diesem Zusammenhang geäußerten Spekulationen, Herr Röhr könnte für die Kampa auf Bundesebene gearbeitet haben, entbehren jeder Grundlage. Dies wurde uns von beiden Seiten bestätigt. Hier handelt es sich schlicht um eine Falschmeldung.

Ich habe in der letzte Woche erklärt, daß die SPD nichts zu verheimlichen hat. Deshalb will ich Sie heute mit Blick auf die Transparenz und Offenheit von dieser Stelle aus darüber in Kenntnis setzen, daß bei einem Essen am Rande einer Landesvorstandssitzung am 27. August 1999 - also zwei Tage nach der besagten Frage nach der Examensarbeit - Herr Röhr dieses Thema gegenüber zwei Mitgliedern des Vorstandes beziehungsweise einem Mitarbeiter erwähnt hat.

Dies ist im übrigen erst an diesem Montag bekanntgeworden, weil die Betreffenden nicht dem geschäftsführenden Landesvorstand angehören und an der kurzfristig einberufenen Sondersitzung von Fraktion und Landesvorstand am vergangenen Donnerstag nicht teilnehmen konnten.

Ohne damit die Anfrage in irgendeiner Form beschönigen zu wollen, aber sie ist - das ist auch in der Presse nachzulesen - unter voller Namensnennung auch der SPD-Landtagsfraktion und in dem Glauben, die Arbeit sei öffentlich zugänglich, erfolgt.

Es ist angesichts dieser Unbedarftheit wahrlich nicht angemessen, wenn Sie, Herr Kayenburg, in Ihrer Pressemitteilung von verdeckten Ermittlungen sprechen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sich mich diesen Vorfall deshalb auf den Punkt bringen: Das, was hier durch den Alleingang eines einzelnen geschehen ist, hat mich menschlich

(Lothar Hay)

betroffen gemacht, aber es gibt weder für mich noch für irgend jemanden sonst in meiner Fraktion, im Landesverband sowie in unserer Partei Veranlassung, hier im Büßergewand aufzutreten.

Lassen Sie mich deshalb hier der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß jenseits allen Wahlkampfgetöses und des verständlichen Ausschlachtens eines Fehlers durch die Opposition jener faire Stil der politischen Auseinandersetzung, der die letzten zehn Jahre hier im Parlament geherrscht hat - bis zum 27. Februar und auch darüber hinaus - das Umgehen der politischen Parteien miteinander kennzeichnet.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies gilt für meine Fraktion im übrigen auch in der Frage der sporadischen Teilnahme des **Chefs der Staatskanzlei**, Herrn Gärtner, an **Wahlkampfrunden**.

Dabei ist festzuhalten: Klaus Gärtner war zu keinem Zeitpunkt selbst Mitglied der Wahlkampfleitung. Wenn er aber in Begleitung der Ministerpräsidentin zu Koordinierungszwecken oder als persönlicher Freund und Berater punktuell an Abstimmungsgesprächen teilnimmt, dann sieht meine Fraktion darin keinen Grund für eine unzulässige Verletzung des Mäßigungsgebots.

Und lassen Sie mich mit Blick auf die etwaige Einwirkung von Herrn Gärtner zugunsten oder zu Lasten der SPD das wiederholen, was Franz Thönnes und ich am 10. September gegenüber der Presse betont haben:

„Eine Einmischung oder ein Eingreifen des Chefs der Staatskanzlei in die Wahlkampfplanung der SPD hat zu keinem Zeitpunkt stattgefunden und wird nicht stattfinden."

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Na, na!)

Lassen Sie mich deshalb abschließend sagen: Legen wir die Latte hoch, aber legen wir die Latte nicht so hoch, daß wir alle nur darunter hindurchgehen können. Man muß sich unter Demokraten nicht immer umarmen, aber man muß sich jederzeit die Hand geben können.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort dem Herrn Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst will ich klarstellen, daß ich bei der Abstimmung über die Dringlichkeit an der falschen Stelle die Hand gehoben habe. Ich war nämlich nicht dafür, daß wir diesen Antrag heute morgen behandeln. Zumindest ist es ein völlig ungewöhnlicher Vorgang, ohne Abstimmung mit den anderen Fraktionen, Herr Kollege Astrup, einen solchen Vorschlag zu machen.

(Holger Astrup [SPD]: Vorschläge wird man doch noch machen dürfen!)

- Herr Kollege Astrup, wir haben uns gestern abend gesehen. Aber sei's drum! Das Thema ist wichtig. Deswegen werden wir wegen der Dringlichkeit und des Inhalts miteinander streiten müssen, und ich fürchte, das wird heute nicht zu Ende sein.

Das Handeln des ehemaligen Pressesprechers der SPD-Fraktion ist für sich allein genommen nach meiner Einschätzung schon ein schwerer Verstoß gegen die politische Kultur. Ich glaube, daß mit dieser Schnüffelaffäre die Glaubwürdigkeit der SPD nach der Schubladenaffäre erneut Schaden genommen und einen Dämpfer bekommen hat.

Daß ein **SPD-Pressesprecher** angeblich ohne Kenntnis seiner Vorgesetzten Aktionen einleitet, um das Privatleben von Politikern auszuforschen, kann ich mir nun beim besten Willen nicht vorstellen. Aber wenn es denn so gewesen sein sollte - Herr Hay hat sich frühzeitig entschuldigt, das will ich gern anerkennen -, dann erkläre ich an dieser Stelle: Wir jedenfalls werden uns bei niemandem, in welcher Funktion und in welchem Rang auch immer, daran beteiligen, daß Privatleben ausgeforscht wird oder darüber Berichte in der Presse erscheinen, sei es in einem Blatt der Regenbogenpresse, sei es an anderer Stelle.

Allerdings, daß Herr Röhr ganz ohne Kenntnis der Vorgesetzten gehandelt haben soll, möchte ich doch ein Stück weit in Frage stellen. Denn er war als Pressesprecher seit dem 1. Juli im Amt. Er war speziell für den Wahlkampf - für die Fraktion und die Partei - eingestellt worden. Ich frage: warum eigentlich? Nach den Presseberichten, die dann von Herrn Thönnes und anderen kamen, wurde ziemlich schnell deutlich, daß hier offenbar ein „Mann fürs Grobe" gesucht wurde. Denn der Ton in der politischen Auseinandersetzung hat sich - das können wir an vielen Presseberichten nachweisen, meine Damen und Herren von der SPD - sehr verändert, und zwar nicht zum Guten und nicht dazu, daß wir mit einem fairen Wahlkampf rechnen können.

Mich jedenfalls würde es - wie alle Bürger des Landes - interessieren, ob und - wenn ja - welche weite-

(Martin Kayenburg)

ren Aktionen da geplant waren. Darauf zu sagen, es sei nichts geplant, scheint mir sehr wenig glaubhaft zu sein, zumal der Rauswurf von Herrn Röhr doch ein Stück auf sich warten ließ. Am Abend hatte Herr Hay in der Sendung des NDR noch von einer Abmahnung gesprochen, bevor am nächsten Tag in der Tat die Entlassung kam.

Wenn Herr Röhr eine Klage erhebt, dann kann ich mir vorstellen, daß eine solche Klage dann erhoben wird, wenn sich der Betreffende zu Unrecht herausgeworfen fühlt. So ein Mann wird nicht klagen, wenn die Aussicht auf einen Erfolg dieser Klage gleich null ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube einigen hier im Saal ihre Schockiertheit. Diese habe ich bei dem einen oder anderen gemerkt. Zum Teil hatte ich allerdings auch den Eindruck, als wenn hier ein bißchen Theater dabei wäre. Ich denke, hier bedarf es in der Tat noch einer weiteren Aufarbeitung, wobei ich ausdrücklich die Entschuldigung durch Sie, Herr Hay, akzeptiere.

Auf der anderen Seite ist aber, wenn Frau Simonis gesagt hat, das sei nicht ihr Spiel, darauf zu verweisen, daß auch die Teilnahme des **Staatssekretärs** Gärtner an den engsten **Wahlkampfrunden** nichts damit zu tun haben kann, daß es hier um Terminabsprachen gegangen ist. Vielmehr liegt hier nach meiner Auffassung ein falsches Verständnis von Beamtenrecht bei Ihnen, Frau Simonis, vor.

Ich denke, es ist unklug gewesen, daß Sie den Hinweis auf die Sechsmonatsfrist gegeben haben. Denn das hat mit Beamtenrecht nun wirklich überhaupt nichts mehr zu tun. Das Gebot der Mäßigung und der Zurückhaltung gilt 24 Stunden am Tag. Laut „Lübecker Nachrichten" vom 11. September hat eben dieser Staatssekretär im Juli seine Kollegen auf ihre besondere Funktion hingewiesen, die es verbiete, sich in Vorwahlzeiten mit Parteien oder Kandidaten zu identifizieren, sie zu unterstützen oder sie zu bekämpfen.

Herr Gärtner sagt an anderer Stelle in der „Dithmarscher Landeszeitung", er sei politischer Beamter, und für derartige Beamte sei das Mäßigungsgebot nicht so eng auszulegen wie für andere Beamte. Ich frage mich, was dieser politische Beamte für ein Verständnis vom Landesbeamtenrecht hat. Ich frage mich, ob Herr Gärtner hier nicht mit doppelter Latte mißt - nach dem Motto: ich und die anderen. Auch für ihn gibt es nur ein Maß, und das ist das **Beamtenrecht**.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich will in diesem Zusammenhang an die Feststellung des Vorsitzenden des ersten Untersuchungsausschusses, Klingner, des späteren SPD-Justizministers, erinnern, der schrieb:

> „Die vom Ausschuß festgestellten Verstöße gegen das verfassungsrechtliche Verbot, als Regierung den Wahlkampf der Regierungspartei zu unterstützen oder eine Oppositionspartei zu bekämpfen, begründen die Forderung nach zukünftig strikter Trennung von Verwaltungs- und Parteitätigkeit."

Ich hatte gehofft, daß niemand in diesem Land diesen Satz vergessen hätte.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im übrigen hat auch das Bundesverfassungsgericht - insofern werden wir auf Ihren Antrag zurückkommen; ich habe ein bißchen den Eindruck, hier soll aus einem Saulus ein Paulus gemacht werden - am 2. März 1977 klare Grundsätze aufgestellt. Ich will sie nicht zitieren. Sie finden sich in dem Antrag der F.D.P.-Fraktion. Nur, gerade weil der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Klaus Gärtner, nicht Mitglied der Landesregierung ist, gilt für ihn das Beamtengesetz. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, ob er politischer Beamter ist oder nicht. Ich meine, gerade für den funktional höchsten Beamten ist es mehr als nur eine beamtenrechtliche Verpflichtung, sich genau an diese Vorgaben zu halten. Auch er hat seine Aufgaben unparteiisch und gerecht zu erfüllen. Daß solches geschehen wäre, kann ich beim besten Willen nicht erkennen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Des weiteren hat er - ich zitiere das Landesbeamtengesetz - diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich „aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben". Da kann man nicht sagen, daß es egal sei, ob Herr Gärtner am Sonntag Tennis spielt, Frau Simonis, oder als Ihr persönlicher Berater an einer politischen Besprechung teilnimmt. Im Gegenteil, das Beamtenrecht hat dazu so strenge Vorschriften, daß hier gerade auch die Vorbildfunktion Ihres engsten Mitarbeiters in Frage steht beziehungsweise dazu führen muß, daß solche Vorkommnisse nicht an der Tagesordnung sein dürfen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ohne Zweifel hat - das wird von niemandem bestritten - Herr Gärtner an den Besprechungen der SPD-Wahlkampfkommission teilgenommen, wenn auch angeblich nur deshalb, weil er als Chef der Staatskanzlei aus seiner Kenntnis heraus ratgebend für die

(Martin Kayenburg)

Unterstützung der Administrative sorgen kann oder weil er, wie es hinterher formuliert wurde, zur Terminabstimmung dagewesen sei.

Freizeittreffen in dieser Art kann es nicht geben; denn dann müßte Herr Gärtner seine politische Gesinnung ja möglicherweise vor der Tür ablegen und das, was er aus seinem Amt an Erfahrung hat, ebenfalls vergessen, bevor er in die Beratungen hineingeht. Freizeittreffen in dieser Art kann es nicht geben. Hiergegen spricht auch, daß Herr Gärtner selbst Mitglied der F.D.P. ist. Mit diesem Parteibuch bei derartigen Vorbereitungen eines SPD-Wahlkampfs dabei zu sein, wo es doch gar keine Koalitionsaussage gibt, halte ich für einen mehr als merkwürdigen Vorgang.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, meine Damen und Herren von der SPD, daß Sie unseren designierten Koalitionspartner, die F.D.P., zu Strategietreffen für Ihre Wahlkampfführung einladen. Das wäre doch wohl ein seltsamer Vorgang.

(Beifall bei der CDU)

Noch etwas zu der abschließenden Bemerkung von Herrn Hay, daß es hier darum gehe, auch für den Wahlkampf - insoweit gibt es ja etwas Zukunftsgerichtetes - vernünftige Verabredungen zu treffen. Wir sind wirklich dafür, daß dieser Wahlkampf für die Landtagswahl 2000 nicht entartet und auch nicht zu „Kielgate" wird.

Deswegen fordere ich Sie auf, dem F.D.P.-Antrag, so wie er formuliert ist, Ihre Zustimmung zu geben. Er kann nach unserer Auffassung die Grundlage für einen fairen und auf politischen Inhalten fußenden Wahlkampf sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Als jemand, der an der Vergangenheit dieses Landes nicht so beteiligt ist, habe ich ein bißchen Probleme mit dem getragenen Ton, in dem hier einige Dinge gesagt werden. Ich bin dem Himmel dankbar, daß ich Glück gehabt habe; weil ich kein Examen gemacht habe, sondern ein Diplom, kann ich nicht ausgeschnüffelt werden. Diplomarbeiten sind nämlich generell öffentlich und stehen in der Universitätsbibliothek.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Kollege Kubicki dagegen hat Pech. Nicht nur, daß sein Parteifreund Heinrich Arens, Landesvorsitzender in Thüringen, zur Wahl der CDU aufgerufen hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Erfolgreich, wie Herr Thönnes gesagt hat! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erfolgreich!)

Dieser dilettantische Versuch, die F.D.P. auf 0 % zu bringen, ist deutlich gescheitert. Die F.D.P. hat dort bekanntlich eine Eins vor dem Komma.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Grünen auch, Herr Hentschel!)

Nein, nun macht auch noch ein Mitglied des eigenen Landesverbandes in seiner Freizeit Wahlkampf für die SPD, anstatt mit Kubicki Tennis zu spielen.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist genau das Problem!)

Das ist schon bitter genug. Das ist so bitter für Sie, daß Sie dann einen Antrag auf Unterlassung im Landtag stellen.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Schade, daß ich nicht schon vorher darauf gekommen bin; dann hätte ich hier schon längst einen Unterlassungsantrag gegen unliebsame Parteimitglieder der Grünen gestellt.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es gibt aber auch Unterschiede. In Thüringen hat der F.D.P.-Landesvorstand gegen seinen Vorsitzenden ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet. Das finde ich in Ordnung.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Schließlich ist es Wählerveräppelung, erst zu kandidieren und dann zur Wahl einer anderen Partei aufzurufen. Es ist auch Betrug an den Briefwählern, die schon die F.D.P. gewählt haben und gar nicht wußten, daß sie CDU wählen sollten.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

In Schleswig-Holstein geht es noch viel weiter. Hier hat der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende sogar der CDU gesagt, welchen Spitzenkandidaten diese aufzustellen hat. Das hat sie dann auch brav gemacht, und dafür

(Karl-Martin Hentschel)

hat dieser dann das Programm der F.D.P. übernommen.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nun stellt sich die Frage: Wie reagiert die Partei jetzt, wenn ein F.D.P.-Mitglied Wahlkampf für die SPD statt für die CDU macht?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Logisch wäre doch ein Parteiausschlußverfahren gegen Gärtner wegen Unterstützung der falschen Partei.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Aber weit gefehlt. Statt dessen fordert Kubicki den Bundesvorsitzenden Gerhardt zum Rücktritt auf,

(Stürmische Heiterkeit und lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

weil der noch nicht begriffen hat, welche Partei er unterstützen soll.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Schwierig ist auch, daß die F.D.P. nun einen **Beamten** als Kandidaten für das Amt des Justizministers vorgeschlagen hat. Der ist aber - wie der CDU-Fraktionsvorsitzende Kayenburg erklärt hat - 24 Stunden im Dienst. Er darf also keinen **Wahlkampf** machen. Noch schwieriger ist es für die SPD in meinem Kreis Plön. Dort kandidiert für die SPD ein Beamter aus dem Landwirtschaftsministerium als Landrat. Weil er keinen Wahlkampf machen darf, muß er jetzt darauf bauen, Wählerinnen und Wählern im Schlaf zu erscheinen. Keine leichte Aufgabe, Herr Eger!

(Beifall und Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Was mich auch bedrückt, ist, daß die Referentin für ÖPNV-Fragen im Verkehrsministerium nach Meinung ihrer Partei sicherlich ein Disziplinarverfahren bekommen soll. Schließlich hat sie für die CDU für das Amt der Bürgermeisterin in Eckernförde kandidiert, nicht bedenkend, daß sie 24 Stunden im Dienst ist.

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Nun im Ernst, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Urteile des Bundesverfassungsgerichts sehr ernst.

(Ursula Röper [CDU]: Scheint nicht so zu sein! - Klaus Schlie [CDU]: Das merkt man! - Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Wir sind hier nicht beim Karneval! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wir alle, die wir hier kandidieren, sind fast ausnahmslos entweder Abgeordnete im Landtag, im Bundestag, Beamte in der Regierung oder Botschafter in Polen. Wir alle werden vom Steuerzahler bezahlt, und dafür sind wir verpflichtet, unseren Job zu machen. Nebenbei sind wir aber auch Parteimitglieder und politisch aktive Bürger, und als solche machen wir Wahlkampf. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns. Von uns wird nicht erwartet, unpolitisch zu sein. Wir sollen aber die Dinge auseinanderhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Wir sollen darauf achten, daß das Parteiprogramm von den Arbeitsgruppen und Gremien der Partei geschrieben wird und nicht in Abgeordnetenbüros oder Ministerien. Trotzdem darf ich als Wirtschaftspolitiker der Grünen Stichpunkte zur Wirtschaftspolitik für die Arbeitsgruppe der Partei aufschreiben. Natürlich dürfen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in der Fraktion an Sitzungen der Partei teilnehmen. Es wird aber erwartet, daß sie dies in ihrer Freizeit tun. Selbst Soldaten dürfen - im Unterschied zu früher - in der Bundesrepublik, in unserer Demokratie Politik machen. Sie dürfen dies aber nicht während des Dienstes und nicht in Uniform tun. So soll es sein, so wird es erwartet, und darauf sollten wir alle achten.

Es gibt aber noch eine zweite Problematik in dieser Debatte; da geht es um die Rolle des Herrn Röhr oder - anders ausgedrückt - um die Frage: Wie stellen wir uns Politik in Deutschland und in Schleswig-Holstein vor?

Arnold Petersen hat das am Sonntag in den „Lübecker Nachrichten" auf den Punkt gebracht:

„Der schnüffelnde SPD-Helfer war auf der richtigen Spur. Die Examensarbeiten unserer Politiker sollten im Wahlkampf eine viel größere Rolle spielen. Die Wahlprogramme werden einander immer ähnlicher, die Prüfarbeiten unterscheiden sich noch."

Diese Petersensche Alternative - wie ich sie nennen möchte - kann man auch anders ausdrücken: Wollen wir eine Amerikanisierung der Politik?

In den USA ist es bekanntlich normal: Wer dort kandidiert, wird erst einmal bis auf die Unterwäsche ausgezogen, seine Pampers werden ausgegraben, und

(Karl-Martin Hentschel)

die parteipolitische Färbung seiner Exkremente untersucht. Wenn wir das wollen, sollten wir so weitermachen. Ich habe nur die Befürchtung: Das nützt uns nichts und vor allem nicht der Demokratie.

Neulich las ich in einer Umfrage unter Jugendlichen, daß der angesehenste Beruf der des Computerexperten ist vor dem des Arztes. Ganz am Schluß liegt der Politiker. - Da habe ich mir gedacht: Komisch, jetzt arbeitest du doppelt soviel wie vorher und hast das Gefühl, etwas viel Sinnvolleres zu tun, als Computer eines Zeitschriftenkonzerns zu modernisieren, und trotzdem warst du vorher in den Augen der Menschen ein Held, und jetzt bist du ein Schwein geworden!

Ich glaube, an diesem Phänomen sind wir alle beteiligt: wir hier, die wir uns immer so nett behandeln, und - das traue ich mich zu sagen, obwohl man an sich sagt, der Journalist hat immer recht für einen Politiker - auch die Journalisten, die an Mätzchen und flotten Sprüchen oft viel interessierter sind als an ernsthafter Sachpolitik.

(Vereinzelter Beifall)

Wie oft habe ich schon Klagen gehört, daß der Landtag so langweilig sei, weil wir bloß öde Sachthemen behandelten. Wenn hier über die zentralen Fragen der Zukunft wie Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik oder Agenda 21 geredet wird, dann interessiert das niemanden. Wenn wir aber wieder einmal eine Show veranstalten wie heute morgen, dann geht es hier zu wie in der Oper bei der Premiere.

(Widerspruch bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, wir veranstalten hier keine Show, sondern führen eine Parlamentsdebatte durch. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

(Starker Beifall bei CDU und F.D.P.)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Aber das Problem geht noch weiter. Immer weniger Politikerinnen und Politiker trauen sich, etwas Konkretes zu sagen. Früher wurden wir Grünen als Exoten verhätschelt, weil wir laut und zugespitzt die Fragen der Zukunft thematisiert haben. Heute werden wir „niedergeschrieben", wenn wir leise und vorsichtig etwas davon umzusetzen versuchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Journalistinnen und Journalisten, deshalb lautet mein Appell in dieser Stunde: Zur Sache Schätzchen, zur Sachpolitik!

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Fairneß und Mut zur Wahrheit! Und bitte, liebe Journalisten, schreibt doch mehr darüber, was Politiker gesagt haben, und weniger, wie ihr es interpretiert!

Wer ständig Angst haben muß, zerrissen zu werden, der verlegt sich aufs Nichtssagen und schlägt lieber Purzelbäume, läßt Papierschwalben fliegen, macht Ausflüge mit dem Motorrad oder schnüffelt in Universitätsbibliotheken. Deshalb lautet die Parole der Stunde: Weg von Examensarbeiten, Mut zum Programm!

Zum Schluß noch eine Anmerkung zum Antrag! Es war das dringende Bedürfnis unseres Koalitionspartners, den Antrag der F.D.P. zu ändern. Dem haben wir Rechnung getragen. Unser Bedürfnis war es nicht. Wir haben uns auf einen Änderungsantrag geeinigt, der zwar in der Formulierung anders ist, aber in der Sache gleich. So haben wir auch in dieser historischen Stunde wieder einmal die Handlungsfähigkeit dieser Koalition bewiesen.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vor dem Hintergrund der Presseberichte der letzten Woche ist es mehr als gerechtfertigt, daß wir heute hier im Parlament eine Debatte zum Thema politische Fairneß durchführen, um Schaden vom Parlament abzuwenden. Ich brauche nicht erst in Erinnerung zu rufen, daß wir bei den letzten Landtagswahlen eine bedenklich niedrige Wahlbeteiligung hatten. Politikverdrossenheit ist das Stichwort. Diese **Politikverdrossenheit** wird von uns allen ja wiederholt thematisiert.

Von Besuchern des Landtages wissen wir, daß es immer auf Unverständnis stößt, wie Parlamentarier und Parlamentarierinnen miteinander umgehen.

1987/88 bekamen wir hier die Rechnung für eine politische Kultur, die dazu tendierte, aus politischen Gegnern politische Feinde zu machen. Ich kann es nicht unterlassen, in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen, daß sich der SSW mit dem Parlamentsverständnis der nordischen Länder identifiziert. Dort sind - Sie wissen es - alle Arten von Zurufen und

(Anke Spoorendonk)

Beifallsäußerungen verboten. Der Grundgedanke ist, daß im Parlament politische Vorstellungen gleichberechtigt konkurrieren.

Einige von Ihnen werden wissen, daß die Jugend im SSW vor der Landtagswahl 1988 ein Plakat mit meinem Vorgänger Karl Otto Meyer mit dem Slogan herausbrachte: „Der Unbestechliche". Tenor dieses Plakats war es, dem Parlament die Macht zurückzugeben. Dazu steht der SSW auch heute.

Ich stehe ebenfalls dazu, daß das, was wir einvernehmlich nach **Abschluß des ersten Untersuchungsausschusses** hier gemeinsam beschlossen haben, heute noch Gültigkeit hat. Ich werde ganz bewußt den Ursprungsantrag der F.D.P.-Fraktion unterstützen.

(Beifall bei der F.D.P. - Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Gleichwohl ist mir wichtig zu sagen: Wenn man denn **Parallelen** zwischen damals und heute ziehen will, muß man sich auch mit den **Unterschieden** befassen. Alles andere ist populistisch, alles andere ist unredlich.

Wir haben heute keine neue Schnüffelaffäre. Das ist meine Überzeugung. Wer etwas anderes behauptet - und die Medien haben immer versucht, diesen Hauch von Pfeiffer in das, was geschrieben wird, hineinzubringen -, trägt nur zur weiteren Mythenbildung bei. Auch das ist unredlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte nun noch ein paar Bemerkungen zu der Teilnahme des Herrn Staatssekretärs Gärtner an einigen Sitzungen der SPD-Wahlkampfkommission machen. Natürlich hat er zur Terminabstimmung daran teilgenommen. Das ist klar. Das leuchtet ein. Daran habe ich keine Zweifel. Ich könnte mir auch vorstellen - wenn ich mal so in den anderen Bundesländern und auf Bundesebene rumfragen würde -, daß es überall so gehandhabt wird. Da habe ich keine Illusionen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir alle, wenn wir denn etwas aus unserer Geschichte lernen wollen - das wollen wir ja immer in allen Bereichen -, auch hier Fingerspitzengefühl zeigen müssen.

Meiner Auffassung nach hat es die Ministerpräsidentin gar nicht nötig, sich mit so einer Sache in die Enge treiben zu lassen. Ich hätte mir von ihr mehr Gelassenheit gewünscht und gehofft, daß sie mehr über den Dingen steht. Statt dessen gab es jetzt den Eindruck von Nervosität, Gereiztheit und Dilettantismus. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ganze ist keine Sternstunde der Politik in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Winking-Nikolay das Wort.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich nicht vor, hierzu etwas zu sagen, aber es hält mich doch nicht auf dem Stuhl. Auf die Schnüffelaffäre möchte ich nicht eingehen, nur soviel: Ich finde es nicht in Ordnung und der Sache nicht angemessen, wenn Herr Hentschel versucht, das Ganze ins Lächerliche zu ziehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich hätte gerade von den Grünen eine andere Einstellung zu solchen Dingen erwartet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Erlauben Sie mir, einige Worte zur Rolle von Klaus Gärtner zu sagen. Bereits während der Koalitionsverhandlungen habe ich mit Erstaunen festgestellt, daß Frau Simonis ohne ihren Schatten, das SPD-Mitglied Klaus Gärtner, nichts entscheidet.

(Lothar Hay [SPD]: Er gehört nach wie vor der F.D.P. an!)

Wie Sie sich erinnern, begnügten sich die Grünen nach heftigem Streit dann mit einem um einige Zentimeter zurückversetzten Sitzplatz für den „Simonis-Mann". Heute rechtfertigt - wie wir eben gehört haben - Martin Hentschel die Rolle eben dieses Mannes. Das ist die Entwicklung der Grünen innerhalb von dreieinhalb Jahren!

(Ursula Röper [CDU]: Interessant! Hört, hört!)

Ich möchte mit einem Bild fortfahren. Frau Simonis - das wissen wir alle - ist der Kopf dieser Landesregierung; Klaus Gärtner ist der Hals, der den Kopf dort hindreht, wohin er ihn haben will.

(Heiterkeit bei der CDU)

Weshalb die SPD dies offenbar billigend oder auch zähneknirschend seit Jahren in Kauf nimmt, ist ihr Geheimnis. Man kann nur vermuten, daß die SPD Frau Simonis - Klammer auf - noch - Klammer zu - braucht und weiß, daß diese ohne Klaus Gärtner nicht zu haben ist.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay)

Es ist schon eine abenteuerliche Vorstellung, daß die Geschicke dieses Landes trotz rot-grüner Regierung entscheidend von einem F.D.P.-Mann bestimmt werden. Für den 27. Februar 2000 bedeutet das: Wer die SPD wählt, wählt auch Klaus Gärtner.

(Beifall des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Minister Dr. Wienholtz.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zur Frage der politischen Betätigung von **politischen Beamten**, insbesondere der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre in rechtlicher Hinsicht Stellung nehmen. Dieses Thema kann weder auf die rein beamtenrechtlichen Aspekte noch auf die verfassungsrechtlichen Aspekte allein beschränkt werden. Beide Aspekte müssen berücksichtigt werden.

Zu den **verfassungsrechtlichen Aspekten** ist zu sagen, daß es bisher keine einschlägige Rechtsprechung zu der in Rede stehenden Problematik gibt. Aus verschiedenen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts werden jedoch die Grenzen deutlich, die den staatlichen Organen gesetzt sind.

Das **Bundesverfassungsgericht** hat in seinem Urteil vom 2. März 1977 entschieden, daß es den Staatsorganen von Verfassungswegen verwehrt sei, sich in amtlicher Funktion im Hinblick auf Wahlen mit politischen Parteien zu identifizieren und sie unter Einsatz staatlicher Mittel zu unterstützen oder zu bekämpfen.

In derselben Entscheidung, in der es um die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung in Vorwahlzeiten geht, hat das Bundesverfassungsgericht aber auch ausgeführt, daß dieses Begünstigungs- beziehungsweise Benachteiligungsverbot nicht ausschließe, daß die Mitglieder der Regierung außerhalb ihrer amtlichen Funktion für ihre eigene Partei in den Wahlkampf eingreifen. Als Mitglieder der Regierung sind in diesem Kontext der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes auch die Staatssekretäre als politische Beamte zu verstehen.

Zu einer ähnlichen Beurteilung gelangte das **Bundesverwaltungsgericht** in seinem Urteil vom 18. April 1997 hinsichtlich der politischen Betätigung kommunaler Wahlbeamter in Vorwahlzeiten. Zwar dürfen diese in amtlicher Eigenschaft keine Wahlempfehlungen zugunsten einer Partei abgeben, sie dürfen sich aber wie jeder andere Bürger mit „Auftritten, Anzeigen oder Wahlaufrufen" aktiv am Wahlkampf beteiligen.

Diese von der Rechtsprechung aufgestellten Grundsätze sind nach meiner Auffassung durch die begleitende Teilnahme des Chefs der Staatskanzlei an zwei Sitzungen eines Gremiums der SPD nicht verletzt worden.

SPD-Landtagsfraktion und SPD-Landesvorstand haben erklärt, der Chef der Staatskanzlei „ist zu keinem Zeitpunkt Mitglied der SPD-Wahlkampfleitung gewesen" und „eine Einmischung oder ein Eingreifen des Chefs der Staatskanzlei in die Wahlkampfplanung der SPD hat zu keinem Zeitpunkt stattgefunden und wird nicht stattfinden".

Im übrigen nahm der Chef der Staatskanzlei, worauf die Ministerpräsidentin ausdrücklich hingewiesen hat, nicht in amtlicher Funktion, sondern als ihr persönlicher Berater an den gemeinsamen Sitzungen teil.

Diese Teilnahme bewegt sich damit deutlich innerhalb der Grenzen, die sich aus der Rechtsprechung ergeben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das überrascht mich dann doch!)

Zu den **beamtenrechtlichen Aspekten**. Herr Oppositionsführer! Unstreitig unterliegen auch politische Beamte der im Beamtengesetz festgelegten Pflicht zur politischen Mäßigung und Zurückhaltung. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß die politischen Beamtinnen und Beamten nach dem Beamtenrechtsrahmengesetz ein Amt bekleiden - ich zitiere -, „bei dessen Ausübung sie in fortdauernder Übereinstimmung mit den grundsätzlichen politischen Grundsätzen, Ansichten und Zielen der Regierung stehen" müssen.

Das heißt, die politischen Beamten zeichnet im Vergleich zu den „normalen" Beamten ein besonderes Vertrauensverhältnis zur jeweiligen Regierungsspitze aus, das zur Entlassung ohne Angabe von Gründen dann rechtfertigt, wenn es nicht mehr gegeben ist. Gleichzeitig hat der politische Beamte an der Nahtstelle zwischen **Politik** und **Verwaltung** das reibungslose Funktionieren des Übergangs von der politischen Spitze in die Beamtenhierarchie zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang kommt dem **Chef der Staatskanzlei** auch eine Koordinierungsfunktion zwischen der Spitze der Regierung und der sie tragenden Fraktionen und Parteien zu. Eine Teilnahme des Chefs der Staatskanzlei an Gremiensitzungen der SPD in Begleitung der Ministerpräsidentin kann daher auch in Wahlkampfzeiten durchaus sinnvoll sein,

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

wenn die von der Landtagsfraktion und dem Landesvorstand der SPD gesteckten Grenzen beachtet werden. Ich wiederhole diese Beschreibung der Grenzen nochmals: Der Chef der Staatskanzlei darf weder Mitglied der Wahlkampfleitung werden noch in den Wahlkampf eingreifen. Diese Grundsätze haben alle Beteiligen im vorliegenden Fall beachtet.

Im übrigen gilt das Gebot der politischen Mäßigung und Zurückhaltung vorrangig für die dienstliche Tätigkeit der Beamtinnen und Beamten. Auch in diesem Zusammenhang ist das Verhalten des Chefs der Staatskanzlei nicht zu kritisieren. Außerdienstlich steht es den Beamtinnen und Beamten frei, ihre politische Meinung in Wort, Bild und Schrift frei zu äußern, in demokratische Parteien einzutreten und für diese in der Öffentlichkeit tätig zu werden. Darüber hinaus steht es ihnen frei, sich als Kandidaten um ein Mandat im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder auch in einem Landtag oder einer Kommune zu bewerben und als Bürgerin oder Bürger hierfür in der Öffentlichkeit zu werben.

Abschließend zu Ihrer Forderung, Herr Oppositionsführer, nach „Mäßigung und Zurückhaltung (für) 24 Stunden am Tag". Ist das nicht ein Stück Rückfall in konstitutionelle Monarchie,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in der Staatsdiener dafür büßen mußten, wenn sie sich am Stammtisch kritisch über ihre Hoheiten geäußert haben?

(Zurufe von der CDU)

Ist es nicht auch so, Herr Oppositionsführer, daß wir uns während der 24 Stunden des Tages und der Nacht durchaus Stunden vorstellen können, in denen die Einhaltung des Gebots zur politischen Mäßigung und Zurückhaltung sehr differenziert zu betrachten ist? Also insgesamt eine, wie ich finde, undifferenzierte und auch ein Stück undemokratische Haltung, und dieser Rückfall in vordemokratische Zeiten ist meines Erachtens eine Haltung,

(Zurufe von der CDU)

wozu uns auch die mit ganz besonderer Sensibilität zu betrachtende jüngste Vergangenheit in Schleswig-Holstein keinen Anlaß geben sollte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Geißler das Wort zu einem Kurzbeitrag.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe sehr, Herr Minister Dr. Wienholtz, daß Sie bei Ihren Entscheidungen in Ihrem Ministerium nicht auch so jovial mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts umgehen, wie Sie das eben hier dokumentiert haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Denn der Versuch, jetzt den Spieß umzudrehen und uns undemokratisches Verhalten vorzuwerfen, ist geradezu absurd und aberwitzig und wird dem Vorfall, über den wir heute zu debattieren haben, in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Minister Dr. Wienholtz, Sie haben sich eine Reihe von Widersprüchen geleistet. So verweisen Sie auf der einen Seite darauf, daß **politische Beamte** jederzeit ohne Angabe von Gründen durch die Regierung entlassen werden können, weil ein besonderes **Vertrauensverhältnis** erforderlich ist. Auf der anderen Seite sagen Sie nun, die Zeiten der konstitutionellen Monarchie sollten vorbei sein, in denen sich Regierungsbeamte nicht kritisch äußern durften. Die kritische Äußerung sollte heute die Selbstverständlichkeit sein.

Ein politischer Beamter hat natürlich immer eine Vertrauensstellung zur Regierung und kann sich deshalb nicht kritisch äußern. Aber es ist eben untersagt, daß **Partei- und Regierungstätigkeit** miteinander vermischt werden. Das gerade ist nicht gewollt, daß die Regierungstätigkeit voll in den Dienst einer Partei und ihres Wahlkampfes gestellt wird.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Genau das hat auch das Bundesverfassungsgericht in der denkwürdigen Entscheidung, zu der eine SPD-Bundesregierung den Anlaß gegeben hatte, herausgestellt, aus der Sie nur auszugsweise zitiert haben, und auch das noch unter Hinzufügung eigener willkürlicher Wertungen. Da ist die Rede von dem Gebot äußerster Zurückhaltung gerade in Vorwahlzeiten. Wir haben doch wohl allen Grund, gerade in Schleswig-Holstein diesen Grundsatz, den das Bundesverfassungsgericht aufgestellt hat, ernst zu nehmen und heute nicht den Versuch zu unternehmen, das alles vom Tisch zu wischen und mit eigenen Bewertungen

(Thorsten Geißler)

so zu tun, als wäre das ein demokratischer Fortschritt, was Sie an Betrachtungen angestellt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin den Kolleginnen Spoorendonk und Winking-Nikolay außerordentlich dankbar dafür, daß sie diese Debatte wieder auf eine sachliche Ebene gestellt haben; denn was Sie sich geleistet haben, Herr Kollege Hentschel, ist schon ein Stück aus dem Tollhaus.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Versuch, diesen Vorgang ins Lächerliche zu ziehen, ist peinlich und völlig unangemessen,

(Beifall bei der CDU)

und das von einer Partei, die bei jeder Gelegenheit moralisiert und die sich, allerdings vor langer Zeit - das gebe ich zu -, einmal auf die Fahnen geschrieben hatte, in besonderer Weise auf die Sauberkeit von Regierung und Verwaltung achtzugeben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dabei gab es Grund zum Optimismus; denn ich habe mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, was Frau Kollegin Kähler am Abend des Bekanntwerdens dieses Vorfalls in die Kamera gesagt hat. Da hat sie die Entscheidung der Landesregierung, Herrn Gärtner an den Kommissionssitzungen teilnehmen zu lassen, kritisiert.

(Widerspruch bei der SPD)

„Ich finde das nicht gut", hat sie gesagt. Sie haben wörtlich gesagt, Frau Kollegin Kähler: „Ich finde das nicht gut". Ich hatte an diesem Abend geglaubt, daß in der SPD-Landtagsfraktion noch eine Sensibilität vorhanden wäre gegenüber dem Grundsatz, den wir einmal gemeinschaftlich in diesem Lande aufgestellt haben, daß Regierungstätigkeit nicht in den Dienst von Parteien gestellt werden darf.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Davon ist heute keine Rede mehr. Die Sozialdemokraten und auch die Grünen versuchen, alles zu glätten und vom Tisch zu wischen. Das ist außerordentlich bedauerlich.

(Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Ich hätte mir gewünscht, daß das, was Frau Kollegin Kähler ausgeführt hat, auch den Geist der heutigen Debatte geprägt hätte. Frau Kollegin Spoorendonk, Sie haben zu Recht Fingerspitzengefühl angemahnt. Sie haben ausführt, Frau Simonis habe es doch gar nicht nötig, so zu agieren.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Geißler, ich hatte Ihnen das Wort zu einem Kurzbeitrag gegeben und habe jetzt den letzten Satz eingeläutet.

Thorsten Geißler [CDU]:

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident!

Sie haben es offensichtlich doch nötig. Aber es wird nichts nützen; die Wählerinnen und Wähler in Schleswig-Holstein sind gerade angesichts unserer Geschichte sehr sensibel gegenüber solchem Verhalten. Wenn Sie es denn fortsetzen wollen, dann setzen Sie es fort; aber über den 27. Februar hinaus werden Sie dazu keine Gelegenheit haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Irgendwie finde ich die Debatte absurd - bis auf den Beitrag der Kollegin Spoorendonk, an den sich vielleicht alle erinnern sollten. Vielleicht sollten Sie auch zu der Frage zurückfinden, was wir denn noch an Gemeinsamkeiten als tragfähige Grundlage für den beginnenden Wahlkampf haben. Ich möchte hier auf den Beitrag des Kollegen Hentschel gar nicht eingehen, der offensichtlich damit dokumentieren wollte - die Kollegin Winking-Nikolay hat es dankenswerterweise richtig gesagt -, wie sehr der Rechts- und Sittenverfall bei den Grünen mittlerweile eingetreten ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Kollege Hentschel, ich habe Verständnis dafür, daß, wenn es Ihnen gelungen ist, zwei Drittel Ihrer aktiven Mitglieder in den öffentlichen Dienst hineinzuschleusen, bei Ihnen das Bewußtsein für die Trennung von **Staatstätigkeit** und **Parteitätigkeit** nicht mehr vorhanden ist.

Aber ich frage mich, in welcher Eigenschaft der Innenministers dieses Landes hier seinen Beitrag geleistet hat. War das ein von der Regierung in Auftrag gegebenes Gutachten des Innenministers? Dann möchte ich das gern wissen. Oder war es die Privatmeinung des wahlkämpfenden, noch im Amt befindlichen Herrn Wienholtz? Ich war sehr verwundert darüber, daß der Innenminister glaubt, mit einer rechtlichen Bewertung und dann auch noch mit dem Anspruch, es sei gemäß der Verfassung des Landes

(Wolfgang Kubicki)

Schleswig-Holstein, den Kern der Debatte vom Tisch wischen zu können.

Der Kern der Debatte ist ein ganz anderer.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich will darauf zurückkommen. Mittlerweile ist mir nicht ganz klar, lieber Lothar Hay, ob die Sensibilität bei euch wirklich noch vorhanden ist, nachdem du gesagt hast - was ich akzeptiere -, daß es zwei Mitglieder des Landesvorstandes gegeben hat, denen Herr Röhr gesagt hat, was er getan hat. Da stellt sich mir die Frage, warum nicht gleich einer zu dir oder Herrn Thönnes gelaufen ist und gesagt hat: „Das geht eigentlich nicht, nach dem, was wir als Sozialdemokraten selbst erfahren haben." Ich frage, warum das sozusagen so lange geschwelt hat. Das zeigt mir, daß sich mittlerweile bei den Sozialdemokraten tatsächlich ein schleichendes Gift - möglicherweise auch durch zwölf Jahre Regierungsverantwortung und Macht - breitmacht und wir froh sein können, daß sich dieses schleichende Gift jetzt nicht weiter ausbreiten kann, sondern daß wir zu Grundsätzen zurückfinden sollten, die wir beherzigen sollten.

Ich komme jetzt zu eurem Antrag. Ich verstehe nicht, warum der Landtag nicht - genau wie 1988 - die Mitarbeiter von **Regierung** und **Verwaltung** auffordern darf, die vom Verfassungsgericht aufgestellten Grundsätze in ihrer praktischen Tätigkeit zu beachten. Verpflichten! Ein Auftrag des Landtages an die Regierung und an die Verwaltung!

Ich weiß nicht, warum wir nicht mehr darauf abstellen sollen, daß es dem Staat verwehrt ist, durch Parteinahme im Wahlkampf auf die Wettbewerbsverhältnisse zwischen den politischen Kräften Einfluß zu nehmen - was ihr gerade streichen wollt. Das haben wir 1988 auch gemeinsam beschlossen.

Ich weiß nicht, warum das Fairneßgebot neben der unmittelbaren Landesverwaltung nicht auch die mittelbare Landesverwaltung binden soll und warum ihr den Satz „finanzielle Unterstützung Dritter durch die Landesregierung darf weder für offene noch für versteckte Werbung eingesetzt werden" streichen wollt - auch ein Grundsatz, den wir 1988 gemeinsam beschlossen haben.

Warum wollt ihr diese Sätze streichen und geratet erneut in den Verdacht, daß doch etwas anders werden soll als 1988? - Ihr habt es doch gar nicht nötig. Ich glaube den meisten Leuten, die ich nun schon seit zwölf Jahren politischer Tätigkeit kenne, ihre wirklich ehrliche Gesinnung.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Neugebauer, bei allem parteipolitischen Streit frage ich: Warum hier Abstriche, die nicht nötig sind? Warum können wir nicht wieder eine gemeinsame Entschließung auf der Grundlage einer gemeinsamen Entschließung des Jahres 1988 hier im Parlament treffen? Warum müssen wir uns hier auseinanderdividieren?

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Oppositionsführer das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei dem Beitrag von Herrn Hay hatte ich noch den Eindruck, daß wir hier um Ernsthaftigkeit bemüht sind. Spätestens der verwirrte Beitrag von Herrn Hentschel ließ merken, daß es hier um Abbügeln geht. Formulierungen, wie Sie, Herr Hentschel, sie gebraucht haben, zeugen von einem Verfassungsverständnis, das ich selbst bei Grünen im schlimmsten Zeiten nicht vermutet hätte.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Kollege Kubicki, ich bin etwas weniger zurückhaltend als Sie. Ich habe hier den SPD-Wahlkämpfer Wienholtz gesehen - mit dem Schild des Innenministers vor der Brust. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Wienholtz, wenn Sie schon zitieren, zitieren Sie doch bitte vollständig!

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie zunächst gesagt, daß das Mäßigungsgebot, Zurückhaltungsgebot, generell gilt, Einsatz aber bei der eigenen Partei zulässig ist. Nun frage ich, ob der Mitarbeiter der Staatskanzlei Gärtner bei der SPD oder bei der F.D.P. tätig geworden ist. Insofern besteht hier ein Unterschied zu Ihren Ausführungen.

Nicht nur, daß Sie nicht vollständig zitiert haben, sondern Sie haben zusammengefaßt und einen ganz wesentlichen Teil der Entscheidung überhaupt nicht berücksichtigt. Da steht nämlich:

> „Der öffentlichen Gewalt ist jede unterschiedliche Behandlung der Parteien, durch die deren Chancengleichheit bei Wahlen verletzt werden kann, verfassungskräftig versagt, sofern sie sich nicht durch einen besonderen zwingenden Grund rechtfertigen läßt."

Nun sagen Sie mir einmal den verdammt zwingenden Grund, daß der Herr Staatssekretär in der Staatskanzlei den Terminkalender der Ministerpräsidentin

(Martin Kayenburg)

bei der Wahlkampfbesprechung der SPD führen muß! Den kann ich beim besten Willen nicht erkennen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im übrigen habe ich den Eindruck, daß hier die eigentlich Verantwortliche, Frau Simonis, aus dem Feuer herausgehalten werden soll. Hier liegt die Verantwortung. Sie trägt die Verantwortung für das Verhalten ihres Staatssekretärs.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich fordere Sie, Frau Simonis, auf, sich dazu zu erklären.

(Holger Astrup [SPD]: Jetzt kommen wir der Sache schon näher!)

Ihre Mitteilung, daß Herr Gärtner nunmehr, nachdem die 6-Monats-Frist begonnen habe, an derartigen Veranstaltungen nicht mehr teilnehme, ist für mich nicht genug. Sagen Sie uns bitte, wie Ihr Verfassungsverständnis, wie Ihr Verständnis vom Mäßigungsgebot ist. Dann allerdings können wir über einen fairen Wahlkampf reden. Wenn hier keine Klarheit geschaffen wird, wiederhole ich meine Empfehlung, mit der SPD kein Wahlkampfabkommen zu treffen. Denn nach dieser Debatte und nach den Einlassungen des Innenministers sehe ich die Basis für Fairneß hier nicht mehr gegeben.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Puls - ebenfalls zu einem Kurzbeitrag - das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier ist mehrfach die Frage nach unserem Änderungsantrag aufgetaucht. Deshalb einige Sätze zur Begründung!

Herr Kayenburg hat schon darauf hingewiesen, daß die klaren Grundsätze des **Urteils des Bundesverfassungsgerichts** im F.D.P.-Antrag enthalten seien, und gefordert, ihm deshalb zuzustimmen. Herr Kayenburg, der SPD-Änderungsantrag enthält mehr - und dies deutlicher - als der F.D.P.-Antrag!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist schlicht Unsinn!)

Ich will das begründen. Der F.D.P.-Antrag enthält zusätzlich zu drei klaren Grundsätzen des Bundesverfassungsgerichts, die wir formuliert haben - Leitsatz 1, 3 und 4 des Urteils des Bundesverfassungsgerichte -, Einzelelemente der fast siebzigseitigen damaligen Begründung des Entscheids des Bundesverfassungsgerichts. Diese Punkte konnten in Ihrem Antrag naturgemäß nur in selektiver Auswahl auftauchen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die haben wir 1988 gemeinsam beschlossen!)

Denen müssen wir hier nicht konkret, im einzelnen und ausdrücklich zustimmen. Sie werden durch die Leitsätze komplett erfaßt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Kollege Puls!)

Das ist der juristische Hintergrund. Man kann unserem Antrag also mit breiter Mehrheit zustimmen, weil er die gesamte 70seitige Begründung des Entscheids des Bundesverfassungsgerichts umfaßt.

(Abgeordneter Wolfgang Kubicki [F.D.P.] hält den Abschlußbericht des ersten Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode hoch - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Lies dir das mal durch!)

Ein Satz zur politischen Bewertung! Herr Kayenburg hat das Wort „Schnüffelaffäre" gesagt und das in einem Atemzug mit Vorgängen aus der Vergangenheit genannt - Schubladenaffäre oder Barschel-Affäre oder wie immer man das nennen mag und aus welcher parteipolitischer Sicht man es sieht.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Herr Kayenburg, ich möchte diesen Zusammenhang für meine Fraktion noch einmal ausdrücklich zurückweisen. Vergleichbares kann man vergleichen, Unvergleichbares sollte man nicht vergleichen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kubicki hat zu Recht angesprochen, daß in beiden Fällen - Pressesprecher und Staatssekretär - eine Grenzüberschreitung vorliegen könne - im Fall des Pressesprechers hat er gesagt: „eine harmlose". Dem kann ich folgen. Es ist nicht in erster Linie eine Sache der juristischen Bewertung, sondern eine politische Stilfrage.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Schon der Anschein sollte vermieden werden - dieser Auffassung bin ich allerdings auch -, es werde irgend etwas miteinander verquickt, was nicht verquickt werden darf, und sei es auch nur in Form einer harmlosen Grenzüberschreitung, daß das verfassungsrechtliche Neutralitätsgebot oder das beamtenrechtliche Mäßigungsgebot nicht glasklar und messerscharf beachtet worden sei.

Ich könnte deshalb persönlich Ihrem Appell, Herr Kubicki, an die Landesregierung folgen, aber auch an

(Klaus-Peter Puls)

uns in der Landtagsfraktion, die rechtlich unangreifbare, aber öffentlich möglicherweise mißverständliche und von der Opposition begierig mißverstandene Praxis dahin gehend zu überprüfen, daß es zu solchen Mißverständnissen erst gar nicht kommen kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben Ihre Augenklappe vergessen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt sieht er klarer!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bekenne mich dazu, daß ich Preuße bin.

(Klaus Schlie [CDU]: Das hat mit Preußen nichts zu tun!)

Wenn ich manchmal - wieder einmal - in den Nachrichten höre, daß jemand ein Haus zu billig bekommen hat, finde ich, daß die **Grundsätze des Berufsbeamtentums** und das preußische Beamtenethos im Vergleich zu einer Verwilderung von Sitten etwas für sich haben. Das bekenne ich. Deshalb gehöre ich zu denen, die eisern dafür eintreten, daß das, was wir tun, auch den Grundsätzen und dem, wozu wir von den Bürgern beauftragt sind, entspricht.

Ich weise darauf hin, daß es aber auch außerhalb der Politik - sowohl im Privatleben als auch in der Wirtschaft - viele Menschen gibt, die sich anständig verhalten, die fair miteinander umgehen und mit denen man gut auskommen kann.

Das ist nicht nur in der Politik so. Es gibt auch woanders solche Menschen.

Ich glaube, daß es ein Problem der Politik ist, daß manchmal die Anständigkeit wie eine Monstranz hochgehalten wird, bis sie niemand mehr glaubt. Deswegen habe ich auch versucht, in dieser Debatte deutlich zu machen, daß man die Debatte, um die es hier geht, nämlich um die Blödheit eines Referenten, auf ein Maß bringt. Ich habe auch gesagt - dazu stehe ich auch; ich bin dafür gerügt worden; deswegen wiederhole ich das Wort nicht -, daß es manchmal wichtiger wäre, daß wir uns wirklich mit genau dem gleichen Ernst und mit der gleichen Vollzähligkeit, in der wir hier sind, und mit der gleichen Ernsthaftigkeit und auch mit der gleichen Öffentlichkeitspräsenz - deswegen habe ich auch die Medien angesprochen - um die wirklich dringenden Probleme wie die der Arbeitslosigkeit und ähnliche Fragen kümmern sollten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Es ist durchaus klar - mir ist auch klar - daß es manchmal interessanter ist - das ist natürlich auch die Frage der Berichterstattung -, daß es natürlich für viele Bürger interessanter ist, ob der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen irgendwo tanzen geht, als zu wissen, welche inhaltliche Arbeit er leistet. Denn das hat meine Mutter auf jeden Fall mitbekommen. Davon, was ich in der Zeitung gesagt habe, weiß sie nur, daß ich darin gestanden habe. So sind die Menschen nun einmal; die interessiert die Politik nun einmal nicht so toll wie andere Dinge.

Es gibt viele andere Dinge im Leben, die wichtig sind. Aber ich glaube, man kann das, über was wir hier reden, sehr ernst nehmen, ohne es ständig so zu überhöhen, daß es keiner mehr glaubt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Hermann Benker [SPD], Günter Fleskes [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Ministerpräsidentin das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich finde, daß diese Debatte heute morgen aus zwei Gründen sinnvoll, wichtig und notwendig war. Sie macht einerseits deutlich, daß in der SPD-Pressestelle ein Mann unverantwortlich gehandelt hat, ohne Auftrag, ohne Wissen und ohne Rückendeckung der Partei und der Parteispitze sowie der Fraktion und der Fraktionsspitze. Dafür hat sich die SPD insgesamt bei Herrn Rühe zu entschuldigen. Wir haben dies getan. Auch ich habe das unverantwortliche Handeln des ehemaligen Pressesprechers außerordentlich bedauert. Es war ein **Eingriff in die Privatsphäre** und insoweit nicht korrekt. Solches Handeln entspricht weder dem Stil meiner Partei noch meinem, und wir haben dies klar und deutlich gemacht.

Wir haben auch klar und deutlich gemacht, daß wir alle zusammen alles in unserer Macht stehende tun, daß sich ein solcher Vorgang nicht wiederholt, weil er nicht dem Stil unserer Partei entspricht und weil für uns und für die schleswig-holsteinische Partei und für mich gilt: Wir werden die Privatsphäre unserer politi-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

schen Mitbewerber achten und darauf achten, daß kein persönlicher Schaden entsteht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Caroline Schwarz [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Der zweite Grund ist, daß die aufgeregte Debatte um die Rolle Klaus Gärtners auf eine angemessene und sachliche Ebene zurückgeführt wurde. Ich danke dem Innenminister ausdrücklich für seine rechtlichen Ausführungen, mit denen der Eindruck widerlegt wurde, wir würden einen Wahlkampf führen, wie er vor 1988 hier in diesem Hause geplant und durchgeführt worden ist.

Auch der Vorwurf, der Chef der Staatskanzlei sei Mitglied der SPD-Wahlkampfleitung oder als F.D.P.-Mann sogar deren Vorsitzender, ist absurd und ist von uns von Anfang an zurückgewiesen worden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hätte ich auch nicht geglaubt!)

Es wird Ihnen nicht gelingen, mir das Etikett „Wahlkampf aus der Staatskanzlei" anzuheften. Natürlich führen wir auch in Schleswig-Holstein politische Koordinierungsgespräche mit der Mehrheitsfraktion und der Partei. Wer dies in Frage stellt, behauptet schlicht das Gegenteil von dem, was anderswo - in Bayern, in Hessen, in Berlin, in Nordrhein-Westfalen, früher in Bonn und heute in Berlin - passiert.

Diese **Abstimmungsgespräche** sind notwendig, um **Politikmanagement** und erfolgreiches Regieren zu ermöglichen. Da, wo sie nicht stattfinden, wird zu Recht von „Sommertheater" geschrieben, von der Opposition gern entgegengenommen - dagegen ist gar nichts einzuwenden -, und es wird darauf hingewiesen, daß unter dem sogenannten System Kohl dies alles besser funktioniert habe. - Das ist nachzulesen unter anderem in Artikeln der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", wo unter Namens- und Funktionsnennung klargemacht wurde, daß der Herr Altbundeskanzler diese Koordinierung zwischen Partei, Fraktion und Regierung auch in Wahlkampfzeiten besser geschafft habe als der neue Kanzler.

Deswegen glaube ich, daß man aufpassen muß, daß man nicht dem einen erlaubt, was man dem anderen nur deshalb, weil gerade Wahlkampfzeit ist, auf keinen Fall und schon einmal vom Grundsatz her überhaupt gar nicht zugestehen möchte.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der Vorwurf, Herr Gärtner habe mich unzulässigerweise zu SPD-Gesprächsrunden über den Wahlkampf begleitet, muß aus meiner Sicht absurd klingen, wenn man im Hinterkopf behält, was sowohl ich als auch die Fraktionsspitze, als auch die Parteispitze gesagt haben. Wir haben deutlich gemacht: Klaus Gärtner ist zu keinem Zeitpunkt Mitglied der SPD-Wahlkampfleitung gewesen. Eine Einmischung oder ein Eingreifen des **Chefs der Staatskanzlei** in die **Wahlkampfplanung der SPD** hat zu keinem Zeitpunkt stattgefunden und wird in Zukunft nicht stattfinden.

Diese überraschende Konstruktion, die Sie nun zur beamtenrechtlichen Mäßigung aufzustellen versuchen, haben Sie bis jetzt auf keinen Beamten angewendet, der an anderer Stelle - ich finde das übrigens in Ordnung, wenn sich auch Beamte darum bemühen, Volksvertreter im Landtag oder im Kreistag zu werden - auf Wahlkampftour geht und natürlich für sich und seine Partei wirbt.

Ich bin der Meinung, daß dieses Recht, das diese Menschen zur politischen Meinungsäußerung in Anspruch nehmen, ausdrücklich auch für einen Botschafter gilt, der auf Parteitagen der F.D.P. als möglicher Justizminister vorgestellt werden soll,

(Widerspruch des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

soweit es durch das Mäßigungsgebot abgedeckt wird und hier die Grenzen eingehalten werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Ministerpräsidentin, ich bitte um Zurückhaltung!)

- So habe ich das der Zeitung entnommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann herzlichen Glückwunsch!)

- Wenn das nicht so ist, Herr Kubicki, nehme ich das an dieser Stelle zurück. Aber dann bleibt immer noch offen, daß ein Beamter, ein Botschafter, hier auf einem Parteitag auftritt und politisch - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er tritt auf keinem Parteitag auf! Es ist eine Veranstaltung der Fraktion!)

- Gut. Auch das würde ja nach dem, was Sie vorhin gesagt haben, schon unter Umständen ein nicht gewolltes Überschreiten der Grenzen bedeuten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ein Quatsch! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Eines ist jedenfalls klar:

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Beschämend sind solche Ausführungen! - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Eines ist jedenfalls klar: Wenn hier über Moral, Zurückhaltung und Instinktlosigkeit gesprochen worden ist, dann allerdings möchte ich auch für mich in Anspruch nehmen, daß ich mich gekränkt fühle, wenn Sie, Herr Kubicki, sagen, Sie wollten Heide Simonis schon immer einmal hängen sehen. - Der Satz ist durchaus nicht zweideutig zu verstehen, sondern ist sehr eindeutig.

Und ich fühle mich mehr als gekränkt, wenn der Kandidat der CDU auf einer Veranstaltung der Handwerksobermeister zum Ausdruck bringt, daß einer Frau - damit meint er ja wohl mich -, die keine Kinder hat, die politische Gestaltungsfähigkeit in der Kindergarten- und Schulpolitik nicht zuerkannt werden kann.

(Zurufe von der SPD: Unerhört! Unverschämt! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unverschämtheit! - Zuruf von der SPD: Pharisäer!)

Dann müssen wir auch in solchen Sachen vorsichtig sein.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach § 58 Abs. 2 sind wir wieder in der Debatte. Wird weiter das Wort gewünscht? - Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Dann ist die Beratung geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der F.D.P. sowie über den Antrag der Fraktion der SPD. Ich schlage Ihnen vor, daß wir alternativ abstimmen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

- Antragsteller, so einverstanden?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

- Herr Kubicki, einverstanden mit alternativer Abstimmung?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Selbstverständlich)

- Antragsteller SPD, einverstanden?

(Lothar Hay [SPD]: Ja!)

- Gut, dann werden wir alternativ abstimmen. Ich rufe zunächst den Dringlichkeitsantrag der F.D.P., Politische Fairneß, auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich rufe jetzt den Antrag Drucksache 14/2391, den Änderungsantrag der SPD zum Dringlichkeitsantrag, auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit stelle ich fest, daß dieser Antrag eine Mehrheit gefunden hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar! Es leben die Sozialdemokraten!)

Meine Damen und Herren, bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, will ich Besucher begrüßen. Wir haben jetzt Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer der A.-Paul-Weber-Schule in Mölln auf der Tribüne zu Besuch. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 6, 16 und 32 zur gemeinsamen Beratung auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2320

b) Keine neuen Steuern beziehungsweise Steuererhöhungen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2366

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2392

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)
Drucksache 14/2397

c) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1999 bis 2003

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2342

Das Wort zur Begründung will ich zu den Tagesordnungspunkten 6 und 32 dem Herrn Finanzminister erteilen. Bitte, Sie haben das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wäre natürlich sehr froh, wenn ich hier nicht ganz allein im Plenum stehen und reden müßte.

(Minister Claus Möller)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich die Haushaltsrede im Goethe-Jahr mit einem „Faust"-Zitat beginnen, denn schließlich war der Herr Geheimrat ja auch einmal ein Finanzminister-Kollege. Das Zitat lautet:

„Wir wollen alle Jahre sparen,
wir brauchen alle Tage mehr."

Dieses Zitat macht eigentlich den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich, wie er sich in der Finanzpolitik der CDU und der F.D.P. über mehr als zehn Jahre in Bonn gezeigt hat. Nach außen wurde immer gesagt: Wir müssen sparen. Die Verschuldung des Bundes allerdings ist von 1982 mit 350 Milliarden DM bis heute auf 1,5 Billionen DM gestiegen, und der Bund muß heute jede vierte Steuermark für Zinsen ausgeben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Unglaublich!)

Deshalb unterstützt die Landesregierung die Bundesregierung dabei, diese verhängnisvolle Dynamik, die in den **Verschuldungsstaat** führt, zu durchbrechen. Weil Sie - CDU und F.D.P. hier im Lande - immer so tun, als hätten Sie mit alldem, was die Bundesregierung seit 1982 angerichtet hat, nichts zu tun, sei Ihnen noch einmal in Erinnerung gerufen, daß Sie in den letzten sechs Jahren Ihrer Regierungsverantwortung die Schulden hier im Lande verdoppelt haben. Wären wir in diesem Tempo fortgefahren, lägen wir jetzt bei fast 50 Milliarden DM Schulden. Die 30 Milliarden DM, die wir heute haben, sind zwar auch noch zuviel, aber man muß die Kirche im Dorf lassen.

(Beifall bei der SPD)

Zukunftssicherung und **Zukunftsgestaltung** sind wesentliche Aufgaben der Haushaltspolitik. Dieser Haushalt setzt die Politik der Konsolidierung fort, die wir noch für lange Zeit als notwendig erachten, weil wir nicht unzumutbare Lasten auf künftige Generationen verlagern wollen und dies nicht dürfen.

Wir haben uns im Koalitionsvertrag auch in der Finanzpolitik zum Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet. Heutige Politik darf unseren Kindern nichts verbauen, sondern muß Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft sichern. Deshalb wird die Neuverschuldung auf unter 1 Milliarde DM begrenzt. Ich hätte mir allerdings gewünscht, es wäre noch mehr möglich gewesen.

Die Kreditfinanzierungsquote liegt nach 6,5 % im Vorjahr bei 6,7 %. Das ist der niedrigste Wert seit 1973. In der Ära Stoltenberg lagen wir einmal bei 17 %.

Dieser Haushalt setzt auch klare Schwerpunkte: mehr Bildung, neue Arbeitsplätze, moderne Wirtschaft, und er schafft Zukunftschancen durch die Initiierung eines Investitionsprogramms durch das Land Schleswig-Holstein, mit dem wir bis zum Jahre 2006 1,5 Milliarden DM einsetzen wollen. Es schafft Zukunftschancen durch die Möglichkeit, bis zum Jahre 2003 1.000 zusätzliche notwendige Lehrerstellen zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein geht aktiv und dynamisch in das neue Jahrhundert. Wir können auf wichtigen Erfolgen aufbauen. Ich will sie nicht alle nennen, sondern nur die Arbeitsmarktpolitik herausheben.

In den zehn Jahren von 1987 bis 1997 ist in Schleswig-Holstein die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 9,1 % gestiegen. Der Durchschnitt der alten Bundesländer betrug 1,3 %.

Zu dieser Leistung haben viele beigetragen: vorweg die Unternehmer, die neue Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen haben, aber auch die Gewerkschaften, die in unserem Lande viel zu dem guten Wirtschaftsklima beigetragen haben, das heute herrscht. Den Sozialpartnern gebührt dafür der ausdrückliche Dank der Landesregierung. Wir werden ja auch in diesem Jahr wieder eine hervorragende Ausbildungsplatzbilanz zu verzeichnen haben.

(Beifall bei der SPD)

Zu dieser Leistung hat aber auch die Politik der Landesregierung beigetragen, die seit 1988 **Arbeitsmarktprogramme** aufgelegt hat, die es nie zuvor in der Geschichte des Landes gegeben hat. Allein die Programme „Arbeit für Schleswig-Holstein" seit 1988 haben fast 100.000 Menschen geholfen, für sich eine neue berufliche Perspektive aufzubauen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren", bleibt eine richtige und zukunftsträchtige Devise.

Gut ist für Schleswig-Holstein in diesem Zusammenhang auch das 100.000er-Programm der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Über 3.000 Jugendliche kommen in Schleswig-Holstein mit diesem Programm zu Arbeit oder Ausbildung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage es unumwunden: Die Arbeitsmarktpolitik ist

(Minister Claus Möller)

bei den Regierungen Gerhard Schröder in Berlin und Heide Simonis in guten Händen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um Zukunftsgestaltung geht es auch in der Bundespolitik. Das Zukunftsprogramm der Bundesregierung ist notwendig. Es liegt auch im Interesse Schleswig-Holsteins. Hierüber wird parallel auch im Bundestag diskutiert.

Wir werden uns nicht an einer allgemeinen Lamentiererei beteiligen, die das Ziel verfolgt, das **Zukunftsprogramm der Bundesregierung** wieder zu zerreden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ja klar!)

Die Landesregierung steht zu dem Zukunftsprogramm mit allen seinen Bestandteilen: Bundeshaushalt, Haushaltssanierungsgesetz, Steuerbereinigungsgesetz, Familienentlastungsgesetz, Gesundheitsreform, Ökosteuer-Fortführungsgesetz, und wir treten dafür ein, daß die Unternehmensteuerreform ab 1. Januar 2001 kommt. Wir werden darauf achten, meine Damen und Herren, daß nicht nur die Großkonzerne, sondern daß der Mittelstand wirklich entlastet wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Alles leere Versprechungen!)

- Haben Sie den Zuruf eben notiert?

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich wiederhole es gern: Alles leere Versprechungen!)

Nach der alten Seefahrerregel „eine Hand fürs Schiff, eine Hand für den Mann" - oder die Frau - werden wir in einigen wenigen, aber für uns existentiell wichtigen Punkten die Interessen Schleswig-Holsteins vertreten, besonders dort, wo der Bund Lasten auf Länder und Kommunen verschiebt. Ohne solche Nachbesserungen besteht die Gefahr, daß das Land noch mit 150 Millionen DM und die Kommunen mit 50 Millionen DM belastet werden.

Die Punkte, bei denen wir Verhandlungsbedarf sehen und erklärt haben, sind deutlich zu benennen.

Erstens: Es darf keine einseitige Belastung der Länder und Kommunen durch eine Änderung beim Wohngeld geben.

Zweitens: Weiterhin werden wir die auch verfassungsrechtlich abgesicherte Position vertreten, daß beim Kindergeld das Beteiligungsverhältnis von 74 % für den Bund und 26 % für die Länder und Kommunen beibehalten wird.

Drittens: Der sofortige Rückzug des Bundes aus der nationalen Aufgabe „Schiffbauförderung" ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Beratungsverfahren läuft bekanntlich schon. Zu den Punkten eins und zwei gibt es eine einheitliche Auffassung aller Länder. Deshalb ist auch absehbar, daß das Sparpaket in den Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat gelangen wird. Diese große Einmütigkeit aller Länder gibt es bei der Werfthilfe jedoch noch nicht. Es gibt eine Initiative der norddeutschen Länder, und ich appelliere an die Bundestagsabgeordneten aller Parteien Norddeutschlands, hier zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD - Lothar Hay [SPD]: Sehr gut! - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, erlauben Sie mir bitte den Hinweis: Wir sind im Stadium der Begründung der Vorlagen. Wie lange ungefähr wird Ihre Begründung noch dauern? -

(Unruhe)

Wir sind noch nicht in der Grundsatzdebatte.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

30 Minuten!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Die Begründung, ja?

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ja! -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was war das?)

Die Ergebnisse sind frühestens in der Nachschiebeliste für den Haushalt nachzuvollziehen.

Wir werden im Vermittlungsausschuß konstruktive Vorschläge einbringen, zum Beispiel für eine moderate Veränderung des Ehegattensplittings und den Verzicht auf den Transrapid.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Des weiteren gilt für uns nach wie vor: Die breiten Schultern müssen mehr tragen als die schwächeren,

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

(Minister Claus Möller)

wenn es um den **Abbau** der gigantischen **Staatsverschuldung** und um die Finanzierung von **Zukunftsinvestitionen** geht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich - wie in jedem Jahr - auch ein Zitat aus der Denkschrift der katholischen und der evangelischen Kirche zur wirtschaftlichen und sozialen Lage anführen. Dort heißt es:

„Leistungsfähigkeit für die solidarische Finanzierung des sozialen Ausgleichs bestimmt sich nicht nur nach dem laufenden Einkommen, sondern auch nach dem Vermögen. Wird im Blick auf das Vermögen die Substanz- und Besitzstandswahrung für unantastbar erklärt, dann ist die Sozialpflichtigkeit des Eigentums in einer wichtigen Beziehung drastisch eingeschränkt oder sogar aufgehoben."

Dieser Denkschrift haben alle Parteien großartig applaudiert.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nach der Abschaffung der Vermögensteuer und der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer hat die Kapitalbesteuerung in Deutschland mit etwa 2,5 % den niedrigsten Wert aller Industriestaaten.

Zum Vergleich: In den USA liegt sie bei 10 %. Natürlich muß man alle **Steuersysteme** vergleichen. Wenn sich dieser durchaus niedrigen Besteuerung noch in einem erschreckenden Ausmaß entzogen wird - in Schleswig-Holstein ist die Zahl der Steuerfahndungsfälle nach Bankdurchsuchungen von 5.000 auf 7.000 Fälle gestiegen -, dann ist das eine gesellschaftlich unerträgliche Situation.

(Beifall bei der SPD)

Es stimmt doch etwas nicht in unserer Gesellschaft, wenn sich die Schulden aller öffentlichen Haushalte auf 2,3 Billionen DM summieren und gleichzeitig die privaten Vermögen auf 5,7 Billionen DM steigen.

Wir werden in Berlin für einen angemessenen Beitrag der hohen Vermögen zur gesamtstaatlichen Finanzierung eintreten. Ich bleibe dabei: Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Nur der starke Staat kann auch soziale Gerechtigkeit durchsetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Steigerungsrate des Haushalts liegt bei nur 0,8 %. Schleswig-Holstein bleibt seit 1990 - nach dem Saarland - das Land mit der geringsten Ausgabensteigerung. Das ist eine finanzpolitische Leistung, die kein CDU-regiertes Land in den neunziger Jahren geschafft hat.

Die Investitionen belaufen sich auf etwa 1,5 Milliarden DM. Die Investitionsquote liegt bei 10,2 %, obwohl das Land Hochbaumaßnahmen in Zukunft weitgehend im Rahmen des Liegenschaftsmodells abwickeln wird.

Wie groß der **Spardruck** ist, zeigen die zwangsläufigen Mehrausgaben, mit denen wir rechtlich zurechtkommen müssen. Die letzte Tarifrunde kostet uns 133 Millionen DM. Herr Stritzl, der kommunale Finanzausgleich steigt um 108 Millionen DM, die Sozialhilfe steigt um 31 Millionen DM. Das allein sind zusammen 272 Millionen DM, und die Gesamtausgaben des Haushalts steigen nur um 116 Millionen DM. Deshalb war es nicht möglich, im gesamten Zuwendungsbereich mehr zu versprechen, als wir halten können. Deshalb sind die Ansätze hier überrollt worden.

Wir liegen auch im Ländervergleich bei wichtigen Haushaltsdaten gut im Rennen. Ich nenne hier die **Kreditfinanzierungsquote**, Ausgaben pro Einwohner, Personalausgaben pro Einwohner, die in Bayern und Nordrhein-Westfalen allerdings günstiger sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und wie ist das mit der Pro-Kopf-Verschuldung?)

Selbstkritisch betrachtet haben wir aber in Einzelbereichen wie den Pro-Kopf-Ausgaben für die Sozialhilfe oder dem Wohngeld keinen Spitzenplatz.

Lassen Sie mich etwas zu den großen Ausgabenblökken sagen. Im Personalbereich sind es 5,9 Milliarden DM, und bei den Zinsen sind es 1,8 Milliarden DM, die etwa 50 % der Gesamtausgaben des Haushalts ausmachen. Trotz der Tarifrunde ist es uns gelungen, den Anteil der Personalausgaben auf 39,8 % zu drükken. Die Personalkosten dieses Haushalts liegen in DM ausgedrückt unter denen des Jahres 1999, obwohl die Versorgungsausgaben um 48 Millionen DM gestiegen sind. Allerdings entfallen 39 Millionen DM auf den Bereich Personalkosten-Outsourcing der GMSH. Das muß man zugeben.

Sparsamkeit und klare Schwerpunktsetzung, ich meine, dieser Haushalt löst - auch bei den Personalkosten - seine Aufgaben. Mit 200 Lehrerstellen und 50 Referendarstellen liegt bei den neuen Stellen ein deutli-

(Minister Claus Möller)

cher Schwerpunkt. Strukturelle Verbesserungen gibt es bei der Polizei, der Justiz und der Steuerverwaltung - insbesondere im mittleren Dienst. 1.394 Stellen werden gestrichen. Davon entfallen allerdings 896 Stellen auf GMSH-Outsourcing. Gleichzeitig trägt das Land seinen Anteil zum Bündnis für Ausbildung bei - immerhin mit 1.325 Ausbildungsplätzen. Das sind 29 Plätze mehr als 1999.

All dies ist möglich geworden, weil sich die dezentrale Budgetierung der Personalkosten als voller Erfolg erwiesen hat. Ich danke allen Ressortchefs, die dazu beigetragen haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen wichtigen Beitrag zur **Konsolidierung** leistet unser Zinsmanagement. Die Phase absoluter Niedrigzinsen ist vorerst zu Ende. Die Kapitalmarktzinsen sind seit ihrem historischen Tief im Februar dieses Jahres um fast 1 % gestiegen. Eine Haushaltspolitik, die den Anspruch erhebt, für die Zukunft zu denken, muß auch hier Risiken vorbauen.

Mit dem Haushalt 2000 ist es erstmals gelungen, den Anstieg der Zinsausgaben fast zum Stillstand zu bringen. Unser Kredit- und Zinsmanagment hat die rückläufigen Kapitalmarktzinsen zu einer deutlichen Senkung der Durchschnittsverzinsung der Landesschulden genutzt. Wir haben zum Beispiel hochverzinsliche Altkredite kontinuierlich durch zinsgünstige Anschlußfinanzierungen ersetzt und das niedrige Zinsniveau für eine lange Laufzeit der Kredite genutzt.

(Zuruf aus der SPD: Sehr gut!)

Auf dem Verhandlungsweg wurden allein 500 Millionen DM zusätzlich umgeschuldet. Zur weiteren Optimierung sind Zinsderivate eingesetzt worden. Um uns auf dem europäischen Kreditmarkt zu behaupten, wurde mit 13 Topadressen in- und ausländischer Banken ein Rahmenprogramm für 3 Milliarden Euro abgeschlossen. Der durchschnittliche Zinssatz unserer Gesamtschulden liegt bei 6 %. Wir werden im Jahre 1999 unsere Kredite noch deutlich unter 5 % abschließen. Die mittelfristige Finanzplanung berücksichtigt einen Anstieg der Zinsen auf 5,9 % im Jahre 2003. Das heißt natürlich, daß wir Vorsorge dafür tragen müssen, wenn die Zinsentwicklung nach oben geht.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Haushaltsabteilung des Finanzministeriums bedanken, die das Zinsmanagement mit großem Engagement betreiben und dem Land damit helfen, sehr viel Geld zu sparen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neue **Beschäftigungsmöglichkeiten** und den technologischen Fortschritt fördern, den Regionen beim Strukturwandel helfen, in Bildung und Ausbildung unserer Kinder investieren, das sind klare Prioritäten. Das neue Jahrhundert beginnt in Schleswig-Holstein mit einem kräftigen Investitionsschub. Mit Mitteln der Agenda 2000 wollen wir in Schleswig-Holstein bis zum Jahre 2006 weit über 1,5 Milliarden DM in die Zukunft investieren. Das sind das neue „Regionalprogramm 2000" und Programme wie „Zukunft auf dem Lande" und „Arbeit für Schleswig-Holstein". Mit diesen Programmen werden wir in den Förderregionen den wirtschaftlichen Strukturwandel weiter voranbringen und die Beschäftigung in unserem Lande sichern.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Gabriele Kötschau [SPD])

Im ländlichen Raum wird die infrastrukturelle Grundausstattung verbessert. Das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein" wird im kommenden Jahr deutlich durch einen Betrag von 75,6 Millionen DM verstärkt.

Die technologische Modernisierung wird durch die Programme Innovation und Arbeit sowie Arbeit, Bildung, Innovation vorangetrieben. Ich will nur einige Beispiele nennen: zusätzliche Hochschulinvestitionen, Programm soziale Stadt, Schulen ans Netz oder Koplementärfinanzierung zum Solarprogramm der Bundesregierung.

Wesentliche Konfliktpunkte im Haushalt 1999 waren die Übertragung der Landesimmobilien, die Gründung der GMSH und die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs. Heute kann man feststellen:

Erstens: Die Übertragung der ersten Tranche liegt Ihnen heute zur Beschlußfassung vor.

Zweitens: Die Landesregierung erfüllt die Auflagen, die das Bundesverfassungsgericht in seiner einstweiligen Entscheidung gemacht hat. Die Einnahmen aus der Immobilienübertragung werden wie Einnahmen aus Krediten behandelt, sie sind aber keine Kredite. Damit ist der Klage gegen die Immobilienübertragung de facto der Boden entzogen.

Drittens: Die GMSH hat ihre Arbeit am 1. Juli 1999 aufgenommen. Damit ist eines der wichtigsten Modernisierungsprojekte des Landes ins Laufen gekommen. Mit dieser Gründung verbinden wir drei größere Reformvorhaben: Fortsetzung der Modernisierung der Bauverwaltung, Schaffung eines zentralen Gebäude-

(Minister Claus Möller)

managments und Zentralisierung der Beschaffung für die Landesbehörden.

Wenn man verfolgt, wie in CDU-geführten Ländern und in CDU-Fraktionen in Kreistagen zur Zeit über Immobilien diskutiert wird, dann kann man zweifellos von einer **neuen Sachlichkeit** sprechen, mit der dieses Thema behandelt wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bereitschaft, sich mit dem Modell des Landes zu befassen oder eigene, ähnliche Wege zu gehen, ist offensichtlich vorhanden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sagen Sie auch jedes Jahr!)

Zur neuen Sachlichkeit möchte ich auch die Tatsache zählen, daß die CDU bei der Vorstellung ihrer finanzpolitischen Vorstellungen stillschweigend die Einnahmen aus der Immobilienübertragung beibehält. Angesichts dieser Lage wäre es vielleicht doch an der Zeit, daß sich die CDU-Fraktion hier im Hause einen Ruck gibt und ihre Klage zurückzieht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das macht sie nicht!)

Ein weiterer Konfliktpunkt der letzten Haushaltsberatung kann heute - bei vernünftiger Betrachtung - ebenfalls mit mehr Gelassenheit gesehen werden. Die Summe, die im Haushalt 2000 im kommunalen Finanzausgleich verteilt wird, wächst um 5,7 % auf 1,99 Milliarden DM unter Einbeziehung des Abzugs von 50 Millionen DM, den wir im letzten Jahr beschlossen haben.

Wenn wir diese Steigerungsrate im kommunalen Finanzausgleich einmal mit der des Landeshaushalts von 0,8 % vergleichen, dann kann im Ernst keine Rede davon sein, das Land habe die Solidarität mit den Kommunen aufgekündigt. Ich gehe davon aus, daß die Kommunen nicht nur bundesweit, sondern auch bei uns im Lande ähnlich wie im Jahre 1998 auch im Jahre 1999 ihre Finanzierungsdefizite deutlich werden abbauen können. Wer da heute übers Land zieht und schlimme Geschichten über die Finanzbeziehung zwischen Land und Kommunen verbreitet, hat ganz einfach die Fakten nicht auf seiner Seite, Herr Stritzl.

(Beifall bei der SPD)

Die **Solidarität** mit der kommunalen Familie ist und bleibt ein zentrales Element unserer Finanzpolitik.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht wird in der kommenden Woche über die Klage der Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg zum Finanzausgleich beraten. Die Ministerpräsidentin wird die Interessen Schleswig-Holsteins am 22. September persönlich vor dem Bundesverfassungsgericht vertreten.

(Zurufe von der SPD: Sehr gut! - Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wir bleiben dabei: Der Versuch, das Prinzip der bundesstaatlichen Solidarität durch das ideologische Konstrukt eines sogenannten „Wettbewerbsföderalismus" auszuhöhlen hat keinerlei verfassungsrechtliche Legitimation. Keine Rhetorik kann darüber hinwegtäuschen, daß hier vor allem und in erster Linie der Versuch gemacht wird, sich aus dem Solidarpakt und damit aus der fairen Verteilung der Kosten der deutschen Einheit zu verabschieden. Wir treten weiter für eine sorgfältig vorbereitete Reform nach dem Auslaufen der jetzigen Regelung im Jahre 2004 ein.

Nachtragen möchte ich allerdings, daß durch den **Regierungswechsel in Bonn** beziehungsweise Berlin der Versuch von Waigel, auf kaltem Wege den Finanzausgleich zu ändern, verhindert worden ist. Herr Waigel wollte die Sanierungshilfen für das Saarland und Bremen in Höhe von 3 Milliarden DM und die Kosten der politischen Führung auf die Länder abwälzen; das hätte uns in diesem Haushalt bereits 240 Millionen DM pro Jahr gekostet.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Und was kostet euer Sparpaket?)

Ich hätte es begrüßt, wenn der Spitzenkandidat der CDU den Mut gehabt hätte, heute rechtzeitig zu dieser Haushaltsdebatte seinen Schattenminister zu benennen. Sofern er aus den Reihen Ihrer Landtagsfraktion gekommen wäre, hätten wir heute den Direktvergleich der Konzepte und Programme austragen können.

(Meinhard Füllner [CDU]: Warten Sie ab! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So lustlos, wie Sie das vortragen, ist das zweifelhaft!)

Die Bekanntgabe der Schattenmannschaft ist ja vertagt worden. Aber ich sage Ihnen, der CDU und ihrem Spitzenkandidaten: Mit Ihrem finanzpolitischen Papier ist es nicht weit her.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sagen Sie doch mal etwas zum Haushalt!)

(Minister Claus Möller)

Wir hatten über Jahre hinweg ein nicht selten absurdes Spiel in bezug auf den Haushalt. Während wir eine mit vielen schmerzhaften Einschnitten verbundene Haushaltspolitik gemacht haben,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

betrieb die CDU eine Doppelstrategie.

(Thomas Stritzl [CDU]: Ach!)

Draußen im Lande wurde das Wehklagen über jede noch so kleine Sparmaßnahme organisiert, und hier im Landtag wurde von derselben CDU über unverantwortliche sozialdemokratische Schuldenpolitik schwadroniert.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.].)

Als Beispiel nenne ich die Auflösung der Reiterstaffel in Lübeck,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben die Gerechtigkeitslücke vergessen!)

mit der die CDU nahezu den Zusammenbruch des Abendlandes verbunden hat.

(Thomas Stritzl [CDU]: Was haben Sie denn gegen Pferde?)

Herr Kollege Innenminister, wenn ich mir Ihre Kriminalitätsstatistik des ersten halben Jahres ansehe, dann stelle ich fest, daß wir in der inneren Sicherheit auch ohne Reiterstaffel ein gutes Stück vorangekommen sind.

(Beifall bei der SPD- Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vielleicht können Sie die Polizei jetzt ja ganz abschaffen! - Zurufe von der CDU)

1 Milliarde DM wollen Sie einsparen, sagen Sie! Der größte Brocken dieser 1 Milliarde Mark-Sparliste soll der Verkauf von 18.000 Wohnungen sein. Dazu ist zu sagen, daß die WOBAU heute Teil des LEG-Konzerns ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir haben diesen Konzern modernisiert, und wir wollen schon im nächsten Jahr nach dem Ankauf der SHL-Anteile des Bundes - die Verhandlungen verlaufen wie gehabt sehr positiv - auch Private an der LEG beteiligen. Wir denken, diese public private partnership ist richtig und bedeutet nicht den Ausverkauf auf Kosten der Mieter.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Der zweitgrößte Posten ist der Verkauf von NordwestLotto, der 130 Millionen DM unter Beibehaltung der Zweckerträge bringen soll. Damit machen Sie das höchst wundersame Versprechen, die Kuh zu schlachten, aber weiterhin Milch zu bekommen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Nein, ich möchte jetzt meine Rede beenden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er begründet gerade sein Finanzdebakel!)

Ansonsten enthält das Papier eine ganze Menge nach dem Prinzip: Kraut und Rüben.

(Zurufe von CDU und SPD)

Durch Streichung des Titels für Ausgabenreste will die CDU im Jahre 2000 10 Millionen DM einsparen. Wir haben im Haushaltsentwurf überhaupt keine Ausgabenreste veranschlagt, die einzusparen wären. Ich würde sagen: dumm gelaufen!

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Mittel für Grundstücksankäufe der Stiftung Naturschutz sollen um 5 Millionen DM reduziert werden. Wenn aber - wie in diesem Falle - nur 2,8 Millionen DM vorgesehen sind, können auch nur 2,8 Millionen DM eingespart werden. Fazit: Sehr schlecht informiert!

(Beifall bei der SPD - Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Sie wollen 1 Million DM bei neuen Stellen und Stellenhebungen einsparen. Ich sage Ihnen: Die bescheidenen strukturellen Verbesserungen bei Justiz, Polizei und Steuerverwaltung kosten 2 bis 3 Millionen DM. Sie wollen 1 Million einsparen. Wollen Sie diese strukturellen Verbesserungen nicht? Diese Frage müssen Sie beantworten.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und Sie müssen erst einmal Ihren Haushalt in den Griff bekommen, Herr Minister!)

Zu dem Zurückführen von **Kreditfinanzierungsquoten** von 17 % der Ära Stoltenberg will ich nichts sagen, aber es ist schlicht unlauter, wenn Sie den Eindruck zu erwecken versuchen, die Rückführung

(Minister Claus Möller)

der Staatsverschuldung, die Rückkehr zu hohen Investitionsquoten und die Nettoentlastung für alle Steuerzahler gleichzeitig leisten zu können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]. Das werden wir Ihnen noch zeigen, Herr Minister!)

Wer so etwas verspricht, hat, wie ich meine, wenig Ahnung von Haushaltspolitik beziehungsweise will den Menschen Sand in die Augen streuen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Letzteres stimmt! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So Oskar Lafontaine!)

Mit dem angeblich so hochkarätigen Beraterteam des Kandidaten, von dem der Bischof von Hildesheim mir zuverlässig zugetragen hat, daß er es nur außerhalb der Kernarbeitszeit berät,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie beruhigend!)

kann es also nicht so hoch her sein. Ich hätte mir mehr erwartet. Vielleicht gilt auch hier das Goethe-Wort: Es irrt der Mensch, so lang er strebt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schlechter Zusammenhang!)

Meine Damen und Herren, sozialdemokratische Finanzpolitik in Schleswig-Holstein steht für Solidarität und Berechenbarkeit,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer glaubt denn das noch?)

für Investitionen in die Zukunft des Landes und für soziale Gerechtigkeit. Wir stellen neue Arbeitsplätze, mehr Bildung und die Modernisierung der Infrastruktur des Landes in das Zentrum der Haushaltspolitik dieses und des nächsten Jahres.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn es mal so wäre!)

Dieser Haushalt schafft **Zuversicht** in die **Gestaltbarkeit** der Zukunft unseres Landes, er ist ein gutes Fundament für den Weg Schleswig-Holsteins in das 21. Jahrhundert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß zur Begründung des Antrages keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. - Dann steigen wir jetzt in die Grundsatzberatung ein.

Ich erteile das Wort Herrn Oppositionsführer Kayenburg.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eigentlich wollte ich erst das Wort der Landesregierung hören! Aber bitte!)

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Möller, ich habe Verständnis dafür, daß Sie versucht haben, das Wenige, das Sie zum Haushalt gesagt haben, schönzureden. Interessant ist, daß Sie sich in Ihrer Rede vorwiegend mit den finanzpolitischen Positionen der Opposition auseinandersetzten. Das war eher der Beitrag eines Oppositionsredners als die Auseinandersetzung mit einem Haushaltsentwurf.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Eigentlich kenne ich Sie als seriös. Ihre Versprechungen jetzt kann ich mir deshalb nur so erklären, daß Sie nicht mehr davon ausgehen, das, was Sie hier versprochen haben, überhaupt noch erfüllen zu müssen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir setzen uns also heute mit dem letzten von der rot-grünen Landesregierung vorzulegenden Haushaltsentwurf auseinander. Es ist der 12. Haushaltsentwurf, den die ehemalige Finanzministerin und heutige Ministerpräsidentin, Frau Simonis, zu verantworten hat. Und wer gehofft hatte, daß dieser Entwurf nun endlich ihr Meisterstück sei, muß ein weiteres Mal enttäuscht sein.

Wer geglaubt hat, daß dieser Haushaltsentwurf an der Schwelle des nächsten Jahrtausends nun die Umsetzung großer **Visionen** enthielte, Frau Simonis, auch der fühlt sich enttäuscht. Wir können nur feststellen: Kein großer Wurf, keine Perspektiven, keine Entlastung der Bürger!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist wieder einmal alles beim alten geblieben, Herr Möller. Sie haben wieder tief in die rot-grüne Haushaltstrickkiste gegriffen. Ich will das begründen: globale Minderausgaben, globale Mehreinnahmen, eine Verschuldung bis hart an die Verfassungsgrenze, der Verkauf von Flughafenanteilen, der Verkauf von LEG-Anteilen bis hin zum Immobiliendeal. Ich kann nur sagen: Alles alte Bekannte!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das alles mutet an wie der Bauchladen eines Minderkaufmanns, aber gewiß nicht wie ein Landeshaushalt.

Dieser letzte Haushaltsentwurf der Legislaturperiode ist für mich aber auch ein guter Anlaß, noch einmal eine Auseinandersetzung mit der Regierungserklärung von 1996, mit Ihrem Regierungsprogramm, Frau

(Martin Kayenburg)

Simonis, vorzunehmen und zu hinterfragen, was denn eigentlich von den vollmundigen Ankündigungen jener Tage übriggeblieben ist. Ich will das in einzelnen Kapiteln tun.

Da gibt es zunächst einmal das Thema Schulden. 1996 haben Sie, Frau Simonis, erklärt - ich zitiere -:

> „Wir dürfen nicht auf Kosten künftiger Generationen leben. Auch unsere Kinder und Enkel müssen noch Politik gestalten können. Deswegen muß unsere Finanzpolitik weiterhin solide sein."

Das kann ich nur unterstreichen. Doch wie sah die Wirklichkeit aus?

Von 1989, also dem Beginn Ihrer Haushaltsverantwortung, bis Ende 1999, also in nur elf Jahren, werden die **Schulden** des Landes um 70 % auf insgesamt 31,2 Milliarden DM gestiegen sein. Finanzminister Möller stellt deswegen in seiner Finanzanalyse des Landes vom 15. Juni 1998 - Umdruck 14/2116 - völlig zu Recht fest:

> „Die jährliche Pro-Kopf-Neuverschuldung des Landes ist seit 1988 ständig höher als in den alten Flächenländern gewesen, so daß der Abstand der Pro-Kopf-Verschuldung gegenüber dem Durchschnitt der alten Flächenländer immer weiter angewachsen ist."

Das ist eine wirklich bemerkenswerte Feststellung Ihres Finanzministers, die weiß Gott keine Solidität bestätigt, Frau Simonis, sondern beweist, daß Sie Ihre Versprechen nicht einlösen können

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und daß Sie mit Ihrer Finanzpolitik gescheitert sind. Ich kann nur feststellen: Diese Erklärung des Finanzministers ist eine Bankrotterklärung Ihrer Entschuldungspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Hatten wir 1989 noch eine Pro-Kopf-Verschuldung von 7.113 DM je Einwohner, werden wir Ende 1999 bereits bei über 11.000 DM liegen. Unsere sparsamen Kommunen dagegen bringen es noch nicht einmal auf 2.000 DM. Da Sie Bayern zitiert haben, sage ich: Beispielsweise in Bayern errechnen sich die Schulden je Einwohner mit 3.174 DM. Das ist deutlich niedriger als bei uns. Damit wird doch wohl klar, warum die Bayern keine Lust mehr haben, im Länderfinanzausgleich rot-grüne oder rot-rote Landesregierungen zu unterstützen.

> (Beifall bei CDU und F.D.P. - Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Wenn wir uns schon so umschauen, kann man sagen: Übertroffen werden wir in unserer Verschuldung zwar, allerdings nur vom Saarland. Aber dort hat der Wähler den roten Schuldenmachern dafür inzwischen die Quittung gegeben. Sie kennen also Ihr Schicksal.

Mit Ihrer Regierungserklärung von 1996 hatten Sie sich auch vorgenommen, die **Nettokreditaufnahme** schrittweise auf 800 Millionen DM zurückzuführen. Was ist eigentlich aus dem lobenswerten Ziel geworden, die Nettokreditaufnahme bei 0,8 Milliarden DM zu halten?

Ich will es Ihnen sagen. Die Neuverschuldung betrug laut Haushaltsplan 1997 1,218 Milliarden DM, 1998 1,217 Milliarden DM, 1999 1,289 Milliarden DM, und im Jahr 2000 wird sie 1,234 Milliarden DM betragen. Sie sind also um 50 % schlechter als Ihre Zielvorgabe. Das ist Ihr Problem, Herr Minister.

Von den 800 Millionen DM spricht bei Ihnen offenbar niemand mehr. Im Gegenteil, wenn ich in die mittelfristige Finanzplanung hineinschaue, stelle ich fest: Die Neuverschuldung geht stets mit über 1 Milliarde DM fröhlich weiter.

Sie wollten doch - ich darf Sie erinnern - unerwartete **Mehreinnahmen** zu zwei Dritteln zur zusätzlichen Senkung der Neuverschuldung verwenden. Auch davon war bald keine Rede mehr. Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, daß Finanzminister Möller im letzten Jahr, als er aus einem Erbschaftsteuerfall eine Mehreinnahme von etwa 170 Millionen DM hatte, erklärt hätte, daß er davon zwei Drittel zum Abbau der Nettoneuverschuldung verwende. Im Gegenteil, er mußte damit, Frau Simonis, Ihre unverantwortbare Ausgabenpolitik finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

In einer weiteren Regierungserklärung, nämlich am 10. Dezember 1998, haben Sie, Frau Simonis, gesagt:

> „Wir sind uns sicherlich schnell darin einig, daß die Staatsverschuldung insgesamt viel zu hoch ist. Wenn es uns nicht gelingt, dafür Lösungen zu finden, werden uns die nächsten Generationen zu Recht den Vorwurf der Tatenlosigkeit machen."

Ich kann nur sagen: Recht haben Sie. Gelungen ist Ihnen aber nichts. Sie haben glattweg versagt.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen nicht erst auf die nächste Generation zu warten. Tatenlosigkeit und Mißerfolg können wir Ihnen schon heute, am Ende Ihrer Amtszeit zu Recht vorwerfen.

(Martin Kayenburg)

Ich zitiere Christa Müller vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23. August dieses Jahres. Sie sagte: „Es gibt nichts Unsozialeres als einen hochverschuldeten Haushalt." Ich kann dem nur zustimmen und daraus schlußfolgern: Ihr Haushalt, Frau Simonis, der auch die Handschrift der Grünen hier im Lande trägt, ist unsozial.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es sind 1,5 Millionen DM!)

Lassen Sie mich noch eine Weile bei Ihrer Regierungserklärung von 1996 bleiben, Frau Simonis. Darin stehen so viele schöne Ziele. Die Nettoausgaben sollten nach den Vorstellungen von Frau Simonis im Jahresdurchschnitt höchstens um 1,5 % steigen. Wie sah die Wirklichkeit aus? Ich zitiere da am besten wieder Sie, Herr Finanzminister. Denn ich denke, daß im Umdruck die richtigen Zahlen stehen. Zitat:

„Die Nettoausgaben sind in den letzten zehn Jahren insgesamt um 34,4 % ... gestiegen."

(Zuruf von Minister Claus Möller)

- Sie ziehen doch selber die Schlußfolgerung und sagen: Im Durchschnitt 3 %. Wenn ich gerechnet hätte, wäre ich im Durchschnitt auf 3,44 % gekommen. Da könnte man fairerweise von 3,5 % sprechen. Aber Sie liegen selbst mit den von Ihnen genannten 3 % um 100 % über Ihrem Ziel. Um 100 % das Ziel verfehlt! Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU)

Auch die tatsächlichen Nettoausgaben 1998 liegen mit 2,1 % immerhin noch um 40 % über dem Ziel.

Wenn Sie sich für das Jahr 2000 eine Steigerung um 0,8 % vorgenommen haben, dann frage ich: Wie wollen Sie das eigentlich einhalten? Die Wirklichkeit wird Sie da wieder einholen. Ich kann nur sagen: Alles leere Wahlversprechungen in Ihrem Haushalt!

Wenn wir in der Regierungserklärung weiterlesen, stoßen wir auf die **Personalausgaben**. Diese wollten Sie bis zum Jahr 2000 auf unter 39 % senken. Auch da Fehlanzeige! Von 1996 bis 1999 betrugen sie immer über 40 %.

Zu den Haushaltseckwerten 2000 haben Sie - das finde ich wirklich phänomenal - die stolze Zahl von 39,849 % ausrechnen lassen. Ich kann nur sagen: Gratuliere, Herr Minister! Eine mathematische Meisterleistung! Aber die ist wohl Bestandteil der in Ihrer Regierungserklärung von 1996 geforderten strategischen Finanzpolitik. Anders kann man so eine Zahlenspielerei nun wirklich nicht mehr bezeichnen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Simonis, pleite auf der ganzen Linie! Ihre Versprechen vom Beginn der Amtszeit haben Sie in keinem einzigen Punkt erfüllt.

Der Kollege Neugebauer, der heute so seltsam schweigsam ist, wird sicherlich gleich wieder erklären - so einen Versuch hatten wir ja auch bei Herrn Möller -, schuld daran seien insgesamt die unerwarteten Belastungen aus der deutschen Einheit und die Einbrüche bei den Steuereinnahmen. Herr Neugebauer, sehr richtig! Mindestens bei den **Steuereinnahmen** ist es bei Ihnen schon ziemlich still geworden, nachdem 1998 die Einnahmen nachweislich um 5,2 % gestiegen und nicht etwa gesunken sind.

Bezüglich der Lasten der deutschen Einheit erinnere ich daran, daß Sie doch ganz erkleckliche Bundesergänzungszuweisungen bekommen haben, allein Übergangszuweisungen in Höhe von 227 Millionen DM, Herr Minister, im Jahr 1995. Dann wurden es jährlich 10 % weniger. Aber für 2000 sind immerhin noch 113,5 Millionen DM an **Bundesergänzungszuweisungen** in diesem Bereich vorgesehen. Ich verstehe da Ihr Stöhnen überhaupt nicht. Denn im übrigen haben die Kommunen nachweislich viel mehr getan, und denen greifen Sie nun noch dauernd in die Tasche. Die **Kommunen** haben in den Jahren 1995 bis 1997 309 Millionen DM mehr getragen als vorgesehen. Aber Sie greifen lustig in deren Taschen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich weiß, daß Sie die Wahrheit an der Stelle nicht gern hören. Deswegen frage ich: Wie geht es mit der Entwicklung weiter? Die Steuermehreinnahmen werden nach der Schätzung des Arbeitskreises Steuerschätzung im Jahr 2000 2,6 % betragen. Von Steuermindereinnahmen wird also auch im Jahr 2000 keine Rede sein können. Wir wollen aber anerkennen, Herr Finanzminister, daß Sie sich diesmal ziemlich genau an die Steuerschätzung gehalten haben. Vielleicht hat der Finanzminister auch deswegen weniger gestöhnt, weil er genau weiß, daß er den Haushalt des Jahres 2000 nicht mehr wird verantworten müssen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Minister, im Haushaltsentwurf 2000 tauchen wieder viele Schüttelschecks auf, so zum Beispiel die gute alte Tante LEG. Nachdem LEG-Anteile bereits 1997 verkauft werden sollten und - so haben Sie erklärt - potentielle Interessenten angeblich vorhanden waren, entwickelte sich die LEG immer mehr zum Ladenhüter. Weil das so ist, haben Sie die LEG 1998 zunächst einmal in Form einer Sonderausschüttung von 250 Millionen DM angezapft.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Geplündert!)

(Martin Kayenburg)

- Sagen wir nicht gleich „geplündert", „angezapft" paßt schon. Weil das Geld natürlich nicht vorhanden war, mußten unter anderem Wohnungen der WOBAU verkauft werden. Herr Finanzminister, offenbar sind Sie sich selbst nicht so sicher, daß die LEG-Anteile überhaupt jemals verkauft werden können. Deswegen ziehen Sie sich offenbar auf globale Mehreinnahmen zurück, statt hier konkrete Zahlen zu nennen. Vielleicht hoffen Sie ja wieder auf einen Erbschaftsteuerfall. Wenn nicht, kann man es ja vielleicht noch einmal mit einer Sonderausschüttung versuchen. - Da ist unser Vorschlag, die WOBAU zur Senkung der Verschuldung komplett zu verkaufen, ehrlicher und praktikabler.

(Beifall bei der CDU)

Herr Finanzminister, mit virtuellen Verkäufen werden Sie Ihren Haushalt nicht sanieren können.

(Beifall bei der CDU)

Auch der schon seit 1997 laufende Verkauf von Anteilen am **Flughafen Fuhlsbüttel** ist wieder dabei. Nachdem Ihnen die Hamburger 1999 schon einmal mit 65 Millionen DM ausgeholfen haben, kann man nur hoffen, daß diese Veräußerung 2000 endlich über die Bühne geht. Aber dazu sagen Sie nichts Konkretes,

(Unruhe)

und zuhören mag der Finanzminister offenbar auch nicht mehr.

Gegen alle wirtschaftliche Vernunft und rechtlichen Zweifel sollen auch der Immobiliendeal durchgezogen und damit möglichst noch vor einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in unserem Normenkontrollverfahren unumkehrbare Tatsachen geschaffen werden. An dieser Stelle ist Ihr Haushaltsentwurf verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem 1999 bereits 340 Millionen DM in die Kassen des Landes gespült wurden, sind es 2000 noch einmal 250 Millionen DM, die Sie in die Finanzplanung aufnehmen, und für 2001 haben Sie weitere 200 Millionen DM vorgesehen. Herr Finanzminister, Frau Simonis, das ist ein nicht wiedergutzumachender Schaden, den Sie beide damit unserem Lande zufügen.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Zusammen mit dem Immobiliendeal als eine Form von Kredit liegt die **Neuverschuldung** im Jahr 2000 gerade noch 7 Millionen DM unterhalb der Grenze nach Artikel 53 der Landesverfassung, das heißt im Klartext: geringste Veränderungen im Haushaltsvollzug, und schon steht die Regierung Simonis/Steenblock wieder vor dem Verfassungsbruch.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wer nun glaubt, diese Gelder würden die Investitionen des Landes in die Höhe treiben, sieht sich wiederum enttäuscht. Der Haushalt wird weiterhin von konsumtiven Ausgaben beherrscht. Für **Investitionen**, die das Land zukunftsfähig machten, bleibt praktisch nichts übrig. Die Investitionsquote liegt in der Planung - wie in den vergangenen Jahren - bei gerade 10 %. Das ist schon im Vergleich zu Bayern mit 16 % viel zuwenig und im Vergleich zu den Regierungszeiten von Gerhard Stoltenberg mit 20 % eine katastrophal niedrige Quote. Hier werden Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Minister Claus Möller: Über Schulden!)

- Wenn Sie hier den Zwischenruf machen: „Über Schulden!" - Sie machen Schulden, um Ihren Konsum zu finanzieren! Verschuldung für Investitionen, die dann Steuereinnahmen bringen, die das Land gesund machen, ist eine ganz andere Spielart, Herr Minister.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im übrigen - das müssen Sie zugeben - kommt es dann in der Haushaltsausführung erfahrungsgemäß noch schlechter. Jedenfalls hat die Investitionsquote 1998 den historischen Tiefstand von 9,6 % erreicht. Das haben Sie, Frau Simonis, und Sie, Herr Möller, mit Ihrer katastrophalen Haushaltspolitik zu vertreten. Das ist im Grunde unsozial, wie auch Frau Müller es formuliert hat. Das geht zu Lasten von Arbeitsplätzen, die Sie doch eigentlich schaffen wollten.

Wohin sollen die Gelder, die Sie in Ihren Haushalt eingestellt haben, im einzelnen fließen? - Ein Blick in die Einzelpläne zeigt, daß zum Beispiel die Ausgaben im Einzelplan der Ministerpräsidentin und der Staatskanzlei um 3,7 % ansteigen, hingegen die Ausgaben so wichtiger Haushalte wie der des Innenministeriums lediglich um 0,6 % steigen sollen und der des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur sogar um 1,3 % zurückgehen. Das sind die Schwerpunkte, die Sie setzen. Damit setzen Sie auch im Jahr 2000 die falschen Schwerpunkte.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir jedenfalls werden mit unseren Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf klare Prioritäten zugunsten von Arbeit, Bildung und innere Sicherheit setzen.

(Martin Kayenburg)

Eine aufgeblähte Staatskanzlei hilft den Menschen im Lande nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber vielleicht soll ja die Beratungstätigkeit von Staatssekretär Gärtner zugunsten der SPD noch etwas ausgeweitet werden, und vielleicht braucht man da noch mehr Personal.

Wie sieht es eigentlich mit den versprochenen Reformen aus, mit Entbürokratisierung und Deregulierung? Daran bastelt die Landesregierung seit nunmehr zehn Jahren. Und was ist herausgekommen? Außer teuren Gutachten und Beraterverträgen nur Sprechblasen! Also wiederum Fehlanzeige!

Frau Simonis, mit Ihrer Regierungserklärung vom 23. Mai 1996 haben Sie auch die schrittweise Einführung der Budgetierung versprochen,

(Günter Neugebauer [SPD]: Ja!)

und zwar für die gesamte Landesverwaltung, Herr Neugebauer. Doch wo ist denn die Budgetierung? - Ich kann nur wieder sagen: „Fehlanzeige"!

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

Die bloße Deckelung von Personalausgaben ist keine Personalkostenbudgetierung. Merken Sie sich das einmal!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der SPD: Finanzausschuß!)

Während die **Kommunen** im Lande inzwischen viel weiter sind und in vielen Sektoren mit **budgetierten Verwaltungsbereichen** arbeiten, besteht die ganze Modernisierung des Landeshaushalts allein darin, daß die Erläuterungen zu den einzelnen Titeln neuerdings nicht mehr auf der rechten Seite, sondern auf der linken Seite des Haushaltsplans zu finden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das ist ein verdammt mageres Ergebnis der Reform des Haushaltswesens am Ende der Amtszeit von Frau Simonis.

Daß Finanzpolitik anders gestaltet werden muß, haben wir gerade vor einigen Wochen mit der Vorstellung der finanzpolitischen Leitlinien der CDU für das Jahr 2000 und danach nachgewiesen. Herr Minister, diese Leitlinien zeigen eindrucksvoll, daß Schuldenabbau und Vorsorge für die Zukunft kein Widerspruch sein müssen. Sie haben wahrscheinlich nicht umsonst versucht, eben darauf einzugehen, weil wir hier einen Ansatz haben, der eigentlich der Ihre hätte sein müssen. Das große Echo unserer Leitlinien in Presse und Öffentlichkeit löste offenbar auch Nervosität bei Rot-Grün aus. In Windeseile wurde da so ein SPD-Simonis-Zukunftsprogramm bis zum Jahre 2006 mit einem Volumen von 2,1 Milliarden DM zusammengestrickt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie bitte? In Windeseile? Das machen wir längst, und dann hat Herr Rühe das abgekupfert! Jetzt wird es ein bißchen bunt!)

- Frau Fröhlich, Sie können hier nicht die Zeitfolgen auf den Kopf stellen. Das können wir Ihnen beweisen. Das ist die Reaktion auf unsere Pressekonferenz gewesen.

(Beifall bei der CDU - Lachen und Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch absoluter Unsinn! - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich will gern konzedieren, daß das, was darin steht, auf den ersten Blick sogar beeindrucken könnte, aber beim zweiten Blick sehen Sie, daß die ganze Zukunft bei Rot unter Vorbehalt steht. Das können Sie auch dem Schreiben des Wirtschaftsministers vom 6. September dieses Jahres entnehmen - ich verweise auf Umdruck 14/3681 -, in dem steht, daß das Programm unter dem Vorbehalt steht, daß die Mittelaufteilung zwischen den Mitgliedstaaten unverändert bleibt, die für Schleswig-Holstein errechneten EU-Mittel auch tatsächlich dem Land zur Verfügung gestellt werden, der Rahmenplan zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" entsprechend genehmigt wird, die vorgesehenen EU-Beteiligungssätze von der Kommission der Höhe nach ebenfalls genehmigt werden, die nationale Kofinanzierung einiger Maßnahmen bis zur Vorlage des Programms bei der Kommission sichergestellt wird und das zu erstellende Programm von der Kommission akzeptiert wird.

Das heißt doch im Klartext: Nichts ist sicher, alles leere Versprechungen, keine solide Finanzierung, ein Haushalt, der durch und durch von Vermutungen lebt und nicht von konkreten Zahlen, Herr Minister.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist kein Zukunftsprogramm, sondern der ohnmächtige Versuch, das Prinzip Hoffnung zum Programm zu erheben, oder - wie die „KN" am 28. schrieben -: Geradezu lächerlich ist die 12-Punkte-Aktion, die Sie da gemacht haben.

Das ist eindeutig kein Programm, sondern Sie zittern, weil der überwiegende Teil der Mittel, die Sie verteilen wollen, aus der Gemeinschaftsaufgabe und aus

(Martin Kayenburg)

EU-Mitteln kommen. Ob die vorgesehenen **EU-Mittel** wirklich kommen, wird zunehmend unsicherer, nachdem die Kommission gegen die von Deutschland vorgeschlagene Regionalförderung ein **Hauptprüfverfahren** nach dem EU-Wettbewerbsrecht eingeleitet hat.

(Holger Astrup [SPD]: Ja, warum wohl?)

- Auf dieses Stichwort habe ich gewartet, Herr Astrup. - Und das nicht etwa wegen nicht angemeldeter FFH-Gebiete, wie Sie uns weiszumachen versuchen, sondern ganz im Gegenteil deshalb, weil Ihre Förderkulisse und die zugrunde liegenden Zahlen nicht stimmen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wenn Sie sich einmal in Brüssel erkundigen, werden Sie erfahren, daß die **FFH-Anmeldungen** dafür überhaupt nicht maßgeblich sind. Wenn Sie weiter nachforschen, warum es zu diesem Mißverständnis und den Problemen gekommen ist, werden Sie feststellen, daß Frau Wulf-Mathies - Mitglied Ihrer Partei - uns dies eingebrockt hat. Sie sind also dafür verantwortlich und kein anderer.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn dann das Sparprogramm von Finanzminister Eichel zum Tragen kommen wird, Frau Kähler, werden weitere Mittel wegfallen. Das bedeutet, daß das schöne Kartenhaus, das Simonis/Steenblock zu verantworten haben und das sie Zukunftsprogramm nennen, in sich zusammenfallen wird. Das ist die Realität, die hinter dem Haushaltsentwurf von Herrn Möller steht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Interessant finde ich auch, Herr Möller, daß Sie private Mittel in Höhe von 1 Milliarde DM in Ihr Programm eingestellt haben. Das ist bei staatlichen Förderprogrammen in der Tat eine kreative Idee.

Das verbleibende Programm ist in meinen Augen ein „Bananenprogramm", das beim Kunden reifen soll. Die Verantwortung, die Sie ihm überstülpen wollen, macht deutlich, daß Sie sich nicht ernsthaft damit auseinandergesetzt haben. Im Umetikettieren oder Umstricken von Programmitteln ist diese rot-grüne Landesregierung inzwischen unübertroffen. Seit Jahren werden die Mittel für neue Programme immer wieder mit anderen Zielen zusammengestellt, einem hübschen neuen Namen versehen und als neues Programm verkauft. Das ist wie in einer chinesischen Garküche: Fader Eintopf als gedrängte Wochenübersicht, von allem die Reste, aber wirklich nichts Handfestes. Das ist Ihr Haushaltsentwurf.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im übrigen wird das Sparpaket von Finanzminister Eichel nicht nur dieses sogenannte Zukunftsprogramm gefährden, sondern in starkem Maße auch Lasten auf Länder und Kommunen verlagern. Das werden wir jedenfalls so nicht hinnehmen.

Ein Ausgleich ist unabdingbar, und ich warte auf Ihren Kompensationsvorschlag, Frau Ministerpräsidentin. Wenn die Einführung der **Vermögensteuer** für private Vermögen oder die Erhöhung der Erbschaftsteuer Kompensationsvorschläge sein sollen, dann kann ich nur sagen: Das ist der völlig falsche Weg!

(Beifall bei der CDU)

Mit Ihren Plänen bewegen Sie sich, Frau Simonis, auf den Spuren alter Neid-kampagnen der SPD, die Ihnen schon in der Vergangenheit nicht geholfen haben.

Der Ablauf der Debatte über die Vermögensteuer in Ihrer Partei hier in Schleswig-Holstein, Frau Simonis, ist der Beweis für die totale Verwirrung. Daran will ich gern erinnern.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Am 31. Juli präsentierten die finanzpolitischen Sprecher von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Neugebauer und Frau Heinold, den gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die heutige Landtagstagung mit der Überschrift: „Wiedererhebung der privaten Vermögensteuer". Am 1. August führte der Finanzpolitiker Neugebauer die Neidkampagne mit einer Pressemitteilung, in der er den Antrag der Fraktionen bekräftigte und von dicken Privatvermögen redete, an die er jetzt heran wolle. Dann kamen Herr Hay und Herr Thönnes aus dem Urlaub zurück, und am 11. August meldeten die „Kieler Nachrichten": „Krach nach Rückzieher der Landes-SPD. Die Vermögensteuer ist vom Tisch". Nun gut, könnte man ja meinen. Hay und Thönnes sind vernünftiger als Neugebauer und Heinold,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt auch!)

zumal sie erkannt haben, daß ein solcher Vorstoß ein erneuter Bruch der Wahlversprechen der Bundesregierung gewesen wäre. Außerdem hätten Sie für dieses Vorhaben, im Bundesrat sicherlich keine ausreichende Mehrheit bekommen. Daß Hay und Neugebauer statt dessen die Erbschaftsteuer erhöhen wollten - was zum Beispiel Besitzer mittelgroßer Bauernhöfe oder den Mittelstand beziehungsweise deren

(Martin Kayenburg)

Erben schwer getroffen hätte -, ist nur ein weiterer Aspekt ihrer Neidkampagne.

(Zurufe von der CDU: Das ist ein Skandal!)

Ihr Antrag, Herr Neugebauer und Frau Heinold, war jedenfalls einkassiert. Ich kann nur sagen: Peinlich!

Die urlaubende Regierungschefin ließ erst einmal alles offen und über ihren Regierungssprecher erklären, das Kabinett werde später entscheiden, aber der Ansatz von Frau Simonis sei immer die Gerechtigkeit gewesen. Das lesen wir jedenfalls in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung" vom 11. August.

Dann kam Frau Simonis aus dem Urlaub zurück und meldete sich gleich im „DeutschlandRadio" zu Wort. Man müsse - sagten Sie, Frau Simonis, laut einer Meldung der „dpa" vom 31. August dem Sender - auch die Reichen bitten, sich zu bescheiden, entweder durch eine Vermögensteuer oder durch eine Erbschaftsteuererhöhung. Damit war das Thema wieder auf dem Tisch, das die Kollegen Hay und Thönnes so elegant vom Tisch genommen hatten.

„Simonis drängt auf Steuererhöhungen" schrieben deshalb auch völlig zu Recht am darauffolgenden Tag die „Kieler Nachrichten". Das heißt, die Katze ist aus dem Sack: Frau Simonis offenbart sich als Traditionalistin in ihrer Partei. Sie macht deutlich, daß sie für Steuererhöhungen ist, daß die SPD die Steuererhöhungspartei ist und schlägt sich auf die Seite von Klimmt und Lafontaine. Und sie will den Bürgern in die Tasche greifen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die einzige Chance, Ministerin bei Schröder zu werden! - Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

- Auf diesen Punkt können wir noch zu sprechen kommen, Herr Kollege. Aber zunächst müßte Herr Neugebauer nun seinen Antrag wieder aus der Schublade holen. Bis heute liegt jedenfalls nichts vor, Herr Neugebauer.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie sind nicht auf dem neuesten Stand! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ach, wir haben jetzt einen?)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ist nun wirklich Politik paradox. Das zeigt Ihre ganze Ohnmacht und Konzeptionslosigkeit. Sie sind nicht in der Lage, die Haushalts- und Finanzprobleme des Landes zu lösen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ja zur Vermögensteuer, nein zur Vermögensteuer, ja zur Vermögensteuer: Wer soll denn da eigentlich noch einen finanzpolitischen Kurs erkennen? Ein Kapitän, der sein Schiff so steuert, gehört nicht auf die Brücke, sondern in die Koje, damit er - egal, ob seekrank oder aus anderen Gründen steueruntüchtig - endlich einmal ausschläft.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich weiß, daß ist kein neuer Ratschlag. Frau Simonis hat gestern für diesen Ratschlag von der LPK eine Ente bekommen. Aber vielleicht sollten Sie, Frau Simonis, diesen Ratschlag selbst einmal beherzigen.

Die Frage, ob Steuererhöhungen der richtige Weg zur Konsolidierung von Staatsfinanzen sind, ist bei der SPD immer noch nicht entschieden. Weil das so ist, braucht die SPD die Pause von der Regierungstätigkeit, denn Sie hatten immer dann die besten Programme, die positionsbestimmend und programmatisch waren, deren Politikansatz gut geschrieben war, als Sie in der Oppostion waren. Ich erinnere an das Godesberger Programm. Genau in diese Opposition werden wir Sie schicken.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht sind die sogenannten Vordenker Ihrer Partei in Schleswig-Holstein schon längst dabei, an diesem überfälligen Kurswechsel zu arbeiten, damit Sie nach 2000 wieder die Opposition in diesem Land sein können. Ihr Dilemma bleibt: Sie waren und sind nicht in der Lage, vernünftige Politikansätze vorzulegen.

Ich komme jetzt wieder auf den Haushalt 2000 zu sprechen. Da wird deutlich: Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, und den Sie tragenden Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fehlt inzwischen die Kraft, die auch in den letzten Wochen immer wieder beschworenen notwendigen finanzpolitischen Veränderungen, die erforderliche Trendwende wirklich zu vollziehen. Sie sind müde, Sie haben längst resigniert, und die Kapitänin ist nicht nur in der Koje, sie ist nach meinem Eindruck längst von Bord gegangen, so daß das stolze Schiff Schleswig-Holstein führungslos fährt.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Um die einstmals so hochgelobte Finanzexpertin Simonis ist es inzwischen still geworden. Wie in einer großen schleswig-holsteinischen Tageszeitung kürzlich zu lesen war, backt sie inzwischen kleine Brötchen und wäre - auch das ist nachzulesen - in Schleswig-Holstein am 27. Februar nächsten Jahres mit einem Ergebnis wie in Brandenburg längst zufrieden.

Wenn Sie, Frau Simonis, allerdings Ministerpräsident Stolpe mit seinem Pleitewahlergebnis gesehen haben, so sah er nach meiner Meinung überhaupt nicht zufrieden aus. Aber vielleicht - da komme ich auf Herrn Wolfgang Kubicki zurück - ist ja der Preis für eine

(Martin Kayenburg)

verlorene Landtagswahl das Angebot einer Regierungsposition in Berlin.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Schröder hat das schon zurückgewiesen!)

Nur, dieses Angebot werden Sie, Frau Ministerpräsidentin, nicht bekommen.

(Widerspruch bei der SPD)

- Ich weiß ja, daß Sie das nicht hören mögen, weil die Einschätzung dieser sogenannten Finanzexpertin Simonis auch ein Stück weit die Einschätzung der Regierungstätigkeit von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier im Lande durch den Bundeskanzler ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Er wurde vor der Bundespressekonferenz gefragt: „Herr Bundeskanzler, können wir mit weiteren Kabinettsumbildungen rechnen, wenn auch die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westpfalen verlorengehen?"- Die Antwort von Herrn Schröder: „Sicher nicht. Erstens die Hoffnung, sie werden nicht verlorengehen, und zweitens auch dann nicht." Peinlich, kann ich nur sagen; eine klarere Absage an das Vermögen der Regierung von Frau Simonis kann ich mir nicht vorstellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber sie soll EU-Beauftragte in Osttimor werden!)

Kompetenz und Sachverstand, Herr Kubicki, läßt diese rot-grüne Landesregierung vermissen, und das läßt auch der Haushaltsentwurf 2000 vermissen. Ich meine, daß mit diesem Haushaltsentwurf der Weg in die finanzpolitische Sackgasse fortgesetzt würde. Eine Einsicht, das jetzt wirklich Notwendige für die Zukunft des Landes zu tun, ist nicht erkennbar.

Damit das Land 2000 nicht nur weiter verwaltet, sondern auch künftig gestaltet wird, sind wir, meine Damen und Herren, der Auffassung, daß das Schiff Schleswig-Holstein dringend einer neuen Führung bedarf, Besseres verdient hat, und deswegen werden wir am 27. Februar gemeinsam mit Volker Rühe das Ruder hier im Lande übernehmen.

(Lebhafter, rhythmischer Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Landesregierung baut mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf eine Brücke hinein ins nächste Jahrtausend. Ich sage für meine Fraktion: Dieser Haushalt ist eine tragfähige und stabile Brücke ins 21. Jahrhundert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Meinhard Füllner [CDU]: Hochstapler, Hochstapler!)

Es ist dabei unzweifelhaft, daß sich die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte in den letzten Jahren äußerst unbefriedigend entwickelt hat. Die Last der Staatsverschuldung stranguliert die Haushalte in einem immer größeren Maße. Deshalb gibt es zum Kurs eines konzentrierten und effektiven Wirtschaftens keine Alternative.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesem Haushalt beschränkt sich die Landesregierung auf die Stärkung der Kernkompetenzen: auf die Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur, die Garantie eines qualitativ hochwertigen Bildungssystems und die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Mit der Finanzplanung sichern wir die Handlungsspielräume, die nötig sind, damit wir in Schleswig-Holstein am Arbeitsmarkt und bei der Wirtschaftsförderung auch im nächsten Jahrtausend die Zukunft aktiv gestalten können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber zur Sicherstellung dieses Aufgabenpakets brauchen die Länder auch eine entsprechende Einnahmebasis. Deshalb lassen Sie mich an dieser Stelle einiges zu dem CDU-Antrag „Keine neuen Steuern beziehungsweise **Steuererhöhungen**" sagen.

Meine Damen und Herren von der CDU, dieser Antrag ist an Heuchelei und Perfidität nun wirklich nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich möchte kurz einmal die Karten aufdecken, da Sie nicht Manns und Frau genug sind, Ihre Steuerbilanz der letzten 16 Jahre offenzulegen.

(Zurufe von der CDU)

Am 1. Juli 1983 war es die CDU, die die Mehrwertsteuer von 13 auf 14 % erhöht hat, jährliche Mehrbelastung für die Bürgerinnen und Bürger: 8 Milliarden DM.

(Zurufe von der CDU)

(Lothar Hay)

Am 1. Januar 1989 Erhöhung der KFZ-Steuer für Dieselfahrzeuge und der Mineralölsteuer. Erinnern Sie sich doch bitte einmal an Ihre Äußerungen im Sommer! Das war eine Mehrbelastung von 7 Milliarden DM. Ebenfalls am 1. Januar 1989 Erhöhung der Versicherungsteuer von 5 auf 7 %. Am 1. Mai 1989 Anhebung der Tabaksteuer. Am 1. Juli 1991 Einführung des Solidaritätszuschlages zunächst für ein Jahr, Mehrbelastung: 11 Milliarden DM. Zeitgleich nochmalige Erhöhung der Mineralölsteuer und der KFZ-Steuer für Diesel-PKW, Mehrbelastung: 14,6 Milliarden DM. Ebenfalls am 1. Juli 1991 nochmalige Erhöhung der Versicherungsteuer, diesmal auf 10 %. Am 1. Januar 1993 zweite Erhöhung der Mehrwertsteuer (auf 15 %), Mehrbelastung für die Menschen: 12,3 Milliarden DM.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Lothar Hay [SPD]:

Nein. Ich muß erst meine Liste zu Ende bringen, dann kann sich Herr Kubicki gerne melden.

Zudem: Einführung einer Zinsabschlagsteuer mit einer von Waigel kalkulierten Mehrbelastung von 24 Milliarden DM. Am 1. Januar 1994 wiederholt sich die Steuererhöhungszeremonie der CDU/CSU-F.D.P.-Koalition: Die Mineralölsteuer und die KFZ-Steuer für Diesel-PKW werden nochmals heraufgesetzt. Diesmal geht es um Mehreinnahmen von 9,4 Milliarden DM. Am 1. Januar 1995 wird der Solidaritätszuschlag wieder eingeführt, Mehrbelastung: 26 Milliarden DM.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie werden sie noch mehr erhöhen!)

Und nun kommt es, zeitgleich damit, am 1. Januar 1995 eine Erhöhung der Vermögensteuer von 0,5 auf 1 %, also eine glatte Verdoppelung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der letzte Streich: Am 1. Januar 1997 Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 2 auf 3,5 %, wodurch Sie Mehreinnahmen von 3,5 Milliarden DM zur Deckung der Haushaltslöcher einfahren wollen.

(Zurufe von der CDU)

Alles in allem - und deshalb weise ich bewußt in diese Richtung -: Wenn man so etwas uns gegenüber sagt, sollte man erst einmal die eigene Politik beurteilen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles in allem Steuererhöhungen, mit denen Sie den Bürgerinnen und Bürgern in Ihrer 16jährigen Regierungszeit über 125 Milliarden DM jährlich aus der Tasche gezogen haben.

(Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage?

Lothar Hay [SPD]:

Ja, jetzt kann Herr Kubicki die Frage stellen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort zu einer Zwischenfrage hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Kollege Hay, würden Sie mich darüber aufklären, welchem dieser Punkte sich die Sozialdemokratie mann- oder frauhaft voll in den Weg gestellt hat und welcher von ihr bekämpft worden ist, welcher dieser Punkte von Ihnen nicht mitgetragen oder gefördert worden ist?

Lothar Hay [SPD]:

Herr Kollege Kubicki, ich habe deutlich gemacht: Ich habe etwas zum CDU-Antrag „Keine neuen Steuern beziehungsweise Steuererhöhungen" gesagt. Das war die Heuchelei, die Perfidität. Wer 16 Jahre lang zig Steuererhöhungen gemacht hat - und hier findet eine Diskussion über die Verteilung der Lasten in der Bundesrepublik Deutschland statt -,

(Zurufe von der CDU)

der sollte sich an seine eigene Vergangenheit erinnern.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Hay, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Lothar Hay [SPD]:

Nein!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer mit solchen Anträgen versucht, die Menschen in Schles-

(Lothar Hay)

wig-Holstein für dumm zu verkaufen, der muß sich selbst fragen, wer die eigentliche Steuererhöhungspartei der Vergangenheit gewesen ist, Herr Kayenburg.

(Beifall bei der SPD)

Dann ist wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, die Landesregierung verfrühstücke einfach diese Steuermehreinnahmen und setze damit die Zukunft des Landes aufs Spiel.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Ich frage Sie, Herr Kayenburg - Sie sind ja genauso wie ich Steuerzahler -: Wo sind denn die Millionen und Milliarden geblieben, die Sie sich durch Ihre Politik in Bonn in Form von Steuererhöhungen verschafft haben? Als die Bundesregierung im September letzten Jahres wechselte, war von dem Geld jedenfalls nichts mehr zu sehen. Statt dessen haben Sie es in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung geschafft, die Verschuldung des Bundes von 350 Milliarden DM auf eine Summe von 1,5 Billionen DM zu erhöhen. Sie haben vorhin kritisiert, daß die Schulden des Landes um 64 % gestiegen sind. Die Schulden des Bundes sind in einem Zeitraum von 16 Jahren um über 500 % gestiegen!

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir hatten auch eine Wiedervereinigung!)

Das ist eine ganz andere Summe.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion, wir nehmen unsere Zukunftsverwantwortung ernst.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach, wo denn?)

Die Steigerungsrate des Landeshaushalts ist zusammen mit der des Saarlandes die geringste aller Bundesländer gewesen.

Aber, meine Damen und Herren von der Opposition, natürlich kann man auch über Steuererhöhungen reden, wie beispielsweise bei der Einführung der Ökosteuer, dann zum Beispiel, wenn die Mehreinnahmen dazu verwendet werden, die Lohnnebenkosten zu senken,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

den Faktor Arbeit zu entlasten, um so die Schaffung von mehr Beschäftigung wieder attraktiv zu machen. Aber was haben Sie gemacht? Sie haben, ganz im Gegenteil, zur weiteren Entlastung des Haushalts den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusätzlich einen erheblichen Teil an versicherungsfremden Leistungen aufgebürdet. Sie tragen damit die Verantwortung dafür, daß die Sozialversicherungsbeiträge seit 1982 um 7,3 % angestiegen sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können Sie jetzt schlagartig rückgängig machen!)

Was Sie, meine Damen und Herren von den Oppositionsparteien unter sozialer Gerechtigkeit verstehen, kann man an der Entwicklung der Löhne und Einkommen ablesen. Während die Belastung der Bruttoeinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Ihrer Führung um über 20 % auf 34,7 % angestiegen ist, hat sich in diesem Zeitraum die Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit von 20,9 % auf nunmehr nur noch 11,6 % reduziert. Das ist die Umverteilungspolitik, die Sie 16 Jahre lang betrieben haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wissen Sie, warum Schleswig-Holstein im kommenden Haushaltsjahr zum Empfängerland aus dem Länderfinanzausgleich werden wird? - Weil Großunternehmen wie Daimler-Benz seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder Steuern zahlen werden, in Baden-Württemberg und in anderen Bundesländern!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist schlichter Unsinn!)

Vergleichen Sie diese Tatsache einmal mit der Gewinnentwicklung und den Börsenkursen! Dann stellen Sie fest: Da stimmt etwas nicht.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mann, Mann, Mann!)

Die SPD in Schleswig-Holstein steht gerade in der Person von Heide Simonis für eine moderne **Wirtschaftspolitik**.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir haben die Herausforderungen, die sich aus der Globalisierung des Wettbewerbs ergeben, aber auch die Chancen des zusammenwachsenden Europa frühzeitig erkannt und genutzt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ach?)

Eindrucksvolles Indiz hierfür sind die Zahlen der Unternehmensneugründungen: Jahr für Jahr neue 85 Betriebe, die sich in Schleswig-Holstein ansiedeln, die hier gegründet werden - mit insgesamt mehr als 18.000 Arbeitsplätzen, die wir in Schleswig-Holstein dringend brauchen. Das war die erfolgreiche Politik der Landesregierung in Schleswig-Holstein. Sie wollen wir fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE

(Lothar Hay)

GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Trotz Heide Simonis!)

Ein weiteres eindrucksvolles Indiz ist ein weicher Standortfaktor, das positive Wirtschaftsklima, das zusammen mit Bayern zu den positivsten in der gesamten Bundesrepublik Deutschland gehört.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt doch gar nicht!)

Die SPD Schleswig-Holstein ist nicht nur bereit, hier Fakten zu setzen. Wir stehen auch ein für mehr **Steuergerechtigkeit**.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Der Anteil, den der Faktor Arbeit an der Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben zu tragen hat, liegt bei mittlerweile fast 66 %, der Anteil, den der Faktor Kapital hinzusteuert, dagegen nur noch bei rund 10 %. Dies ist kein gesundes Verhältnis mehr.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Deshalb sind wir, die Sozialdemokraten im Land Schleswig-Holstein, der Meinung, daß diejenigen, deren Schultern mehr tragen können, das heißt diejenigen, die über ein entsprechend hohes Kapital verfügen, auch entsprechend stärker in die soziale Pflicht genommen werden müssen.

(Beifall bei der SPD - Reinhard Sager [CDU]: Steuererhöhungen!)

Wir können nicht tatenlos mit ansehen, daß sich die Besitzschere beliebig weiter öffnet und mit der kommenden Erbengesellschaft die Standesgesellschaft quasi von Geburt an wieder eingeführt wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Was haben Sie nur für ein Verständnis!)

Deshalb werden wir die Einführung einer **Vermögensteuer** oder die Erhöhung der **Erbschaftsteuer** weiter prüfen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Toll! - Martin Kayenburg [CDU]: Sie wollen doch Steuererhöhungen! Sagen Sie doch!)

Dies machen wir unabhängig vom finanzpolitischen Geschrei der Oppositionsfraktionen, die - wie ich dargestellt habe - in der Vergangenheit die Steuersätze erhöht haben.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Ursula Kähler [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Na ja!)

Jenseits jeden politischen Sommertheaters wissen wir, daß es in der Bundesrepublik eine breite gesellschaftliche Zustimmung zu diesen Diskussionen, zu diesen Vorschlägen gibt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt! Bei den Wahlergebnissen sieht man das ja!)

Über 50 % aller Wählerinnen und Wähler, sogar 52 % Ihres Klientels, Herr Kayenburg, haben sich für eine Gerechtigkeitskomponente im Steuersystem der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann hätten Sie unserer Steuerreform zustimmen müssen! Dann hätten wir die gehabt! Das haben Sie doch nicht gemacht!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, lassen Sie mich das auf einen Punkt bringen: Wir Sozialdemokraten setzen auf die steuerliche Gerechtigkeit, und Sie setzen auf die steuerliche Vergeßlichkeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Vergeßlichkeit ist das so ein Problem, lieber Wolfgang Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Weiß das der Kanzler auch?)

Das gilt auch für die Rentendebatte. Bei der Rentendebatte setzen Sie doch darauf, daß die Rentnerinnen und Rentner in Schleswig-Holstein vergessen haben, daß sie im Durchschnitt der letzten 20 Jahre schon nicht mehr als den Inflationsausgleich bekommen haben, und in den letzten fünf Jahren nicht einmal mehr das.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie wollen noch weniger! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir haben es Ihnen aber gesagt! Das ist der Unterschied!)

Wie hieß es doch in einem Artikel der „Welt" so treffend? - „Riester hat nur den Fehler gemacht, dieses politische Geheimnis ausgeplaudert zu haben." Das ist die Vergangenheit gewesen, Ihre **Rentenpolitik**.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es gab Leute wie Herr Schröder, die anderes versprochen haben! Das ist das Problem!)

Die Opposition ist den schleswig-holsteinischen Wählerinnen und Wählern

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben vor der Wahl etwas anderes gesagt! Deshalb laufen Ihnen die Leute weg!)

(Lothar Hay)

bisher an fast allen politischen Ecken und Kanten die Alternative schuldig geblieben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werden sie am 27. Februar selbst entscheiden!)

Wenn die Vorlage Ihres Programmentwurfs mit der Frage kommentiert wird, „wo gibt es noch Unterschiede?", kann man daraus nur zwei Folgerungen ableiten: Entweder hat die Regierung ihre Arbeit bislang gut gemacht und das Regierungsschiff auf den richtigen Kurs gesteuert, oder die Opposition ist so arm an Visionen, daß sie keine eigenen Handlungsalternativen aufzeigen kann.

Ich bin mir sicher, daß hier in Schleswig-Holstein beides zutrifft und die Wählerinnen und Wähler am 27. Februar sehr deutlich machen werden, wer das vernünftige Programm für das nächste Jahrtausend hat. Das sind wir.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werden wir dann sehen!)

Wir werden den Menschen in Schleswig-Holstein sehr deutlich machen, daß es immer noch besser ist, das Original zu wählen und nicht die Kopie.

Sie haben Ihre Vorlage eines alternativen Haushaltsentwurfs als „einen mutigen Schritt" gefeiert. Meine Damen und Herren von der CDU, die Einsparvorschläge der Opposition sind aus den vergangenen Jahren berühmt, zum Teil auch berüchtigt, Herr Kollege Stritzl.

Ich erinnere nur an die Haushaltsakrobatik, als Sie mit Ihrer Forderung nach einer Verlängerung der Arbeitszeit für Angestellte und Beamte auf 40 Stunden angeblich 70 Millionen DM in die Landeskasse des Hauses spülen wollten. Mit Ihren aktuellen Vorschlägen knüpfen Sie nahtlos an die Unkenntnis der vergangenen Jahre an.

Da ist zum einen der völlig aus der Luft gegriffene Vorschlag der **Sozialhilfekürzungen**. 40 Millionen DM sollte das Einsparziel sein. Das wird durch keinerlei Zahlen belegt.

(Thomas Stritzl [CDU]: Bei euch sind es 36 Millionen DM!)

Sagen Sie bitte, was genau Sie kürzen wollen!

(Thomas Stritzl [CDU]: Aber Lothar! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja peinlich!)

Wir werden auf jeden Fall aufpassen. Vielleicht wird das soziale Netz straffer gespannt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

aber es wird mit uns keine Risse und Löcher im sozialen Netz geben.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glaubt euch doch eh keiner mehr!)

Da ist als nächstes auf der Einnahmeseite der Verkauf des **NordwestLotto**, von dem der Finanzminister aus gutem Grund Abstand genommen hat, bei aller Haushaltsenge.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er soll mal sagen, woher er seine Millionen haben will!)

Man kann nicht - wie Sie das kalkulieren - einerseits Zweckerträge und andererseits einen Verkaufserlös in Höhe von 130 Millionen DM haben. Beides zusammen geht nicht. Sie müssen sich schon entscheiden.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Da ist als drittes - damit will ich es bei der Bewertung Ihrer Vorschläge bewenden sein lassen - die Kürzung bei den Zuwendungen und Zuschüssen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Kollege Hay!)

Hier haben Sie wirklich Mut bewiesen, augenscheinlich aber ohne Wissen um die Fakten. Herr Stritzl und Herr Kayenburg, Sie wollen hier 5 % einsparen und kommen zu einem Ergebnis von 65 Millionen DM, das sie erwirtschaften wollen. Dabei haben Sie leider übersehen, daß die Ausgaben für Zuweisungen im Jahr 2000 zwar knapp 5 Milliarden DM betragen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich denke, Sie wollten sich mit dem Haushaltsentwurf von Möller auseinandersetzen!)

aber allein der Anteil der in Rede stehenden freiwilligen nichtinvestiven Leistungen nur etwa 250 Millionen DM beträgt. Wer also von 250 Millionen DM 65 Millionen DM einsparen will, muß den Mut haben, den Zuwendungsempfängern im Land zu sagen, daß er Knall auf Fall 26 % kürzen will. Dazu muß man schon sehr viel Mut haben.

(Sabine Schröder [SPD]: So ist das!)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich hoffe, daß Sie diesen Mut haben, wenn Sie das nächste Mal eingeladen werden

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie können die Rede im nächsten Jahr wieder halten!)

(Lothar Hay)

zum Landessportverband, zum Deutschen Grenzverein, beim Nordfriisk Instituut. Stehen Sie doch einmal Rede und Antwort bei einer Kürzung von 26 %!

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die Sozialdemokraten und die Landesregierung bieten mit ihrem Haushaltsentwurf allen Zuwendungsempfängern eine Alternative zum CDU-Kahlschlag. Schon die bloße Überrollung - das ist das, was hier erreicht worden ist - stellt angesichts der Kostenentwicklung für viele **Vereine** und **Verbände** eine erhebliche Herausforderung dar. Ich brauche mir nur die Kostensteigerung anzusehen und weiß, was ich vielen Vereinen und Verbänden zumute.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das Wort steht jetzt?)

Aber es gibt keine Alternative dazu. Das ist immer noch besser als eine 26prozentige Kürzung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Können die Leute sich auf dieses Wort verlassen, Lothar Hay, daß das so bleibt? Kann man sich darauf verlassen?)

Es ist schon bedauerlich, Herr Kubicki, wenn die Haushaltsdebatte, die eigentlich immer eine Stunde der Opposition ist, inzwischen zu einer Stunde der Regierung wird.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Ich habe einen Blick in die vergangenen Haushaltsdebatten geworfen. Mit wieviel Leidenschaft wollten Sie noch 1997 die Liegenschaftsübertragung sofort wieder einkassieren, und wie sahen Sie 1998 die Todsünde der Regierung in einer Fortsetzung der Angestelltenpolitik? - Und heute? Die Liegenschaftsübertragung wird stillschweigend übernommen. Dann ziehen Sie doch die Klage in Karlsruhe zurück! Das wäre doch der konsequente Weg.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt doch überhaupt nicht, Kollege Hay!)

Mit der neuen Verbeamtungslinie, bei der mit der Kritik ja nun auch der Landesrechnungshof zurückrudert, ist Ihnen anscheinend jede finanzpolitische Alternative abhanden gekommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott!)

Aber lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal auf ein Politikfeld zu sprechen kommen, das der Landesregierung und der SPD-Landtagsfraktion besonders am Herzen liegt. Das ist die **Bildungspolitik**. In diesem Bereich, der bei weitem den dicksten Brocken im Landeshaushalt ausmacht, hat die Landesregierung, haben Heide Simonis und Ute Erdsiek-Rave viel erreicht. Mit diesem Haushalt ist die Basis für die Schaffung von weiteren 1.000 neuen Planstellen in der nächsten Legislaturperiode geschaffen worden. Zusammen mit der Wiederbesetzung von 4.200 freiwerdenden **Lehrerstellen** werden damit bis zum Jahre 2005 über 5.000 neue und junge Lehrkräfte an die schleswig-holsteinischen Schulen kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

und dann wird im Jahre 2005 mehr als ein Drittel aller Lehrkräfte unter 35 Jahre alt sein. Ich glaube, das ist eine zukunftsträchtige Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Thomas Stritzl [CDU])

Wie oft ist an dieser Stelle gerade auch von dem Kollegen Klug der Bildungsstandort Schleswig-Holstein schlechtgeredet worden! Meine sehr geehrten Damen und Herren, allein in diesem Jahre haben sich 5.400 Lehrkräfte um die Einstellung in den Dienst des Landes Schleswig-Holstein beworben - 5.400! 3.100 davon kommen aus anderen Bundesländern. So schlecht kann das ja bei uns wirklich nicht sein!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Mit uns wird es jedenfalls, was die Bildungspolitik betrifft, keinen Rückfall in die sechziger Jahre geben. Wir setzen auf Qualität, aber auch nicht auf die Bildung von neuen Eliten wie die F.D.P. Mit uns wird die freie Schulwahl im Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule bestehen bleiben, und es wird nicht eintreten - wie von Herrn Dr. Klug gefordert -, daß Schüler zwangsversetzt werden

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

beziehungsweise in Zukunft Aufnahmeprüfungen bestehen müssen. Mit uns wird es keine - wie vom Landesrechnungshof gefordert - Schließung kleiner Schulen geben. Wir halten an unserem Grundsatz fest: Kurze Beine - kurze Wege!

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

(Lothar Hay)

Wir werden nicht dulden, daß bei der Wahl der Schulform der Elternwille nicht mehr zählt. Entgegen den Versprechungen, die auch von Oppositionsseite gekommen sind, werden wir es nicht zulassen, daß Gesamtschulen finanziell ausgetrocknet werden.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber Leistungen hat die Landesregierung nicht nur auf dem Gebiet der Bildungspolitik vorzuweisen. Lassen Sie mich das in Anspielung auf die Werbung einer großen Tageszeitung so formulieren: Hinter jedem einzelnen Ministerium, hinter jedem Einzelplan steckt immer ein kluger Kopf.

Mit Arbeits- und Sozialministerin Heide Moser, die dafür gesorgt hat, daß über das Programm „**Arbeit für Schleswig-Holstein**" insgesamt über 100.000 Menschen

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Thomas Stritzl [CDU]: Werden die jetzt schon alle verabschiedet?)

Qualifizierung und Berufspraxis erhalten haben, um so den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt bewältigen zu können. Sie hat damit einen Beitrag geleistet, um mehr Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Haushalt ist die Garantie dafür, daß diese Politik mit dem Programm „ASH 2000" fortgesetzt werden kann.

Mit dem Wirtschaftsminister Horst Bülck, der mit seiner Innovations- und Investitionspolitik dafür gesorgt hat, daß **Schleswig-Holstein** zum **High-Tech-Land** geworden ist,

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das glaubt er selber nicht!)

daß wir nicht länger nur Schiffsbauer in Schleswig-Holstein haben. Wir sind mittlerweile die Handybauer in Deutschland geworden.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit Ute Erdsiek-Rave, die nicht nur mit ihrem „Forum Lehrerbild" das Ansehen der Pädagogen in Schleswig-Holstein gestärkt hat, sondern die zudem die Lehrerversorgung trotz weiter steigender Schülerzahlen sichert. Hierzu sind im Haushaltsentwurf die Mittel zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall nochmals aufgestockt und ist die Schaffung von 200 neuen Planstellen zum nächsten Schuljahr fest verankert worden.

Mit unserem Innenminister Ekkehard Wienholtz, dessen erfolgreiches Konzept der **Kriminalitätsbekämpfung** sich durch die Verbindung von Prävention und Repression gerade in einem Rückgang der Kriminalität um 10 % niedergeschlagen hat.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Der vorliegende Haushaltsentwurf 2000 stellt die Mittel zur Verfügung, um die zur Motivation der Polizei notwendigen Beförderungen durchzuführen.

(Beifall des Abgeordneten Peter Zahn [SPD])

Mit unserem Energie- und Finanzminister Claus Möller, unter dem Schleswig-Holstein zum Windenergieland Nummer 1 geworden ist.

(Lachen und Zurufe bei der CDU)

10 % des schleswig-holsteinischen Stroms werden bereits heute durch **Windenergie** gedeckt.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Thomas Stritzl [CDU])

Mit dem Haushaltsentwurf stehen wir am Anbruch des Solarzeitalters, und dafür werden weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die **Solaroffensive** voranzutreiben.

Mit unserem Minister für ländliche Räume und Tourismus Klaus Buß, der mit seiner Qualitätsoffensive im **Tourismus** mit dazu beigetragen hat, daß Schleswig-Holstein nach wie vor eine Spitzenposition in der Bundesrepublik Deutschland einnimmt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Und, Herr Maurus, ich freue mich, daß Sie inzwischen genauso wie ich der Meinung sind - wenn das stimmt, was in der „Bild"-Zeitung steht -: „Touristische Kleinstreiterei und Kompetenzgerangel kennzeichnen die Situation." - Dieses Zitat von Ihnen, Herr Maurus, gibt genau die Aussage wieder, die ich vor einigen Wochen gemacht habe. Ich sehe, wir sind einer Meinung.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut! Der Mann ist lernfähig! - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Maurus?

Lothar Hay [SPD]:

Ja, die kann er stellen.

Heinz Maurus [CDU]: Herr Kollege Hay, ist Ihnen bekannt, daß das Statistische Bundesamt das Land Schleswig-Holstein bei den Übernachtungen als einziges Land mit einer Minusbilanz 1998 ausweist? - Minus 1,4 %, um es genau zu sagen!

(Lachen und Zurufe von der SPD)

- Herr Maurus, ich wiederhole das Zitat: „Touristische Kleinstreiterei und Kompetenzgerangel kennzeichnen die Situation."

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen es mit einer vernünftigen Vermarktung schaffen und nicht durch Streitereien, Schleswig-Holstein wieder mit steigenden Urlauberzahlen zu versorgen. Da sind wir uns einig.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben mit Heide Simonis eine Ministerpräsidentin, die nicht nur bei den Sympathiewerten ganz oben steht, sondern die gezeigt hat, daß sie dieses Land zu regieren versteht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Ich kann mich für meine Fraktion den Wünschen, die Heide Simonis von ihrer jüngsten Reise aus Polen und Skandinavien mitgebracht hat, nur anschließen. Wie sagte der polnische Marschall und Topunternehmer Jan Zarebski? - Ich wünsche, daß Heide Simonis die Wahl gewinnt!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 15:00 Uhr wiedereröffnet werden.

Ich soll noch daran erinnern, daß sich die Mitglieder des Eingabenausschusses um 13:00 Uhr am Eingang des Plenarsaales zu einer außerordentlichen Sitzung versammeln.

Ich wünsche guten Appetit.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:58 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet. Auf der Tribüne begrüße ich Damen und Herren der Verbrauchergemeinschaft Stormarn und der Friedrich-Naumann-Stiftung Lauenburg, die mit Praktikanten des Deutschen Bundestages gekommen sind. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Frau Abgeordnete Fröhlich, Sie haben das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Danke schön, Herr Präsident. Meine sehr verehrten - reichlich anwesenden! -

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, daß Sie mir Ihre Aufmerksamkeit schenken wollen. Immerhin zum vierten Mal hat der Finanzminister einen Haushaltsentwurf eingebracht, den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht nur mit verantworten, sondern der auch deutlich unsere Handschrift trägt.

(Meinhard Füllner [CDU]: Traurig genug! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

„Bildung, Arbeit, Umwelt" könnte sein Titel sein.

Wie in all den Jahren, seitdem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mitregieren, wird der **Bildungsbereich** von **Einsparungen** ausgenommen. Jede freiwerdende Lehrerstelle wird wiederbesetzt werden. Und mit diesem Haushalt werden jetzt auch die zusätzlichen 200 neuen Lehrerstellen finanziert, wie wir uns das vorgenommen haben. Damit wird unser Versprechen an die Schülerinnen und Schüler, an die Eltern und an die Schulkolleginnen und -kollegen, 450 zusätzliche Stellen zu schaffen, in dieser Legislaturperiode erfüllt.

Die Landesregierung hat weiter angekündigt, in jedem Jahr bis 2004 weitere 200 Stellen zu schaffen, insgesamt also 1.000 neue Stellen. Damit befinden wir uns mit der Opposition auf einer Linie.

Damit werden wir nicht nur die steigenden Schülerzahlen auffangen können, sondern die Kollegien werden spürbar verjüngt werden. In den nächsten fünf

(Irene Fröhlich)

Jahren werden rund 5.000 junge Lehrerinnen und Lehrer an unsere Schulen kommen. Diese werden neuen Wind an die Schulen bringen. Der Unterricht wird innovativer werden, die älteren Lehrerinnen und Lehrer werden entlastet, und krankheitsbedingte Fehlzeiten werden dadurch verringert werden.

Wir haben auch schon zwischenzeitlich Verbesserungen vorgenommen, indem wir die Mittel zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalles aus der 58er-Regelung und aus der Veränderung der Einstellungspraxis für Lehrerinnen und Lehrer notgedrungen als Aufgabe aufgenommen haben. Das hat offensichtlich Volker Rühe so beeindruckt, daß er angekündigt hat, auch über die von ihm eingeplanten 1.000 Lehrerstellen hinaus nach Möglichkeiten Ausschau zu halten, was man noch in den Unterrichtsbereich hineintun kann. Ich denke, da hat er recht - genauso wie wir, die wir damit auf dem richtigen Weg sind.

Wie im letzten Jahr stehen also 4,1 Millionen DM für **Stundengebermittel** bereit, mit denen die Schulen verstärkt selbständig, flexibel und kurzfristig notwendige Unterrichtsvertretungen finanzieren können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich muß man an dieser Stelle sagen, daß das ein gutes Modell ist. Das haben wir eingebracht. Ich glaube auch, daß man in Zeiten knapper Kassen gut daran tut, das Geld so nah wie möglich dahin zu bringen, wo es gebraucht wird.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daß es in Einzelfällen auch zu Fehlentscheidungen oder zu nicht ausreichend schnell getroffenen Entscheidungen kommen kann, gehört zum menschlichen Leben dazu. Das wird man wohl auch nicht verhindern können. Ich wünsche mir, daß das Ministerium immer eine Möglichkeit in der Hinterhand hat, sehr schnell von außen eingreifen zu können, wenn es irgendwo brennt. Auch das ist eine gut angenommene Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Das erfolgreich angelaufene Programm **„Betreute Grundschule"** - auch eine Verabredung aus dem Koalitionsvertrag - wird natürlich fortgesetzt. Die Mittel werden für das Schuljahr 2000/01 auf 2,5 Millionen DM aufgestockt.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

An mehr als einem Drittel der Grundschulen in unserem Land können sich die Eltern mittlerweile darauf verlassen, daß ihre Kinder den ganzen Vormittag über betreut werden. Wir Grüne wollen in den nächsten Jahren diese Garantie nach und nach auf alle Grundschulen erweitern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daß dazu auch ein Stück Eigeninitiative gehört, entspricht meiner Vorstellung von mündigen Bürgerinnen und Bürgern.

Als echte Investition in die Zukunft haben sich die 130 Millionen DM erwiesen, die auf unsere Initiative hin in den Haushalt 1999 für das **Programm „Arbeit, Bildung, Innovation"** eingestellt wurden. Photovoltaik-Anlagen, Aufbau eines Infonetzes Umwelt am Ökologiezentrum der Universität Kiel, eine Umweltdatenbank und eine EDV-Bibliographie für Umweltbildung, Ausbildungsmaßnahmen für schwer vermittelbare Jugendliche, Ausstattung von 15 Volkshochschulen mit moderner Technik, Verbesserung der baulichen und sozialen Situation in Stadtteilen mit sozialen Brennpunkten - das Programm wird seinem Namen gerecht. Und bei dem letztgenannten Punkt erwähne ich ausdrücklich das Engagement unserer Frauenministerin, die das Programm „Soziale Stadt" und „Niedrig-Energie-Haus-Standard" auf den Weg gebracht hat.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das alles bringt Schleswig-Holstein technischen Fortschritt und hilft, die Handwerksqualitäten nach vorn zu bringen und weiterzuentwickeln.

Die aufgeführten Projekte sind nur einige der geförderten Maßnahmen, weitere 298 Anträge liegen dem Wirtschaftsministerium vor.

Die Landesregierung stellt für die nächsten beiden Jahre noch einmal 86 Millionen DM für dieses Investitionsprogramm bereit. Es wird durch das **Programm „Innovation schafft Arbeit"** ergänzt. Mit 19 Millionen DM werden wir innovative Produkte und Herstellungsverfahren in der Biotechnologie, Mikro-System-Technik, Medizintechnik und Software-Entwicklung fördern.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für die Förderung von Forschung, Innovationen und Technologietransfer in der übrigen Wirtschaft werden im Haushalt weitere 44 Millionen DM bereitgestellt. An diesen Fördermaßnahmen haben Investitionen in umweltfreundliche Produkte, in ökologische Produktionstechniken, in regenerative Energiequellen wie Wind, Sonne und Biomasse, in intelligente Technik für eine bessere Ausnutzung von Energie, in Wärmedämmung und in ökologisches Bauen bereits einen hohen Anteil. Und sie werden nicht nur in ökologi-

(Irene Fröhlich)

scher Hinsicht, sondern auch mit Blick auf die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze ein immer größeres Gewicht erhalten. Da liegt die Zukunft. Das sollte sich auch Volker Rühe merken.

Allein durch die Nutzung von Windenergie, die Entwicklung und den Bau von Windkraftanlagen, stehen in Schleswig-Holstein 5.000 Menschen in Lohn und Brot. Die konsequente Nutzung von Biomasse könnte ebenfalls tausende neue und sichere Arbeitsplätze schaffen. **Umwelt schafft Arbeit.** Zukunftssichere Arbeitsplätze durch Investitionen in Umweltschutz und Umwelttechnik, das alles ist moderne Technologie. Auch deshalb, meine Damen und Herren von der Opposition, wäre die Auflösung des Umweltministeriums - wie das Ihr Spitzenkandidat für den Fall eines Wahlsieges beabsichtigt - das völlig falsche gesellschaftliche Signal. Es weist in die Vergangenheit und nicht in die Zukunft.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Rühe hat ebenfalls eine grundlegende Umorientierung „der Wirtschafts- und Technologieförderung des Landes unter Einbezug der verschiedenen Regionalfördermaßnahmen" angekündigt.

„Die dazu zur Verfügung stehenden Mittel werden gebündelt und zu einem 'Zukunftsprogramm für Wachstum und Technologie Schleswig-Holstein 21' umgestaltet."

heißt es in seinen finanzpolitischen Leitlinien.

„Die Hauptstoßrichtung für ein derartiges Programm ist es, Unternehmer mit zukunftsorientierten Technologien durch aktive Akquisition und eine Verbesserung der infrastrukturellen und individuellen Rahmenbedingungen für das Land zu gewinnen oder bereits hier Engagierte weiterhin zu motivieren."

Sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition und lieber Herr Rühe, wo, bitte, ist hier der neue Denkansatz, das Neue, die grundlegende Umorientierung? Genau dies macht die Landesregierung seit Jahren

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer soll jetzt darauf antworten?)

und ausgesprochen erfolgreich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

In den nächsten sieben Jahren werden 1,5 Milliarden DM EU- und Landesmittel für genau diese Zwecke in Schleswig-Holstein investiert werden. Also, bitte!

Ob bei der Technologieförderung, ob bei der Forderung nach Schaffung von 1.000 neuen Lehrerstellen - die Opposition hat keine eigenen Ideen, keine neuen Konzepte, sondern kupfert einfach bei der Landesregierung ab.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist ja lächerlich! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da muß Ihnen doch gleich die Brille von der Nase fallen!)

Ihre einzige Eigenleistung dabei ist die Bezahlung der Werbetexter, die dann besonders hochtrabende Wortschöpfungen wie „Schleswig-Holstein 21" kreieren.

Man muß nach Hessen gucken, um zu sehen, was hier tatsächlich passiert;

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das zeigt vor allem Ihr Haushalt!)

das ist nämlich der konservative Roll-back, der sich dahinter versteckt, und nicht der liberale Aufbruch. Ich kann an dieser Stelle nur Herrn Katzer von der DAG zitieren, der sagt: „Ein großer Schritt für die CDU, ein kleiner Schritt für das Land."

Im nächsten Jahr werden die **Ausgaben des Landes** um lediglich 0,8 % wachsen. Schleswig-Holstein bleibt damit seit 1990 nach dem Saarland das Land mit der geringsten Ausgabensteigerung. Die Personalkosten bleiben mit 39,8 % der Gesamtausgaben unter denen des Jahres 1999. Die Kreditfinanzierungsquote liegt bei 6,7 %; das ist immerhin der niedrigste Wert seit 1972 in diesem Lande!

(Beifall bei der SPD)

Die Investitionsquote beträgt - auch darüber bin ich froh - 10,2 %. Für diese solide Arbeit möchte ich Claus Möller und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich danken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Uns ist bewußt, daß der Entwurf noch Risiken enthält, die sich erst nach Abschluß der Beratungen über das Zukunftsprogramm der Bundesregierung werden auflösen lassen. Nach Berechnungen des Bundes werden die Länder in den Jahren 2000 bis 2003 durch den Abbau steuerlicher Subventionen, durch die geplante Beschränkung der Gehaltssteigerungen für Beamte und Pensionäre auf einen Inflationsausgleich, durch die Senkung der Rentenbeiträge, durch die Ökosteuer und eine Reihe weiterer Maßnahmen insgesamt um 9 Milliarden DM entlastet werden, die Kommunen nochmals um knapp 5 Milliarden DM. Dem stehen allerdings neue Belastungen für Länder und Kommunen durch die Übertragung der Wohn-

(Irene Fröhlich)

geldzahlungen für Sozialhilfeempfänger auf die Gemeinden und der Unterhaltsvorauszahlungen auf die Länder sowie Mindereinnahmen durch den Familienlastenausgleich und die Unternehmensteuerreform gegenüber. Das will ich überhaupt nicht verschweigen.

Wir haben in Schleswig-Holstein vor zwei Jahren in der Landesverfassung das **Konnexitätsprinzip** zwischen Land und Kommunen festgeschrieben. Wenn das Land den Kreisen und Gemeinden neue Aufgaben überträgt, muß es auch die Mittel dafür zur Verfügung stellen beziehungsweise für einen finanziellen Ausgleich sorgen. Dies fordern wir grundsätzlich auch vom Bund. Wir werden sehr sorgfältig beobachten, ob die von der Bundesregierung geplanten Entlastungen ausreichen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind jedoch vor allem davon überzeugt, daß die **Beschlüsse der rot-grünen Koalition** in Berlin positive **Auswirkungen auf die Konjunktur** haben werden. Mit der größten Einkommensteuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik werden wir bis zum Jahr 2002 Steuerentlastungen von mehr als 40 Milliarden DM schaffen. Mit diesem Geld, das den Menschen in unserem Land real mehr zur Verfügung stehen wird, erhöhen wir die Binnennachfrage. Gleichzeitig werden die Unternehmen durch die Schaffung eines einheitlichen Steuersatzes von nur 25 % bereits im Jahre 2001 rund 8 Milliarden DM weniger Steuern zahlen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Regieren Sie dann überhaupt noch mit?)

- Natürlich, Herr Kubicki; da habe ich keine Sorge! Darum sollten Sie sich lieber Sorgen machen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glaube ich aber nicht!)

Diese Entlastung und die größere Binnennachfrage werden zu mehr Investitionen und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen. Dies wird im Endeffekt Bund, Ländern und Gemeinden höhere Einnahmen bringen und die sozialen Lasten senken. Darauf kommt es an.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Am Zukunftsprogramm der Bundesregierung führt kein Weg vorbei. Rot-Grün hat mit der Regierungsübernahme eine gewaltige Erblast übernommen. Die frühere Bundesregierung hat jedes Jahr etwa 80 Milliarden bis 90 Milliarden DM mehr ausgegeben als eingenommen. Diese gigantische Lücke konnte nur durch eine jährliche Kreditaufnahme im Umfang von über 50 Milliarden DM, durch Haushaltstricks wie die Schaffung von sogenannten Sondervermögen, die in Wirklichkeit nur Schulden enthielten, und durch Verkäufe des Tafelsilbers geschlossen werden.

Die heutige Finanzlage des Bundes ist dramatisch. In den letzten 16 Jahren - also in der Zeit, in der CDU und F.D.P. in Bonn die Verantwortung trugen; ich kann verstehen, daß Sie das Haupt sinken lassen, Herr Kubicki -

(Heiterkeit bei der SPD)

sind die Schulden des Bundes von 380 Milliarden DM im Jahre 1982

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Davon verstehen Sie nur nichts, Frau Kollegin!)

- hören Sie gut zu! - auf 1,5 Billionen DM gestiegen. Trotz historisch niedriger Zinsen muß der Bund auf diese Schulden allein in diesem Jahr 82 Milliarden DM Zinsen zahlen; das sind rund 22 % der gesamten Steuereinnahmen des Bundes.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So etwas nennt man Milchmädchenrechnung!)

Die Zinsausgaben sind heute nach den Sozialausgaben der zweitgrößte Etatposten im Bundeshaushalt. - So dusselig könnte ein Milchmädchen nie sein, sehr verehrter Herr Kollege;

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie Sie!)

das würde ihm nicht passieren.

Damit ist - wohlgemerkt! - noch nicht eine einzige Schuldenmark getilgt. Dies ist gegenüber den nachfolgenden Generationen unverantwortlich. Wir dürfen nicht zulassen, daß unsere Kinder ein Leben lang nur dafür arbeiten müssen, die Schulden abzutragen, die unsere Generation aufgehäuft hat.

In einem Kraftakt ohnegleichen ist es der rot-grünen Koalition deshalb gelungen, im Haushalt 30 Milliarden DM einzusparen, und zwar durch echte Einsparungen und die Umstrukturierung staatlicher Aufgaben.

Dies geht nicht ohne bittere **Einschnitte in staatliche Leistungen**. Die Gehälter und Pensionen der Beamten und Beamtinnen werden ebenso wie das Arbeitslosengeld nur in Höhe der Inflationsrate steigen. Das heißt, lediglich das Realeinkommen wird gesichert werden. Auch die Renten werden im nächsten Jahr nur um 0,7 %, im Jahre 2001 um 1,6 % steigen. Rentnerinnen und Rentner, die Beamten und Pensionäre

(Irene Fröhlich)

und in der Folge wahrscheinlich auch die Angestellten im öffentlichen Dienst und die Arbeitslosen

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was hat das denn mit dem Landeshaushalt 2000 zu tun!)

zahlen damit den Preis für das verantwortungslose Wirtschaften, besser gesagt, das aberwitzige Herumwurschteln von Helmut Kohl und seiner Mannschaft,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was hat das mit Schleswig-Holstein zu tun? Das glaubt Ihnen doch kein Mensch!)

zu der - das sollte man dann nicht vergessen - auch Volker Rühe gehört hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle weise ich Sie jetzt auf ein Problem hin. Der Rentenbrief der CDU ist in dieser Situation eine Infamie sondergleichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Er ist es nicht nur deshalb, weil die alten Menschen verunsichert und für den Wahlkampf der CDU instrumentalisiert werden;

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben die Leute doch belogen! Das ist doch der Punkt!)

er ist es vor allem deshalb, weil CDU und F.D.P. - hören Sie zu! - in den letzten 20 Jahren selbst die Renten immer nur in Höhe der Inflationsrate erhöht haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben die Leute doch belogen!)

Ich zitiere - das hat Herr Hay auch schon getan; ich probiere es noch einmal, denn Wiederholung ist ja manchmal pädagogisch das beste Mittel - den Rentenexperten Professor Dr. Meinhard Miegel in der gestrigen Ausgabe des „Flensburger Tageblatts":

„Wer 45 Jahre lang"

- jetzt kommt ein Zitat; hören Sie gut zu! -

„durchschnittliche Beiträge bezahlt hat, bekommt heute eine Rente, deren Kaufkraft nur geringfügig höher ist als die Kaufkraft einer Rente im Jahre 1978. Im Vergleich zu 1988 ist sie sogar gesunken.

Die Kohl-Regierung"

- ich zitiere immer noch -

„hat es verstanden, mit einer Vielzahl von Manipulationen und Tricks die Renten dort zu halten, wo sie sie haben wollte - in der Nähe der Geldentwertung. Das macht jetzt auch Herr Riester."

- Ich schone uns selbst jetzt auch nicht.

„Er war politisch"

- so sagt Professor Dr. Meinhard Miegel -

„nur so ungeschickt, das offen zu sagen. Sein Vorgänger redete ständig von Rentenerhöhungen, obwohl die Kaufkraft nicht zunahm."

Dem ist nichts hinzuzufügen,

(Beifall bei der SPD)

vielleicht außer dem Hinweis, daß es verlogen ist, angesichts dieser Situation eine aufhetzende Debatte loszutreten,

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann reden Sie mal mit Herrn Schröder! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Typisch sozialdemokratische Gerechtigkeitslüge!)

statt miteinander das Notwendige sachlich zu beraten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das übrigens können die jungen Parlamentarier aller im Bundestag vertretenen Parteien offensichtlich besser; die haben nämlich verstanden, daß es um ihre eigenen Zukunftschancen und die ihrer Altersgenossen geht. Vielleicht ist dies ein allererster Schritt zu einem **neuen Generationenvertrag**, wie ihn junge Politiker aus allen Parteien in diesen Tagen in Berlin eingefordert haben. Die Rentnerinnen und Rentner leisten - so sehe ich es - mit der geringen Rentensteigerung in den nächsten beiden Jahren einen Solidarbeitrag,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wem gegenüber?)

der letztlich ihren Enkeln zugute kommt. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Berlin haben sich verpflichtet, bis zum Jahre 2003 jährlich zwischen 38 Milliarden DM und 49 Milliarden DM einzusparen. Mittelfristig - Hans Eichel rechnet mit acht Jahren - soll der Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung finanziert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Erst dann kann mit dem Abtrag der Schuldenlast begonnen werden. Für dieses Ziel reichen die bisher geplanten Maßnahmen und auch die erwarteten deutlichen Einnahmeverbesserungen durch die erstarkte

(Irene Fröhlich)

Konjunktur nicht aus. Bund, Länder und Gemeinden brauchen zusätzliche Einnahmen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Vor allem aber brauchen wir ein klares Signal an die Gesellschaft, daß bei der Bewältigung der Probleme alle so mitwirken, wie sie sie schultern können, daß es kein Ungleichgewicht der Lastenverteilung gibt.

Deshalb wird die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Antrag des SSW stimmen. Die **Wiedereinführung der Vermögensteuer** auf sehr große Privatvermögen oder eine **Erhöhung der Erbschaftsteuer** ist eine ideale Ergänzung des Zukunftsprogramms,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

weil sie Ländern und Gemeinden zugute käme. Sie ist ein Solidarbeitrag derjenigen, die unter der CDU/F.D.P.-Regierung reicher geworden sind, die von den Steuerschlupflöchern und Abschreibungsmöglichkeiten - und nicht zuletzt durch die Aussetzung der Vermögensteuer selbst - profitiert haben. Diese Position vertritt die grüne Fraktion im Landtag seit langem.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich will jedoch nicht verhehlen, daß es in meiner Partei auch andere Positionen gibt. Ich sehe allerdings mit Befriedigung, daß der Bundesfinanzminister angekündigt hat, die Bemessungsgrundlage für vererbte Immobilien anzuheben, und daß der Bundeskanzler - zusammen mit zahlreichen Landespolitikern - offensichtlich bereit ist, die zunächst ablehnende Haltung gegenüber der Wiedereinführung der Vermögensteuer oder der Anhebung der Erbschaftsteuer zu überdenken.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer hat Ihnen das denn erzählt?)

Deshalb ist es sinnvoll, wenn die Landesregierung - dem Antrag des SSW entsprechend - diese Vorschläge gegenüber der Bundesregierung und den anderen Bundesländern einbringt.

Liebe Anke Spoorendonk, nicht mittragen können wir allerdings die Begründung deines Antrags. Das Zukunftsprogramm hat keine soziale Schlagseite.

(Lachen des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Dabei denke ich nicht nur an die Nullrunde, die die Minister und Ministerinnen, die Staatssekretäre und Staatssekretärinnen der Bundesregierung einlegen werden. Ich verweise auf die massive **Entlastung** vor allem von **Familien mit Kindern**, die die Hauptleidtragenden der Umverteilungspolitik von Helmut Kohl von unten nach oben waren.

(Klaus Schlie [CDU]: Das glaubt doch keiner mehr!)

Im ersten Schritt wird im Jahr 2000 für Kinder bis zum 16. Lebensjahr - unter Anrechnung des Kindergeldes - ein Betreuungsfreibetrag in Höhe von 3.024 DM eingeführt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sagen Sie auch noch etwas zur Landespolitik, Frau Fröhlich? - Zurufe von der CDU)

- Das habe ich schon getan.

(Ingrid Franzen [SPD]: Da hat Herr Kayenburg nicht zugehört!)

Wir haben hier immer auch Bundespolitik diskutiert, zu Recht! Wir machen das jetzt nicht anders, als wir das die ganze Zeit gemacht haben. Das müssen Sie sich schon anhören.

Also, darüber hinaus wird das Kindergeld zum 1. Januar 2000 auf monatlich 270 DM erhöht. Sie werden dann 1.200 DM mehr Kindergeld erhalten als unter der alten Bundesregierung.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Dazu kommen die deutlichen Steuersenkungen des Steuerentlastungsgesetzes, die vor allem kleinen und mittleren Einkommen zugute kommen werden. Der Eingangssteuersatz wird schrittweise um 6 Prozentpunkte auf 19,9 % und der Spitzensteuersatz auf 48,5 % gesenkt. Im Gegenzug werden zahlreiche Steuerschlupflöcher für Besserverdienende geschlossen und Subventionen abgebaut. Froh bin ich darüber, daß es sich abzeichnet, daß die Kindergelderhöhung nicht mehr mit der Sozialhilfe verrechnet werden soll. Allerdings fällt damit eine unmittelbare Entlastung für die Gemeinden weg.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Auch dies spricht für eine Kompensation durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer oder die Anhebung der Erbschaftsteuer.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD])

Ich hoffe sehr, daß in den Beratungen in den Bundestagsfraktionen noch ein anderer Punkt des Zu-

(Irene Fröhlich)

kunftsprogramms korrigiert werden wird. Die völlige **Streichung der Bundesbeteiligung** an der **Werftenhilfe** für die 8. Tranche wird die Konkurrenzfähigkeit der Werften in den norddeutschen Ländern schwer beeinträchtigen und Arbeitsplätze in der Küstenregion kosten. Solange es keine internationalen Vereinbarungen über den Verzicht auf Subventionen für die Werften gibt, ist die Wettbewerbshilfe für den deutschen Schiffbau unverzichtbar. Deshalb haben wir im Wirtschaftsausschuß der Forderung an die Bundesregierung zugestimmt, den Bundesanteil an der Wettbewerbshilfe wieder auf 50 % zu erhöhen.

Sollte dies in Berlin nicht durchsetzbar sein, sind wir bereit, 10 Millionen DM Landesmittel aus der 8. Tranche in die 7. Tranche zu übertragen, damit über das Jahr 2003 hinaus Aufträge akquiriert werden können. Natürlich müssen auch die Werften langfristig ohne staatliche Subventionen auskommen. In der Richtung stimmen wir mit unserer Regierung in Berlin überein.

Deshalb sollten vor allem Aufträge in zukunftsfähigen Bereichen wie der Schiffssicherheitstechnik und der Meerestechnik gefördert werden. Die Werftenhilfe ist darüber hinaus ein Beitrag zur Rüstungskonversion. Sollte sie wegfallen, werden Werften wahrscheinlich versuchen, auf den sogenannten Sonderschiffbau, das heißt U-Boote und Marineschiffe, auszuweichen und damit den Rüstungsexport der Bundesrepublik auszuweiten. Es ist erklärtes Ziel der Grünen, Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte Schritt für Schritt abzubauen.

Es ist immer mißlich, in Zeiten knapper Kassen **grundlegende Reformen** angehen zu müssen. Es führt aber kein Weg daran vorbei. Es schafft Verunsicherung, Proteste und Widerstände. Schwere Einbußen von SPD und Grünen bei den Landtags- und Kommunalwahlen in diesem Herbst sind die Folge.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wird sich fortsetzen!)

Es ist schon bitter, daß ausgerechnet die CDU, die die verheerende finanzielle Situation des Bundes verantwortet, die 16 Jahre lang die notwendigen grundlegenden Reformen in der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung verhindert hat, die die seit langem offenkundige Probleme in der Sozialversicherung ausgesessen hat, heute davon profitiert, während Rot-Grün die Probleme angeht, die unumgänglichen Sparmaßnahmen durchführt und mit der Sanierung der Sozialversicherung beginnt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es wäre der bequemere Weg, den Protesten und Widerständen nachzugeben und weiterzumachen wie bisher. Aber diesen bequemen Weg werden SPD und Grüne im Interesse unserer Kinder und Kindeskinder nicht gehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hauptsache Sie gehen, Frau Fröhlich, egal wohin!)

Wir werden im Bundestag das Zukunftsprogramm beschließen. Ich bin überzeugt davon, daß die Wählerinnen und Wähler dies anerkennen werden. Hoffnungsvoll stimmt mich die Entwicklung bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Nachdem sich die zunächst massive Aufgeregtheit gelegt hat, zeigt sich, daß das Konzept greift. Die Einnahmen der Krankenversicherung sind deutlich gestiegen. Dadurch können die Beiträge stabil gehalten, bei einigen Kassen sogar gesenkt werden.

In ähnlicher Weise wird sich auch das Zukunftsprogramm positiv auswirken. Spätestens dann, werden sich CDU und F.D.P. fragen lassen müssen, wo denn ihre Alternativen zur Regierungspolitik, ihre Konzepte zum Erhalt der sozialen Sicherungssysteme, ihre Sparvorschläge sind.

(Beifall bei der SPD)

Dies, meine Damen und Herren von der CDU, ist Ihr Problem. An jedem Wahlsonntag feiern Sie triumphal Ihre Wahlsiege.

(Beifall bei der CDU)

Aber - Sie siegen sich zu Tode! Nach der Abwahl von Helmut Kohl haben in Ihrer Partei viele kluge Köpfe - vielleicht sollten Sie denen einmal zuhören, ich nenne nur Angela Merkel, Heiner Geißler und Kurt Biedenkopf - eine neue programmatische Debatte, ein neues Nachdenken über die Zukunftsentwicklung unserer Gesellschaft eingefordert. Diese Debatte ist längst vom Jubel über ihre Wahlsiege abgelöst worden.

(Zurufe von der CDU)

Die Diskussion innerhalb der SPD um die **soziale Ausgewogenheit des Zukunftsprogramms** war überflüssig und hat sicherlich zu den Wahlniederlagen an den letzten Sonntag beigetragen. Das müssen wir einräumen. Aber bei SPD und Grünen wird zumindest noch über soziale Gerechtigkeit diskutiert.

(Lachen bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir suchen ernsthaft nach Möglichkeiten zur Haushaltskonsolidierung. Wir ringen um Konzepte, mit denen die sozialen Sicherungssysteme erhalten und gleichzeitig die Lohnnebenkosten gesenkt werden können, um Arbeit billiger zu machen, damit

(Irene Fröhlich)

Deutschland auf den internationalen Märkten konkurrenzfähig bleibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ihr Beitrag zu all diesen Debatten ist eine Fehlanzeige. Sie haben weder im Bund noch hier in Schleswig-Holstein Alternativen zu Rot-Grün. Volker Rühe trifft hier auf eine Koalition, die vier Jahre gut zusammengearbeitet hat und die in allen Bereichen eine lange Erfolgsliste vorweisen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lachen bei CDU und F.D.P. - Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Martin Kayenburg [CDU] - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bislang hat er dem wenig entgegengesetzt - Sie hören das nicht gern und lachen sich kaputt darüber, aber wer zuletzt lacht, lacht am besten.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Wir werden - dies haben wir in der Debatte heute morgen deutlich gemacht - in gewohnter Frische mit Mut und Augenmaß einen fairen und sachlichen Wahlkampf führen, aber wir werden der CDU ihre Konzeptionslosigkeit, ihr Nichtantworten auf die Zukunftsfragen für unser Land und unsere Gesellschaft nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird an den für das Land wesentlichen Themen Bildung, Umwelt, zukunftssichere Arbeit und an den Problemen der Menschen dranbleiben, auch nach dem 27. Februar.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Kollege Schlie, es tut mir leid, ich kann nichts für diese Vorlagen, ich bestelle sie nicht immer.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten, lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute - und das nach zehn Jahren parlamentarischer Tätigkeit - festgestellt, daß Schleswig-Holstein wie immer vorn ist. Besser als so, wie es heute abgelaufen ist, kann man nicht dokumentieren, daß uns die Regierungsfraktionen und die Landesregierung selber sagen: „Wir haben fertig."

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der Finanzminister trägt seine Rede vor, und zwar in einer Lustlosigkeit und vor einem halbleeren Saal, um uns damit zu dokumentieren, daß er selber nicht mehr daran glaubt, daß er den Haushalt wird abwickeln müssen.

Herr Kollege Hay und die noch im Parlament befindliche Kollegin Fröhlich machen etwas ganz Neues. Sie halten jetzt die Oppositionsrede gegenüber der Noch-Opposition, weil ihnen zur eigenen Regierungspolitik nichts mehr einfällt, und sie diskutieren mit uns gemeinsam den **Bundeshaushalt**, während dieser parallel im Deutschen Bundestag debattiert wird. Ich kann allen Kolleginnen und Kollegen sagen: Die von Phoenix übertragenen Debatten des Bundestages sind auf einem vergleichsweise höheren Niveau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie in jedem Jahr hat die Landesregierung - wie könnte es anders sein - einen Haushalt mit Profil und Perspektiven vorgestellt, der Arbeit schafft, Bildung fördert, Innovationen vorantreibt. Wie in jedem Jahr war der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Realität des **Haushaltsentwurfs** spricht jedenfalls eine andere Sprache. Der finanzielle Abstieg Schleswig-Holsteins geht weiter. Wie hatte sich die Landesregierung doch letztes Jahr gebrüstet, auch öffentlich, daß es nach Bayern nur Schleswig-Holstein gelungen sei, im **Länderfinanzausgleich** vom Nehmer- zum Geberland geworden zu sein! Ich sehe noch, wie der Finanzminister hier schmunzelnd stand, als er sagte: Das ist doch auch nicht schlecht, Herr Kubicki; es ist zwar wenig, aber immerhin nicht schlecht.

Wo steht das Land heute, Herr Finanzminister? Was ist aus den vollmundigen Aufbrucherklärungen geworden? Wo manifestiert sich denn der vermeintliche Aufholprozeß im Land konkret?

Ich spreche von dem Haushaltsentwurf 2000 von Ihnen, nicht von uns; wir machen das besser, das kann ich Ihnen versprechen.

Schleswig-Holstein ist ein Nehmerland mit 106 Millionen DM. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung bleibt Schleswig-Holstein trotz der schöngefärbten Prognose ein Nehmerland. Im Jahr 2001 bekommt es

(Wolfgang Kubicki)

105 Millionen DM, im Jahr 2002 113 Millionen DM, und 2003 werden es 123 Millionen DM sein.

Angesichts dieser Entwicklung verstehe ich auch die billige Polemik, mit der der Finanzminister die Klage der süddeutschen Länder gegen den Länderfinanzausgleich belegt.

Sie beklagen die angebliche **Entsolidarisierung**. Dabei haben Sie nur Angst, nicht mehr auf Kosten der anderen Länder leben zu können. Es geht nicht um Entsolidarisierung, auch nicht um die Abschaffung des Länderfinanzausgleichs, sondern nur um eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Ländern. Daran sollte eigentlich auch das Land Schleswig-Holstein ein Interesse haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Fakt ist: Das Land hängt am Tropf der anderen, anstatt selber so stark zu sein, daß es anderen helfen kann. Das ist das Ergebnis von nunmehr fast zwölf Jahren Wirtschafts- und Finanzpolitik unter sozialdemokratischer Führung.

Dieser Haushalt ist das in Zahlen gegossene Manifest des Scheiterns und zeigt eines ganz deutlich: Schleswig-Holsteins Landesregierung läuft hinterher anstatt vorneweg.

Wo sind die Impulse, die die Landesregierung gegeben haben will?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit den Alternativen?)

- Herr Kollege Hentschel, zu den Alternativen kommen wir noch. Lassen Sie doch die Wählerinnen und Wähler darüber entscheiden! Mir ist völlig schnurz, was Sie von mir halten. Entscheidend ist, wie die Wähler abstimmen werden. Die werden Ihnen das am 27. Februar nächsten Jahres zeigen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wo ist die wirtschaftliche Dynamik? Wo sind die Maßnahmen zur Beschleunigung des Strukturwandels? Ja, wo ist denn Schleswig-Holstein umweltfreundlicher oder sozialer als alle anderen Bundesländer? Ich hätte mir gewünscht, wir befänden uns am Beginn eines Wahlkampfes, in dem das alles von der Regierung einmal dargestellt wird, was sie mit den Erfolgen gegenüber den anderen Bundesländern meint. Ich sage nur: Nichts da von dem, was uns PR-mäßig bisher verkündet worden ist!

Niemand, liebe Kolleginnen und Kollegen, erwartet, daß in unserem Land etwa die Arbeitslosenquote oder die Zahl der Sozialhilfeempfänger bei Null steht. Aber wer wie diese Landesregierung nicht müde wird, sich selbst als die ökologische und ökonomische Speerspitze Deutschlands zu präsentieren, der muß sich an diesem Anspruch auch messen lassen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das Ergebnis ist ernüchternd. Wieso, Herr Finanzminister oder Herr Wirtschaftsminister - darauf hätte ich gern eine Antwort -, hinkt das Land denn bei der Entwicklung der **Steuerkraft** hinterher und erreicht nicht einmal den Durchschnitt inklusive der immer noch im Aufholprozeß befindlichen neuen Bundesländer? Wenn sich die Beschäftigung so überdurchschnittlich entwickelt hat, wieso hinkt das Land dann bei den Einnahmen so hinterher? Wieso hat Schleswig-Holstein pro Kopf im Vergleich zu den Flächenländern so hohe Kosten für die **Sozialhilfe**? Ist ein Land, das mehr Sozialhilfe zahlt als andere, spitze?

Wie kann es angesichts einer doch so grandiosen Finanzpolitik sein, daß das Land die höchsten **Schulden** pro Kopf - nach dem völlig maroden Saarland - hat und auch noch eine beschämend niedrige **Investitionsquote** aufweist?

Wo und vor allem was sind die Antworten der Landesregierung auf diese Daten, die ja nun einmal objektiv bestehen und keine Erfindung der Opposition sind? Die Antwort - bei diesem Haushalt erneut - ist die übliche. Nicht aus der Einsicht heraus, daß die Marschrichtung falsch ist, werden die Dinge verändert, sondern der blanken Not gehorchend.

Ich nenne als ein Stichwort nur die halbherzige Aufgabe der **Entbeamtungspolitik**. Tun Sie doch nicht so, als wären Sie dieser Geschichte freiwillig gefolgt, Herr Kollege Hay. Wir haben doch auch in diesem Jahr - noch im Mai und Juni - Debatten darüber geführt, in denen Sie erklärt haben, Sie und die Ministerpräsidentin, Mann und Frau würden an diesem Kurs festhalten und die anderen Bundesländer zwingen, diesem Kurs zu folgen. Das Ergebnis sehen wir ja.

Die Ministerpräsidentin ist von dieser Politik nicht deshalb abgerückt, weil sie ihren Fehler eingesehen hätte, nein, sondern weil nach ihrer Meinung die anderen nicht in der Lage waren, ihrem Genie zu folgen.

Weil es ja gerade nicht um die Korrektur eines Fehlers, sondern um Rechthaberei geht, wird durch das der Verbeamtung vorgeschaltete fünfjährige Intermezzo im Angestelltenverhältnis weiterhin Geld des Landes verschwendet - ich sage ausdrücklich: verschwendet -, ohne daß die Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Schüler oder die Investitionsquote unseres Landes irgend etwas davon hätten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Herr Kollege Hentschel, hören Sie bitte zu: Das sind Summen im dreistelligen Millionenbereich, über die wir gerade reden. Das sind angesichts der finanziellen Situation, die wir in Schleswig-Holstein vorfinden, keine Peanuts.

Es ist doch nicht so, daß die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung einem Kapitalstock zugeführt würden und damit den Betroffenen später - etwa wie bei einer Lebensversicherung - wieder ausgeschüttet würden. Darin liegt übrigens eines der wesentlichen strukturellen intellektuellen Defizite der Ministerpräsidentin. Nein, die Beiträge werden jetzt verausgabt. Und wir alle wissen, daß das Beitragsniveau und/oder das Rentenniveau aufgrund der demographischen Entwicklung nicht zu halten ist. Auch das Argument, daß die Angestellten für ihre Beiträge zur Alterssicherung selber aufkommen, ist so nicht richtig.

Lieber Herr Kollege Hay, spätestens mit der Einführung der sogenannten Ökosteuer dürfte es auch dem letzten klargeworden sein, daß die Beiträge zu den Sozialversicherungssystemen nicht ausreichen. Ein zukünftig noch größer werdender Teil der Ausgaben der Rentenversicherung kommt aus Steuermitteln. Das sollte bei der Diskussion um die Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern und deren Kosten nie vergessen werden. Das gilt ebenso für die Tatsache, daß es den Bürgerinnen und Bürgern ziemlich egal ist, ob sie höhere Beiträge zur Rentenversicherung zahlen oder die Rente von Oma und Opa beim Tanken sichern sollen. Beides kommt letztlich im Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger an.

Das Halb-und-halb der Ministerpräsidentin macht überhaupt keinen Sinn. Jetzt werden die **Lehrerinnen und Lehrer** gebraucht. Mehr Lehrer fürs Geld gibt es aber nur bei einer konsequenten Verbeamtung ohne Wenn und Aber. Übrigens, Herr Kollege Hentschel, das ist eine der Alternativen, die wir den Menschen dieses Landes aufzeigen werden und über die sie am 27. Februar 2000 entscheiden sollen.

Das Modell der Ministerpräsidentin hingegen bringt - ein Schelm, wer Böses dabei denkt - nur dann etwas für die Kassen des Landes, wenn mehr Lehrer nach der fünfjährigen Angestelltenphase verbeamtet werden als bisherige Lehrerstellen für Beamte durch neue Lehrer im Angestelltenverhältnis ersetzt werden. Spätestens wenn der erste Schwung an Verbeamtungen durchgeführt ist und die Jahrgänge sozusagen durchwachsen, wird das Simonis-Modell dem Land erhebliche Mehrkosten bescheren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vielleicht sollte Frau Sparkommissarin a. D. einmal den Taschenrechner benutzen. Aber ich bin mir ziemlich sicher, auch das würde nichts nützen.

In den letzten Wochen und Monaten, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat sich innerhalb der Sozialdemokraten und der Landesregierung ein Politikstil durchgesetzt, der nichts mit einer fairen politischen Auseinandersetzung zu tun hat. Es gibt zunehmend keine Analyse mehr, sondern nur noch Gesundbeterei und Diffamierung.

Die Kampagne gegen den **Rechnungshof** und insbesondere gegen die Person des **Präsidenten** ist ein Teil dieses besonderen neuen Stils. Kritik ist - jeder weiß, daß ich diese Ansicht teile - auch am Rechnungshof erlaubt, auch an dem Präsidenten und an seiner Art, Dinge in die Öffentlichkeit zu bringen. Das ist keine Frage. Niemand hat die Weisheit für sich gepachtet. Aber pauschale Verurteilung aufgrund von internen Vorberichten zu treffen, die zudem dem Parlament noch nicht vorliegen, ist nicht nur schlechter Stil, sondern auch ein weiteres Beispiel für die sich schleichend ausbreitende Mißachtung der Regeln des Umgangs miteinander. Es zeigt auch die Arroganz dieser Regierung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht der Überbringer einer schlechten Nachricht ist das Problem, sondern der Erzeuger. Das sollte bei allem politischen Streit nicht vergessen werden. Ich finde es deshalb auch sehr mutig von den Mehrheitsfraktionen und der Landesregierung, sich in der Frage der Lehrerversorgung so weit aus dem Fenster zu lehnen.

Das Beispiel der Prüfung im **Jugendministerium** sollte Warnung genug sein. Dort wurden auch in einer ersten Reaktion die Vorwürfe als vollkommen haltlos zurückgewiesen. Die Halbwertszeit dieser Äußerung war extrem kurz; denn schon wenige Tage später mußte Frau Ministerin Birk den geordneten und vollständigen Rückzug antreten und einräumen, daß der Prüfbericht des Rechnungshofs zutreffend ist. 5 Millionen DM wurden einfach am Haushaltsrecht vorbei vergeben. Anscheinend war das Ministerium der Meinung: Wo „sozial" draufsteht, müsse man nicht so genau nachschauen, ob auch „sozial" drinsteckt.

Die Regierung ist nicht das Land, ebensowenig wie die Regierungfraktionen. Kritik an der Regierung schadet nicht dem Land, sondern bringt es möglicherweise sogar voran. Ich habe schon einmal gesagt: Die Zeiten, in denen sich die Regierung mit dem Land gleichsetzen konnte, gehören dem vorletzten Jahrhundert an.

(Wolfgang Kubicki)

Prüfberichte des Rechnungshofs sind deswegen auch keine Majestätsbeleidigungen. Sie sind ein unverzichtbares Mittel zur Verbesserung von Effizienz und Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Hand.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Lothar Hay [SPD]: Nicht immer!)

In dieses Raster paßt auch die in der Sommerpause veröffentlichte Erklärung der Grünen zu den Ursachen der Finanzmisere des Landes. Bereits die Überschrift gibt uns allen die Antwort: Schuld ist allein die CDU! - Hier kann das Protokoll „Applaus des ganzen Hauses" vermerken. Liebe Frau Kollegin Heinold, was hat Sie nur zur Veröffentlichung dieser Presseerklärung getrieben?

Ich verstehe ja, daß Sie die Peinlichkeit der Erklärung Ihrer Fraktionsvorsitzenden anläßlich der Debatte im Juli in diesem Hause vergessen machen wollen. Das einzig Richtige an dieser Rechnung war die Zinseszinsformel, ansonsten stimmte nichts. Weder waren die Basiszahlen korrekt, noch stimmte die ökonomische Interpretation der Daten. Sie haben einfach nicht erkannt, daß in Ihrer wunderbaren Vergleichsrechnung Tilgung und Zins komplett durch die Aufnahme neuer Kredite bedient werden, was eben nicht ganz der Wirklichkeit entspricht.

Diesen Fehler haben Sie immerhin erkannt, und Sie haben ihn korrigiert. Was Sie uns aber mit dem restlichen, zumindest umfangreichen Zahlenwerk beweisen wollen, ist nicht so ganz klar. Alle bundesdeutschen Länder haben die Verschuldung seit dem Ende der sechziger Jahre drastisch erhöht. Das ist keine neue Erkenntnis. Es wäre allerdings schön gewesen, wenn Sie den Vergleich mit eben diesen Ländern geliefert hätten, Frau Kollegin Heinold. Von der Opposition erwarten Sie das doch auch!

Noch schöner wäre es gewesen, wenn Sie nicht die hohen **Investitionsquoten** in der Vergangenheit mit bis zu 20 % unterschlagen hätten. Da liegt der entscheidende Unterschied zu Ihrer Finanzpolitik.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Investitionen - das sind ja Ausgaben in die Zukunftsfähigkeit eines Landes - sind drastisch gefallen. Die 10-%-Hürde wird in Schleswig-Holstein locker unterquert, und das, obwohl Sie in den letzten vier Jahren einmalige Einnahmen in Höhe von über einer halben Milliarde DM eingestrichen haben. Ich erinnere die verbliebenen Sozialdemokraten daran, daß der Vorgänger von Herrn Bülck, Wirtschaftsminister Steinbrück, hier auf meine Erklärung hin, das Zurückfahren der Investitionsquote koste unmittelbar Arbeitsplätze im Land, das Ende der Fahnenstange sei erreicht, von diesem Podium aus gesagt hat, er könne den Ausführungen des Kollegen Kubicki nicht entgegentreten, denn sie stimmten: Das Zurückfahren der Investitionsquote kostet unmittelbar Arbeitsplätze im Land.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Da Steinbrück mit seiner weitreichenden Erkenntnis gescheitert ist, mußte er auch nach Nordrhein-Westfalen auswandern, wo die Sozialdemokraten - wie ich vernommen habe - in ihrer Grundlinie ohnehin weiter sind als die Sozialdemokraten hier.

Bei der Rechnung, die wir aufgemacht haben, ist der **Immobiliendeal** noch nicht einmal eingerechnet. Frau Kollegin Heinold, ohne die Klage der Oppositionsfraktionen vor dem Bundesverfassungsgericht hätten Sie diese Einnahmen zusätzlich verkonsumiert - das stand doch in den Planungen von Herrn Möller drin. Erst unsere Klage hat Sie doch gezwungen, die Einnahmen von fast 1 Milliarde DM innerhalb von vier Jahren so zu behandeln, als seien sie Kredite, und allenfalls für Investitionen auszugeben oder damit die Kreditaufnahme zurückzufahren. Das war doch ein Erfolg der Oppositionsstrategie und ist dem Land zugute gekommen, und nicht das Gegenteil ist der Fall.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zum Schaden des Landes!)

- Ach, Herr Kollege Hentschel, Sie kennen ja meine Grundhaltung, daß der größte Schaden des Landes darin besteht, daß Sie hier sitzen und vor allen Dingen an der politischen Verantwortung teilnehmen.

(Empörung bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Dazu kommen wir noch. - Hätte das Land eine funktionierende Vermögensrechnung, würde sich zeigen, daß die Höhe der Bruttoinvestitionen nicht die Höhe der Abschreibungen erreicht, mit der Folge, daß das **Nettovermögen** des Landes immer weiter abnimmt, Jahr für Jahr - und Jahr für Jahr in größerem Umfang.

Frau Ministerpräsidentin, eine Ministerpräsidentin, die vom „Unternehmen Schleswig-Holstein" spricht, müßte eine solche Vermögensrechnung aufstellen. Dann würden wir ganz andere Debatten führen als die, die wir gegenwärtig von Ihnen präsentiert bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit anderen Worten: Den immer größer werdenden Schulden steht ein immer kleineres Vermögen gegenüber, getreu der Devise: Wie kann man unter Sozialdemokraten ein

(Wolfgang Kubicki)

kleines Vermögen machen, wenn man vorher ein größeres hatte?

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe die Sorge der Mitglieder der Regierungsfraktionen. Nachdem jahrelang die alte Platte mit dem Refrain: „Alles Schlimme kommt aus Bonn" gespielt werden konnte, müssen jetzt andere Ausreden her. Die F.D.P.-Fraktion war mehr als einmal unglücklich über die Finanzpolitik von Theo Waigel und die Verlagerung von Kosten. Aber im nachhinein muß man ja geradezu dankbar sein, daß dies alles so moderat vonstatten gegangen ist. Übrigens, die Diskussion über die Gerechtigkeitslücke, die Diskussion über die **Abwälzung der Kosten** vom **Bund** auf die **Länder** ist ja nicht von den Oppositionsfraktionen in Berlin geführt worden, sondern von Sozialdemokraten und Grünen, wenn ich es richtig verstanden habe. Suchen Sie also nicht immer die Schuldigen bei uns, sondern in Ihren eigenen Reihen, wenn Sie in dieser Form etwas zu denunzieren haben!

(Beifall bei der F.D.P. und CDU)

Hans Eichel, der neue Sparkommissar der Republik, langt ganz anders zu als Theo Waigel. Das sogenannte **Sparpaket** der Bundesregierung birgt für den Landeshaushalt Schleswig-Holsteins große Risiken. Die heutige Haushaltsberatung ist aus diesem Grund auch nicht mehr als eine Standortbestimmung ohne größere Aussagekraft. Direkt drohen Ländern und Gemeinden Belastungen aus der geplanten Verlagerung der Kosten für das **Wohngeld** in Höhe von rund 150 Millionen DM. Es droht ein weiterer zweistelliger Millionenbetrag aus den Aufwendungen aufgrund des Unterhaltsvorschußgesetzes.

Auch die indirekten Belastungen aus den Beschlüssen des Bundes können noch gar nicht beziffert werden. Es ist aber absehbar, daß die erwartete Schließung von **Bundeswehrstandorten** oder die Senkung der Zahl der **Wehrdienstverweigerer** ihre finanziellen Spuren im Land hinterlassen werden.

Die F.D.P.-Fraktion hat große Zweifel, ob angesichts der Aussagen des Bundeskanzlers, das Sparpaket dürfe und könne nicht aufgeschnürt werden, überhaupt noch substantielle Änderungen am Gesamtpaket möglich sind. Diese Zweifel werden durch die offensichtlich völlig isolierte Position der Ministerpräsidentin noch verstärkt.

Am 1. September 1999 findet sich in den „Kieler Nachrichten" unter der bezeichnenden Überschrift „Simonis drängt auf Steuererhöhungen" die erneute Forderung der Ministerpräsidentin nach Wiedereinführung der **privaten Vermögensteuer**, während der neue Staatsminister im Kanzleramt, Hans Martin Bury, am selben Tag in der „Süddeutschen Zeitung" sagt: „Eine Vermögensteuer werden wir nicht machen."

Herr Kollege Neugebauer, Sie sollten vielleicht einmal von dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen die Empfehlung entgegennehmen und sich zu Herzen nehmen, daß Sie, wenn Sie eine solche Steuer einführen wollen, sie in Schleswig-Holstein allein einführen sollten. Ihre Antwort war bezeichnend. Ihre Antwort lautete: Wenn wir das allein machen würden, würden die Unternehmer möglicherweise woandershin abwandern.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Eines haben Sie damit jedenfalls begriffen: Daß Steuererhöhungen dazu führen können, daß Unternehmen nicht kommen oder abwandern. Herr Kollege Neugebauer, aber schon die Diskussion darüber kann dazu führen, daß sich Unternehmen hier ansiedeln oder eben nicht ansiedeln. Mit Ihrer schier unerträglichen Diskussion über Steuererhöhungen, die auf Bundesebene keiner will, verhindern Sie, daß der Standort Schleswig-Holstein attraktiver wird, als er es bisher geworden ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ganz offensichtlich besteht die einzige Möglichkeit für Heide Simonis, auf Bundesebene überhaupt noch etwas zu werden, darin, die Wahl zu verlieren. Woher angesichts der nicht erst beim Kampf um Duty-Free zur Schau gestellten Kampfkraft der Landesregierung der Wirtschafts- und der Finanzminister dieses Landes ihren Optimismus nehmen, den Bund zu einer Umkehr - zu einer Umkehr! - der bisherigen Finanzierungsanteile der **Wettbewerbshilfe** bewegen zu können, ist mir schleierhaft. Es wird schon eines großen Kraftaktes aller Küstenabgeordneter des Bundestages bedürfen, überhaupt eine ausreichende Dotierung der Wettbewerbshilfe zu erhalten. Ich erinnere daran, daß der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Sozialdemokrat, gesagt hat: Wer das Paket aufschnürt, versündigt sich sozusagen an den Erfolgen der sozialdemokratischen Regierungspolitik der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Ich bin gespannt, wie groß die Kampfkraft der Minister, die gerade bezeichnet worden sind, tatsächlich sein wird.

(Holger Astrup [SPD]: Die Durchschlagskraft von Koppelin ist groß!)

- Kollege Astrup, ich bin ganz begeistert, daß immer dann, wenn Not am Mann ist, der Minister oder auch die regierungstragende Fraktion ihre Hoffnungen auf

(Wolfgang Kubicki)

die CDU und die F.D.P. setzen, daß wir das dann reißen sollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Holger Astrup [SPD]: Nicht CDU, nur F.D.P.!)

Wir können nicht alles gleichzeitig erledigen.

(Holger Astrup [SPD]: Das stimmt!)

Wir können nicht den Spitzenkandidaten der Union dauerhaft unterstützen, wir können nicht den Wahlkampf der SPD durch den Chef der Staatskanzlei organisieren, und wir können nicht auch noch auf allen Ebenen dafür sorgen, daß eure verfehlte Finanzpolitik korrigiert wird. Aber ich verspreche es euch und den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern von diesem Pult aus: Nach dem 27. Februar 2000 werden wir den Landeshaushalt in Schleswig-Holstein in Ordnung bringen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Holger Astrup [SPD]: Aber nur in Leserbriefen! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollten doch Alternativen nennen! Fangen Sie doch mal an! - Zuruf des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

- Kollege Plüschau, ich verstehe, daß die Angst bei euch mittlerweile groteske Züge annimmt. Die Ministerpräsidentin hat erklärt, sie wäre mit dem Ergebnis von Stolpe zufrieden. Ich erkläre hier: Ich wäre mit seinen Verlusten zufrieden.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Berliner Entscheidungen werden noch einen entscheidenden Einfluß auf den weiteren Verlauf der Beratungen dieses Haushaltes haben. Aber wie auch immer das Ergebnis aussehen mag, die Finanzsituation im Land wird nicht besser werden. Das alles wäre zu verkraften, wenn die rot-grüne Bundesregierung echte **Strukturreformen** angehen würde, anstatt nur notdürftige Reparaturen durchzuführen.

Heute wird die Erhöhung der Renten ausgesetzt, weil kein Geld in der Kasse ist. Und was kommt morgen? Welche lang- oder zumindest mittelfristigen Konzepte liegen den Entscheidungen zugrunde? Wie sollen die **Sozialversicherungssysteme** umgestaltet werden? Ich möchte ausdrücklich betonen, daß mir der Vorschlag - auch wenn es keine neue Idee ist - von Bundesarbeitsminister Riester, künftig mehr auf **kapitalgedeckte Verfahren** umzusteigen, nicht nur sympathisch ist, sondern daß er nach meiner Ansicht den einzig gangbaren Weg in der Zukunft darstellt. Das möchte ich ausdrücklich sagen. Ich beteilige mich auch nicht an den Aktivitäten derjenigen, die versuchen, diese Überlegungen zu denunzieren, denn wir müssen uns alle überlegen, wie wir angesichts der demographischen Entwicklung die Sicherung der Systeme erreichen können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Welche Rolle übernimmt der Staat in der Wirtschaft? Wie sieht eine humane und trotzdem bezahlbare Sozialpolitik aus? Ich sehe bei aller Wertschätzung des Herrn Bundeskanzlers Schröder keine Strategie bei ihm. Ich sehe nur tagespolitische Beliebigkeit. Gestern noch war Reinhard Klimmt der Bremser in Saarbrücken, heute ist er schon Minister in Berlin. Gestern hat er noch die Politik Gerhard Schröders vehement angegriffen, heute trägt er sie als Teil des Kabinetts mit. Gestern wollte der Kanzler das Nettolohnprinzip in der Rente nicht antasten - das war ein Wahlversprechen der SPD gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, und ihr wußtet damals schon, daß dieses Versprechen nicht eingehalten werden kann; das nenne ich schlimm gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes -.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

heute entkoppelt er die Rente von der Lohnentwicklung. Gerhard Schröder hat alles und jedes zur Chefsache gemacht, herausgekommen ist nur Chefsalat.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Einsparungen in öffentlichen Haushalten sind keine vergnügungssteuerpflichtigen Veranstaltungen. Ich akzeptiere wirklich, wie schwer es der Bundesfinanzminister und in Teilbereichen - dort, wo er es versucht - der Landesfinanzminister im Einzelfall haben. Wir sollten alle sehr sorgsam darauf achten, daß wir die Bemühungen - soweit es eben geht -, zu wirklichen Einsparungen zu kommen, konstruktiv unterstützen.

Diese Einsparungsbemühungen sind aber vermittelbar, wenn dahinter ein Ziel zu erkennen ist. Das vermisse ich in Berlin ebenso wie in Schleswig-Holstein. Wo sind die Schwerpunkte? Wo darf gekleckert, wo muß geklotzt werden? Die Trias der Landesregierung - Arbeit, Bildung und Innovation - ist unter PR-Gesichtspunkten gut gewählt, unterfüttert wird sie durch nichts.

Arbeit wird seit Jahren nur umverteilt. ASH schafft keine neuen Arbeitsplätze im ersten Markt, die Menschen werden einfach nur geparkt. Das klingt zynisch, ist aber die bittere Wahrheit. Das hilft der Statistik, nicht aber den Menschen, denn die brauchen eine Perspektive und nicht nur ein kurzes Beschäftigungsintermezzo in einem der zahlreichen Landesprogramme. Reguläre Jobs bekommen sie aber nicht,

(Wolfgang Kubicki)

weil die Landesregierung die Investitionen weiter nach unten fährt und in vielen Bereichen seit Jahren der Entwicklung hinterherläuft.

Nun kommen wir auch zu einem Teil der Alternativen, Kollege Hentschel, zum Beispiel der **Biotechnologie**. Der Wirtschaftsminister hat vor wenigen Tagen stolz verkündet, welche Erfolge in der Förderung der Biotechnologie erreicht wurden. Seit 1995 - so durften wir lesen - seien rund 15 neue Unternehmen mit 100 neuen Arbeitsplätzen entstanden. Wie stark die Liebe dieser Landesregierung zu diesem Wachstumszweig der Wirtschaft ist, kann man im Koalitionsvertrag unter Punkt 2.9 nachlesen. Dort heißt es:

> „Aus der Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die langfristigen Folgen für Mensch und Natur nach wie vor nicht absehbar. In Anbetracht dieser 'Verantwortbarkeitslücke' lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Gentechnik ab."

> (Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

> „Dies gilt auch für biotechnologische/biomedizinische Forschung, soweit sie gentechnische Verfahren vorbereitet."

Ich höre den Kollegen Hentschel schon „Aha!" rufen. Er hätte vielleicht einmal lesen sollen, was der Genosse Weber als Vorsitzender der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie" gerade erklärt hat, nämlich daß dies in Schleswig-Holstein gefördert werden müsse, weil dies ein Wachstumsmarkt der Zukunft sei.

> (Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie hätten den Bericht der Enquetekommission lesen sollen!)

Angesichts solcher Festlegungen mutet die Feststellung des Wirtschaftsministers, die Gentechnik sei auf dem Vormarsch, wie Hohn an. Er sollte umgekehrt den Unternehmerinnen und Unternehmern danken, die sich trotz des politischen Gegenwindes dieser Landesregierung in Schleswig-Holstein engagieren. Wenn die Landesregierung nicht nur verbal ihre Liebe zur Gentechnik entdeckt hätte, dann wäre es vielleicht auch möglich, in diesem Marktsegment ein Wachstum von mehr als durchschnittlich 25 Arbeitsplätzen pro Jahr zu erzielen.

> (Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Kollegin Fröhlich, Ihre Zwischenrufe sind wirklich immer herzerfrischend. Sie werden in dieser Frage Ihre Position genauso schnell und flächendekkend räumen, wie Sie es in der Verkehrspolitik getan haben, bedauerlicherweise zu spät und zu Lasten dieses Landes, weil nutzlos Zeit verschlafen worden ist, um Ihre pädagogischen Prozesse abzuwarten.

> (Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diejenigen Unternehmen im Land, die in den letzten Jahren stark gewachsen sind, haben das nicht der Landesregierung zu verdanken, sondern einfach der Tatsache, daß es eine Liberalisierung gab. Die Überschrift in allen Zeitungen - im „Spiegel", im „Handelsblatt", in der „Süddeutschen Zeitung", in der „Frankfurter Rundschau", die ja nicht in dem Verdacht steht, ein konservatives Blatt zu sein - lautete: Liberalisierung schafft Arbeitsplätze!

Für die **Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes** stehen: MobilCom in Schleswig-Holstein, Talkline - damit werben Sie jetzt, Frau Ministerpräsidentin - und Motorola. Ich möchte daran erinnern: Noch vor wenigen Jahren waren Sie vehemente Verfechterin gegen eine Privatisierung der Post und gegen eine Öffnung des Marktes. Ich stand hier vorn - Kollege Weber ist leider nicht hier, Kollege Böttcher auch nicht - mit den Vertretern und Vertreterinnen von Rot-Grün und mußte mich von der Deutschen Postgewerkschaft beschimpfen lassen, weil die F.D.P. die Öffnung der Märkte verlangt hatte. Das sollte Arbeitsplätze kosten, Tausende von Arbeitsplätzen. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Wir haben hier eine Jobmaschine unglaublichen Ausmaßes, und die SPD war ursprünglich dagegen.

> (Vereinzelter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ohne die maßgeblich von der F.D.P. vorangetriebene Öffnung des Telekommunikationsmarktes und die Freisetzung der Marktkräfte wäre es zu dieser Entwicklung nie gekommen. Wie traditionell borniert einige Sozialdemokraten doch sind, konnte man gerade dieser wunderbaren Debatte entnehmen, daß man die Liberalisierung des **Strommarktes** zurückfahren wolle, um sozialdemokratisch geführten Stadtwerken die Möglichkeit zu eröffnen, weiter ihre drei Direktorenposten zu unterhalten, denn die Kunden müssen das doch nicht mehr bezahlen.

Wir kommen wir eigentlich dazu, wegen dieser Ideologie als Kunden und Verbraucher acht, neun oder zehn Pfennig mehr pro Kilowattstunde für unseren Strom zahlen zu müssen, als es eigentlich notwendig wäre? Wie kommen wir dazu?

> (Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Ich warte auf eine Stellungnahme dieser Landesregierung, wie sie sich dazu verhält. Ich erwarte eine Antwort.

(Holger Astrup [SPD]: Warten Sie es ab!)

Wenn sich die rot-grünen Planungsfanatiker in Berlin und Schleswig-Holstein in weiteren Bereichen zu mehr Markt entschließen würden, wenn die Frau Sozialministerin nicht der F.D.P. hinterherlaufen müßte als einsame Ruferin der SPD, den Ladenschluß doch vollständig abzuschaffen, hätten wir in Schleswig-Holstein mehr Möglichkeiten erreicht, Arbeit zu organisieren, statt Arbeitsmangel zu verwalten. Manche Fördermark wäre besser angelegt oder völlig überflüssig gewesen.

Dann müßte das Wirtschaftsministerium auch keine Jubelmeldungen mehr über die exorbitanten Steigerungsraten der **ausländischen Direktinvestitionen** veröffentlichen, die bei näherem Hinsehen nichts anderes sind als der etwas plumpe Versuch, die Öffentlichkeit zu täuschen. Wer 100 m hinterherläuft und fünf Meter aufholt, kann trotzdem nicht Sieger werden, Herr Bülck.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo sind denn die Schwerpunkte im **Bildungsbereich**? Den Universitäten werden seit Jahren die Gelder gekürzt, die Lehrerausstattung hinkt der Entwicklung der Schülerzahlen deutlich hinterher. Die Landesregierung versucht, die finanzielle Unterausstattung des Bildungsbereichs mit verstärktem pseudomodernistischem Propagandaaufwand zu kaschieren. Aber das ganze Gerede von Autonomie, Zielvereinbarungen, auf die wir ja noch warten, und Eigenverantwortung ist nichts anderes als die Umschreibung für die Tatsache, daß die Verwaltung des Mangels vom Ministerium an die Schulen und insbesondere an die Universitäten delegiert wird.

Ein ähnliches Mogelpaket sind die zusätzlichen 200 Lehrerstellen. Nicht, daß die F.D.P.-Fraktion die Erhöhung der Lehrerstellen an sich kritisieren würde, sie ist dringend notwendig. Zu kritisieren ist der Zeitpunkt. Deshalb sage ich: Auch hier handelt es sich um eine haushaltstechnische Mogelpackung. Die Stellen werden nicht etwa im Februar bereitgestellt, nein, sie stehen den Schulen erst im Spätsommer zu Beginn des neuen Schuljahres zur Verfügung, zu einer Zeit, in der Sie dann keine Verantwortung mehr tragen. Den überlasteten Schulen hilft das zwar nicht mehr, aber immerhin stimmt die Haushaltsoptik.

Arbeit, Bildung, Innovation - viel rhetorischer Aufwand, aber wo sind diese vermeintlichen Schwerpunkte im Haushalt konkret unterlegt? Ich kann es nicht erkennen. Die Regierungskoalition wurstelt sich ein weiteres Jahr durch, aber in diesem Jahr gibt es wenigstens einen Trost: Das Haushaltsjahr dauert nur drei Monate.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde zum Haushalt reden und nicht zur Landtagswahl. Ich nehme für mich nicht in Anspruch, daß ich die Weisheit mit der Suppenkelle gelöffelt habe. Ich nenne keine Namen. Ich bin aber der Meinung, daß die heutige Debatte wieder auf eine sachliche Ebene zurückgeführt werden sollte.

Der Haushalt 2000 ist der letzte Haushalt, den der Schleswig-Holsteinische Landtag in diesem Jahrhundert verabschieden wird, wobei bei mir nach der Rede des Herrn Landtagspräsidenten gestern anläßlich des Jahresempfangs der LPK natürlich auch Zweifel aufgekommen sind, wann das Jahrhundert zu Ende geht und das neue anfängt.

Dennoch stellt sich die Frage, was dieser Entwurf für die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes im 21. Jahrhundert bringt. Dabei wird der SSW die Landesregierung daran messen, ob sie in den für uns wichtigen politischen Kernbereichen einen wesentlichen Schritt vorankommt.

Die **Massenarbeitslosigkeit** ist weiter das zentrale Problem unserer Gesellschaft. Obwohl die Arbeitsmarktpolitik hauptsächlich in der Verantwortung des Bundes liegt, ist es wichtig, daß auch das Land Schleswig-Holstein im Rahmen seiner Möglichkeiten tätig wird. Für den SSW bleibt es daher wichtig, daß sich das Ziel der Landesregierung, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, auch im Haushaltsentwurf widerspiegelt. Die neuen August-Arbeitslosenzahlen sind sowohl für Schleswig-Holstein als auch für den Landesteil Schleswig positiv zu betrachten. Mit 8,9 % hat Schleswig-Holstein die niedrigste Arbeitslosenquote aller norddeutschen Bundesländer.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob man dabei gleich von einem Aufschwung sprechen kann, wie es Schleswig-Holsteins „Chefverkäufer", Wirtschaftsminister Bülck getan hat, sei dahingestellt. Sicherlich haben auch saisonale Effekte eine Rolle gespielt. Dennoch begrüßt der SSW diese Trendwende am Arbeitsmarkt, die erfolgt ist, obwohl

(Anke Spoorendonk)

das Aus des Duty-free-Handels viele Arbeitsplätze an der Küste gekostet hat.

An der Westküste hat der Kreis Nordfriesland mit 6,2 % die niedrigste Arbeitslosenquote im Land. Auch das ewige Sorgenkind, die kreisfreie Stadt Flensburg, hat mit jetzt 12,6 % einen starken Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu vermelden. Beide haben auch einen größeren Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen. Nach Angaben des Arbeitsamtsbezirkes Flensburg ist die Ursache zu einem großen Teil auf die stärkste Personalnachfrage der regionalen Unternehmen seit Anfang der siebziger Jahre zurückzuführen.

Diese positiven regionalen Impulse sind nicht zuletzt auch das Ergebnis der jahrelangen besonderen wirtschaftlichen Förderung des Landesteils Schleswig, beispielsweise durch das „Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume". Die vielen **Investitionen** in die wirtschaftliche Infrastruktur, in die Technologieförderung und in viele andere Projekte, die die Attraktivität des Landesteils erhöht haben, beginnen sich also langsam auszuzahlen.

Eine der Kernforderungen des SSW bleibt es, die regionalen Unterschiede zwischen den leistungsstarken wirtschaftlichen Gebieten im Hamburger Rand und dem strukturschwachen Norden des Landes zu vermindern. Obwohl der Abstand in den letzten Jahren verringert worden ist, ist das grundgesetzlich verankerte Ziel von gleichen Lebensbedingungen noch nicht erreicht.

Deshalb darf die Landesregierung jetzt nicht auf halbem Wege stoppen. Es ist unbedingt notwendig, daß die besondere Förderung der strukturschwachen Gebiete Schleswig-Holsteins auf hohem Niveau weitergeführt wird. Im Haushaltsentwurf 2000 sind für das auslaufende Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume und für das neue Regionalprogramm 2000 insgesamt 21,6 Millionen DM vorgesehen. 1999 waren noch 30 Millionen DM für das Regionalprogramm eingeplant.

Daher fordert der SSW einen größeren Anteil von Landesmitteln im neuen „Regionalprogramm 2000". Nur wenn wir genügend eigene Mittel bereitstellen, bekommen wir Einfluß auf die geförderten Projekte und können die Mittel regional gezielt einsetzen. Das heißt, die Landesmittel im „Regionalprogramm 2000" müssen sowohl zur Kofinanzierung von EU-Projekten als auch für regionale Projekte, die nicht in die gängige Förderkulisse passen, eingesetzt werden.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein hängt im wesentlichen mit dem Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit zusammen. Das ist klar. Es ist natürlich richtig, daß es nach den Maßnahmen dieses Programms weitere Folgemaßnahmen für die Jugendlichen geben muß. Sonst war das erfolgreiche Programm nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Sparprogramm der Bundesregierung läßt hier Böses ahnen. Der SSW sieht das Programm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit als einen wichtigen Einstieg in eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die aber unbedingt weitere Perspektiven in Form von Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen für die vielen arbeitslosen Jugendlichen aufzeigen muß. Das Programm muß also weitergeführt werden.

Obwohl die aktuellen **Arbeitslosenzahlen** erfreulich sind, gibt es natürlich noch überhaupt keinen Grund zur Entwarnung auf dem Arbeitsmarkt. Ich zitiere aus dem Finanzplan 1999 bis 2003: „Denn trotz der erwarteten Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird sich auch im kommenden Jahr die Lage auf dem Arbeitsmarkt nur schrittweise entspannen", schreibt die Landesregierung. Angesichts der großen strukturellen Arbeitslosigkeit sind flankierende Maßnahmen von staatlicher Seite also weiterhin unabdingbar. Der SSW fordert deshalb sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Aus Sicht des SSW ist es deshalb positiv, wenn allein für das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe" im Haushalt 2000 fast 19 Millionen DM mehr als noch in diesem Jahr zur Verfügung stehen. Der Anteil der Landesmittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen soll nach dem Haushaltsentwurf zwar nur um 1,5 Millionen DM auf insgesamt 37,5 Millionen DM steigen. Da das Land aber konsequent zusätzliche Fördermittel der Agenda 2000 nutzen will, kann das gesamte Volumen erhöht werden. Bei allen Kontroversen um die Verwendung der ASH-Mittel und insbesondere darum, welche Träger in Zukunft die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchführen sollen, ist dies ein positiver Ansatz in dem Entwurf der Landesregierung. Mehr arbeitslose Mitbürgerinnen und Mitbürger bekommen dadurch eine neue Chance auf dem Arbeitsmarkt.

Der finanzielle Spielraum der Landesregierung ist wegen der **Altlasten** der vergangenen Jahrzehnte sehr gering. Nur noch knapp 5 % des 14,7 Milliarden DM umfassenden Haushalts sind wegen des Schuldendienstes, der Personalkosten und der gesetzlichen Leistungen für die Landesregierung frei verfügbar. Dazu kommt, daß die zukünftige Finanzpolitik Schleswig-Holsteins, unabhängig davon, wer denn nun nach dem 27. Februar 2000 regieren wird, in hohem Maße von den Rahmenbedingungen abhängig ist, die von der Bundesregierung vorgegeben werden.

(Anke Spoorendonk)

Wir haben bereits im Juli im Landtag diskutiert, welche Belastungen durch das „Zukunftsprogramm 2000" der Bundesregierung noch auf die Landeskasse zukommen können. Für Schleswig-Holstein ist absehbar, daß die Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe zu einem starken Anstieg der Sozialhilfekosten führen werden. Auch der Wegfall der staatlichen Zuschüsse für das Wohngeld belastet die kommunalen Haushalte. Allein für die schleswig-holsteinischen Kommunen rechnet man mit Mehrbelastungen von 150 bis 200 Millionen DM jährlich.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Die Länderhaushalte werden von den Konsolidierungsbemühungen des Bundes ebenfalls betroffen. Die Änderungen zum Familienrecht, aber auch die Senkung der Unternehmensteuer werden Schleswig-Holstein belasten. Allein die Nettoentlastung bei der Unternehmensteuerreform in Höhe von 8 Milliarden DM kostet Schleswig-Holstein ab 2001 jährlich 130 Millionen DM. Wenn keine Änderungen mehr erfolgen, wird es sich also um Mindereinnahmen beziehungsweise Mehrausgaben in dreistelliger Millionenhöhe handeln. Die Handlungsfähigkeit des Landes würde weiter reduziert werden. Das ist nicht hinnehmbar, und deshalb fordert der SSW weiterhin einen finanziellen Ausgleich für Schleswig-Holstein.

Dazu hat das **„Zukunftsprogramm 2000"** der Bundesregierung aus Sicht des SSW eine soziale Schlagseite, und ich bleibe dabei: Dieses Programm hat eine Schlagseite, weil die geplanten Kürzungen vor allem die sozial Schwächeren wie Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner betreffen. In diesem Zusammenhang muß eine Erhöhung der Erbschaftsteuer oder eine Wiedereinführung einer verfassungskonformen Vermögensteuer weiter auf der Tagesordnung bleiben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

„Umverteilung darf nicht von der sozialdemokratischen Tagesordnung genommen werden. Die Erbschaftsteuer sollte hoch sein, damit nicht zu viele Privilegien weitergegeben werden können. Sonst wird aus der Chancengleichheit der einen Generation die Ungleichheit der nächsten."

Diese Zeilen stammen nicht etwa von Gregor Gysi oder von anderen „Rächern der Enterbten", sondern dies sagt Anthony Giddens, der Erfinder des sogenannten „Dritten Weges" - die englische Variante der vielzitierten „Neuen Mitte" - und ein enger Berater von Tony Blair.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Der weiß auch nicht, wo der dritte Weg hinführt!)

Sogar in den USA gibt es eine Vermögensteuer. Es ist nicht einzusehen, warum wir nicht auch in Deutschland eine angemessene Steuer auf Vermögen haben sollten. Wer das Thema „soziale Gerechtigkeit" ernst nimmt, muß dann auch hier ansetzen.

Deshalb fordert der SSW die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für die **Wiedereinführung einer Vermögensteuer** oder für die Erhöhung der Erbschaftsteuer einzusetzen. Ich habe einen dementsprechenden Änderungsantrag eingebracht; zu dem weitergehenden Änderungsantrag sage ich nachher noch etwas.

Eine Erhöhung der Steuern auf private Vermögen gibt den Ländern zum einen die Möglichkeit, die Einnahmeverluste, die durch das „Zukunftsprogramm 2000" der Bundesregierung entstehen, auszugleichen; zum anderen würde die Akzeptanz des Sparprogramms in der Bevölkerung verbessert werden,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

da auf diesem Weg auch die einkommenstarken Gruppen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beitrügen. Wenn man sich ansieht, wie die Steuerlast in Europa verteilt ist, stellt man fest, daß die Bundesrepublik nicht einmal an der Spitze liegt.

Es geht nicht darum, eine millimetergerechte Verteilungspolitik alten Stils wieder einzuführen. Aber wir brauchen bei der notwendigen Modernisierung des Staates und der Wirtschaft **Chancengleichheit** für alle Bürgerinnen und Bürger, und wir brauchen Gerechtigkeit unter den Generationen. Mit anderen Worten: Je mehr man modernisieren will, je mehr man verändern will, desto wichtiger ist die Sozialpolitik, und desto wichtiger ist die soziale Gerechtigkeit.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sonst fallen Menschen durch das soziale Sicherheitsnetz.

Für den SSW bedeutet das, daß der Staat weiterhin eine Verpflichtung hat, sich aktiv für Chancengleichheit einzusetzen. Der Finanzminister sagte es heute morgen - ich wiederhole es -: Nur die Starken können sich einen schwachen Staat leisten.

Im Zusammenhang mit den Sparplänen der Bundesregierung werden führende Politiker seit Monaten zitiert, daß das Paket nicht mehr aufgeschnürt werden

(Anke Spoorendonk)

könne und daß es zum „Zukunftsprogramm 2000" keine Alternative gebe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So Hans Eichel und Gerhard Schröder!)

Von meinem parlamentarischen Verständnis her - das muß ich ehrlich sagen - ist es bedauerlich und nicht sehr demokratisch, daß ein Regierungsentwurf zum Haushalt vom Parlament überhaupt nicht mehr geändert werden kann - insbesondere, wenn die Kürzungen praktisch mit der Rasenmähermethode mit zum Teil sehr negativen Folgen für viele Bereiche vorgenommen worden sind.

Die geplante Streichung der Werftenhilfe beispielsweise hätte verheerende Folgen für den Schiffbau in Schleswig-Holstein. Solange die führenden Schiffbaunationen ihren Werften großzügige Subventionen zukommen lassen, müssen auch unsere Werften Zuschüsse bekommen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Von der Existenzsicherung der hochmodernen **Schiffbauindustrie** hängen in Schleswig-Holstein unmittelbar fast 7.000 Arbeitsplätze ab. Dazu kommen viele Zulieferfirmen des Handwerks. Wir werden uns ja morgen mit der Situation des Handwerks befassen.

Deshalb fordert der SSW die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß sich die Bundesregierung nicht aus der Wettbewerbshilfe für Werften herauszieht und zumindest wieder 50 % der Werftenhilfen übernimmt. Ich freue mich darüber, daß wir im Finanzausschuß und Wirtschaftsausschuß einvernehmlich einen entsprechenden Antrag angenommen haben.

Aus minderheitenpolitischer Sicht sind insbesondere die geplante Schließung des deutschen Generalkonsulats in Apenrade und die angestrebten Kürzungen für die Organisation der deutschen Volksgruppen in Nordschleswig problematisch. Abgesehen von der praktischen und symbolischen Bedeutung des Generalkonsulats für das Grenzland - dazu werden wir am Freitag noch mehr sagen - stimmen uns auch die geplanten Kürzungen der Zuschüsse mehr als bedenklich.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr wohl!)

Wenn diese Beschlüsse in die Realität umgesetzt werden, gerät das Gleichgewicht im Grenzland langsam, aber sicher wirklich in Gefahr. Wir nähern uns dann der absurden und auch peinlichen Situation, daß Dänemark einen großen Teil der finanziellen Last sowohl bei der deutschen als auch bei der dänischen Minderheit trägt. Ich kann Ihnen aus Gesprächen mit dänischen Politikern versichern: Man achtet darauf, und man versteht das nicht.

(Lothar Hay [SPD]: Genauso ist das!)

Es kann nicht angehen, daß das hochgelobte **deutsch-dänische Grenzlandmodell** immer mehr von Dänemark aus finanziert wird.

Auch die Landesregierung trägt - so muß ich hinzufügen - eine Verantwortung für diese Entwicklung. Die Zuschüsse für die Organisation der dänischen Minderheit sind zwar im Haushaltsentwurf 2000 überrollt worden - angesichts der Finanzenge begrüßen wir das -, aber besonders durch die im Haushalt 1998 erfolgten Kürzungen der Zuschüsse für die dänischen Privatschulen hat sich auch bei der Finanzierung der dänischen Schulen im Landesteil Schleswig ein Ungleichgewicht im Verhältnis zwischen „deutschen" und „dänischen" Zuschüssen ergeben.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, fordert der SSW die Regierungsfraktionen dazu auf, zumindest in der Frage der Kosten der Schülerbeförderung für die dänischen Schulen einen Schritt weiterzugehen - ich sage ausdrücklich: einen Schritt! Auch bei der Schülerbeförderung beträgt der öffentliche Anteil nur knapp 25 % der realen Kosten. Es besteht also Handlungsbedarf. Der Gesetzentwurf des SSW liegt vor. Ich habe alle Fraktionen des Landtages zu Gesprächen über diesen Entwurf eingeladen und hoffe bei den Haushaltsberatungen auf Ihr Entgegenkommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Zuschüsse für die kulturelle Arbeit der friesischen Volksgruppe und des Nordfriisk Instituuts werden nächstes Jahr auf gleichem Niveau verbleiben. Trotzdem gibt es aus der Sicht des SSW immer noch Nachholbedarf im Bereich der friesischen Arbeit. So hat die BU Flensburg weiterhin keine ordentliche Professur für Friesisch. Zur Zeit gibt es nur einen Honorarprofessor ohne Mitarbeiter, der daher für Förderung und Erforschung des Friesischen weniger bewirken kann als ein ordentlicher Professor. Ich weiß, daß wir diesen Kompromiß mitgetragen haben. Wir haben dies aber ausdrücklich mit der Vorgabe getan, damit sozusagen einen Fuß in der Tür zu behalten. Das ist keine befriedigende Lösung.

(Beifall bei der F.D.P.)

An der Universität Kiel ist eine der beiden Stellen der wissenschaftlichen Assistenten für Friesisch mit einem kw-Vermerk versehen, so daß diese Stelle nach der Pensionierung des jetzigen Stelleninhabers nicht mehr besetzt wird.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das ist insgesamt eine Halbierung des Faches! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist unglaublich!)

(Anke Spoorendonk)

Der SSW fordert von der Landesregierung eine Verbesserung der Situation für die friesische Arbeit. Dazu gehört eine Stärkung des Friesischen an den Universitäten im Land.

Die **Bildungspolitik** des Landes befand sich in den letzten Jahren in einem schweren Seegang. Die finanziellen Rahmenbedingungen haben gerade diesen wichtigen Kernbereich der Landespolitik schwer getroffen. Steigende Anforderungen und steigende Schülerzahlen passen nicht mit einer Sparpolitik zusammen. Aus der Sicht des SSW ist etwas Ballast abgeworfen worden, und die Bildungspolitik ist jetzt in etwas ruhigere Gefilde gekommen. Ob die ruhige See anhält, ist allerdings fraglich.

Die Entscheidung, schon im nächsten Jahr 2000 und bis zum Jahr 2004 insgesamt 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, ist notwendig und richtig. Das begrüßen wir. Dennoch ist die Rückkehr zu beamteten Lehrkräften eine für das Land bittere Sache. Wir erkennen zwar an, daß die Landesregierung vor dem Hintergrund der bundesweiten Entwicklung letztlich keine andere Wahl hatte, als den angestellten Lehrkräften das Angebot zu machen, nach fünf Jahren ins Beamtenverhältnis übernommen zu werden; dennoch vertritt der SSW weiterhin die Auffassung, daß sich diese Entscheidung durch die später fällig werdenden Beamtenpensionen langfristig betrachtet negativ auf die Haushaltslage des Landes auswirken wird.

Trotzdem wird das Land in den nächsten Jahren enorme Anstrengungen unternehmen müssen, um die notwendige **Unterrichtsversorgung** sicherzustellen. In diesem Zusammenhang ist es fast schon tragisch, wenn unbedingt an dem gegliederten Schulsystem festgehalten werden soll. Nicht nur, daß dieses System die Chancengleichheit unserer Kinder verringert und im europäischen Vergleich veraltet ist, sondern es ist auch viel teurer als beispielsweise die „ungeteilte Schule" nach nordischem Vorbild. Dieses Schulsystem - das möchte ich deutlich machen; ich weiß, daß ich das in praktisch jeder Rede sage - ist flexibler, kann sich besser auf das einstellen, was geleistet werden muß.

Neues Thema: Die Technologie- und Wirtschaftsförderung ist ein Schwerpunkt der Landespolitik. Mit den Programmen „Innovation schafft Arbeit" und „Arbeit, Bildung, Innovation" sollen bis zum Jahr 2001 über 100 Millionen DM Landesmittel für Projekte zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Förderung neuer Technologien bereitgestellt werden. So sehr der SSW die Investitionen aus diesen Programmen begrüßt, so sehr hätten wir uns gewünscht, daß die Landesregierung einen Teil dieser Mittel verwendet, um schon in den Schulen des Landes eine bessere Grundlage für den Umgang mit neuen Technologien zu schaffen.

Es gibt zwar auf Bundesebene und auch in Schleswig-Holstein das Programm „**Schulen ans Netz**". Bis zum Jahr 2001 sollen durch dieses Programm 80 % aller Schulen am Netz und mit EDV gut bestückt sein. Die Mittel werden hauptsächlich durch Spenden und in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft beschafft.

Wenn man sich aber die Entwicklung im IT-Bereich, insbesondere im Internet, ansieht, ist das Tempo viel zu langsam. Unsere Schulen müssen lieber heute als morgen ans Netz.

Der SSW hat zwar Verständnis dafür, daß die Landesregierung angesichts der Haushaltslage zu diesem Notmittel gegriffen hat und kaum eigene Haushaltsmittel zur Verfügung stellen kann, aber eigentlich ist es ein Armutszeugnis, daß diese wichtigen Investitionen zu einem großen Teil auf Spenden basieren.

Der SSW akzeptiert, daß die Zuschüsse für Vereine und Verbände, insbesondere auch im sozialen Bereich, „überrollt" werden sollen. Real ist dies angesichts der Lohn- und Inflationsentwicklung zwar eine kleine Kürzung, aber das Gröbste konnte verhindert werden, und die betroffenen Organisationen haben zumindest eine Planungssicherheit für das nächste Jahr.

Aus unserer Sicht ist es allerdings sehr bedauerlich, daß die Landesregierung erneut die Mittel der Verbraucherzentrale kürzen will. Das Land will seinen Zuschuß an die Verbraucherberatung um 124.000 DM kürzen. Ich möchte in Erinnerung rufen, daß bereits in den vergangenen zwei Jahren die Mittel fast um 200.000 DM auf jetzt rund 1,6 Millionen DM gestrichen wurden.

Diese Einsparungen gefährden das Serviceniveau des Verbraucherschutzes. Dies ist wirklich eine bedenkliche Entwicklung, weil der Service der Verbraucherschützer angesichts der Liberalisierungen im Strom- und Telefonbereich verstärkt nachgefragt wird. Die Menschen wissen heute gar nicht mehr, was sie mit diesen **Liberalisierungstendenzen** machen sollen.

Der SSW fordert die Landesregierung auf, die Kürzung zu überdenken und den Zuschuß für die Verbraucherberatung genau wie im sozialen Bereich zu „überrollen".

Das neue Programm der Landesregierung „Zukunft auf dem Land" wirft im Moment noch mehr Fragen als Antworten auf. Es ist richtig, die Entwicklungschancen im ländlichen Raum in Schleswig-Holstein zu fördern. Die Krise in der Landwirtschaft muß dazu

(Anke Spoorendonk)

führen, daß auch andere Wirtschaftszweige im ländlichen Raum angesiedelt werden. Wir brauchen eine Wiederbelebung der Dörfer. Der Erhalt einer attraktiven Natur und Landschaft sowie eine gute Infrastruktur sind die Voraussetzungen dafür, daß der ländliche Raum für viele Unternehmer ein attraktiver Standort wird.

Natürlich darf man dabei nicht die ständige Modernisierung der Land- und Ernährungswirtschaft im Lande vernachlässigen, denn das ist ein Pfund, mit dem Schleswig-Holstein doch wirklich noch wuchern kann.

Auch der **Tourismus** muß im Urlaubsland Schleswig-Holstein weiter einen hohen Stellenwert haben. Die Schwerpunktbereiche, die durch dieses Programm gefördert werden sollen, kann der SSW unterstützen. Allerdings ist es schon problematisch, dieses Programm im Finanzplan zu präsentieren und dann nicht einmal eine klare Aussage zum Mittelvolumen zu machen.

Aus Sicht des SSW wünschen wir uns, daß ein Teil der Gelder dieses Programms auch dafür eingesetzt werden sollte, die Mittel für das zentralörtliche System aufzustocken. Bekanntlich ist gerade die Aufstufung von vielen Gemeinden auf dem Land, insbesondere auch im nördlichen Landesteil, daran gescheitert, daß nicht genügend Mittel vorhanden waren. Eine Aufstufung würde vielen betroffenen Gemeinden bessere Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

Das Sicherheitsbedürfnis vieler Bürgerinnen und Bürger nimmt zu, obwohl die Kriminalstatistik rückläufige Zahlen aufweist. Allerdings gibt es einige Bereiche, beispielsweise in der Jugend- und auch in der Ausländerkriminalität und bei den groben Gewalttaten, die eine steigende Tendenz haben. Wir müssen die Sorgen der Bevölkerung in diesem Bereich also ernst nehmen, aber wir dürfen auch nicht die Angst einzelner zu politischen Zwecken mißbrauchen. Wer also seinen Wahlkampf auf das Thema innere Sicherheit konzentrieren will, muß aus unserer Sicht sehr vorsichtig mit der Materie umgehen. Der SSW setzt sich für eine saubere und sachliche Debatte in dieser Frage ein.

Wir begrüßen es, daß die Landesregierung nicht nur von weiteren Stelleneinsparungen für die Polizei abgesehen hat, sondern daß sogar ein Zuwachs im Personalbudget zu verzeichnen ist. Was die zusätzlichen Beförderungen im gehobenen Dienst für 1999 und im mittleren Dienst für 2000 sowie die zweigeteilte Laufbahn bei der Kriminalpolizei anbetrifft, fordert der SSW die Landesregierung auf, sich an die Abmachungen mit der Personalvertretung zu halten. Es hat schon Fortschritte gegeben, aber es erreichen uns von Beamtinnen und Beamten immer noch recht viele Klagen, die es nicht mehr schaffen, vor dem Ruhestand ihre rechtmäßige Beförderung zu bekommen.

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung, aber auch die Alternativvorschläge der CDU machen deutlich, daß es keine Patentrezepte gibt, um dieses Land finanzpolitisch wieder in den Griff zu bekommen. So ist der Kommentar einer Kieler Zeitung, daß - ich zitiere - „unter dem Strich Rühes Finanzstrategie kaum anders ist als die von SPD und Grünen" in bezug auf die großen Linien sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Die Vorschläge der CDU, das noch verbliebene Tafelsilber in Form von WOBAU und NordwestLotto zu verkaufen, ist weder originell noch konstruktiv,

> (Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

denn die **Neuverschuldung** kann so nur kurzfristig durch einmalige Einnahmen verbessert werden.

Die Unterschiede zwischen der Landesregierung und der CDU liegen also auch hier im Detail. Hier gibt es aus der Sicht des SSW einiges, was wir nicht mittragen können und nicht mittragen wollen. So lehnen wir die „De-facto"-Abschaffung des Frauenministeriums und des Umweltministeriums ab.

> (Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insbesondere wehrt sich der SSW gegen die Abschaffung des Behindertenbeauftragten und der Bürgerbeauftragten.

> (Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Diese Beauftragten - das wissen wir alle - leisten hervorragende Arbeit, eine Arbeit, die nicht mehr wegzudenken ist.

> (Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Die Einsparungen, die durch die Abschaffung erzielt werden können, stehen überhaupt in keinem Verhältnis zu den positiven Ergebnissen dieser Beauftragten. Das Witzige ist, daß ja alle in Gesprächen mit den Beauftragten sagen, ja, aber ihr seid im Grunde genommen nicht gemeint. Ich frage: Wer ist denn im Grunde genommen gemeint, wenn man vom **„Beauftragtenunwesen"** redet?

Natürlich ist der SSW auch gegen die Abschaffung des Minderheitenbeauftragten. Es ist nicht damit ge-

(Anke Spoorendonk)

tan, daß die Minderheitenpolitik zur Chefsache gemacht wird, zumal Herr Rühe sehr viele Politikbereiche zur Chefsache machen will. Der Minderheitenbeauftragte - ich sage es noch einmal - hat großen Symbolwert für die gesamte Minderheitenpolitik des Landes und muß deshalb erhalten bleiben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt bestätigen die Vorschläge der CDU aber die These, daß es für jede Regierung in den nächsten Jahren sehr schwer werden wird, politische Akzente zu setzen. Strukturell gesehen ändern auch die Vorschläge der CDU nicht die äußerst problematische Haushaltslage des Landes.

Zuletzt noch eine Bemerkung zu dem Änderungsantrag zu meinem Änderungsantrag. Richtig ist natürlich, daß dieser von mir mitgetragene zweite Änderungsantrag vager formuliert ist als das, was ich mit meiner Aufforderung an die Landesregierung, die Vermögensteuer und/oder die Erbschaftsteuer jetzt forciert in Gang zu bringen, wollte. Das ist mir bewußt, daß es vager formuliert ist.

Ich trage diesen zweiten Antrag aber dennoch mit, weil ich der Auffassung bin, daß es bei Anträgen darauf ankommen sollte, mit Mehrheiten etwas zu bewegen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich brauche mich mit meinem Einzelantrag nicht aufzuplustern. Ich bin also für Zusammenarbeit, wenn es der Sache dienlich ist. Oder anders formuliert: 100 % der eigenen politischen Ziele sind immer etwas Schönes, aber mit 80 % bewegt man sich auch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Oma würde sagen: Von nix kommt nix, und das reicht nicht.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer aber meint - das habe ich vorhin schon gesagt -, man könne die Diskussion um mehr **steuerliche Gerechtigkeit** einfach damit abbügeln zu sagen, es handele sich um eine Neiddiskussion, hat weder den Weg noch die Sache begriffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe des CDU-Ortsverbandes Enge-Sande.

(Beifall)

Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wie Sie wissen, bin ich gerade von einer einwöchigen Ostseereise zurückgekommen und durfte ringsrum feststellen: Unser Land genießt Vertrauen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Reisen bildet!)

Wir werden als Partner und Freunde im gesamten Ostseeraum wahr- und ernstgenommen, und das schon seit langem. Längst ist die Ostseekooperation zum Markenzeichen für die Politik der schleswig-holsteinischen Landesregierung geworden.

„Ostseekooperation" - hat der estnische Außenminister gesagt - „ist in der Tat mehr als ein Kaffeeklatsch", und er hat hinzugefügt: „Das verdanken wir der jahrelangen Arbeit Schleswig-Holsteins, auf der wir jetzt gemeinsam mit der 'Northern Dimension', der nördlichen Dimension, aufbauen wollen."

Unsere Partner, vor allem aber die künftigen EU-Mitgliedsländer, wissen sehr zu schätzen, daß wir sie ein Stückchen des Weges nach Brüssel aktiv begleiten. So werden wir helfen, das estnische Justizwesen zu stärken; wir haben eine zweite unterschriftsreife Vereinbarung zur gemeinsamen Kriminalitätsbekämpfung im Ostseeraum vorliegen; wir bieten Hospitanzen in unserem „Hanse-Office" an, und die „Nordakademie" - die sehr geschätzte private Fachhochschule der schleswig-holsteinischen Wirtschaft - will zehn jungen Estninnen und Esten ein einjähriges kostenloses Studium ermöglichen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

All das stößt auf großes Interesse bei unseren Partnern, und es hilft unseren anderen Partnern in der Ostseeregion, sich auf Europa vorzubereiten beziehungsweise mit uns zusammenzuarbeiten. Von Euro-Ablehnung kann im Norden keine Rede sein. Im Gegenteil, alle wissen die Vorteile zu schätzen.

Aber auch wir können davon lernen. Wir können lernen, daß die Arbeitsmarktpolitik in Finnland und in Dänemark so erfolgreich war, wie wir es uns nur träumen können: von einer Arbeitslosenquote von 11 % auf 4,5 % in Dänemark, von 18 % auf 9 % in Finnland - und das übrigens mit einer Arbeitsmarktpolitik über den zweiten Arbeitsmarkt.

Wenn Frau Schnieber-Jastram, die Kollegin, die hier gern Sozialministerin werden will, in einem Interview

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

sagt, sie will dänische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik machen, dann hat sie mehr über Arbeitsmarktpolitik verstanden, als der Kollege Kubicki das gerade hier zum Ausdruck gebracht hat.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

14 % unserer Exporte aus Schleswig-Holstein gehen in dies Ostseeregion. Und unser Land wird weiter davon profitieren. Mit **EU-Förderungen** werden schleswig-holsteinische Investitionsvorhaben im Gesamtumfang von 2 Milliarden DM ermöglicht. Wir legen das größte Investitionsprogramm auf. Und wenn wir darauf bestehen, daß die bestehenden europäischen Rechtsnormen eingehalten werden, wie sie zum Beispiel im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft in Artikel 12 dargelegt sind, dann gehört dazu auch - das ist nicht nur ein Steckenpferd von Frau Wulf-Mathies -, daß wir die gemeinsamen Verabredungen über Umweltpolitik, Wettbewerbsregeln und öffentliche Aufträge sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen beachten, weil wir sonst das Geld nicht bekommen. Das ist europäisches Recht, und daran haben wir uns zu halten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Kubicki hat heute nachmittag die Auslandsinvestitionen in unserem Land runtergemacht - 1,6 Milliarden DM **ausländische Direktinvestitionen**! Du lieber Gott, wann fängt denn bei Ihnen etwas an, interessant zu werden? Sie müssen Vorstellungen von Geld haben, die sich mit meinen nicht decken. Ich finde das eine hervorragende Leistung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Und 60 % dieser Direktinvestitionen kamen aus den Ostseeanrainerstaaten. Es zahlt sich aus, gut Freund zu sein.

Die Zukunft bietet beste Perspektiven für unser Land, und das spiegelt sich auch im Haushaltsentwurf 2000 wider.

Egal, was irgendwo beschlossen wird, egal, ob es vor den Vermittlungsausschuß kommt: Unser Haushalt ist vernünftig und solide, sachgerecht und praxistauglich. Wir versprechen nichts, was wir nicht bezahlen können.

In unserem Haushalt wird der Versuch unternommen, soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Er setzt die richtigen Schwerpunkte: Arbeit, Bildung und Innovation. Herr Oppositionsführer, da habe ich heute morgen wirklich über Sie lachen müssen. Daß das nun meine Antwort auf Herrn Rühe sein soll, ist lächerlich. Da muß Ihnen Ihr Kalender völlig durcheinandergekommen sein.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am 19. November 1998 bat Herr Kollege Stritzl darum, das **Investitionsprogramm** „Arbeit, Bildung, Innovation" im Finanzausschuß vorzustellen und zu erklären. Sie wußten noch nicht einmal, wer Ihr Spitzenkandidat wird, da hatten wir das bereits geschrieben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Da haben Sie ein bißchen schiefgelegen, aber es geht einem ja manchmal etwas durcheinander. Ich will darauf gar nicht so rumhacken.

Wir versuchen, so gut wir können, die Finanzen des Landes zu konsolidieren; denn wir wollen, daß die Kinder von morgen keine unzumutbaren Lasten von uns erben sollen. Wir legen die Grundlage für eine saubere und ordentliche Haushaltsführung.

Ich nehme an - so wie ich Sie verstanden habe -, Sie werden das alles wieder ablehnen. Sie haben einen Plan vorgelegt, nach dem Sie privatisieren wollen, Behörden zusammenlegen wollen, Behörden auseinandernehmen oder abschaffen wollen, und die Zahlen, die Sie errechnet haben, sind leider nicht nachvollziehbar. Sie wollen gleichzeitig verkaufen, aber langfristig dadurch viel Geld bekommen - wie bei der Lotto-Gesellschaft. Den Käufer möchte ich gern einmal genannt haben, dann kann man mit ihm vielleicht ein Geschäft machen. Sie wollen alle möglichen Sachen, zum Beispiel der Polizei mehr Geld geben, und sagen ganz leise dazu: unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Das sagen wir auch. Also, was gibt es bei uns zu kritisieren?

Es freut uns ja, daß das Haushaltspapier der Opposition voller stillschweigender Übernahmen unserer Regierungspolitik ist. Die vagen Versprechungen nehme ich auch einmal so hin, denn Lob soll man so nehmen, wie es kommt, und nicht danach schauen, ob es nicht noch hätte besser ausfallen können. Ich fand es in Ordnung, daß alles, was Sie jetzt kritisiert haben, stillschweigend Grundlage einer von Ihnen möglicherweise - was ich noch nicht ganz glauben mag - gestalteten Politik sein soll.

Daß Sie an der Stelle so moderat sind, hat etwas damit zu tun, daß Sie genauso wie ich wissen, daß Sie innerhalb von 16 Jahren die Verschuldung des Bundes auf 1,5 Billionen DM verfünffacht haben. Und

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Sie wissen genau wie ich, daß ein Teil von mir mitgetragen wird, weil ich immer gesagt habe, die Wiedervereinigung kann nicht zum Nulltarif kommen. Das hat der Altkanzler geglaubt, aber wir nicht. Aber ein Teil der Neuverschuldung ist auch auf schlicht mangelnde haushaltspolitische Erfahrung und mangelnde haushaltspolitische Sauberkeit zurückzuführen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So weiterzumachen wie in den vergangenen Jahren - wie Sie uns das jetzt im Bundesrat angedroht haben -, bei den Renten nicht zuzustimmen, bei diesem nicht zuzustimmen, bei jenem nicht zuzustimmen, da nicht mitzumachen und dort nicht mitzumachen, würde im Ergebnis bedeuten, daß die Beiträge für die Rentenversicherung auf 26 % stiegen. Sie beklagen doch immer, daß die Lohnnebenkosten zu hoch sind.

Die rot-grüne Bundesregierung ist grundsätzlich auf dem richtigen Weg, wenn sie die Neuverschuldung zurückfahren will, um endlich wieder Luft zum Abbau der Gesamtverschuldung zu bekommen und damit Raum für die dringenden Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Schon jetzt wurde durch ein Reformpaket viel erreicht, das vernünftige Politik mit dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit verbindet. Das vernichtende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Familienlastenausgleich müssen Sie schlucken, nicht wir. Sie haben 16 Jahre lang dafür gesorgt, daß das Geld immer nur auf der einen Seite ankam.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ungerechten Beschlüsse über Zuzahlungen in Sachen Arzneimittel und Zahnersatzleistungen sind bei den Betroffenen so angekommen, daß sie die Sparesel der Nation sein sollten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warten wir doch mal ab, wie es bei Ihnen weitergeht!)

Der Einstieg in die ökologische Steuerreform hat uns jetzt geholfen, den Rentenbeitrag von 20,3 auf 19,5 % zu senken. Das hilft Lohnnebenkosten zu senken und den Faktor Arbeit von Kosten zu entlasten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Und nun die Rente! Sie haben plötzlich die Rentnerinnen und Rentner entdeckt und gehen auf die Angst der Menschen ein. Unter Blüm stiegen die Renten geringer als die Inflation, und zwar in den Jahren 1995, 1996, 1997 und 1998. Er wird seine Gründe dafür gehabt haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wurde den Leuten früher auch gesagt!)

Das Rentenniveau bei Blüm lag bei 64 %, das der neuen Bundesregierung liegt bei 67 %. Und alle Rentner wissen, daß es so - wie bei Ihnen angefangen - nicht weitergehen kann, weil die Rentenkassen sonst „leerlaufen". Sie versprechen Unmögliches und versuchen damit, Stimmen zu fangen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Programm „100.000 Jobs für Junge" greift. Und wenn Ihr Spitzenkandidat dieses zurückschrauben will, bedeutet das, daß er mehr als 3.000 Jugendliche wieder zurück auf die Straße schicken will.

Wir haben allerdings auch gesagt, wenn wir die Bundesregierung bei ihrem Sparprogramm unterstützen, daß wir nicht alles schlucken werden - schon gar nicht eine Kostenverschiebung auf **Länder und Gemeinden**. Unser Ziel muß ein faire Lastenverteilung zwischen allen Bürgerinnen und Bürgern und zwischen allen Politikebenen - Bund, Ländern und Kommunen - sein. Wir wollen keine neuen Bremsen für die sich langsam erholende Konjunktur. Ein bißchen soziale Gerechtigkeit aber, indem wir verlangen, daß sich alle an den Sparanstrengungen beteiligen, das darf schon gern sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verstehe nicht, wie Sie vergessen konnten, was Sie selber zu dem Thema gesagt haben und was bei Befragungen die Mehrzahl Ihrer Wählerinnen und Wähler dazu sagt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Aktuelle Umfragen zur Vermögensteuer belegen, mit meiner Position zur Wiedereinführung der privaten Vermögensteuer - das Horrorbild, das Sie heute morgen gemalt haben, entspricht doch gar nicht dem, was wir gefordert haben - ist sogar fast die Hälfte der CDU-Wählerinnen und -wähler einverstanden. Und beim Thema Erhöhung der Erbschaftsteuer habe ich sogar schon die Mehrheit der CDU-Wählerinnen und -Wähler hinter mir.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Die sogenannten kleinen Leute wissen nämlich, daß bislang sie die Zeche zu zahlen hatten, und finden es

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

nur mehr als gerecht, wenn sich andere daran beteiligen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann nicht angehen, daß Menschen bei uns bewundert werden, wenn sie ihre Steuern auf den Bahamas zahlen, aber ihre Kinder auf deutsche staatlich finanzierte Universitäten schicken und nicht einen Pfennig dazubezahlen.

Dies ist Ausbeuten gesellschaftlicher Leistungen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie mußten sich schon einmal entschuldigen, Frau Simonis, wegen Unwissenheit!)

Wer in den letzten zehn Jahren 23 Steuererhöhungen - also 2,3 im Durchschnitt der Jahre - durchgepeitscht hat, der kann sich nun wirklich nicht hier hinstellen und sagen, wir seien die Steuererhöhungspartei!

(Martin Kayenburg [CDU]: Natürlich!)

Heute morgen ist gefragt worden, ob wir das abgelehnt haben. - Danke für den Zwischenruf; ich habe mir das notiert. - Als wir nein gesagt haben, waren wir die Blockierer; als wir zugestimmt haben, waren wir die Steuererhöhungspartei. Sie müssen sich nun schon für eines entscheiden, was wir denn eigentlich machen sollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe nun heute morgen ein wenig herauszufinden versucht, Herr Oppositionsführer, was Sie eigentlich tun würden, wenn Sie hier als Regierungschef stünden. Außer der Tatsache, daß Sie meine Regierungserklärung von 1996 durchgeackert haben - herzlichen Dank; eine lesenswerte Rede, wie ich festgestellt habe -, habe ich Neues bei Ihnen nicht feststellen können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ihre Bilanz ist eben gleich null!)

Und Ihr Spitzenkandidat ist mehr mit dem Zurückrudern beschäftigt als mit dem Darlegen dessen, was er anders machen soll.

(Beifall bei der SPD)

Ladenöffnungszeiten - totale Freigabe! Das klingt so, wie es Herr Kollege Kubicki gern haben würde, um hinterher zu sagen: aber natürlich einvernehmlich Regelungen mit den Kirchen! Weiß er nicht, daß die Kirchen das ganz anders sehen, als daß es eine totale Liberalisierung sein könnte?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Fragen Sie doch freundlicherweise einmal Frau Moser!)

Und wußte er nicht, daß der Kollege Dr. Rolf Olderog im Bundestag vor drei Jahren vehement mehr Umweltschutz im Tourismus gefordert hat, während Ihr Kandidat jetzt auf einmal erklärt, Ökotourismus als Konzept vermöge weder Arbeitsplätze zu sichern noch zu schaffen?

Mit uns gibt es keinen „Betontourismus", und mit uns gibt es auch nicht die stille Schadenfreude von Herrn Maurus, der heute morgen festgestellt hat, wie schön es doch eigentlich sei, daß er uns vorwerfen könne, daß 1 % weniger Gäste zu uns gekommen sind! Das ist weder schön, noch ist es lobenswert; es ist vielmehr dringend notwendig, daß wir uns zusammensetzen und endlich anfangen, die vielen Konzepte, die jeden Tag erarbeitet werden, zusammenzufügen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Seit wann regieren Sie denn eigentlich?)

19 Tage lang befand ich mich mit Ihrem Kandidaten in Übereinstimmung, der nämlich der Meinung war - am 12. August im Deutschlandfunk -: „Es wird Zeit, daß die Millionäre endlich Steuern zahlen" - na, endlich, dachte ich, er hat es begriffen -, um dann aber später zu sagen, es wäre eine unverantwortliche Forderung, von Millionären zu erwarten, daß sie Vermögensteuer zahlten. Was will er eigentlich? Ich habe es nicht durchschaut.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das liegt daran, daß Sie den Unterschied zwischen Einkommensteuer und Vermögensteuer immer noch nicht begriffen haben!)

Das werden wir ein wenig später auch draußen darstellen.

Wir jedenfalls haben die Felder genannt, in denen wir die Zukunft unseres Landes gestalten wollen: „Bündnis für Arbeit", „Bündnis für Ausbildung", „Arbeit für Schleswig-Holstein", „ABI" - Arbeit, Bildung, Innovation -, Technologieförderung, Ausbau von Schulen und Universitäten - das ganze Netz von zukunftsorientierten Investitionen und Zusammenarbeit mit denjenigen, die das tragen sollen. Das ist unsere Antwort für morgen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht Chefsache, nicht allein entscheiden, sondern mit den Menschen sprechen; das ist in einer Service-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Gesellschaft die einzige Möglichkeit, alle mitzubekommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun habe ich ja von Ihnen gehört, daß sich dieses Land in einem beklagenswerten Zustand befindet. Wir haben jährlich **Unternehmensneuansiedlungen** auf Rekordniveau und im Bundesvergleich die vierthöchste Zahl der Gewerbeanmeldungen pro 10.000 Einwohner. Wir haben die fünftgeringste Arbeitslosigkeit im ganzen Bundesgebiet - direkt nach Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gucken wir uns einmal die Februarzahlen an, Frau Simonis!)

Das sind Leistungen. Wenn im Winter die Zahlen wieder steigen werden, weiß ich, daß Sie hier voller Triumph stehen und nicht daran denken, was Sie den Menschen damit antun, die arbeitslos geworden sind.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich spreche nicht voller Triumph, sondern ich beurteile Ihre Leistungen!)

- Nun, das ist die Leistung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wie auch von Politik! Das möchte ich in diesem Fall dann doch ganz gern einmal sagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

680 Millionen DM haben wir 1988 aus dem **Länderfinanzausgleich** bekommen. Zwischendurch waren wir Zahler; jetzt sind wir wieder Empfänger. Das bestreiten wir gar nicht. Aber das hat etwas mit der Steuer- und Einkommenspolitik der alten Regierung zu tun, die die Körperschaftsteuer quasi abgeschafft und uns damit einer Quelle beraubt hat, die uns selbständig auf eigenen Beinen stehen ließe.

Hersteller und Entwickler wie der Handy-Marktführer „Motorola", wie das Biotechnologie-Unternehmen „Ethicon" in Norderstedt, wie die Autodesign-Zuliefererfirma „Samways" in Bosau sind alles Unternehmen, die keineswegs Angst vor Rot-Grün haben, sondern hierherkommen und Arbeitsplätze schaffen, wie es sich für einen Unternehmer, der kalkulieren und Situationen kühl einschätzen kann, gehört, wenn er feststellt: Dieses Land ist lebenswert, liebenswert und investitionswert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Ministerpräsidentin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Ja, sicher!

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Ministerpräsidentin, nur um auszuschließen, daß ich mich verhört habe, oder um Ihnen Gelegenheit zu geben, das, was ich gehört habe, richtigzustellen: Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie gesagt haben, daß die alte Regierung die Körperschaftsteuer abgeschafft hat?

(Günter Neugebauer [SPD]: „Quasi"!)

- „Quasi" habe ich gesagt; das Aufkommen liegt bei 4 Milliarden oder 5 Milliarden DM und lag einmal bei über 20 Milliarden DM.

Nur, damit es in das Protokoll aufgenommen wird: Bei uns ist die Infrastruktur in der Zwischenzeit im Wachstum begriffen. Im übrigen ist die A 20 nicht deshalb noch nicht zu Ende gebaut, weil die rot-grüne Koalition nicht zu Potte gekommen ist, sondern deshalb, weil jemand zu Gericht gelaufen ist. Wir haben hier ja diskutiert, was man tun muß, damit wir für den A-20-Ausbau wieder grünes Licht bekommen.

Die Bildung ist bei uns in guten Händen: 1.000 neue Lehrer bis zum Jahre 2004 - das ist das, was auch Sie gefordert haben. Dies jetzt herunterzureden würde von mir sofort die Gegenfrage hervorrufen: Wie wollen Sie denn mehr als 1.000 neue Lehrer bezahlen?

Wir haben jetzt schon in allen Schulformen kleinere Klassen als etwa in Bayern und Baden-Württemberg; wir haben Internetanschlüsse für alle Schulen oder werden sie bekommen. Die praxisbezogenen Lehrpläne sorgen für einen besseren Start ins Berufsleben. Es gibt Fremdsprachenunterricht schon an der Grundschule, wir haben Spitzenpositionen schleswig-holsteinischer Studierender im Bereich der Wissenschaft und die internationale Vernetzung unserer Hochschulen. Das ist alles eine Leistung von Menschen, die hier in Schleswig-Holstein die Ärmel hochgekrempelt und sich nicht darauf eingelassen haben, daß Sie mit Ihrem Schlechtreden recht haben; sie haben vielmehr geglaubt, daß es sich lohnt, in dieses Land hinein zu investieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Und die Menschen von außerhalb lieben unser Land. Wir sind wieder das Urlaubsland Nummer 1, wenngleich auch mit geringeren Urlauberzahlen, weil eben viele Menschen dorthin gefahren oder geflogen sind, wo es noch billiger war. Das kann man nicht verbieten, sondern darauf kann man nur mit Gegenkonzepten antworten.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die lieben das Land, aber nicht diese Regierung!)

Das „Multimar-Wattforum" in Tönning mit seinen bis jetzt mehr als 60.000 Besucherinnen und Besuchern beweist, daß wir mit vielen unserer Ideen richtig liegen. Die Menschen kommen hierher; sie lieben das Wattenmeer, sie lieben den Nationalpark. Sie wollen keinen Ballermann- und Betontourismus. Sie fühlen sich in unserem Land wohl, und sie kommen wieder. Deshalb bitte ich doch darum, daß wir dieses Faktum nicht mitten in der laufenden Saison schlechtreden. Das kann doch gar nicht wahr sein! Was soll das für eine Strategie sein, die Sie sich da ausgedacht haben?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein hat es in der Zwischenzeit geschafft, bei der Versorgung mit Kindergartenplätzen vom Schlußlicht zu einer annähernden Vollversorgung nach vorn zu kommen. Unser Modell der betreuten Grundschule hilft dabei genauso wie die Vollversorgung mit Kindergartenplätzen, daß sich Mütter wieder schneller entscheiden können - übrigens auch Väter, wenn sie es wollten -, in den Beruf zurückzukehren, nachdem sie eine Zeitlang im Interesse der Kinderversorgung aus dem Beruf herausgegangen sind.

Erlauben Sie mir ein Wort zur inneren Sicherheit! Ich glaube, daß die „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung" recht hat, die geschrieben hat - ich darf zitieren -:

„Da der Norden nicht vom Rest der Republik abgekoppelt ist, muß der Erfolg bei der Senkung der Kriminalität in Schleswig-Holstein auf die Anstrengungen von Polizei und Justiz im Norden und damit letztlich auch auf die Politik der Landesregierung zurückzuführen sein."

Ich danke den Polizistinnen und Polizisten, die durch ihren Einsatz ebenso wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz dafür gesorgt haben,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch die lieben Sie alle!)

daß die Prävention anstelle der Strafverfolgung sehr viel sicherer wirkt und sehr viel schneller wirkt als das Rufen nach Strafverschärfung und das Androhen von höheren Strafen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, daß wir alle zugeben müssen, daß noch manches und vieles gemacht werden muß. Aber wir haben alles Recht, auf dieses Land stolz zu sein, so stolz zu sein wie die vielen Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrem Namen und ihrem Gesicht die Anzeigenkampagne des „Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages" zugunsten des Expo-2000-Projekts unterstützen, ohne zu fragen, wem es nützt oder schadet, und ohne nach Parteizugehörigkeit zu fragen: Die Sängerin Vicky Leandros, der THW-Spieler Magnus Wislander, der Dichter Günter Kunert, Maike und Benedikt, die beiden jungen Leute, die mit ihrem neuartigen Navigationssystem den Innovationspreis von „Jugend forscht" gewonnen haben - sie alle leben gern hier und zeigen das voll Selbstbewußtsein. Derjenige, der zuallererst in der Reihe war, ist der schleswig-holsteinische Unternehmer - bundesweit und auch außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bekannt - und langjährige Arbeitgeberpräsident Dr. Klaus Murmann. Sie alle haben begriffen: Es ist gut für das Image unseres Landes, wenn wir uns alle zusammenstellen und für unser Land werben, statt nach draußen Signale zu senden: Kommt bloß nicht hierher; hier ist es grauenvoll! Wenn Sie das so weiterbetreiben wollen, sage ich: Ich hoffe, daß die anderen die Nerven behalten und weiterhin für dieses Land stehen und sprechen und auf dieses Land so stolz sind, wie man es als Bürger Schleswig-Holsteins nur sein kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese vielen „Gesichter aus Schleswig-Holstein" stehen für etwas, was uns, die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, ausmacht: Modernität und Leistungsbereitschaft, Opferbereitschaft, Menschlichkeit und Weltoffenheit oder - wie es in den Anzeigen heißt - Menschen von heute aus einem Land mit Zukunft. Dieses Land hat einen guten Ruf. Ich glaube, daß die Bürgerinnen und Bürger wissen, daß dieses Land und seine Zukunft in guten Händen sind.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wortmeldung des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erhält jetzt der Herr Abgeordnete Stritzl.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich hatte mich gemeldet!)

- Entschuldigen Sie bitte! Der Herr Oppositionsführer hat sich gemeldet. Herr Stritzl, Sie erhalten danach das Wort. Ich bitte um Verständnis.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, der Kollege Stritzl wird gleich zur Sache reden.

Frau Ministerpräsidentin, ich wundere mich, daß Sie in Ihrer Rede nicht auf das Schreiben, das ich Ihnen heute geschickt habe, eingegangen sind und daß Sie nicht die Gelegenheit genutzt haben, zu der Äußerung von heute morgen Stellung zu nehmen, Volker Rühe hätte gesagt: Eine Frau, die keine Kinder hat, hat keine politische Gestaltungsfähigkeit für Schul- und Kindergartenpolitik. Ich wundere mich deswegen, weil wir keinen Beleg für eine derartige Äußerung - die auch von Volker Rühe völlig unverständlich gewesen wäre - gefunden haben.

Daß Sie sich hier hinstellen, eine Haushaltsrede in dieser Form halten und auf das Schreiben nicht eingehen und nicht belegen, daß es diese Äußerung gegeben hat, ist für mich ein unglaublicher Vorgang. Insofern bitte ich Sie doch hier, heute und jetzt um Aufklärung, wie es mit diesem Zitat steht, wie es dazu gekommen ist. Ich werde dann die Gelegenheit ergreifen, dazu Stellung zu nehmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Stritzl.

(Lothar Hay [SPD]: Ich würde doch bitten, daß die Ministerpräsidentin direkt antworten kann!)

- Gut, die Ministerpräsidentin möchte direkt auf den Herrn Oppositionsführer antworten. Dann haben Sie das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Tut mir leid, Herr Abgeordneter Stritzl, aber Ihr Herr Fraktionsvorsitzender hat darum gebeten, daß ich ihm antworte. Frau Präsidentin, ich bedanke mich dafür, daß ich die Möglichkeit dazu habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mir vorstellen, daß man - wenn man später mit solchen Äußerungen konfrontiert wird, die einem rausflutschen - dies nicht so gern hört. Das ist mir auch schon passiert - bei den Handwerksobermeistern in Neumünster.

(Meinhard Füllner [CDU]: Haben Sie irgend jemanden getroffen, der das gesagt hat?)

- Ja, sogar einen Abgeordneten hier. Es waren allerdings auch andere Abgeordnete dabei, die sich daran nicht mehr erinnern.

Es war für mich persönlich und politisch nicht in Ordnung, daß mir suggeriert wurde, daß über kindergartenpolitische und schulpolitische Fragen nur jemand reden kann, der selber Kinder hat. Daß Herr Rühe das so vielleicht heute nicht mehr sagen würde, ist für mich absolut in Ordnung.

(Zurufe von der CDU: Was hat er denn gesagt? - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Hermann Benker [SPD]: Das stimmt nicht, Herr Kubicki, ich war auch anwesend! - Unruhe)

- Gut, das müssen wir dann miteinander ausmachen. Er hat gesagt: Frau Simonis - in etwa das -, kindergarten- und schulpolitische Fragen kann nur jemand beantworten und gestalten, der selber Kinder hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

- Doch!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, das behauptet der Kollege Benker! Das ist unglaublich! Da waren 800 Leute im Saal!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich rufe jetzt dazu noch einmal den Herrn Oppositionsführer auf. Dann werde ich aber in der Rednerliste fortfahren und als nächstem Herrn Abgeordneten Stritzl das Wort erteilen. - Herr Oppositionsführer!

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Frau Ministerpräsidentin, dies ist nun wirklich ein unglaublicher Vorgang. Sie sagen uns hier, Ihnen sei suggeriert worden. Sie haben in keiner Weise gesagt, daß Sie es gehört haben.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis: Doch!)

- Wenn Sie dies jetzt sagen, dann frage ich Sie: Kann beispielsweise die regierungsamtliche Pressestelle den Journalisten hier im Hause sagen, daß Sie durch eine Sicherheitskraft darauf aufmerksam gemacht worden seien, daß Volker Rühe so etwas gesagt habe.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis: Natürlich! - Unruhe)

(Martin Kayenburg)

Frau Ministerpräsidentin, vor diesem Hintergrund bin ich wirklich der Auffassung, daß dieser Stil hier in diesem Hause überhaupt nicht mehr zu rechtfertigen ist.

Der Kollege Kubicki und ich sind bei dieser Rede anwesend gewesen. Ich habe mich selbst erkundigt, ich habe Journalisten gefragt, die da waren. Niemand hat diese Äußerung gehört. Wenn Sie jetzt sagen, Sie haben sie gehört, dann frage ich mich: Warum haben Sie nicht gleich reagiert? Warum haben Sie das nicht gleich verlautbart? Weder die Rede noch der Text, noch irgend etwas anderes geben das her. Im übrigen sind solche Formulierungen auch nicht die Diktion von Volker Rühe. Das entspricht auch nicht seinem Denken. Ich habe selbst mit ihm telefoniert, und das ist in dieser Form bestätigt worden.

Selbst wenn es so wäre, daß irgendeine Andeutung in die Richtung gegangen wäre, Frau Simonis, dann frage ich Sie: Was ist denn mit Formulierungen, die möglicherweise in Runden mit Pressleuten von Ihnen gekommen sind, die in die Richtung „Kotzbrocken" oder ähnliches gehen?

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Auch dafür bin ich bereit, Zeugen zu benennen, die so etwas gehört haben.

(Lothar Hay [SPD]: Wir hatten heute morgen eine Diskussion zur politischen Fairneß!)

- Gut, Herr Hay, dann ist es aber auch Sache der politischen Fairneß, daß man hier nicht Behauptungen aufstellt, die man vorher nicht belegen kann und jetzt suggeriert. Frau Simonis hat dann auf Nachfrage gesagt, sie habe es gehört. Ich habe nicht auf meinen Ohren gesessen. Ich behaupte, diese Redewendung ist nicht gefallen. Vor diesem Hintergrund finde ich es einen unglaublichen Vorgang, daß man den Spitzenkandidaten der CDU in dieser Form schlechtreden will.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn dies die Sitten hier im Haus sein sollen, dann kann ich nur feststellen, daß das eine Verrohung der politischen Sitten hier im Hause ist. Dann werde ich auch demnächst suggerieren lassen, was mir alles gesagt worden ist, es hier als Zitat verbreiten und damit dann versuchen, den politischen Gegner schlechtzumachen. Dies ist ein Verfahren, das wir uns - auch nach der Debatte von heute morgen - wirklich nicht leisten sollten, Herr Kollege Hay. Deswegen habe ich überhaupt kein Verständnis, daß in dieser Form derartige Behauptungen weiterverbreitet werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir ist signalisiert worden, daß die Fraktionen sich darauf verständigt haben, diesen Punkt zunächst abzuhandeln. Ich habe jetzt noch Herrn Abgeordneten Benker und Herrn Abgeordneten Kubicki auf der Rednerliste. Ich möchte doch an Sie alle sehr appellieren, das parlamentarische Niveau einzuhalten! Herr Abgeordneter Benker, Sie haben das Wort.

Hermann Benker [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich war auf derselben Veranstaltung. Es ist immer problematisch, wenn man bei so einer Veranstaltung unterschiedliche Ohren hat. Zu Beginn, als Herr Präsident Helmich gesprochen und die Ministerpräsidentin hinsichtlich ihres Engagements und der Änderung des dualen Systems für das Schleswig-Holstein-Modell ausgesprochen gelobt hat, konnte ich mich zurücklehnen. Ich dachte: „Donnerwetter, das hätte ich von den Handwerkern gar nicht erwartet!" Dann kam die Ministerpräsidentin, dann kam Rühe, und dann passierte das, was „Machogehabe" war. Er hat es in der Form nicht gesagt, nicht als Diktion - -

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Er hat die Frage gestellt und hat es im Wortlaut ungefähr so dargebracht, daß er sich frage, ob das jemand beurteilen könne, der nicht selber Kinder habe. Dann - und daran werden Sie sich noch erinnern können - ging das Lächeln und das Gemurmel im Saal über diesen Punkt um. Darüber habe ich mich erregt.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Benker, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kayenburg?

Martin Kayenburg: Herr Kollege Benker, können Sie mir dann eine Erklärung dafür geben, warum die Frau Ministerpräsidentin der Rede von Volker Rühe applaudiert hat, wenn eine solche Äußerung in irgendeiner Weise andeutungsweise gefallen sein sollte und sie wirklich diese gravierende Bedeutung hatte?

Hermann Benker [SPD]:

- Das habe ich auch, aber wenn ein Satz in zehn Seiten fällt, dann kann man darüber hinwegsehen. Nach der Diskussion um Fairneß heute morgen, wo unterstellt worden ist, daß nur dort die Buhmänner sitzen

(Hermann Benker)

würden, muß man auch an „mea culpa" in Richtung CDU und SPD denken. Deshalb darf der Satz gebracht werden.

Ich selber bin im Anschluß noch nach vorn gegangen und habe von Herrn Rühe das Redemanuskript eingefordert, das es nicht gab. Ich habe es nicht bekommen. Es lag dort nur ein Stoß der Reden der Ministerpräsidentin. Anschließend haben sie sich zu diesem internen Essen zurückgezogen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Ich weiß nicht, wer dabei war. Jedenfalls war da ein illusterer - -

(Meinhard Füllner [CDU]: Nun sollten wir im Niveau nicht noch weiter zurückfallen!)

- Da war ein Kreis, der sich zum Essen zurückgezogen hat.

(Meinhard Füllner [CDU]: Wir sind doch keine Gemeindevertretung!)

- Darum geht es doch gar nicht. Der entscheidende Punkt ist der: Diese Quelle war von Rühe eingeflossen und in keinem Redemanuskript vorhanden.

Aber sie ist mit der Intention gefallen, die Ministerpräsidentin madig zu machen. Das ist der entscheidende Punkt. Die Äußerung ist genau mit dem Tenor gefallen, wie es die Ministerpräsidentin gesagt hat.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Debatte, die wir heute morgen geführt haben und an die wir uns vielleicht erinnern sollten, sowie angesichts der Tatsache, daß die Sozialdemokratische Landtagsfraktion erklärt hat, daß die Wahlkampfaktivitäten des entlassenen Pressesprechers Röhr nicht fortgesetzt werden sollen, wäre ich sehr dankbar, wenn die Beteiligten, die hier mit wörtlichen Zitaten - oder Erklärungen über Zitate - an das Licht der Öffentlichkeit treten, dafür sorgten, die Sache etwas ins rechte Licht zu rücken.

Ich war bei der fraglichen Veranstaltung selber anwesend. Ich habe neben Herrn Bürsch und dem Kollegen Benker gesessen. Es waren 800 Leute im Saal. Auch Medienvertreter waren im Saal. Lieber Kollege Benker, bei allem politischen Streit: Wenn eine Äußerung der von Ihnen beschriebenen Art auch nur andeutungsweise gefallen wäre, wäre ich der erste gewesen, der aufgestanden wäre, weil, egal, von wem - -

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Frau Kollegin Kähler, wir können jetzt aufhören, uns darüber weiter zu unterhalten. Ich bin langsam bereit, da einzusteigen und den Sozialdemokraten mit der gleichen Münze heimzuzahlen, die sie selber einsetzen. Wenn Sozialdemokraten dieses Landes das wollen, können sie es haben. Bisher hatte ich einen anderen Eindruck.

Auch wenn 800 Handwerker anwesend gewesen sein sollen, Herr Kollege Benker - oder wenn es auch nur 700 gewesen wären -, dann wären darunter mit Sicherheit auch mindestens zwei, drei, vier, fünf Dutzend Sozialdemokraten gewesen. Diese wären, wenn eine solche Äußerung gefallen wäre, bestimmt aufgestanden. Was wird denn hier für ein Weg produziert! Es wird so getan, als wäre das eine geschlossene Veranstaltung einer Sekte oder der Freimaurer - oder von wem auch immer - gewesen. Es war aber eine offene, eine öffentliche Veranstaltung. Auch nicht ansatzweise ist eine entsprechende, die Ministerpräsidentin verletzende oder beleidigende Äußerung gefallen. Wenn sie gefallen wäre, auch nur ansatzweise, müßte sie wirklich zurückgewiesen werden.

Ich denke, es gebietet einfach der Umgang miteinander, daß man solche Legenden künftig nicht bildet und vor allem nicht am Leben erhält. Anderenfalls können wir uns alle weiteren Debatten über einen fairen Wahlkampf sparen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Frau Ministerpräsidentin.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Kubicki, Sie haben bis heute noch nicht Ihren Satz zurückgenommen, daß Sie mich gern aufhängen wollten. Dieser Satz ist dokumentiert und kann nachgeprüft werden. Dennoch habe ich Ihnen noch nie an dieser Stelle einen Vorwurf gemacht. Ich kann nämlich eine ganze Menge einstecken. Ich kann es auch einstecken, wenn vor 800 Menschen ein Satz fällt, der natürlich so gedacht war; denn alle haben über mich gegrinst.

Jetzt sage ich Ihnen abschließend folgendes. Ich bin die letzte, die Veranstaltungen, welche von Dritten organisiert werden, dazu benutzt, eine parteipolitische Auseinandersetzung mit dem Spitzenkandidaten der anderen Partei zu führen. Das war der einzige Grund, weswegen ich mich nicht noch einmal gemeldet hatte. Bei einer Parteiveranstaltung wäre ich sofort nach vorn gegangen und hätte das Erforderliche gesagt,

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

aber ich habe mich zusammengerissen und versucht, darauf nichts zu sagen. Ich habe mich aber dadurch gekränkt gefühlt. Das muß ich noch einmal sagen.

Wenn Herr Rühe heute sagt, er habe es nicht so gemeint, so ist das für mich absolut in Ordnung, dann ist es vorbei.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

- Ich bedauere unendlich! In der Zwischenzeit habe ich die Mitarbeiter, die mich begleitet haben - es waren nicht Sicherheitsbeamte - gefragt. Die sind bereit, das, was sie gehört haben, schriftlich zu geben. Der Eindruck ist nicht so, daß ich etwas falsch verstanden habe, sondern der Eindruck ist so, daß das so gesagt worden ist.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile noch einmal Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort und möchte bitten, daß wir dann die Haushaltsdebatte fortsetzen.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Ministerpräsidentin, zu der Aussage, ich hätte erklärt, ich wolle Sie hängen sehen, ist folgendes anzumerken. Ich weiß, daß Sie über eine hervorragende Staatskanzlei und eine hervorragende Pressestelle verfügen und daß Sie sich von dort den Zusammenhang dieser - aber so nicht getätigten - Äußerung haben geben lassen.

Angesichts der Debatte über die Frage, ob die ehemaligen Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei oder im Plenarsaal oder im Foyer aufgehängt werden sollen - gemeint sind natürlich die Bilder -, habe ich gesagt: Erstens verstehe ich die Aufregung nicht, weil ich bundesweit überhaupt kein Ministerium kenne, wo die entsprechenden Chefs nicht verewigt worden wären, indem man Bilder von ihnen aufhängt. Im Finanzministerium hängen beispielsweise all die Finanzminister.

Zweitens habe ich daraufhin - das kann man in der Presse nachlesen - sehr lapidar gesagt: Im übrigen würde ich mich freuen, wenn ich die Ministerpräsidentin nach dem 27. Februar 2000, nämlich dann, wenn sie nicht mehr Ministerpräsidentin ist, auch dort hängen sehen würde. Das hat aber nicht bedeutet, daß ich Sie hängen sehen wollte. Falls dieser Eindruck bei Ihnen entstanden sein sollte, bitte ich vielmals um Entschuldigung. Selbstverständlich möchte ich Sie nicht hängen, sondern weiterhin bei froher und freudiger Gesundheit auch künftig in anderer Funktion nach dem 27. Februar sehen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einführungsrede des Herrn Finanzministers zum Haushalt hätte man kurzfassen können. Der Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung sind eigentlich mehr oder weniger ein schlichtes „Weiter so!"; das ist das Credo der Finanzpolitik, die Sie zu verantworten haben. Denn die **Schulden** bleiben auf Höchstniveau, und die **Investitionen** bleiben auf Niedrigststand.

Die Frau Ministerpräsidentin sagt: Solide Politik, solide finanziert. Ich kann ihr nur mit Volker Rühe entgegnen: Das ist eine schwere Zukunftsbelastung.

Daß der Finanzminister in dieser Frage im Zweifel eher an der Seite von Volker Rühe steht, merkt man daran, daß der Minister den Einstieg in die Haushaltsrede dadurch wählte, daß er über seinen Nachfolger sinnierte. Das ist unter dem Gesichtspunkt der Psychologie in der Tat interessant. Sie sind offensichtlich selbst der Auffassung, daß das, was Sie dem Landtag heute vorlegen, im Ergebnis finanzpolitisch nicht seriös, nicht solide ist, sondern mit erheblichen zusätzlichen Risiken belastet ist, die das Haushaltsbild weiter verdüstern, das Sie uns hier beschrieben haben.

Herr Finanzminister, in Ihrem Haushaltsentwurf sind 68 Millionen DM **globale Minderausgaben** enthalten. Das ist nicht besonders hoch; das gebe ich zu. Dafür haben Sie sich damals bei der Präsentation des Haushalts von der Presse feiern lassen, um zu verschweigen, daß Sie jetzt zu einem neuen Mittel gegriffen haben, nämlich dem Mittel der **globalen Mehreinnahme**.

Dabei will ich Ihr Haus, Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausdrücklich loben. Diese haben auf Bitten des Finanzausschusses die Erläuterungen unter die Haushaltszahlen geschrieben. Dies ist eine prima Idee. Ich frage mich nur, warum denn bei einer globalen Mehreinnahme von 100 Millionen DM gar keine Erläuterung steht. Erst auf unsere Nachfrage gegen Ende der Sommerpause haben Sie nach mehrstündigem Suchen Ihres Pressereferenten eine Erklärung herausgegeben, so nach dem Motto: Die **LEG** soll verkauft werden. Das ist ja prima. Davon scheinen Sie so überzeugt zu sein, daß Sie sagen: Ich schreibe es lieber nicht in den Haushalt; so gewiß ist diese Einnahme.

Herr Finanzminister, Sie wissen also, daß da ein weiteres 100-Millionen-DM-Loch klafft. - Herr Finanzminister, Sie schütteln jetzt den Kopf. Gucken Sie

(Thomas Stritzl)

bitte in Ihre eigene Geschichte, in die Geschichte Ihrer eigenen Prophetien zu den Einnahmen, wie sie im Haushalt des Landes stehen, den Sie seit Jahren zu verantworten haben!

Sie wollten die LEG 1997 verkaufen. Das sei kein Problem. Sie haben damals kritisiert und gesagt: Typische Schwarzmalerei der Opposition! Sie haben gesagt, alles werde klappen. Aber im Haushaltsjahr 1997 hat nichts geklappt. Dann haben Sie gesagt: 1998 machen wir das. Die Käufer werden Schlange stehen. Aber es wollte offensichtlich keiner zuschlagen.

Dann haben Sie gesagt: Jetzt stellen wir fest, daß das nicht veräußerbar ist; wir machen das Downstreaming. Das Downstreaming haben Sie dann gemacht. Der Chef der Staatskanzlei ist ja anwesend.

Ich will Ihnen zum Downstreaming eines sagen. Sie können das ja tun. Sie haben es aber gemacht, um Steuern zu sparen. Da sage ich zum Thema Steuergerechtigkeit: Wenn Sie selber Steuerschlupflöcher nutzen, verspielen Sie das Recht, anderen das Benutzen dieser Schlupflöcher vorzuwerfen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Man sollte aufpassen, mit welchen Mitteln man sich selber mißt. Auf einem Nebenweg haben Sie 250 Millionen DM aus der LEG herausgezogen, die LEG aber nicht verkauft. Im Jahr 2000 stellen Sie sich wieder hin und sagen: Ich verkaufe sie. Auf meine Frage im Finanzausschuß haben Sie gesagt, erst einmal müsse die SHL gekauft werden, das sei das Haupthindernis. Das war es aber schon vor zehn Jahren, wenn es denn so gewesen sein sollte. Nein, Herr Minister, Sie wechseln Ihre Begründung zur Kaschierung von Haushaltslöchern wie andere Leute ihre Hemden. Sie haben da einen hohen Wäschebedarf.

Dann sagen Sie freimütig: Weiterhin fehlen 150 Millionen DM, weil der Bundeshaushalt Risiken hat, die sie zur Zeit gar nicht eingestellt haben. Das haben Sie im Finanzausschuß gesagt. Es besteht also eine weitere Lücke von 150 Millionen DM. Nehmen wir das einmal zusammen - 150 Millionen DM vom Bund und 100 Millionen DM vom Land - und stellen das der globalen Minderausgabe von 68 Millionen DM gegenüber, dann stellen wir fest, daß wir eine Situation haben, bei der wir deutlich über 300 Millionen DM an Einnahme- und Ausgaberisiken liegen, die Sie bis jetzt nicht beherrschen. Das wissen Sie, aber Sie sagen dazu heute keinen Ton. Dabei sinnieren Sie zu Recht über die Frage, wer Ihr Nachfolger wird.

Nun zum zweiten! Die Frau Ministerpräsidentin hat gesagt, man könne ein paar Dinge durcheinanderbringen, das sei nicht schlimm. Vielleicht dürfte ich Sie, Herr Finanzminister, vor dem Hintergrund bitten, noch einmal kurz etwas zur **Körperschaftsteuer** zu sagen. Vielleicht geht das aus der Erinnerung. Die Frau Ministerpräsidentin hatte ja gesagt, diese Steuer sei quasi abgeschafft. Die aktuellen Steuersätze würden mich gleichwohl - aus der Sicht des Finanzministeriums - einmal interessieren.

Der zweite Punkt: Uns wurde vorgehalten, wir hätten das Programm mit der 1 Milliarde DM von der SPD abgeschrieben. Herr Finanzminister, bin ich richtig informiert, daß ich Sie am 22. Juli angeschrieben habe mit der Bitte, uns Ihr wundersames **1,5-Milliarden-DM-Programm** zu erklären? Als ich Sie in der ersten Finanzausschußsitzung nach der Sommerpause gefragt habe, was mit der Antwort ist, haben Sie gesagt, Sie wüßten überhaupt nicht, daß es einen Brief gibt. Ich habe dann Anfang September vom Minister für Wirtschaft die Antwort bekommen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Auf einen Brief, den es nicht gibt!)

Mehrere Monate nach unserem Vorschlag, wie man 1 Milliarde für das Land mobilisieren kann, geben Sie einen 1,5-Milliarden-DM-Tip ab, in ein Strukturprogramm gegossen, der im Ergebnis unter Vorbehalt jeglicher Zahlung von jeglicher Ebene stehen. Das ist das Ergebnis des Briefes. Das wissen Sie, Herr Finanzminister! Wenn Sie das bezweifeln, gehe ich zu meinem Platz und hole den Brief.

Das heißt, eine unsichere Schätzung, deren Finanzierung bis heute nicht steht, und Sie wissen es. Das ist der Unterschied zwischen uns. Wir haben in unserem Finanzprogramm 1 Milliarde DM vorgelegt. Sie legen Monate später mit einem Europrogramm nach, von dem Sie selber sagen, daß es auf unsicheren Füßen steht, was die Programmstruktur und den Mittelzufluß angeht. Die Frage, wer hier von wem abgeschrieben hat, will ich insofern nicht weiter vertiefen.

Zur Frage, wer von wem abgeschrieben hat! Bei den zusätzlichen 1.000 **Lehrerstellen** kann ich mich gut daran erinnern, wie es war: Volker Rühe hat das auf dem Parteitag der CDU in Damp vorgestellt. Schweigen bei der SPD im Walde. Wochen, Monate später kommen auch Sie auf 1.000 zusätzliche Lehrerstellen und behaupten, wir hätten die 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen bei Ihnen abgeschrieben.

Es ist langsam wirklich albern, wie hier versucht wird, eigene Regierungsversäumnisse mittlerweile der Opposition in die Schuhe zu schieben. Früher war die Bundesregierung unter Waigel beziehungsweise Helmut Kohl für die Haushaltsdefizite in Schleswig-Holstein verantwortlich. Nachdem das nun nicht mehr ganz so klappt, ist es zumindest die CDU-Opposition,

(Thomas Stritzl)

die für das Versagen der Regierung im Lande verantwortlich ist. Dieser Spuk wird - wie gesagt - in ein paar Monaten zu Ende sein.

Nun kommen wir zu der Frage, was noch durcheinandergehen kann. Ich habe gehört, daß die Regierungsfraktionen, die Regierung sagt, sie wolle eine Vermögensabgabe - Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, was immer noch diskutiert wird. Da hat sich vorhin insbesondere Frau Fröhlich engagiert und gesagt: Jawohl, das sei Position der Grünen. Offensichtlich nehmen Sie auch das bereits mit zur Finanzierung Ihres Haushaltes. Dabei verschweigen Sie tunlichst - auch das zu sagen, gehört mit zur Ehrlichkeit -, daß es damals, als die Vermögensteuer abgeschafft wurde, die Länder waren, die gefordert haben, die Grunderwerbsteuer von 2 % auf 3,5 % heraufzusetzen. Haben Sie durch den Wegfall der Vermögensteuer überhaupt den behaupteten Einnahmeausfall?

Nun zur Frage der Plausibilität! Sie führen aus Ihrer Sicht parteipolitisch eine Neiddiskussion, indem Sie versuchen, den Leuten zu sagen: Da gibt es welche, die weniger Steuern zahlen, als sie eigentlich müßten. - Das ist Ihre Argumentation. - Sie sagen weiter: Ihr müßt im Lande Schleswig-Holstein nur SPD oder auch Grüne wählen, dann kommt das alles wieder auf die Reihe.

Jetzt möchte ich Ihnen einmal sagen, was Klaus Müller, finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Deutschen Bundestag, zur Frage der Vermögensabgabe sagt:

> „Darüber hinaus ist eine private Vermögensteuer/-abgabe ein untaugliches Instrument für zusätzliche Steuereinnahmen."

> (Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

> „Die SPD will private Vermögen besteuern, was nur zur Verlagerung in Betrieben führt. Der Staat sieht dann keinen zusätzlichen Pfennig."

Das sagt Klaus Müller von den Grünen.

> (Beifall bei der CDU)

Heute lese ich in einer großen Zeitung: „Abgabe auf Vermögen vom Tisch. Sparpaket - auch die Linken stehen hinter Schröder." - Darf ich einmal fragen, wo Sie stehen?

> (Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß!

Thomas Stritzl [CDU]:

Ja, ich komme zum Schluß. - Das ist das Problem. Hier werden Potemkinsche Dörfer aufgebaut. Hier wird nicht mehr solide und seriöse Haushaltspolitik gemacht, hier werden nur noch Nebelkerzen geworfen, um sich über die Haushaltsrunden zu retten bis zum Jahre 2000, und da ist jedes Argument recht.

Wenn wir meinen, bei der **Sozialhilfe** 40 Millionen DM sparen zu können, kommt Herr Hay hierher und sagt, das sei sozialer Ausverkauf. Daß er nach „KN"-Angaben vom heutigen Tag 36 Millionen DM sparen will, verschweigt er höflich. Wenn wir meinen, bei den Zuwendungen einsparen zu müssen, verschweigt er, daß er im gleichen Bereich erhebliche Gelder einsparen will. Hier werden Zahlen zu Variablen gemacht, die mit seriöser Haushaltspolitik nichts mehr zu tun haben.

Aus Verantwortung für die Zukunft müssen Sie endlich wieder Seriosität in die Haushaltspolitik bringen. Wir werden unseren Teil dazu leisten, damit der Haushalt vom Kopf auf die Füße kommt.

> (Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Stritzl, wenn ich Sie erlebe, fällt mir nicht Goethe ein, sondern das alte deutsche Sprichwort: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

> (Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Lassen Sie es lieber!)

Nach der Hinterlassenschaft der Politik der CDU in den letzten 16 Jahren in Bonn hätten Sie allen Anlaß, hier mit dem Büßerhemd ins Parlament zu kommen und zu schweigen.

> (Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU)

Schweigen ist angesagt. Wer dieser rot-grünen **Bundesregierung** 1.500 Milliarden DM **Schulden** hinterläßt, eine Zinslast von jährlich 90 Milliarden DM, wie kann der den Mut haben - wenn er ein bißchen redlich ist und seine Kritik an der eigenen Bilanz mißt -, mit der Kritik an der **Haushaltspolitik** der **Landesregierung** so zu agieren und so überzuschäumen?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Neugebauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Sager?

Günter Neugebauer [SPD]:

Nein, ich möchte erst einmal ein paar Worte ausführen.

(Reinhard Sager [CDU]: Das ist aber direkt dazu!)

- Sie haben nachher Gelegenheit, in einem Drei-Minuten-Beitrag etwas zu sagen, Herr Kollege Sager!

Der Kollege Kayenburg, der jetzt nicht mehr im Saal ist - da kommt er zurück; schön, daß Sie mir noch Ihr Gehör schenken -, hat heute morgen die Höhe der Nettokreditaufnahme in diesem Jahr und im Jahr 2000 im Vergleich zu der Regierungserklärung 1996 kritisiert. Sie wissen doch genausogut wie ich, daß wir seit 1996 durch die **Einbrüche** bei der veranlagten **Einkommensteuer** und der veranlagten **Körperschaftsteuer** mehr als 2 Milliarden DM Mindereinnahmen haben verzeichnen müssen. Daß diese Landesregierung damit so gut fertig geworden ist, müßte doch eigentlich auch Ihr Lob verdienen. Sie ist besser damit fertig geworden, als es in anderen Ländern der Fall gewesen ist.

(Zurufe von der CDU)

Da hat die Frau Ministerpräsidentin ja recht: Die veranlagte Einkommensteuer und die veranlagte Körperschaftsteuer sind quasi abgeschafft, weil sie zu einer Bagatellsteuer verkommen sind.

(Jürgen Weber [SPD]: Genauso ist es!)

Das ist das Ergebnis von Steuersparmodellen. Kollege Strizl, wir werfen niemandem vor, daß er von den Steuersparmodellen Gebrauch gemacht hat. Wir werfen Ihnen vor, daß Sie sie erst ermöglicht haben.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Jürgen Weber [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, wer den Oppositionshut ablegt - das gilt für die Opposition und einen Teil der Medien -, kommt doch nicht umhin festzustellen, daß Schleswig-Holstein in einer wirtschaftspolitisch schwierigen Zeit mit Steuereinbrüchen in Milliardenhöhe wirtschaftlich und haushaltspolitisch besser fertig geworden ist als die meisten anderen Bundesländer.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr richtig!)

Wir haben verantwortungsbewußt gespart und dennoch politische **Schwerpunktaufgaben** erfüllen können. Das soll auch 2000 und folgende Jahre so bleiben. Lassen Sie mich wenige Beispiele nennen: Wir verteidigen die aktive Arbeitsmarktpolitik über ASH auch gegen die Angriffe aus der Opposition. Wir sichern die Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau. Wir werden bundesweit beneidet um unsere kleinen Klassen. Die sollen so klein bleiben.

(Frauke Tengler [CDU]: Das glauben Sie doch alles selbst nicht!)

Wir geben auch den Hochschulen über die Budgetierung Planungssicherheit. Wir honorieren durch zusätzliche Beförderungen die schwierige Arbeit in der Steuerverwaltung, der Justiz und der Polizei.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Jürgen Weber [SPD])

Wir werden die Zahl der Ausbildungsplätze im nächsten Jahr nicht nur auf einem hohen Niveau garantieren, sondern zusätzlich 29 Ausbildungsplätze und damit fast 1350 neue Ausbildungsplätze schaffen. Wir werden die Politik der Modernisierung der Verwaltung fortsetzen, zu der es keine Alternative gibt. Wir werden uns an einer lebendigen kulturellen Vielfalt und natürlich auch am Schutz und der Pflege der Umwelt orientieren.

Natürlich wird Hauptzweck unserer Arbeit sein, auch über die Förderprogramme, über die heute schon viel gesagt worden ist, Arbeitsplätze neu zu schaffen und die bestehenden Arbeitsplätze sicher zu machen. Das gilt natürlich auch für die Werften, die wir vor der Wettbewerbsverletzung angesichts der Subventionierung in anderen europäischen Staaten in Schutz zu nehmen haben.

Auch die innere Sicherheit bleibt bei der SPD in guten Händen. Mit einem Rekordhaushalt in Höhe von 23,8 Millionen DM für Sachausgaben und insgesamt von 646 Millionen DM geben wir im nächsten Jahr für die innere Sicherheit noch 8 Millionen DM mehr als im laufenden Jahr aus. Mit über 700 Beförderungen bei der Polizei in diesem und im nächsten Jahr werden wir der schwierigen Aufgabe unserer Polizistinnen und Polizisten gerecht werden.

Auch der Sport kann sich auf diese Landesregierung verlassen. Kollege Hay, ich weiß, daß Sie das sehr zu würdigen wissen. Mit einer Förderung in Höhe von 10,8 Millionen DM für den Sport bleiben wir auf dem hohen Niveau des letzten Jahres.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Auf eines können sich Menschen in diesem Lande auch verlassen - das gilt für alle Haushaltstitel -: Wir werden bei allen Schwierigkeiten der Finanzierung die soziale Balance zu halten wissen. Die **SPD** bleibt

(Günter Neugebauer)

in ihrer Tradition. Wir werden weiterhin die einzige Volkspartei bleiben, die **soziale Gerechtigkeit und Innovation** der Gesellschaft miteinander verknüpft.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir werden die Menschen in diesem Lande, Herr Kollege Kubicki, gegen unsolide und wirklichkeitsferne finanzpolitische Luftschlösser von F.D.P. und CDU verteidigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Denn Ihre Strategie ist doch doppelzüngig, vor Ort alles zur Chefsache zu erklären: Die Rücknahme von Kürzungen und zusätzliche Ausgaben zu versprechen ist das eine, aber das steht im Widerspruch zur Haushaltswirklichkeit und zu Ihren Forderungen nach Abbau. Bisher - das werden wir im Lande deutlich zu sagen haben - haben Sie - ich meine nicht Sie persönlich - jeden konkreten Einsparungsvorschlag dieser Landesregierung abgelehnt. Sie fanden sich nicht zu schade, selbst zu Demonstrationen vor diesem Landeshaus aufzurufen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Ja, Sie wollten zum Beispiel ASH kürzen. Das ist klar, das war Ihr Einsparungsvorschlag. Nein, Sie wollten es ganz streichen. Das wollten wir natürlich nicht mitmachen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir wollten die Entbeamtungspolitik stoppen!)

- Herr Kollege Kubicki, da Sie gerade das Wort haben, obwohl ich hier am Rednerpult stehe, lassen Sie mich auf einen Satz von Ihnen eingehen, den Sie vorhin gesagt haben. Sie haben den Landesrechnungshof gegen aus Ihrer Sicht unberechtigte Kritik verteidigt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gegen die Art und Weise!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen: Wir schätzen die Ratschläge des Landesrechnungshofs, aber der **Landesrechnungshof** verliert seine Autorität, wenn der Präsident nicht der Versuchung widerstehen kann, sich zum verlängerten Arm der Opposition zu machen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Geht das jetzt schon wieder los?)

Seit 1987, Kollege Kubicki - hören Sie gut zu -, hat der Landesrechnungshof neben seinen jährlichen Bemerkungen 17 Sonderberichte vorgelegt. Allein in diesem Wahljahr 1999 wird er - einer ist angekündigt - fünf davon vorgelegt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Seit 1987 17, und allein im Jahr 1999 fünf! Das kann kein Zufall sein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesrechnungshofs haben es nicht verdient, daß sie Gefahr laufen, die parteipolitische Neutralität zu verletzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das trifft aber auch Herrn Schmidt-Bens! - Zuruf von der CDU: Unverschämtheit! - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Neugebauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stritzl?

Günter Neugebauer [SPD]:

Nein. Ich denke, wir sollten das anschließend diskutieren.

Lassen Sie mich zu den **Eckwerten des Landeshaushaltes** kommen. Einiges ist bereits dazu gesagt worden: Die geringe Steigerungsrate, die Nettokreditaufnahme unter 1 Milliarde DM, die Senkung der Personalkostenquote unter 40 %, aber auch die Überrollung der freiwilligen Leistungen im Gegensatz zum Vorschlag der CDU, diese um mindestens 5 % zu kürzen. Auch bei den Personalkosten liegen wir unter dem Ansatz des Vorjahres, obwohl 373 neue Stellen - allein 200 für Lehrer - geschaffen werden. Das ist erreicht worden, weil wir auch aufgrund der Modernisierung der Landesverwaltung 500 Stellen abbauen konnten.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Finanzminister Möller hat heute morgen schon einiges zu den Auswirkungen des Bundeshaushalts auf den Landeshaushalts gesagt. Wenn die **Gesetzentwürfe des Bundes** mit den zur Zeit erkennbaren, das **Land** und die **Kommunen** über Gebühr belastenden Auswirkungen bleiben, dann haben Sie, Herr Finanzminister, unsere Unterstützung, wenn Sie die Zustimmung im Bundesrat verweigern und den Vermittlungsausschuß anrufen wollen. Wir erkennen allerdings, daß es zum Sparen keine Alternative gibt - weder im Bund noch im Land.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Diese Einsicht - ich weiß nicht, wer „sehr richtig" sagte -, wird noch überzeugender zu vermitteln sein,

(Günter Neugebauer)

wenn auch hohe Privatvermögen wieder zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben herangezogen werden.

(Lothar Hay [SPD]: So ist es!)

Steuergerechtigkeit ist ein Gebot der Verfassung. CDU und F.D.P. haben in Ihrer 16jährigen Regierungszeit dieses Verfassungsgebot gründlich verletzt, zuletzt durch die gewollte Abschaffung der **Vermögensteuer** 1996.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Selbst Kaiser Wilhelm II.

(Lothar Hay [SPD]: von Oranien!)

hatte mehr Sinn für steuerliche Gerechtigkeit als CDU und F.D.P. heute. 1893 hatte Kaiser Wilhelm das Preußische Ergänzungsgesetz zur Einkommensteuer unterschrieben, mit dem die Vermögensteuer als Ergänzungssteuer zur Einkommensteuer eingeführt worden ist. Ich empfehle, die Begründung nachzulesen. Sie hat an Aktualität bis zum heutigen Tage nichts eingebüßt. Kollege Kubicki, wenn Sie uns schon nicht glauben, dann glauben Sie doch wenigstens Ihrem politischen Großvater Wilhelm II.!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wem?)

Wenn Ihnen das immer noch nicht ausreicht, meine Damen und Herren von der CDU, empfehle ich Ihnen nachzulesen, was die Bundesregierung 1995 mit den Herren - um nur ein paar Namen zu nennen - Kinkel, Waigel, Rühe, Kohl zur Vermögensteuer gesagt hat. Ich möchte Ihnen, damit Sie nachher nicht behaupten, ich hätte aus der Wahrnehmung heraus gesprochen, das Originalzitat nicht vorenthalten. Wenn Sie gestatten, Frau Präsidentin:

„So fördert die Verfügungsgewalt über ein mittleres und größeres Vermögen wesentlich die Möglichkeit und die Effektivität wirtschaftlicher Betätigung. Insgesamt führt dies zu einer besonderen steuerlichen Leistungsfähigkeit, deren zusätzliche Besteuerung auch aus sozial- und gesellschaftspolitischen Gründen gerechtfertigt und notwendig erscheint."

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Haben das alle vier gemeinsam gesagt?)

- Nein, das ist eine Broschüre der Bundesregierung. Ich gehe davon aus, daß alle Mitglieder der Bundesregierung 1995 zum Inhalt dieser Broschüre gestanden haben. Was 1995 richtig war, kann heute so falsch nicht sein.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Deswegen bleiben wir dabei: Es ist ein Stück mehr steuerliche Gerechtigkeit und erleichtert die Haushaltskonsolidierung, wenn hohe Privateinkommen wieder zur Finanzierung öffentlicher Infrastrukturaufgaben herangezogen werden.

Lassen Sie mich zum Schluß feststellen: Wir stehen am Beginn der parlamentarischen Beratungen in den Ausschüssen. Für uns steht fest, der Kurs stimmt. Die Landesregierung bleibt auf solidem finanzpolitischen Kurs, der Mut zum eisernen Sparen ist ohne Alternative, da erst durch das **Sparen** erreicht werden kann, Gestaltungsspielräume für **Investitionen** in die Zukunft unseres Landes und der Menschen, die hier leben, zu schaffen. Wir werden dafür sorgen, daß es in Schleswig-Holstein weiterhin gerecht zugeht.

(Beifall bei der SPD)

Innovation und **Gerechtigkeit** bleiben das Markenzeichen der sozialdemokratischen Haushaltspolitik. Die Lage des Landeshaushalts erlaubt weder unerfüllbare Wahlversprechen noch Ausgabensteigerungen im konsumtiven Bereich. Deshalb wird das Prinzip unserer Beratungen sein: alternativ statt additiv.

Lassen Sie mich ganz zum Schluß meiner Ausführungen einen Rat an die Opposition richten.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Oh, oh!)

Konstruktive, realisierbare Alternativen, meine Damen und Herren von der Opposition, müssen ebenfalls von Ihnen berücksichtigt werden. Auch in einem Wahlkampf stehen Landesinteressen vor Parteiinteressen. Ich appelliere an Sie: Hüten Sie sich vor Versprechungen, auch wenn Sie sie nächstes Jahr nicht einlösen müssen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stritzl, die Landesregierung wirft keine Nebelkerzen, sie redet die **Haushaltssituation** auch nicht schön. Am besten können Sie dies nachlesen in der mittelfristigen **Finanzplanung**, aus der ich gleich zitieren werde.

Herr Kubicki, darin hätten Sie auch die Erläuterungen für Ihre Fragen gefunden. Ich zitiere:

(Monika Heinold)

> „Auch in Schleswig-Holstein ist die finanzielle Lage besorgniserregend. Zwar weisen die Steuereinnahmen allmählich wieder steigende Zuwachsraten auf. Zusätzliche Steuermehreinnahmen werden jedoch vollständig durch unvermeidbare Mehrausgaben für das Personal einschließlich Pensionen, für den Schuldendienst und für gesetzlich festgelegte Zuwendungen kompensiert. Hinzu kommt, daß auch in Schleswig-Holstein seit Jahren die Haushalte durch nicht wiederholbare Sonderentwicklungen auf der Einnahmenseite ausgeglichen werden. Mit dem Wegfall solcher einmaligen Einnahmen aus Vermögensveräußerungen nimmt der Einsparbedarf deutlich zu. Ein Ausgleich durch Steuermehreinnahmen ist nach dem Ergebnis der jüngsten Steuerschätzung ausgeschlossen."

Ich meine, dieses Zitat läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Das ist der Ansatz für die Diskussion, die wir hier heute führen und er stimmt für den Haushalt 2000.

Ich gehe allerdings davon aus, daß das **Zukunftsprogramm** der Bundesregierung im Jahr 2001 eine Trendwende bringt. Subventionen in Milliardenhöhe werden abgebaut, Sozialabgaben werden gesenkt, Familien mit Kindern werden entlastet, kleine und mittlere Unternehmen werden ebenfalls entlastet, Ausgaben werden begrenzt, und Zukunftsinvestitionen in Forschung, Bildung und Wissenschaft werden Jahr für Jahr im Bundeshaushalt um 1 Milliarde DM erhöht. Das wird auch uns Vorteile und Ansätze für Programme bringen.

Dies alles wird - hoffentlich - zu einer Verbesserung der Einnahmen und zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit sowie auch zu einer Reduzierung der Ausgaben führen. Weil das so ist, unterstützt die grüne Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein das Bonner Sparpaket. Das will ich bei aller Differenz in Kleinigkeiten hier am Anfang sehr deutlich sagen. Wir brauchen gerade hier im hohen Norden diese Trendwende, um auch unseren Landeshaushalt wieder so gestalten zu können, daß zur Finanzierung der Ausgaben nicht Sondereinnahmen, also Verkäufe, notwendig sind; denn diese Sondereinnahmen sind natürlich begrenzt. Einem nackten Mann kann man nicht mehr in die Tasche greifen.

Trotz der hoffentlich positiven Entwicklung von Konjunktur und Arbeitsmarkt durch das Zukunftsprogramm setze ich mich dennoch für zusätzliche Einnahmen ein. Ich will das auch gern begründen. Ich sage auch noch etwas zur Vermögensteuer. Sie ist durchaus umstritten. Ich kann auch verstehen, daß mein Kollege Klaus Müller das anders sieht. Er ist ein junger Mann mit einem hohen Einkommen. Er sieht den Karrieresprung vor sich.

(Lachen bei SPD und CDU)

Ich bin jahrelang alleinerziehende Mutter, und ich glaube, das ist einfach eine andere Sichtweise, wo man sich auch überlegt, wie so ein Staat finanziert werden kann.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich habe Kinder, denen ich diesen hohen Schuldenberg nicht zumuten möchte. Bei allem Respekt für Klaus Müller: Ich werde für meine Position weiterhin streiten und habe gute Argumente dafür.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der SPD)

Ich glaube auch, daß die Länder zur Senkung ihrer eigenen Neuverschuldung **Mehreinnahmen** brauchen. Ich glaube vor allem - die Prozentzahlen sind ja hier genannt worden, bei Zuspruch der CDU-Wählerinnen und -wähler -, daß die Bürgerinnen und Bürger eine sichtbare Beteiligung aller am Sparpaket erwarten. Das besagen alle Umfragen im Land. Die Menschen sagen im Prinzip ja zu den **Sparmaßnahmen**, und dann kommt das Aber.

Das Aber liegt darin begründet, daß die Bürgerinnen und Bürger über Jahre und Jahrzehnte selbst den Gürtel enger schnallen sollten, während sie gesehen haben, daß das Ganze keine kollektive Maßnahme ist, sondern immer nur für einige zutrifft. Deshalb möchte ich an dieser Stelle - ich will nicht das wiederholen, was an Lob schon gesagt worden ist - einige kritische Dinge anmerken und sagen, was ich mir in diesem Zukunftsprogramm gewünscht hätte. Ich trage das von hier nach Berlin und hoffe, daß ich Mitstreiterinnen und Mitstreiter finde.

Ich glaube, daß wir nicht nur durch die höhere Besteuerung der Reichsten - darauf ist eingegangen worden - tatsächlich einen Schritt hätten machen können. Ich bin zum Beispiel auch nach wie vor dafür, daß es durch eine Kappung des Ehegattensplittings ein tatsächlich höheres Kindergeld gibt,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

auch höheres Kindergeld für Sozialhilfeempfängerinnen, und nicht weiter die höheren Kinderfreibeträge, die immer nur für einige lukrativ sind. Ich setze mich dafür ein, daß das Weihnachtsgeld für Beamte auf 5.000 DM begrenzt wird. Auch das ist ein Signal und verkraftbar, aber es macht deutlich: Alle machen mit.

(Monika Heinold)

Ich setze mich für eine solidarische Rentenversicherung ein. Ich finde, wir als Abgeordnete könnten durchaus damit anfangen,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

in die normalen Rentenkassen selbst einzuzahlen. Ich setze mich für eine Änderung des Ministergesetzes ein, auch auf Bundesebene, mit der die Doppelversorgung von Ministerinnen und Ministern und politischen Beamten abgeschafft und eingegrenzt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich glaube auch, daß wir einen guten Schritt getan hätten, wenn wir endlich die KFZ-Steuer abgeschafft und sie in eine Mineralölsteuer überführt hätten. Das hätte die 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Betriebsprüfungen in der Steuerverwaltung freigesetzt, die wir dringend brauchen, damit alle tatsächlich an der Finanzierung beteiligt werden.

(Beifall beim SSW)

Das sind Schritte, die ich mir von der rot-grünen Regierung gewünscht hätte. Das merke ich kritisch an.

Ich glaube, mit diesen Schritten wäre es möglich gewesen, die Bürgerinnen und Bürger nicht nur dazu zu motivieren, 30 Milliarden DM Mehreinnahmen im Bundeshaushalt mitzutragen, sie hätten auch 40 Milliarden oder 50 Milliarden DM mitgetragen. Aber sie wollen es verstehen können, und sie wollen vor allem, daß das Ganze eine kollektive Veranstaltung ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich werden wir hier im Land nicht akzeptieren - das ist heute oft genug gesagt worden -, daß die Kosten auf die **Länder** und die **Kommunen** abgewälzt werden. Aber was wir akzeptieren - und das will ich auch sehr deutlich sagen -, ist, daß der Familienausgleich von allen mitgeschultert werden müßte, von den Ländern und den Kommunen - das ist eine Auflage des Bundesverfassungsgerichts -, und daß auch die Unternehmensteuerreform mit ihrer Entlastung von 8 Milliarden DM alle werden schultern müssen; denn auch diese wird in der Konsequenz - dazu ist sie ja gemacht und auch von der Opposition mitgetragen und eingefordert worden - hoffentlich zu Steuermehreinnahmen auf allen Ebenen führen.

Ich glaube, daß die Opposition hier im Lande manchmal in der aktuellen Diskussion ein bißchen hinterher ist. Ich mache das noch einmal fest an der Vermögen- und der Erbschaftsteuer. Selbst der Oppositionspolitiker Reiner Eppelmann - in Klammern: CDU-Sozialausschüsse - macht keinen Hehl daraus, daß er zum Beispiel eine Anhebung der Erbschaftsteuer favorisiert. Ich stimme mit ihm überein. Für mich gehören höhere Mehreinnahmen und Sparmaßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zwingend zusammen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen die **Schulden** von 1,5 Billionen DM in irgendeiner Form abtragen. Das ist kein mittelfristiges, sondern ein langfristiges Ziel. Das ist kein Kinderspiel, aber im Interesse unserer heute spielenden Kinder ist es zwingend notwendig, mit einer Reduzierung der Nettoneuverschuldung zu beginnen. Das ist der erste Schritt. Die CDU schreibt in ihr Landesprogramm einen Betrag hinein, um den sie eine Entschuldung anstrebt. Ich habe das Gefühl, Sie wissen nicht, was Haushaltspolitik ist. Sie können gar keine Schulden abbauen, bevor Sie nicht die Nettoneuverschuldung auf Null gebracht haben. Wie Sie es machen wollen, weiß ich nicht. Das ist aber letztlich auch nicht mein Problem.

Die Probleme des Landeshaushalts erscheinen im Vergleich mit dem Bundeshaushalt klein, aber sie sind es nicht. 100 Millionen DM an **Vermögensveräußerungen** sind in diesem Haushalt enthalten. Diese Zahlen müssen mit Leben gefüllt werden. Es sind **Zuschußkürzungen** enthalten, wobei ich mich darüber freue, daß die CDU sagt, sie wolle überall sparen. Ich erinnere an die Verbraucherzentrale. Für uns ist der „Eine-Welt-Bereich" wichtig, wo Kürzungen vorgesehen sind, die wir so nicht wollen. Darüber müssen wir diskutieren. Wir haben ja die Ausschußberatungen erst vor uns.

Der **Schwerpunkt des Haushalts** ist aus unserer Sicht richtig gewählt: Umwelt, Arbeit, Bildung. Herr Kubicki, Sie wollten wissen, wo denn geklotzt wird. Ich sage Ihnen: Genau in diesen drei Bereichen werden wir alles an Mitteln einsetzen, was wir in irgendeiner Form mobilisieren können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen die **Eigenverantwortung** stärken. Das wird sehr deutlich daran, daß wir zum ersten Mal an den Schulen nach dem Modell „Geld statt Stellen" handeln. Sie werden es in der mittelfristigen Finanzplanung gelesen haben. Darin steht, daß vom Jahr 2000 an aus dem Personalbudget heraus auch Stundengebermittel sozusagen gemacht werden können. Ich hoffe, daß das die Flexibilität erhöht.

Eigenverantwortung stärken heißt Zurücknahme der Politik. Aber es heißt auch, Ziele zu definieren, Budgets angemessen zuzuschneiden und über Controlling

(Monika Heinold)

und Berichtswesen nachzusteuern. Die Diskussion in der letzten Sitzung des Finanzausschusses hat gezeigt, daß wir als Parlamentarier der Verwaltung etwas auf die Füße treten müssen, auch unseren Ministerinnen und Ministern, wenn wir als Parlament bei der Verwaltungsstrukturreform und der Umstellung der **Haushaltsberatung** auf eine **Budgetberatung** nicht selbst zu den Verliererinnen und Verlierern gehören wollen. Noch ist die output-orientierte Budgetierung ein Schlagwort für uns, welches wir nicht füllen können, weil uns immer noch die praxisorientierten Beispiele im Landeshaushalt fehlen. Nun soll es im Herbst einen ersten solchen Bericht über den Erlebnispark Trappenkamp geben. Ich bin gespannt.

Für meine Fraktion sage ich ganz deutlich - ich werde es immer wieder sagen, bis wir ein Stück vorangekommen sind -: Eine **Budgetierung** kann es nur geben, wenn die dazugehörigen **Zielvereinbarungen** vom Parlament mit aufgestellt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Budgets wird es nicht vor, sondern nach einer Diskussion über Zielvereinbarungen und vor der Aufstellung von Haushalten geben.

Die erste große Diskussion über Zielvereinbarungen und Budgets steht uns mit diesem Haushalt bevor. Ich nenne das Stichwort „Hochschulen". Das ist schon genannt worden. Hier gibt es durch das Hochschulrahmengesetz eine politische Diskussion über Ziele. Ich frage mich natürlich, wie das Ganze funktionieren kann, wenn der **Fachausschuß** die politischen Ziele definiert, das Budget dann geschnitten wird und der **Finanzausschuß** dann noch einmal nicken darf. Wenn alle Fachressorts das machen, bekommen wir ein Problem, zumal wir bei der Situation der schwankenden Steuereinnahmen - wie sie denn mal ist - eine gewisse „Luft" im Haushalt haben müssen und nicht den gesamten Haushalt in feste Budgets aufteilen können. Gleichzeitig sage ich aber auch, daß Budgetverhandlungen, wenn es sie denn vereinzelt gibt, tragfähig sein müssen. Dann kann man im laufenden Jahr dort nicht mehr hineingreifen. Insofern steht uns dort die eigentlich interessante Diskussion bevor.

Insgesamt trägt der **Haushalt 2000** eine deutliche **grüne Handschrift**. Das will ich sagen. Das muß ich sagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Grün eingepackt?)

Minister Steenblock steht für die Innovation in Ökotechnik, biologischen Flächenschutz, ökologische Zukunftsprojekte, Vertragsnaturschutz, NationalparkService und Nationalparkamt. Überall hier sind die Mittel von 1996 im Vergleich zu 2000 gestiegen. Herr Kubicki, lesen Sie es nach, und Sie werden feststellen, wo wir investieren!

Aber auch unsere Frauenministerin ist Garantin dafür, daß es Frauenberatungsstellen auf diesem Niveau gibt. Es gibt „Frau und Beruf", das Existenzgründerinnenprogramm und andere Maßnahmen zur Frauenförderung, die sich im Bundesvergleich durchaus sehen lassen können. Da sage ich sehr selbstbewußt: Ich habe Lust, dafür weiterhin Politik zu machen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wird leider nichts!)

Ich habe Lust, dafür mit der Opposition zu streiten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Leider wird das nichts!)

Ich möchte gern, daß dieser Haushalt, wie er im Entwurf vorliegt, etwas verfeinert wird und dann das Jahr 2000 hindurch trägt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe keine Lust, mir von denjenigen reinpfuschen zu lassen, die mit Sicherheit alles verpfuschen - zumindest aus meiner politischen Sichtweise. Insofern bin ich für die nächsten Monate durchaus motiviert. Ich weiß, daß ich meine Fraktion an meiner Seite habe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich, daß sich die Investitionen in den ökologischen Landbau stabilisiert haben und die Anzahl der ökologisch bewirtschafteten Betriebe - wenn auch nur leicht - gestiegen ist. Ich freue mich, daß sich Bingo-Lotto so gut entwickelt. Das bedeutet zusätzliche Mittel für den Umweltbereich, für den Eine-Welt-Bereich. Ich finde es - um es vorsichtig zu formulieren - schwierig, wenn man die Haushaltsmittel in diesen Bereichen im Gegenzug kürzt. Darüber werden wir uns unterhalten müssen.

Dies sind Beispiele dafür, warum wir diesen Landeshaushalt nicht nur mittragen, sondern begrüßen und selbstbewußt vertreten werden.

Ein letztes noch! Meine Redezeit ist leider abgelaufen. Zum **Investitionsbegriff**: Herr Kayenburg ist nicht da; Sie können es ihm ausrichten. Ich habe Probleme damit, wenn Herr Kayenburg herumläuft und immer noch sagt: „Wie toll war es unter Stoltenberg! 20 % Investitionsquote!" - Dann sagen wir: „Das waren auch die Schulden." - Dann sagt er: „Na und? Das hat ja dem Land genutzt."

(Monika Heinold)

Ich frage: Wo hat es denn dem Land genutzt? Wir zahlen doch noch heute die Zinsen genau für diese Gelder ab!

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Vor allen Dingen für die neuen Schulden!)

Das haben wir nachgerechnet. Herr Kubicki hat es auch noch einmal durchgerechnet. Die Schuldenlast drückt noch heute.

Wir könnten auch eine Investitionsquote von 20 % haben. Das ist doch kein Problem. Wir setzen dann die Verschuldung hoch, und dann hätten wir sogar eine Investitionsquote von 25 %.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ihre Einnahmen sind um 50 % gestiegen!)

Ich empfehle der CDU, ihre alten Ideale an der Realität zu messen. Schauen Sie sich einmal die Bedingungen von **Maastricht**, die Forderungen von Maastricht bezüglich der Verschuldung an! Das ist doch der Stand, über den wir diskutieren.

(Lothar Hay [SPD]: Eben!)

Wir diskutieren doch nicht mehr über Prozente bei den Investitionen. Wir diskutieren darüber, wie wir die Gesamtverschuldung in den Griff bekommen. Wir diskutieren vor allem darüber, ob Bildung oder ob das Feuerwehrhaus in Klein-Kummersdorf eine Investition in die Zukunft ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Insofern: Blicken Sie mutig nach vorn, genau wie wir! Dann werden wir weiter miteinander streiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegt noch ein Wortbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Dann erhält der Herr Minister noch das Wort. Ich weise nur darauf hin - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich habe noch zehn Minuten, Frau Präsidentin!)

- Ich habe im Moment noch keine Wortmeldung. Ich setze Sie aber gern noch einmal auf die Rednerliste.

Ich weise nur darauf hin, daß die Fraktionen übereinstimmend beschlossen haben, heute noch Tagesordnungspunkt 8, Schulgesetz, aufzurufen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Darf ich darauf hinweisen, daß bisher die Verabredung: „Fraktionsvorsitzende und dann finanzpolitische Sprecher" war?)

- Ihnen steht noch Redezeit zu, Herr Abgeordneter Kubicki! Haben Sie den Wunsch zu sprechen? - Dann erhalten Sie zunächst das Wort.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Muß das sein?)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bisher hatten wir die Verabredung - so war es jedenfalls bisher immer -, daß in der ersten Runde die Fraktionsvorsitzenden und in der zweiten die finanzpolitischen Sprecher reden. Deshalb wundert mich der Ablauf etwas. Ich will das aber nicht weiter thematisieren.

Ich will mich angesichts des doch noch wichtigen Themas, das heute unbedingt behandelt werden muß, wenn darüber in dieser Plenartagung noch entschieden werden soll, kurzfassen.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

Ich habe diesen Teil meiner Rede bereits schriftlich verbreitet. Angesichts der Bedeutung dieser Ausführungen muß das reichen.

Ich möchte allerdings zwei Dinge anmerken, die mir ein Anliegen sind.

Nachdem ich nun erfahren habe, daß die Körperschaftsteuer abgeschafft worden ist

(Ministerpräsidentin Heide Simonis: Das war ein Fehler! Entschuldigung!)

- oder quasi! -, müßten wir ohnehin erneut beraten, weil wir Ausfälle aus der Körperschaftsteuer haben werden.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis: Einkommensteuer!)

Herr Kollege Neugebauer, nicht einmal quasi! Der Körperschaftsteuersatz ist von 45 % auf 40 % reduziert worden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Die Körperschaftsteuer ist zu einer Bagatellsteuer verkommen!)

- Die Körperschaftsteuer ist zu einer Bagatellsteuer verkommen?

(Günter Neugebauer [SPD]: In Schleswig-Holstein ja!)

- Es wird immer schöner! Ich erfahre jetzt, auf welcher Grundlage wir hier debattieren. Der Finanzminister möge bitte erläutern, daß die Körperschaftsteuer in Schleswig-Holstein zu einer Bagatellsteuer verkommen ist. Das würde mich dringend zu der Auf-

(Wolfgang Kubicki)

forderung an die Sozialdemokraten verleiten, endgültig mit uns dafür einzutreten, daß die Körperschaftsteuer vollständig abgeschafft wird. Wenn sie eine Bagatellsteuer ist, kann sie vollständig abgeschafft werden.

(Holger Astrup [SPD]: Da hat er recht!)

Der zweite Punkt ist gravierender. Er kennzeichnet die Debattenlage, auf deren Grundlage ich nicht debattieren will und von der ich auch nicht glaube, daß Ihre Parteifreunde oder andere auf dieser Grundlage mit Ihnen debattieren wollen.

Wenn Sie bei der Frage, ob jemand für oder gegen die **Vermögensteuer** ist, bei Ihrem Parteifreund Müller unterstellen, er könne, weil er künftig ein kleines Vermögen machen könnte, gegen die Vermögensteuer sein - -

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Doch, Sie haben gesagt, Sie verstünden seine Position, weil er ein hohes Einkommen habe und künftig - -

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, ich habe nicht gesagt, daß er künftig - - !)

Wenn Sie die Position des Bundeskanzlers gegen die Vermögensteuer möglicherweise damit in Verbindung bringen, daß er ein hohes Einkommen hat, sage ich Ihnen: Sie vergessen die ökonomischen Auswirkungen von bestimmten Steuern, die nicht nur fiskalischer Natur sind, sondern auch etwas mit dem Wirtschaftsleben zu tun haben. Bitte akzeptieren Sie einfach, daß es bei einer anderen Zielrichtung durchaus Positionen geben kann - und zwar unabhängig von der Einkommenshöhe -, beispielsweise bei der Frage, wie Arbeitsplätze geschaffen werden können, die sich von fiskalischen Überlegungen, die Sie haben - die man vertreten kann -, lösen können und die deshalb gleichwohl Gewicht und Bestand haben - je nachdem, wie man das Ziel formuliert. Es gibt bestimmte Auswirkungen von Steuern - das wird Ihnen der Wirtschaftsminister gern erläutern - mit wirtschaftlichen Effekten, die man unter bestimmten Prämissen - die gerade der Bundeskanzler vor sich her trägt, nämlich Arbeitsplätze zu schaffen - nicht erhöhen darf.

Ich bin froh, daß Hans Eichel und Gerhard Schröder in dieser Frage baumstark stehen und die Finanzpolitiker und Wirtschaftspolitiker der grünen Bundestagsfraktion, Metzger und Scheel, auch nicht mit sich handeln lassen. Insofern ist mir das Gebrüll hier an der Seite vergleichsweise egal.

Es gibt etwas, bei dem bei allen Beteiligten völlig unbestritten ist, daß es eine Änderung geben muß und geben wird. Das ist die **Bewertung von Grundbesitz** im Rahmen der Erbschaftsteuer, nachdem das in allen anderen Teilbereichen, auch der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, so geschehen ist.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt keinen Sinn, unterschiedliche Vermögensgegenstände unterschiedlich zu bewerten, jedenfalls nicht bei der Erbschaftsteuer. Hier macht es keinen Sinn. Das wird zwangsläufig - wenn man die Verkehrswerte zugrunde legt - zu einer Erhöhung des Aufkommens aus der Erbschaftsteuer führen. Ich nehme aber auch hier den Bundeskanzler beim Wort, der erklärt hat, es werde keine Anhebung der Erbschaftsteuersätze geben, was man bei einer Verkehrswertbetrachtung - das können Sie mir glauben - wahrscheinlich auch gar nicht braucht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Erlauben Sie mir den Hinweis, daß Meinungsäußerungen von der Regierungsbank aus zwar verständlich, aber unzulässig sind.

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Stritzl das Wort.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wollen noch über das Schulgesetz debattieren!)

Thomas Stritzl [CDU]:

Kurz zu Herrn Kollegen Neugebauer!

Erstens! Herr Kollege Neugebauer, wir haben nicht gesagt, daß wir bei allen Verbänden - egal, welche Zuwendung es gibt - 5 % streichen. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis! Wir haben gesagt, wir wollen in der Gesamtsumme einen bestimmten Betrag herausbekommen.

(Zurufe von der SPD)

Sie wollen in diesem Bereich auch 30 Millionen DM sparen. Also, Herr Kollege, willkommen auf dem Weg der CDU!

Zweitens! Zu der Frage „Körperschaftsteuer quasi abgeschafft" oder „Bagatellsteuer"!

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

(Thomas Stritzl)

Wir haben das vorhin schon festgestellt: Sie sollten sehr vorsichtig sein mit dem, was Sie sich suggerieren lassen. Das liegt offensichtlich in vielen Bereichen fernab jeder Wahrheit.

Nun kommen wir zum Thema „Hiob" oder „die Botschaft, die ich meine"! Kollege Neugebauer, ich glaube, daß es hier wichtig und vernünftig wäre, wenn wir vereinbarten, daß wir mit dem **Landesrechnungshof** in den sachlichen Streit eintreten können, daß wir aber nicht unterstellen - auch nicht seinem Vizepräsidenten Schmidt-Bens (SPD) -, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesrechnungshofs, die im Auftrage des Landes überprüfen, ob die Verwaltung wirtschaftlich mit Geld umgeht - ja oder nein -, der **Parteilichkeit** unterworfen werden. Wenn Sie das den 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landesrechnungshof vorwerfen, daß sie parteilich vorgehen - -

(Günter Neugebauer [SPD]: Genau das Gegenteil habe ich gesagt!)

- Ja, dann ist es ja gut. Wenn das nicht der Fall ist, daß es eine parteiliche Prüfung ist, dann kann es ja auch kein parteiliches Ergebnis sein,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

sondern dann geht es ja nur noch um die Frage: Haben sie recht, oder haben sie nicht recht? Und dann ist es doch die Pflicht des Landesrechnungshofs, bei von ihm aufgedeckten Mißständen zu sagen: Darauf mache ich euch als Parlament gerade vor Haushaltsberatungen aufmerksam, um auch gewisse Sachen zum Gegensteuern zu haben.

Also, lieber Herr Kollege, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn in Zukunft nicht mehr aus rein parteipolitischen Gründen zur Erhaltung der Regierungsmacht die Institution Landesrechnungshof und die Persönlichkeit des Präsidenten des Landesrechnungshofs seitens der SPD zur beliebigen Schießbudenfigur gemacht würde.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nun zum Thema Gerechtigkeitslücke! Ich finde das ja schon interessant - Kollege Neugebauer weiß es ja im Grunde -: Das Problem, daß das **Einkommensteuerrecht** so kompliziert ist, wie es ist, hat etwas damit zu tun, daß es mit Lenkungsfunktionen überfrachtet ist und daß es gerade den Versuch unternimmt, Einzelfallgerechtigkeit herzustellen. Das ist das Problem des Einkommensteuerrechts. Hier jetzt zu sagen, das sei ein politisches Problem der Vorgängerregierung, ist absolut dummes Zeug. Das wissen wir beide. Es ist gerade das Problem, vielleicht die Crux, die gar nicht zu leisten ist, über ein Einkommensteuerrecht Einzelfallgerechtigkeit herzustellen.

Insofern akzeptiere ich nicht den Vorwurf, daß hier versucht worden sei, „soziale Ungerechtigkeiten" zu schaffen. Kollege Neugebauer weiß, das Gegenteil ist der Fall, daß es das Bemühen ist, über das Einkommensteuerrecht Steuergerechtigkeit herzustellen.

Aber wenn wir denn über soziale Schieflagen reden beim Erschließen von Steuerquellen, dann, liebe Frau Kollegin Heinold, halte ich es in der Tat für eine **soziale Schieflage**, wenn Sie über eine Ökosteuer, von der Sie genau wissen, daß sie keine Lenkungsfunktion ausübt, weil sie sonst gar nicht berechenbar für die Sozialkostenerstattung eingesetzt werden könnte, Rentner, Studenten, Arbeitslose, Beamte mit zusätzlichen Steuern belasten, ohne daß Sie einen entsprechenden Entlastungseffekt haben.

(Glocke der Präsidentin)

Das ist die Schieflage, die die Menschen erkennen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Insofern kann ich Ihnen nur sagen: Seit gut einem Jahr murksen Sie jetzt hier in der Bundesrepublik in der Bundesregierung herum - auch im Steuerrecht.

(Glocke der Präsidentin)

Das, was jetzt bei den Menschen trifft, ist das Gefühl, daß sie sagen, es geht nicht gerecht zu, und zwar insbesondere seit dem September des letzten Jahres.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich weise darauf hin, daß das Glockenzeichen ernstgemeint war, und nächstes Mal werde ich dann ankündigen, das Wort zu entziehen.

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vier kurze Dinge!

Erstens! Ich finde es gut, daß Sie darauf verzichtet haben, Ihren schriftlichen Teil, Ihren polemischen Teil, hier vorzutragen, Herr Kubicki!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der ist gar nicht polemisch!)

Ich will nur einen Teil aufgreifen: Kreativität ist kein Schimpfwort. Aber ich sage Ihnen, wir halten uns an

(Minister Claus Möller)

die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Die Einnahmen können nur wie ein Kredit zur Finanzierung von Investitionen oder zur Senkung der Kreditaufnahme genutzt werden. Deshalb ist die **Kreditaufnahme** durchgängig in der **mittelfristigen Finanzplanung** geringer als 1 Milliarde DM. Das ist gut so.

Zweitens! **Budgetierung**! Es ist hier gefragt worden: Was haben wir denn von einer Budgetierung nur bei den Personalkosten? - Sie wissen ganz genau, daß wir in der Forstwirtschaft, bei der Katasterverwaltung, bei den Polizeidirektionen mit der Budgetierung - ich sage einmal - experimentieren. Output-orientierte Budgetierung und **Zielvereinbarung** gehören zusammen. Es ist eine Sache von Parlament und Exekutive. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg, nicht von vornherein alles flächendeckend einzuführen, sondern - wie wir uns auch bei der Kosten-Leistungs-Rechnung vereinbart haben - auch bei der output-orientierten Budgetierung mit Modellversuchen voranzugehen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe heute eine Finanzausschußunterlage unterschrieben; wir werden Ihnen die erste Zielvereinbarung in der nächsten Finanzausschußsitzung vorlegen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Drittens! Zu der Steuersache! Ich denke, das ist doch nicht zu leugnen, daß die veranlagte **Einkommensteuer** von 1992 bis 1998 von 46 Milliarden DM auf 5 Milliarden DM gesunken ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das hat unterschiedliche Ursachen. Sie waren teilweise auch gewollt. Aber die Aussage, daß damit die veranlagte Einkommensteuer nahezu eine Bagatellsteuer geworden ist, ist sicherlich richtig.

Ich komme jetzt zu dem Punkt - viertens -, woran es liegt: **Steuerschlupflöcher**! Ich habe mich natürlich dazu bekannt: Steuerschlupflöcher zu beseitigen, ist Sache des Staates. Übermäßige Steuerschlupflöcher, die teilweise zu Einkommensteuerminderungen geführt haben, sind teilweise geschlossen worden. Ich sage auch: Die Einkommensteuer stabilisierte sich im Jahre 1999 deutlich, und zwar aufgrund des Schließens von Steuerschlupflöchern.

Ich habe niemanden verteufelt, der die Steuerschlupflöcher nutzt, ich habe aber gesagt: Wenn wir die Möglichkeiten der Steuerschlupflöcher haben - und die ausreichend genutzt worden sind - und wenn wir durch die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer und durch die betriebliche und die private Vermögensteuer die Kapitalbesteuerung so deutlich senken, dann habe ich noch weniger Verständnis dafür, daß dann am Steuerrecht vorbei Steuern in der Größenordnung hinterzogen werden, wie es geschieht. Dagegen werden wir vorgehen, und zwar auch mit einer Verstärkung des Personals in der Steuerfahndung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Herr Abgeordneter Neugebauer, dann erhalten Sie das Wort - ich hatte Sie nicht gesehen - zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung. - Herr Abgeordneter, das geht von Ihrer Redezeit ab.

Günter Neugebauer [SPD]:

Ja, Frau Präsidentin, ich bedauere, daß ich auf dem Weg zum Rednerpult meine Brille vergessen habe. Ich kann auf die Brille aber nicht verzichten.

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, um zu dem vom Kollegen Stritzl angesprochenen Thema der Steuergerechtigkeit einiges zu sagen. Sie haben völlig recht: Das **Steuerrecht** ist mit **Lenkungsfunktionen** versehen und damit überhöht worden, und es ist zu kompliziert. Wenn es richtig ist, daß 60 % der in der Welt veröffentlichten Literatur zum Steuerrecht in Deutschland veröffentlicht wird, dann ist es in der Tat höchste Eisenbahn, daß hier eine Korrektur erfolgt.

Da hat die Steuerreform, die zum 1. Januar und zum 1. April dieses Jahres auf den Weg gebracht worden ist - das gebe ich unumwunden zu -, noch nicht die notwendige Absicht erreicht. Daran muß gearbeitet werden.

Aber ein Ziel hat diese Steuerreform erreicht: Das Steuerrecht ist gerechter geworden, indem die vielen Steuerabschreibungsmöglichkeiten abgeschafft worden sind. Sie haben noch in der Vergangenheit, insbesondere durch das Anlegen von Geld in Boden und Gebäude im Osten, dazu beigetragen, daß Gutverdienende - vor einem Jahr oder vor einem dreiviertel Jahr haben wir ja darüber diskutiert - ihre Einkommensteuer bei Bildung von Vermögen faktisch auf Null bringen konnten. Das war nicht gerecht. Deswegen war es hohe Zeit, daß wir das korrigiert haben.

Ich wiederhole mich, wenn ich sage, daß mit der Erfassung auch hoher Privatvermögen nicht nur ein Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte erreicht werden könnte, sondern daß das eben auch zu einer stärkeren Einsicht führen würde, daß es in diesem

(Günter Neugebauer)

Land steuerlich gerecht zugeht. Deswegen erwarten wir, meine Damen und Herren von der Opposition, bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge - über den Antrag der CDU betreffend keine Steuererhöhungen -, daß Sie sich der Einsicht der Mitglieder Ihrer alten Bundesregierung von 1995, aber auch der Einsicht von Wilhelm II. von 1893 nicht verschließen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Also, es wird ja, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, immer schlimmer, wenn sich der Kollege Neugebauer und der Finanzminister melden. An sich waren wir damit zu Ende.

Aber habe ich das richtig verstanden, daß die Sozialdemokraten die Sonderabschreibungsmöglichkeiten in Deutschlands Osten nie wollten? Habe ich das richtig verstanden, daß den Sozialdemokraten nicht bekannt war, daß dann, wenn man Investitionen in einem bestimmten Gebiet tätigt und im dortigen Aufbau Verluste entstehen, sie mit Gewinnen diesseits der Grenze verrechnet werden können? Habe ich das richtig vernommen, Kollege Neugebauer, daß sich die Sozialdemokraten des Landes Schleswig-Holstein jetzt und heute manifest dafür einsetzen, daß sämtliche steuerlichen Sonderförderungsmöglichkeiten in Deutschland-Ost abgeschafft werden? Habe ich das richtig verstanden?

Habe ich es richtig verstanden, daß die Sanierung von Altbauten nicht mehr steuerlich begünstigt werden soll?

Wenn ich das richtig verstanden habe, dann verstehe ich die Krokodilstränen darüber, daß die veranlagte Körperschaft- und Einkommensteuer heruntergegangen ist. Wenn ich das nämlich nicht will, dann ist die konsequente Folge dieser Möglichkeiten, die geschaffen worden sind, um Kapital in bestimmte Entwicklungen hineinzuziehen, daß die Einkommensteuer nicht mehr entsprechend hoch sein kann. Sie können nur das eine wollen und das andere lassen, jedenfalls nicht beides gleichzeitig, Herr Kollege Neugebauer, sonst machen Sie sich nicht nur unglaubwürdig, sondern Sie dokumentieren auch, daß Ihnen das System völlig fremd ist und Sie gar nicht durchblicken, warum bestimmte Zahlungsströme so laufen, wie sie laufen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Letzteres vermute ich bei Ihnen mehr als bei anderen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erhält Frau Ministerpräsident Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kubicki, das, was Sie jetzt in die Diskussion eingebracht haben, hätten Sie einmal sagen sollen, als Herr Stoiber und Herr Teufel zum **Verfassungsgericht** gelaufen sind, um den **Länderfinanzausgleich** zu beklagen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn 90 % dieses Geldes gehen in die fünf neuen Bundesländer, und das wollten sie gerade abgeschafft haben. Aber jetzt die Sozialdemokraten an den Wikkel zu nehmen, ist nicht in Ordnung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es geht um die private Einkommen- und Vermögensteuer! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich wollte Ihnen nur Ihren wahren Gegner zeigen.

Jetzt kommt der zweite Punkt. Wenn damit falsche Investitionen gemacht werden, wie zum Beispiel in Leipzig - Ihnen wird übrigens mein Kollege Biedenkopf jederzeit bestätigen, daß ich da richtig liege -, dann ist das egal, ob das durch Steuerschlupflöcher oder sonstwie bezahlt wurde, denn es ist einfach falsch, wenn Gelder in die falsche Richtung laufen und nicht der wahren Entwicklung dienen. Aus dem Grund haben wir eine Diskussion, ob die Gelder in die fünf neuen Bundesländer darauf untersucht werden können, sollen und dürfen, ob sie effizient eingestellt werden und ob tatsächlich der Westen soviel dafür zahlen soll. Das ist genau der Punkt.

Wenn also gesagt wird, mit diesen Investitionen werden neue Arbeitsplätze geschaffen und damit sind diese **Steuerschlupflöcher** auf Dauer überflüssig, dann sind wir damit einverstanden. Das haben wir immer gesagt. Wir haben gesagt, das schlichte Gewähren von Steuernachlässen für irgendwelche Investitionen, die nachher als Fehlbestände in Leipzig, Dresden oder anderen Städten stehen, kann volkswirtschaftlich nicht sinnvoll sein. Darüber wird man sich

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

doch unterhalten können, ohne daß man sich hier fürchterlich aufregen muß, Herr Kubicki!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Ich komme jetzt zur Abstimmung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf und den Bericht der Landesregierung dem Finanzausschuß - federführend - und allen übrigen Ausschüssen - mitberatend - zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen!

Zum Tagesordnungspunkt 16 ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Frau Abgeordnete Spoorendonk, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie Ihren Ursprungsänderungsantrag zurückziehen und sich dem gemeinsamen - auch von Ihnen unterschriebenen - Änderungsantrag, Drucksache 14/2397, anschließen?

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ja!)

Ich schlage alternative Abstimmung vor. - Das ist so in Ordnung. Dann lasse ich zunächst über den Ursprungsantrag der CDU, Drucksache 14/2366 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um das Handzeichen, wer dem Änderungsantrag, Drucksache 14/2397, zustimmen will; das ist der Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. - Dieser Antrag hat die Mehrheit erhalten und ist somit mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

Ich rufe jetzt - wie angekündigt - den Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2368

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Grundsatzberatung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe: Bitte kurz fassen!)

Ich will auf Ihren Feierabend gern Rücksicht nehmen und mich auf das Wesentliche beschränken.

Die Fraktionen des Landtages haben gemeinsam einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem § 4 Abs. 10 des Schulgesetzes gestrichen und damit die Vorschrift über die Rechtschreibung in unserem Land aufgehoben werden soll. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich sagen, daß uns die Entscheidung prinzipiell und vor allen Dingen zu diesem Zeitpunkt keinesfalls leichtgefallen ist. Gerade wir Sozialdemokraten haben uns für die Schaffung der **Volksgesetzgebung** eingesetzt, und somit hat es für uns ein besonderes Gewicht, nach genauer Prüfung zu entscheiden, daß wir zu diesem Zeitpunkt den erfolgreichen Volksentscheid der Initiative „WIR gegen die Rechtschreibreform", der von einer Mehrheit der Wähler so gewollt worden ist, heute und Freitag mit einer Änderung des Gesetzes wieder kassieren.

Ich darf an dieser Stelle sagen - und das ist häufig mißverständlich rübergekommen -, daß die Frage, ob das gesamte Regelwerk sinnvoll oder nicht sinnvoll, schön oder unschön ist, keine parteipolitische Frage ist und auch nie eine war. Befürworter und Anhänger gibt es in allen Parteien. Auch ich persönlich bin froh, daß man zukünftig weiter so schreiben kann, wie man schreiben will. Lassen Sie mich soviel sagen: Der reformierte Umgang mit manchen Fremdwörtern ist schon befremdlich, das muß ich gestehen. Für mich persönlich sind Spagetti - jetzt ohne kleines „h" - auf jeden Fall viel schlimmer im Anblick als Spaghetti ohne Parmesan.

Ich glaube, wir müssen deutlich machen, daß sich bei den verbindlichen **Regeln für die deutsche Schriftsprache**, die wir brauchen,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, wozu? In den USA gibt es die auch nicht!)

die Aufgabe der Exekutive darauf zu beschränken hat, im Bereich der Verwaltung eine Einheitlichkeit festzulegen und eine verbindliche, einheitliche Rechtschreibung in unseren Schulen sicherzustellen, nicht mehr und nicht weniger.

In den vergangenen Jahren haben wir umfassende Diskussionen gehabt, und die Initiative „WIR gegen die Rechtschreibreform" und diejenigen, die das politisch unterstützt haben, haben die Hoffnung erweckt, einen Dominoeffekt zu erzielen und damit auch in anderen Bundesländern die Rechtschreibreform auszuhebeln. Wir stellen heute fest, daß der Dominoeffekt nicht eingetreten ist. Wir müssen deshalb ernst-

(Jürgen Weber)

haft nachdenken, wie wir auf die neue Situation reagieren wollen.

Mit der Übernahme der Reform in die Amtssprache für die gesamte **Verwaltung** ohne **Schulen** und nachgeordnete Schulverwaltungen entstünde in der Tat die völlig absurde Situation, daß nämlich rund 1.050 Schulen und die Schulämter eine andere Schreibung verwenden würden als der Rest des deutschen Sprachraumes. Das kann man nicht zulassen.

Ich möchte die ganzen Aspekte und Argumente, die angeführt worden sind, die sich an das Kriterium Verfügbarkeit der Bücher anhängen, aus Zeitgründen hier nicht noch einmal im einzelnen bewerten. Ich möchte aber deutlich sagen, daß die Landesregierung im letzten Jahr an vielen Stellen versucht hat, unterhalb der gesetzlichen Regelung Regelungen zu schaffen, um die nachteiligen Konsequenzen für Schülerinnen und Schüler so gering wie möglich zu halten. Das gilt sowohl für die ehemalige Bildungsministerin Frau Böhrk als auch für die jetzige Bildungsministerin Frau Erdsiek-Rave. Erlauben Sie mir diesen Nebensatz: Höflich formuliert haben diese Versuche ein ausgesprochen höhnisches, polemisches Begleitmusiktheater in diesem Parlament und im Ausschuß erfahren, was für eine sachliche Bearbeitung des ganzen Themas nicht hilfreich war.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zurück zur heutigen Entscheidung. Der Volksentscheid in der im Gesetz niedergelegten Form hat in der Tat bereits sein Verfallsdatum in sich, weil die **Rechtschreibung an den Schulen** an die Rechtschreibung der Mehrheit der lieferbaren Bücher gebunden ist. Das kann man für sinnvoll oder nicht sinnvoll erachten, das ist die Grundlage, auf der wir zu entscheiden und zu handeln haben. Und es war zu jedem Zeitpunkt klar, daß der Volksentscheid nicht nur zu akzeptieren war, sondern auch akzeptiert worden ist.

Zum heutigen Zeitpunkt stellen wir fest: Die Dominotheorie ist nicht erfolgreich gewesen. Wir haben einen neuen Sachstand, auf den wir uns konzentrieren müssen. Für uns ist es unter diesen Umständen unverantwortlich - das darf ich als vorletzte Bemerkung noch anfügen -, die Schülerinnen und Schüler im Land, aber auch die Lehrerinnen und Lehrer, die die Schüler zu unterrichten haben, weiterhin auf der Grundlage eines überholten Regelwerks lernen zu lassen, das in der weiteren Entwicklung im deutschen Sprachraum keine Zukunft hat.

(Konrad Nabel [SPD]: Gut, prima! - Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Schönen Dank für den Beifall, aber das ist eigentlich gar kein richtiger Grund für Applaus,

(Konrad Nabel [SPD]: Ich dachte, du seist fertig!)

denn eigentlich möchte ich doch darauf hinweisen, daß uns das Kernproblem, das uns dazu bringt, das Gesetz zum heutigen Tag zu ändern, auch Anlaß geben sollte - lassen Sie mich das vielleicht noch abschließend sagen -, die **Gesetzgebung über Volksentscheide** für zukünftige Fälle zu überprüfen und über die Frage nachzudenken, ob wir nicht feste Regeln etablieren müßten, wie sie für den kommunalen Bereich gelten, und wie wir zukünftig damit umgehen müssen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nächste Legislaturperiode!)

Das ist nach meiner Meinung eine Aufgabe, die wir uns als Parlament selbst setzen oder dem Parlament der nächsten Legislaturperiode mitgeben sollten.

In diesem Sinne und unter Hinweis auf diese nur kurz angerissenen Gesichtspunkte darf ich erklären, daß die SPD-Fraktion der von der CDU jetzt auf den Weg gebrachten und uns vorgelegten Änderung des Schulgesetzes zustimmen wird. Ich möchte mich der politischen Polemik in dieser Frage enthalten, weil dies auch kein Wahlkampfthema ist, möchte aber anmerken: Man wundert sich manchmal, wie schnell Leute auf Anweisung ihre Meinung ändern.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Kollege Weber, das ist wie bei euch! - Lothar Hay [SPD]: Bei uns klappt das nicht!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr - Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

(Holger Astrup [SPD]: Das ist ein Rechtschreibproblem!)

- Das wird auch von der Rechtschreibung nicht erfaßt; das war einfach ein Fehler. - Wir beraten heute über etwas, was in der Tagesordnung schlicht als „Änderung des Schulgesetzes" ausgewiesen ist. Genaugenommen handelt es sich - das hat der Kollege Weber ja bereits ausgeführt - um die Streichung des § 4 Abs. 10 des Schulgesetzes, mit der der Status quo ante wiederhergestellt werden soll, indem das **Schulgesetz** künftig keine Ausführungen mehr über die an

(Jost de Jager)

den Schulen zu verwendende **Rechtschreibung** machen wird.

Dieser Vorgang ist bei aller Schlichtheit der Bezeichnungen doch von erheblicher Tragweite, da der in Rede stehende Passus des Schulgesetzes durch Volksentscheid zustande gekommen ist. Es ist deshalb gut und richtig, daß das Parlament diese Schulgesetzänderung auf der Basis eines interfraktionellen Gesetzentwurfs und in zu erwartender Einstimmigkeit vornimmt. Schließlich wäre es für die politische Kultur im Lande nicht gut, wenn die **Aufhebung** des ersten erfolgreichen **Volksentscheids** in Schleswig-Holstein im Parteienstreit untergehen würde. Das wird aber auch nicht geschehen.

Gleichwohl wird niemand bestreiten, daß vor allem die CDU dabei in einer besonderen Verantwortung steht. Andererseits stehen wir als Union aber auch nicht im Verdacht, nun etwas parlamentarisch umsetzen zu wollen, was seinerzeit an der Wahlurne nicht gelungen ist.

Wir haben unsere Entscheidung in Respekt vor der Entscheidung der Wählerinnen und Wähler beim Volksentscheid im vergangenen Jahr, den wir unterstützt haben, getroffen, aber auch in Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler an den Schulen Schleswig-Holsteins vor dem Hintergrund einer veränderten Ausgangslage. Diese veränderte Ausgangslage, auf die ich nachher noch näher eingehen werde, ist für uns der entscheidende Punkt gewesen.

Wir halten aber an der inhaltlichen **Kritik** an der **Rechtschreibreform** nach wie vor fest. Bei der Frage, ob diese Reform klug, durchdacht und handwerklich präzise konzipiert worden ist, sind wir nicht über Nacht vom Saulus zum Paulus geworden. Wir sind auch von ihrer Notwendigkeit immer noch nicht überzeugt, und deshalb ist die Reform der Reform, die ja bereits in Gang gesetzt wurde, wenngleich sie nur schleppend verläuft, zwingend erforderlich.

Zu Recht wird von den Gegnern kritisiert, daß durch diese mängelbehaftete Reform die **Einheitlichkeit der Schriftsprache** nicht gewährleistet wird. Hier ist eine Vereinheitlichung von Regeln, Ausnahmen und Anwendungen bei Lexika, Redaktionen und Verlagen erforderlich. Dies ist auch eine Aufgabe für die Kultusministerkonferenz.

Zu der Forderung nach Einheitlichkeit gehört aber auch etwas anderes, nämlich die Erkenntnis, daß ich dann, wenn ich die Rechtschreibung nach den alten Regeln bundesweit nicht erreichen kann, die neuen Regeln auch in Schleswig-Holstein akzeptieren muß. Wir können es nicht zulassen, daß die schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler auf Dauer in einer Rechtschreibung unterrichtet werden, die außerhalb der schleswig-holsteinischen Schulen keine Anwendung findet.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

„Dauerhaft" ist für uns in diesem Zusammenhang bereits der Zeitraum von einem weiteren Schuljahr.

Seit dem Volksentscheid im vergangenen Jahr hat sich die Ausgangslage maßgeblich verändert. Mit dem Volksentscheid war immer das Versprechen verbunden, daß es zu keiner dauerhaften Insellage für die Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein kommen wird; vielmehr war mit dem **Volksentscheid** stets die Annahme verbunden, daß von Schleswig-Holstein ein Signal ausgehen würde, daß die Rechtschreibreform bundesweit kippt. Nach einem Jahr ist nun festzuhalten, daß diese erhoffte bundesweite **Signalwirkung** nicht eingetreten ist. Die demokratische Legitimation gegen die Rechtschreibreform in Schleswig-Holstein hat in den anderen Bundesländern keine Entsprechung gefunden. Es war auch für uns bedauerlich festzustellen, daß die Volksinitiativen in anderen Bundesländern nicht von Erfolg gekrönt waren beziehungsweise in Verfahrensfragen steckengeblieben sind.

Ausschlaggebend war für uns das Scheitern des Berliner Volksbegehrens mit nicht einmal der Hälfte der erforderlichen Unterschriften. Anlaß war aber auch der vorgelegte Erlaßentwurf des Innenministers, der die Lage der Schulen in Schleswig-Holstein deutlich kompliziert hätte. Danach wäre die neue **Rechtschreibung** als Amtssprache für alle Bereiche bis auf die Schulverwaltung unterhalb der Ebene des Ministeriums eingeführt worden. Dieser Erlaß hätte die **Schulen** in eine doppelte **Insellage** geführt: einerseits bundesweit und andererseits innerhalb des Landes. Darüber hinaus wäre die praktische Folge ein umständliches Rückübersetzen von Verwaltungsvorschriften auf der Ebene der unteren Schulaufsicht gewesen. Praktische Folge des Erlasses wäre zum Beispiel auch gewesen, daß dieser Erlaß - in der neuen Rechtschreibung verfaßt - nicht in den Schulen hätte ausgehängt werden können, ohne daß er zuvor in die alte Rechtschreibung übersetzt worden wäre. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage liegt es in unserer Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein, die vorgesehene Bestandsaufnahme nicht erst nach zwei Jahren, sondern schon nach einem Jahr vorzunehmen. Wir sind uns auch absolut sicher - das sei hinzugefügt -, mit der Änderung des Schulgesetzes rechtlich auf gesichertem Boden zu stehen. Nach allen uns vorliegenden

(Jost de Jager)

rechtlichen Bewertungen kann der **Landtag** sehr wohl eine durch **Volksentscheid** zustande gekommene Gesetzesänderung wieder rückgängig machen. Das ist eine Frage, die politisch und im Moment nicht rechtlich zu klären ist. Allerdings ist ebenso unstrittig, daß damit Fragen aufgeworfen werden, die bei einer künftigen Reform der Volksgesetzgebung zu klären sein werden.

Wenn wir uns schon zu einer Änderung des Schulgesetzes in dieser Frage durchringen, dann muß das im Sinne der Schülerinnen und Schüler wie der Schulen insgesamt zügig geschehen. Dies ist der Grund, weshalb wir die Gesetzesänderung - basierend auf einem gemeinsamen Entwurf aller Fraktionen - in erster und zweiter Lesung in dieser Tagung vornehmen wollen. Dies mag zwar nicht das übliche Verfahren sein, es ist aber vertretbar und richtig, wenn ein **interfraktioneller Entwurf** vorliegt und das Thema - das kann man von der Rechtschreibreform wohl mit Fug und Recht behaupten - bereits in allen Facetten diskutiert worden ist.

Hinzu kommt ein **Zeitfaktor**. Wir wissen - um es vorsichtig auszudrücken -, daß in vielen Schulen die Rechtschreibung in diesen Tagen bereits flexibel gehandhabt wird, ein Umstand übrigens, auf den die Ministerin auch schon in einem Interview Bezug genommen hat und der in den Pressemeldungen des heutigen Tages erneut deutlich wird. Wir stehen als Gesetzgeber deshalb in der Verpflichtung, die Lehrerinnen und Lehrer mit der rechtlichen Unsicherheit nicht länger allein zu lassen, und müssen deshalb möglichst rasch eine gesicherte gesetzliche Grundlage schaffen.

Parlamentarisch werden wir in dieser Tagung die Voraussetzungen für eine möglichst zügige Umsetzung in den Schulen herbeiführen. Dies muß sich in der verwaltungstechnischen Umsetzung aber auch fortsetzen. Ich persönlich bin über das Datum „1. November" für das Inkrafttreten des neuen Rechtschreiberlasses für die Schulen, das in den Zeitungen derzeit kursiert, einigermaßen verwundert und bitte die Ministerin, heute klarzustellen, wann der Erlaß kommen wird. Nach uns vorliegenden Auskünften können Gesetz und Erlaß in Wochenfrist umgesetzt und verkündet sein; damit hätten wir etwa einen Monat nach Schulbeginn - genauer gesagt: nach Unterrichtsbeginn - eine für die Schulen handhabbare Situation hergestellt.

Dieser Schritt ist uns als Union - Sie werden es mir glauben - mit Sicherheit nicht leichtgefallen; wir glauben aber, damit das einzig Richtige für die Schülerinnen und Schüler im Lande getan zu haben.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erhält jetzt Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr de Jager, ich will meine vorbereitete Rede ziemlich kürzen. Zum einen stimme ich in zwei Punkten mit Ihnen überein, und zum anderen ist hinlänglich bekannt, worum es geht.

(Zuruf von der CDU: Das ist selten genug!)

- Das ist selten genug, das finde ich auch. Daher möchte ich erst einmal sagen, worin ich mit Ihnen übereinstimme.

Erstens: Die **Sachlage** hat sich gegenüber dem **Volksentscheid** erheblich verändert. Es sieht nicht so aus, als ob Schleswig-Holstein der Trendsetter geworden wäre. Daher ist es richtig, daß man etwas unternehmen können muß.

Zweitens: Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß wir - wenn dies nicht ein **interfraktioneller Gesetzentwurf** wäre, der sozusagen vom ganzen Haus mitgetragen wird - keineswegs zustimmen könnten. Eine bloße Mehrheitsentscheidung dürfte es nicht geben.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Fraktion tut sich außerordentlich schwer, das Schulgesetz nicht einmal ein Jahr nach dem Volksentscheid wieder zu ändern. Das will ich hier ganz deutlich sagen. Aus unserer Sicht ist das eine Mißachtung des Volkswillens. Wir tragen den Antrag außer aus dem bereits genannten Grund nur deshalb mit, weil wir die Situation an den Schulen, etwas anderes lehren und lernen zu müssen als im Rest der Bundesrepublik, für nicht länger tragbar halten. Sie belastet unsere Schülerinnen und Schüler und vermindert ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir sind der Überzeugung, daß diese Folge von der großen Mehrheit derjenigen, die für den Gesetzentwurf der Volksinitiative gestimmt haben, nicht gewollt war. Sie waren davon überzeugt, daß ein Sieg der Volksinitiative in Schleswig-Holstein die Einführung der Rechtschreibreform im ganzen Bundesgebiet aufhalten könnte. CDU und Volksinitiativen erzählten ihnen dies - ich sage das einmal so - wider besseres Wissen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

(Irene Fröhlich)

Der Landtag kann diese schwerwiegende Entscheidung deswegen fällen, weil im **Volksabstimmungsgesetz** im Gegensatz zur Kommunalverwaltung, wo eine **Frist** von zwei Jahren vorgeschrieben ist, keine Regelung über die Aufhebung eines Volksentscheids enthalten ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für unbedingt erforderlich, diese Frage so schnell wie möglich auch für landesweite Volksentscheide zu regeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen die plebiszitären Elemente in der Verfassung als notwendige Ergänzung der parlamentarischen Demokratie an. Diese werden entwertet, wenn der Eindruck entsteht, ein Parlament könne nach Belieben mit den Ergebnissen von Volksentscheiden umgehen. Ein solcher Eindruck schadet dem demokratischen Zusammenspiel aller Kräfte.

Ich wünsche mir eine konstruktive Diskussion im Innen- und Rechtsausschuß und eine weise Entscheidung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erhält Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In einem Faltblatt der Initiative „WIR gegen die Rechtschreibreform", das vor dem Volksentscheid vom 27. September letzten Jahres landesweit verteilt worden ist, heißt es:

> „Die Schleswig-Holsteiner werden jetzt eine Entscheidung treffen, die richtungsweisend sein wird für die anderen Bundesländer. Die Nachrichtenagenturen und damit praktisch auch die Tageszeitungen werden sich am Ausgang des Volksentscheids orientieren."

Diese Erwartung hat, wie wir heute wissen, in jeder Beziehung getrogen. **Schleswig-Holstein** ist eine **Rechtschreibinsel** geblieben, und die Presse wendet mittlerweile zum weit überwiegenden Teil - wenn auch mit einzelnen Abänderungen - die neuen Schreibweisen an.

In dieser Situation berät der Schleswig-Holsteinische Landtag heute, nach dem Vorstoß von Volker Rühe und Martin Kayenburg, erneut über das Thema Rechtschreibreform, und zwar rund ein Dreivierteljahr früher, als es die Fraktionen ursprünglich vereinbart hatten.

Darf der **Landtag** einen per **Volksentscheid** beschlossenen Gesetzestext ändern beziehungsweise aufheben? Diese Frage hat einen rechtlichen und einen politischen Aspekt. Die Beratungen mit dem Wissenschaftlichen Dienst und in den Fraktionen haben zu dem Ergebnis geführt, daß wir die **rechtliche Zulässigkeit** eines solchen Vorgehens nach bestem Wissen und Gewissen bejahen. Es wäre im übrigen auch widersinnig, wenn der Landtag, der in Artikel 10 der Landesverfassung als das „Oberste Organ der politischen Willensbildung" in Schleswig-Holstein gekennzeichnet wird, in dieser Sache gehindert sein sollte, ein Gesetz zu beschließen.

Auf einem anderen Blatt steht freilich die **politische Bewertung**. Die F.D.P.-Fraktion hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, den vorliegenden interfraktionellen Gesetzentwurf zu unterstützen. Vor allem der nahe zeitliche Abstand zum Termin des Volksentscheids wirft Fragen auf.

Andererseits ist klar: Ginge es nach dem Willen der Initiative gegen die Rechtschreibreform, so dürften die neuen Schreibregeln in diesem Land bis 2005 keinen Eingang in den Schulunterricht finden. So fordert es die Initiative in einem offenen Brief an die Landtagsabgeordneten vom 7. September 1999, also vor wenigen Tagen. Ein Moratorium bis 2005 würde bedeuten, daß schleswig-holsteinische Schülerinnen und Schüler während eines großen Teils ihrer Schulzeit, ja sogar fast während ihrer gesamten Schulzeit in den Schulen andere Schreibregeln lernen müßten als ihre Altersgenossen in allen anderen Bundesländern und im deutschsprachigen Ausland. Sie müßten in Schleswig-Holstein viele Jahre hindurch Schreibweisen lernen, die nicht mehr dem entsprechen, was jedenfalls in den heute erhältlichen Kinder- und Jugendbüchern, den Schulbüchern und den meisten Zeitungen und Zeitschriften üblich ist.

Ist es den jungen Schleswig-Holsteinern wirklich zuzumuten, in einer solchen - wahrlich abstrusen - Situation noch weitere sechs Jahre auszuharren, weil Erwachsene das so wünschen? Die Initiative „WIR gegen die Rechtschreibreform" erwartet das von den Abgeordneten des Landtags. Wer aus wohlerwogenen Gründen anders urteilt, wird es ihren Vertretern weder in diesem Jahr noch im Jahr 2000 noch bis zum Jahr 2005 recht machen können.

Über das Pro und Contra in Sachen Rechtschreibreform ist viel gestritten worden. Der Landtag hat über dieses Thema am 21. Februar 1997 sowie am 2. Juli, am 4. September und am 8. Oktober 1998 debattiert. Die F.D.P.-Fraktion hat dabei stets die Auffassung vertreten, daß eine vom übrigen Bundesgebiet abweichende schleswig-holsteinische Praxis, das heißt eine

(Dr. Ekkehard Klug)

Rechtschreibinsel Schleswig-Holstein, vermieden werden müsse beziehungsweise auf längere Zeit nicht tragbar sei.

In der Kontinuität dieser Haltung haben wir uns auch - und zwar unter gewissenhafter Abwägung der Bedenken, die gegen eine neue gesetzliche Regelung per Landtagsbeschluß vorgebracht werden können - dazu entschlossen, den vorliegenden Gesetzentwurf mitzutragen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch der SSW hat sich - nach gründlicher Abwägung aller Argumente und im klaren Bewußtsein der Tragweite dieser Entscheidung - zu der Unterzeichnung des interfraktionellen Gesetzentwurfs entschlossen. Dazu stehen wir.

Ich weiß, daß viele Bürgerinnen und Bürger empört und zornig sind. Ich weiß, daß sie fragen, ob die Politiker sie für dumm verkaufen wollen, wenn der **Landtag** erst **Volksentscheide** zuläßt und dann gleich die erste vom Volk herbeigeführte Gesetzesänderung wieder aufhebt. Ich kann diese Gefühle gut verstehen und sehe auch die fatale Signalwirkung einer solchen Entscheidung. Wenn man sich - wie wir - lange und mit Nachdruck für mehr und bessere Mitspracherechte für Bürgerinnen und Bürger einsetzt, dann tut so etwas auch weh.

Wir haben es hier mit zwei unvereinbaren Grundsätzen zu tun, die beide zentrale politische Zielsetzungen des SSW sind: Einerseits geht es um den Ausbau plebiszitärer Elemente, andererseits um die Erfüllung unserer Verantwortung gegenüber den Schulkindern. Im konkreten Fall der Rechtschreibreform sind wir aber gezwungen, zwischen beiden zu entscheiden, denn sie lassen sich nicht unter einen Hut bringen.

So differenziert auch die Abwägung zwischen Volksentscheid und Rechtschreibreform erfolgen muß, am Ende ist eine Entscheidung fällig, die nur einem der Ziele gerecht werden kann. Die Wahl steht zwischen einem nicht abzumessenden Schaden an der **Demokratie** und an dem Ansehen dieses Hauses einerseits und einer konkreten Beeinträchtigung des Wohls der Schulkinder durch eine **Insellösung** bei der Rechtschreibung andererseits. Kompromisse sind in diesem Fall nicht möglich.

Ich habe mich dafür entschieden, daß eine sofortige Beendigung der unhaltbaren Situation der Schülerinnen und Schüler Vorrang vor demokratietheoretischen Überlegungen haben muß. Ich möchte, daß die Schülerinnen und Schüler so schnell wie möglich beginnen können, sich in die neue Normalität einer geänderten deutschen Rechtschreibung einzuleben. Dies ist ein so dringendes Problem, daß es wichtiger ist als die bedingungslose Achtung des Volksentscheides des vergangenen Jahres und als das Werben um Verständnis für die Begrenzung des Schadens, der von diesem Entscheid ausgeht.

Es ist wichtig zu sagen, daß jetzt alle Mitglieder des Landtags aufgefordert sind, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Überzeugungsarbeit zu leisten, und zwar auch im kommenden Wahlkampf. Es kann nicht deutlich und nicht häufig genug gesagt werden, daß wir es uns mit dieser Entscheidung nicht leichtmachen, aber im Interesse der Kinder den Volksentscheid mißachten müssen. Das ist keine Phrase, sondern so, wie es ist.

Ich sagte schon, daß die von dem Volksentscheid einzigen wirklich Betroffenen die **Schulkinder** sind. Diese hatten nicht die Möglichkeit, sich an dem Volksentscheid zu beteiligen.

Vor allem die Kolleginnen und Kollegen der CDU, die so vehement gegen die Rechtschreibreform gekämpft haben, haben hier eine große Bringschuld. Wenn wir am Freitag die Schulgesetzänderung beschließen, wird der gesamte Landtag die Suppe der CDU ausgelöffelt haben, die so große Bauchschmerzen bringt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir tun, tun wir aus Solidarität nicht mit der Union, sondern mit den Schulkindern im Land.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erhält Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Kinder müssen mit Erwachsenen sehr viel Nachsicht haben." Wenn man die Debatten, die in diesem Hause zur **Rechtschreibreform** geführt worden sind, insgesamt Revue passieren läßt, kann man nur sagen: Saint-Exupéry, von dem dieses Zitat stammt, hat recht.

Ich muß es mir aus Zeitgründen und anderen Gründen versagen, aus den eben genannten Debatten, insbe-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

sondere des vergangenen Jahres, hier zu zitieren. Aber lesen Sie vielleicht in einer stillen Stunde doch einmal nach, was hier von Ihrer Seite alles dazu gesagt worden ist! Vielleicht bringt der eine oder andere von Ihnen die Größe auf, sich bei meiner Vorgängerin für die eine oder andere Formulierung zu entschuldigen.

(Beifall bei der SPD - Meinhard Füllner [CDU]: Das müßten Sie aber zitieren!)

- Nein, das zitiere ich jetzt nicht, lieber Herr Kollege Füllner! Wenn Sie ehrlich sind, wissen Sie schon, was ich meine. Sie haben eben damals nicht darüber nachgedacht, was es für die Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein bedeutet, wenn sie anders schreiben als alle Bundesländer außerhalb **Schleswig-Holsteins**. Unsere damalige Warnung, daß wir in eine **Insellage** gerieten, haben Sie schlichtweg in den Wind geschlagen.

Ich war am Montag zu einem Besuch auf Helgoland, sozusagen auf der Insel der Insel. Dort wurde ich auf dem Schulhof mit selbstgemalten Plakaten empfangen mit der Aufschrift: „Wir wollen die neue Rechtschreibung!" Wissen Sie, warum das so war? Weil die Absolventen der Helgoländer Realschule alle nach Niedersachsen wechseln, um dort ins Internat oder in niedersächsische Berufsschulen zu gehen, zum Beispiel nach Cuxhaven. Die Schüler haben wirklich die Befürchtung, daß ihnen der bisherige Zustand auf Dauer Schaden bringt.

Die isolierte Situation hat sich für viele Schüler konkret ausgewirkt. Viele Schulklassen haben mir in den letzten Monaten geschrieben. Ich mußte immer wieder antworten: Es steht nicht in meiner Macht, den Zustand von mir aus zu verändern.

Was die Schülerinnen und Schüler vorbrachten, will ich zitieren. Ich lese einmal aus einem Brief des Elsensee-Gymnasiums in Quickborn vor:

> „Der letzte und unserer Meinung nach der wichtigste Grund wäre der, daß wir große Nachteile haben werden, wenn wir ein Studium in einem anderen Bundesland aufnehmen wollen oder uns für eine Stelle bewerben. Wenn man dort unsere Bewerbungsschreiben liest, wird man sich wahrscheinlich fragen: Wo kommt die denn her? Die kann ja nicht mal richtig schreiben. Es sei denn, daß man mit Sätzen wie 'Entschuldigen Sie bitte meine Rechtschreibung, aber ich komme aus Schleswig-Holstein' unterzeichnet."

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

In Sachen Rechtschreibreform gibt es Gegner, Befürworter und Pragmatiker. Ich zähle mich, offengestanden, zu letzteren. Man kann es aber drehen und wenden, wie man will, es geht künftig nicht mehr anders als in der neuen Rechtschreibung. Der Zug ist abgefahren. Die vieldiskutierte und zum Teil zu Recht kritisierte Reform ist nicht mehr aufzuhalten.

Deswegen freue ich mich jetzt für unsere Schülerinnen und Schüler, daß der Landtag gemeinsam die Einführung der neuen Rechtschreibung in unsere Schulen beschließen will. Ich werde das **Gesetz** - Herr de Jager, keine Sorge, ich habe daran ein hohes Interesse - zügig umsetzen. Der **Erlaß** ist bereits vorbereitet. Nach den Herbstferien kann die neue Rechtschreibung unterrichtet werden. Allerdings muß ein ordnungsgemäßer Gang eingehalten werden. Für unsere Schülerinnen und Schüler ist es wichtig, daß die Insellage beendet wird.

Aber gestatten Sie mir als Kultusministerin auch ein Wort zu dem, was wir hier eigentlich tun, nämlich dazu, wie die **Volksvertretung** mit dem **Volksentscheid** umgeht; dies steht schon auf einem etwas anderen Blatt. Das ist schon mehr als ein Wermutstropfen in der Freude. Wenn die Volksvertretung so etwas macht, braucht sie schon sehr, sehr gute Gründe. Diese liegen für mich einzig und allein in dem Wohl unserer Kinder.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich stimme der Kollegin Spoorendonk zu, die gesagt hat, man müsse für diese Entscheidung werben, damit sie nicht gewissermaßen zu einer mißtrauensbildenden Maßnahme wird. An uns allen gemeinsam liegt es, es zu vermitteln, warum wir eine Entscheidung wie die heutige so treffen.

Ich wünsche und hoffe, daß alle Seiten - Befürworter, Gegner und Pragmatiker - bei dem, was wir jetzt tun beziehungsweise vorhaben, immer an das **Wohl der Kinder** und an die Folgen denken. Unsere Kinder haben es jedenfalls nicht verdient, daß Politik auf ihrem Rücken und ihre Kosten gemacht wird.

Ich greife das an den Anfang meiner Ausführungen gestellte Zitat wieder auf und sage: Kinder sollen nicht Nachsicht mit Erwachsenen haben müssen, Kinder sollen Vertrauen in die Erwachsenen haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ehe ich Herrn Minister Dr. Wienholtz das Wort erteile, möchte ich in der Besucherloge herzlich den

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Kinderbeauftragten, unseren früheren Kollegen Horst Hager, begrüßen.

(Beifall)

Herr Minister Dr. Wienholtz, Sie haben das Wort.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden interfraktionellen Gesetzentwurf zur **Änderung des Schulgesetzes** können Schul- und Amtssprache in inhaltlichem und zeitlichem Gleichklang weiterentwickelt werden. Ich freue mich, daß ich mit meinem Erlaßentwurf zur Amtssprache kurz vor der Sommerpause dazu mit einen Anstoß geben konnte.

Lassen Sie mich zur verfassungsrechtlichen Lage folgendes sagen. Diese Lage wird zu Recht heftig diskutiert. Weder die **Landesverfassung** noch das **Volksabstimmungsgesetz** enthält Regelungen, die es dem Parlament verwehren würden, ein durch das Volk beschlossenes Gesetz zu ändern. Zwar wird in der verfassungsrechtlichen Literatur vereinzelt die Ansicht vertreten, daß volksbeschlossene Gesetze grundsätzlich nur durch das Volk geändert werden dürfen beziehungsweise daß sie vom Parlament, allerdings erst in der folgenden Legislaturperiode, verändert werden dürfen. Andere Autoren vertreten dagegen die Auffassung, volksbeschlossene Gesetze seien jederzeit durch das Parlament veränderbar. Diese Auffassung entspricht der Verfassungsrechtslage in unserem Land. Sie folgt daraus, daß unsere Verfassung kein Rangverhältnis zwischen **Volks- und Parlamentsgesetz** normiert hat. Im Gegenteil, Artikel 37 Abs. 2 der Landesverfassung stellt die Verabschiedung von Gesetzen durch den Landtag und durch das Volk ausdrücklich alternativ nebeneinander.

Damit gibt die Landesverfassung gerade keine Rechtfertigung für eine Höherrangigkeit einer der beiden Beschlußmöglichkeiten. So ist es unstreitig, daß das Volk jederzeit ein vom Parlament beschlossenes Gesetz ändern oder aufheben kann. Ob das politisch sinnvoll ist oder nicht, ist eine Frage, mit der sich dieses Hohe Haus ja intensiv beschäftigt hat.

Nur müssen wir wissen, daß es nicht genügt, etwa das Volksabstimmungsgesetz zu ändern, ohne eine Änderung der Verfassung herbeizuführen. Denn nur in der Verfassung kann die wesentliche Frage des Rangunterschieds der Gesetzgebung und des Volksentscheids geregelt werden.

Insgesamt bestehen aus meiner Sicht auf der Grundlage der gegenwärtigen Verfassungsrechtslage gegen das hier vorgesehene Verfahren also keine verfassungsrechtlichen Bedenken.

Die Landesregierung wird sich Ende dieses Monats erneut mit der Umsetzung der **Rechtschreibreform** in die **Amtssprache** befassen. Ich werde dem Kabinett vorschlagen, die neue Rechtschreibung ab sofort in die gesamte Landesverwaltung einzuführen. In einem Punkt allerdings werden wir uns von den Schulen unterscheiden: In Gesetzentwürfen, Verordnungen und Bundesratsvorlagen kann natürlich nicht die herkömmliche oder reformierte Rechtschreibung beliebig verwendet werden. Für die tägliche Verwaltungspraxis erwarten wir, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bemüht sein werden, die zunehmend reformierte Rechtschreibung zu praktizieren. Damit lassen wir ganz bewußt einen Prozeß der Umgewöhnung zu und nutzen dabei Übergangsfristen, wie sie auch die Wiener Absichtserklärung vorsieht.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Bildungsausschuß zu überweisen. Eine Mitberatung wird nicht beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich weise darauf hin, daß wir morgen um 10:00 Uhr mit Tagesordnungspunkt 31 - Gleichstellungsbericht - beginnen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18:42 Uhr